

# WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR  
DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

# ZUM EINSTIEG

---

6 Heike Werner  
**Vorwort der Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**

8 Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft  
**Einleitung**

## TEIL I

VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIE, DESINFORMATION UND TOXISCHE NARRATIVE

---

14 Wolfgang Frindt  
**„Aber sonst aber sonst. Alles Lüge!“ – Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten**

28 Carolin-Theresa Ziemer, Fahima Farkhari & Tobias Rothmund  
**Was zeichnet Pandemielegner\*innen aus? – Eine Analyse politischer Einstellungen, kognitiver Stile und der Mediennutzung**

42 Lotte Pummerer  
**Politische Verschwörungstheorien über Covid-19: Befunde aus drei empirischen Studien**

50 Gereon Bals  
**Von „Scheinkatastrophen“, „Klimadiktatur“ und „Seuchensozialismus“ – rechte Erzählungen zur Corona- und Klimakrise**

64 Friedemann Bringt & Heiko Klare  
**Verschwörungsmymen und neues „rechtes Miteinander“: langfristige Herausforderungen für die demokratische Zivilgesellschaft und gesellschaftspolitische Handlungsoptionen in der Corona-Krise**

## TEIL II

RECHTSEXTREMISMUS, RECHTSPOPULISMUS UND MENSCHENFEINDLICHE GEWALT

---

76 Christoph Richter & Axel Salheiser  
**Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa?**

88 MOBIT  
**Die extreme Rechte in Thüringen und Corona: zwischen Nachbarschaftshilfe, Verschwörungsmymen und Pandemielegnung**

98 Franziska Schmidtke & Lukas Benedikt Hoffmann  
**„Ich traue mich nicht mehr auf die Straße“ – Neonazistischer Alltag im Erfurter Herrenberg und seine Bekämpfung**

---

108 Theresa Lauß & Franziska Schestak-Haase  
**Rassismus und sekundäre Viktimisierung in der COVID-19-Pandemie – besondere Herausforderungen im Arbeitsfeld der spezialisierten Opferberatung**

120 Claudia Tutino & Valentin Schillig  
**Von Lobgesängen und Hasstiraden. Eine Analyse rechtsextremer Hassrede am Beispiel der thüringischen Landtagsreden von Björn Höcke**

---

## TEIL III

### POLITISCHE KULTUR UND DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT

---

136 Marion Reiser, Anne Küppers, Jörg Hebenstreit, Lars Vogel & Axel Salheiser  
**Politische Einstellungen während der Corona-Pandemie: Befunde des THÜRINGEN-MONITORS 2020**

148 Siri Hummel, Malte Schrader & Rupert Graf Strachwitz  
**Demokratie und Zivilgesellschaft in der COVID-19-Pandemie**

160 Martin Arnold im Interview mit Anne Tahirovic  
**„Das zentrale Problem ist die Zwangsvergemeinschaftung in Sammelunterkünften**

174 Franziska Hartung, Marie-Theres Piening & Janine Dieckmann  
**Gesellschaftspolitische Dimensionen von Viruspanidemien – HIV und Corona im Vergleich**

186 Nicole Harth  
**Geschlechtsstereotype und Rollenkonflikte während der Coronapandemie: eine psychologische Betrachtung**

196 Maik Fielitz, Jana Hitziger & Karolin Schwarz  
**Tech vs. Hate: Muster und Dilemmata des Deplatformings deutschsprachiger Hassakteure**

209 **Aktuelles aus der Forschung: Bereich Rechtsextremismusforschung**

230 **Aktuelles aus der Forschung: Bereich Vielfalt, Engagement und Diskriminierung**

236 **Aktuelle Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung**

---

# INHALT





**ZUM EINSTIEG**



# Vorwort

## Heike Werner

**Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit, Frauen und Familie**

Mit dem Wort „Krise“ können sehr vielfältige Situationen betitelt werden. Im politischen Raum und im Falle der Coronakrise knüpft es gedanklich an die Bankenkrise und die sogenannte Flüchtlingskrise an. Jedoch muss man in der Analyse feststellen, dass die „Coronakrise“ eine andere Dimension hat als die zuvor benannten. Alle diese Krisen können als Systemstörungen analysiert werden, die mehr oder minder zwangsläufig Bestehendes infrage stellen und in jedem Fall schnelle Handlungen und Entscheidungen erfordern. Als Problem kann man grundsätzlich konstatieren: Demokratische Systeme sind aber auf Diskussions- und Aushandlungsprozesse angewiesen, die im Krisenmodus durch die Geschwindigkeit und den Handlungsdruck sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

Im Falle der Coronakrise wurden im Gegensatz zu den vorher genannten Krisen jedoch Handlungen erforderlich, die weit über die Krisenbewältigung der Banken- und Flüchtlingskrise hinausgehen. Das allumfassende dieser Systemstörung hat eine Dimension, die in der planerischen Vorwegnahme offensichtlich weltweit nur unzureichend durchdacht wurde. Alle bestehenden Katastrophenszenarien haben dort nicht handlungsleitend wirken können. Es mussten Versatzstücke von Plänen zueinander gebracht und sehr viel ad-hoc entschieden werden.

Insbesondere die Exekutive musste feststellen, dass sie mit ihren Strukturen und Prozessen bei der Bewältigung solcher Herausforderungen auch auf Improvisation angewiesen ist. Vieles wäre ohne das hohe Engagement und den persönlichen Einsatz der Beschäftigten nicht möglich gewesen. Das stellt auch sehr eingespielte Abläufe und Arbeitsweisen infrage und hinterlässt Fragen nach dem Aufbau von Ministerien, Behörden und parlamentarischen Regeln.

Was bedeutet dies nun für die Fragestellung der Demokratiegefährdung? Spätestens seit Anfang der 2000er-Jahre gibt es die Erkenntnis, dass Demokratie kein Selbstläufer ist. Wir müssen sie entwickeln und immer wieder begründen, ohne ihre Grundlagen infrage zu ziehen. Studien wie „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeyer oder der „THÜRINGENMONITOR“ zeigen sehr deutlich, wie sich Einstellungsmuster in den letzten Jahrzehnten immer stärker in Teilen der Gesellschaft hin zu autoritären und menschenfeindlichen Haltungen verändern.

Der Begriff der Demokratie wird bis zur Unkenntlichkeit gedehnt und ein vermeintlicher „Willen des Volkes“ wird als Ersatz herangezogen. Dazu kommt, dass es in Teilen der medialen Wahrnehmung und journalistischen Bearbeitung Vereinfachungen gibt, die komplexe Entscheidungsprozesse immer weniger sichtbar machen und nicht zu ihrer Klärung beitragen. Insofern ist es fast zwangsläufig, dass mit dem vorhandenen Nährboden der Demokratieskepsis oder auch Demokratiefeindlichkeit, die wir seit Längerem beobachten können, und einer so gravierenden und allumfassenden Systemstörung die Zahl derer steigt, die sich autoritären Strukturen zuwenden. Dies sollte nicht entschuldigend verstanden werden, sondern Defizite in der Bearbeitung dieses Themenfeldes verdeutlichen. Auch in anderen Bereichen des politischen Handelns hat die Pandemie Veränderungsbedarf aufgezeigt. Hier seien nur beispielhaft das Gesundheitswesen, die Bildung und die Digitalisierung genannt.

In diesem Sinne bedanke ich mich beim Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft für die geleistete Arbeit und dieses Projekt. Es bietet wichtige Grundlagen zur Erkenntnis und sollte zu einem beherzteren Handeln gegen die Demokratiegefährdung führen. Meine Aufmerksamkeit haben die benannten Problemfelder – und damit auch die Offenheit, noch stärker über Lösungen nachzudenken, die vor der nächsten Systemstörung Veränderungen für das demokratische Miteinander besser befördern.



Herzlichst  
Heike Werner

**„FÜR  
DEMOKRATIEGEFÄHRDENDE  
AKTEUR:INNEN, EXTREME  
UND POPULISTISCHE  
RECHTE SOWIE  
MENSCHENFEINDLICHE  
NARRATIVE UND  
VERSCHWÖRUNGS-  
IDEOLOGIEN HAT SICH  
DURCH DIE CORONAKRISE  
UND IHRE FOLGEN EIN  
MÖGLICHKEITSFENSTER  
GEÖFFNET.“**



IDZ JENA

# Einleitung

Die weltweite Corona-Pandemie ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe, sondern in ihrer Totalität und ihren Auswirkungen eine gesellschaftliche Krise ungeahnten Ausmaßes. Seit dem Frühjahr 2020 hält sie auch Deutschland und Thüringen im Griff, sie ist allgegenwärtig und hat unser aller Leben teils auf drastische Weise verändert. Die gewöhnungsbedürftigen Hygiene-Maßnahmen und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, in der Arbeitswelt, im Schul- und Kita-Betrieb und im Freizeitbereich, die Schließungen und Einbußen im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel und im Kultursektor, Kurzarbeit, Jobverlust und gestiegene Armutrisiken, Komplikationen durch Homeoffice, Homeschooling und veränderte Settings der Pflege und Betreuung von Angehörigen – die sozialen und psychischen Herausforderungen und Belastungen waren und sind erheblich, ebenso die volkswirtschaftlichen Schäden. Deutlich hat sich gezeigt, dass der akute Handlungsdruck, der auf demokratischer Politik lastet, in Krisenzeiten so stark ansteigt, dass die hastig herbeigeführten Entscheidungen sehr kontrovers sind, heftig debattiert werden und nicht nur auf Zustimmung, sondern auch auf scharfe Kritik, Zweifel, Ablehnung und Proteste stoßen.

Als wir im August 2020 mit unserem Call for Papers zur Einreichung von Beiträgen für den vorliegenden Band aufgerufen haben, hatte sich bereits abgezeichnet, dass antidemokratische und radikale Kräfte die Krisensituation ausnutzten und teilweise bedenkliche Geländegewinne verzeichnen konnten. In den sozialen Netzwerken breiteten sich Desinformationen und Verschwörungsideologien aus, rechtsextreme, antisemitische und rassistische Hass- und Hetzinhalte rund um Corona und völlig abwegige Behauptungen über den angeblich absichtlich von der Regierung bzw. „globalistischen Eliten“ herbeigeführten Ausnahmezustand grassierten – und sickerten offenbar auch in die Gehirne ein.

Eindrücklich zeigte sich dies vor allem bei jenen Gruppen, die sich unter der Eigenbezeichnung „Querdenken“ oder mit ähnlichen Namen im Internet formierten und dann mit ihren Protestaktivitäten Aufmerksamkeit erregten. Auch auf Thüringer Straßen und Plätzen fanden sich seit Frühjahr des letzten Jahres wöchentlich Menschen ein, die ihren Frust über das Tragen von Masken oder die Schul- und Geschäftsschließungen artikulierten, die Gefahr des Virus verharmlosten oder ihre ablehnende Haltung gegenüber Impfungen zum Ausdruck brachten. Bei den Kundgebungen wurden Redner:innen beklatscht, die zwar „Frieden und Freiheit“ als ihre Werte reklamierten, im gleichen Atemzug aber die Souveränität der Bundesrepublik anzweifelten, einen angeblichen „Schuldskult“ beenden wollten, sich mit den Opfern der nationalsozialistischen oder der kommunistischen Diktatur gleichsetzten, von einer „Plandemie“ sprachen und „finstere Mächte“ am Werk wähten, gegen die „Widerstand“ zu leisten sei. Wiederholt kam es zu gewalttätigen Angriffen auf Polizeibeamt:innen, Journalist:innen und Gegendemonstrant:innen.

Für demokratiegefährdende Akteur:innen, extreme und populistische Rechte sowie menschenfeindliche Narrative und Verschwörungsideologien hat sich durch die Coronakrise und ihre Folgen ein Möglichkeitsfenster geöffnet. Antisemitismus und Rassismus, zum Beispiel gegen als asiatisch

gelesene Menschen, sowie Wissenschafts- und Medienfeindlichkeit sind Probleme, die größte Brisanz besitzen. Der vorliegende Sammelband widmet sich diesen Aspekten und fragt: Wie nutz(t)en welche antidemokratischen Akteur:innen die Coronakrise in Thüringen und Deutschland aus? Welche Folgen hat(te) die Krise auf die demokratische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Welche Perspektiven ergeben sich daraus für Akteur:innen im Feld des zivilgesellschaftlichen Engagements und für Verantwortungsträger:innen in Politik und Behörden?

*Der erste Teil* des Sammelbands widmet sich *Verschwörungsideologien, Desinformationen und toxischen Narrativen* in der Corona-Krise. **Wolfgang Frindte** blickt in seinem Beitrag überblicksartig auf Verschwörungstheorien, -hypothesen und -mythen, stellt theoretische Zugänge vor und präsentiert empirische Befunde. **Carolin-Theresa Ziemer, Fahima Farkhari & Tobias Rothmund** legen die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Studie über Einschätzungen zur COVID-19-Pandemie in der deutschen Bevölkerung zum Zeitpunkt des Abklingens der ersten Pandemiewelle vor. Die Forschenden unterscheiden vier Gruppen und charakterisieren diese bezüglich ihrer politischen Einstellungen, kognitiven Verarbeitungsstile und ihres Mediennutzungsverhaltens. Wie sich politische Verschwörungstheorien auf Gedanken und Verhaltensweisen auswirken, die für ein gesellschaftliches Miteinander in der Pandemie relevant sind, hat **Lotte Pummerer** untersucht. In ihrem Beitrag präsentiert sie die wichtigsten Ergebnisse – u. a., dass der Glaube und die Konfrontation mit einer politischen Verschwörungstheorie das Vertrauen in staatliche Institutionen und deren Maßnahmen senken. **Gereon Bals** zeigt in seinem Beitrag Parallelen zwischen rechtsradikalen und rechtsextremen Positionen zur Coronapandemie und zur Klimakrise auf und legt die inhaltlichen Verbindungen in den Erzählungen rechter Akteur:innen offen. Den demokratiepolitischen Herausforderungen im Umgang mit Verschwörungserzählungen, wissenschaftsfeindlicher Esoterik und rechtsoffenen Corona-Protesten wenden sich **Friedemann Bringt & Heiko Klare** zu.

*Der zweite Teil* beschäftigt sich mit *Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und menschenfeindlicher Gewalt* während der Corona-Krise. **Christoph Richter & Axel Salheiser** bieten einen Überblick zu den Positionen und Strategien der radikalen und extremen Rechten in Thüringen, Deutschland und Europa während der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020. Sie gehen dabei auf das Agieren von rechtspopulistischen Parteien, auf die Mobilisierung zu den Protesten und deren Radikalisierung ein. **MOBIT**, die Mobile Beratung in Thüringen, fasst die Aktivitäten der extremen Rechten in Thüringen zusammen, betrachtet dabei ihre Rolle im Kontext der Hygienedemos und blickt auf die Herausforderungen, die die Pandemie für die demokratische Zivilgesellschaft mit sich brachte. **Franziska Schmidtke & Lukas Benedikt Hoffmann** beschäftigen sich mit dem Ortsteil Herrenberg in Erfurt als Beispiel für neonazistische Geländegewinne und zeichnen zivilgesellschaftliche und staatliche Interventionsformen nach, die zur Schließung der rechtsextremen Agitationsräume führten. **Theresa Lauß & Franziska Schestak-Haase** berichten aus Sicht der fachspezifischen Opferberatung von den Herausforderungen und Hindernissen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, die durch pandemiebedingte Maßnahmen verursacht wurden. Zu Wort kommt dabei auch Sinbi, eine Betroffene von antisiasiatischem Rassismus, die spezifische Anfeindungen im Zusammenhang mit COVID-19 schildert. **Claudia Tutino & Valentin Schillig** untersuchen die parlamentarischen Redebeiträge des AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke und kommen zu dem Schluss, dass Höcke rechtsextreme Hassrede

im Thüringer Landtag betreibt, demokratische Grundwerte missachtet und damit eine Ideologie der Ungleichwertigkeit untermauert.

*Der dritte Teil* setzt sich mit der *politischen Kultur und demokratischen Zivilgesellschaft* auseinander.

**Marion Reiser, Anne Küppers, Jörg Hebenstreit, Lars Vogel & Axel Salheiser** präsentieren die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020, der im Zeichen der COVID-19-Pandemie stand. Sie belegen deutliche Verschiebungen in den politischen Einstellungen der Thüringer:innen zu Demokratie, Partizipation, Rechtsextremismus und Diversität. Mit dem Zusammenhang von Demokratie und Zivilgesellschaft in der COVID-19-Pandemie beschäftigen sich **Siri Hummel, Malte Schrader & Rupert Graf Strachwitz**. Dabei führen sie aus, dass der traditionell als stark angenommene Zusammenhang zwischen Demokratie und Zivilgesellschaft fragiler ist als angenommen. Geflüchtete waren und sind von der Coronakrise besonders betroffen: **Martin Arnold** vom Flüchtlingsrat Thüringen schildert im Interview mit **Anne Tahirovic** ihre besondere Situation in Thüringen während der ersten und zweiten Welle der Pandemie im Jahr 2020. **Franziska Hartung, Marie-Theres Piening & Janine Dieckmann** betrachten, anknüpfend an die Erfahrungen aus der HIV-/Aids-Krise, die gesellschaftspolitischen Dimensionen von Viruspanidemien und diskutieren solidarische und diskriminierungssensible Weg aus der Pandemie. **Nicole Harth** beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit den Auswirkungen der Coronapandemie auf Menschen unterschiedlichen Geschlechts. Mit ihrer Querschnittsstudie aus dem Jahr 2020 und unter Bezugnahme sozialpsychologischer Forschung belegt sie, dass insbesondere Eltern in der Krise verstärkt mit klassischen Erwartungen an ihre Geschlechterrolle konfrontiert sind. **Maik Fielitz, Jana Hitziger & Karolin Schwarz** diskutieren ihre Forschungsergebnisse aus dem Jahr 2020 zur Legitimation und Wirkung des Sperrens von Accounts, Gruppen und Individuen, die gegen die selbst gesetzten Standards von social-media-Plattformen verstoßen haben. Sie legen dar, wie sich dieses Deplatforming auf das Medienverhalten und die Mobilisierungsfähigkeit der extremen Rechten auswirkt.

Erstmalig enthält der Band abschließend den Abschnitt *Aktuelles aus der Forschung*, in dem wir Kurzzusammenfassungen ausgewählter Publikationen internationaler Autor:innen zum Schwerpunktthema bündeln. Der Fokus liegt auf wissenschaftlichen Studien aus den Forschungsfeldern, in denen das IDZ tätig ist: Rechtsextremismus- und -populismus, Demokratiegefährdung und Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Antisemitismus und Rassismus, Diskriminierung, Diversität und zivilgesellschaftliches Engagement. Auch neuere Entwicklungen in der digitalen Sphäre, wie die Verbreitung von Hassrede und Verschwörungsideologien in den sozialen Medien, werden dabei thematisiert. Aufgrund der Vielzahl der Publikationen, die mittlerweile zur Corona-Pandemie erschienen sind und unablässig erscheinen, kann unsere Auswahl keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die Kurzzusammenfassungen bieten jedoch einen facettenreichen Überblick und verstehen sich als Empfehlungen zum Weiterlesen.



**VERSCHWÖRUNGS-  
IDEOLOGIE,  
DESINFORMATION UND  
TOXISCHE NARRATIVE**

**„ES IST EINE MISCHUNG VON  
REICHSBÜRGER\*INNEN,  
RECHTSEXTREMEN,  
VERSCHWÖRUNGS-  
MYSTIKER\*INNEN,  
IMPFEGGNER\*INNEN UND  
QUERDENKER\*INNEN,  
DIE SICH VERSAMMELN,  
UM GEGEN CORONA-  
SCHUTZMASSNAHMEN, GEGEN  
DIE ‚MERKEL-DIKTATUR‘  
UND EINE ‚ZIONISTISCHE  
WELTVERSCHWÖRUNG‘ ZU  
DEMONSTRIEREN.“**



WOLFGANG FRINDTE

# „Aber sonst aber sonst. Alles Lüge!“ – Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten

Wolfgang Frindte

---

Verschwörungserzählungen unterscheiden sich von „alternativen Fakten“ oder Fake News u. a. dadurch, dass nicht alle gefälschten Nachrichten auch eine finstere Verschwörung zu behaupten versuchen. Die Produzent\*innen gefälschter Nachrichten wissen in der Regel, dass sie Lügen verbreiten. Im Gegensatz dazu glaubt die Mehrheit derjenigen, die Verschwörungsmysmen formuliert, wirklich an das, was sie sagt. So glaubt eine Mischung von Reichsbürger\*innen, Rechtsextremen, Verschwörungsmystiker\*innen, Impfgegner\*innen und „Querdenker\*innen“ daran, dass eine „Merkel-Diktatur“ oder eine „zionistische Weltverschwörung“ die große „Umvolkung“ vorbereite, um die Weltherrschaft zu übernehmen. Im Beitrag wird zwischen Verschwörungstheorien, -hypothesen, -mythen sowie zwischen Mythenmacher\*innen und -gläubigen unterschieden, theoretische Zugänge werden vorgestellt und empirische Befunde präsentiert. Auf dieser Grundlage wird schließlich dafür plädiert: sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, um mit dem Mut des aufrechten Ganges als Demokrat\*innen verschwörungsmythisches Querdenken zu bekämpfen.

---

Empfohlene Zitierung:

Frindte, Wolfgang (2021): „Aber sonst aber sonst. Alles Lüge!“ – Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 14–27.

Schlagwörter:

***Verschwörungserzählungen, Verschwörungsmysmen, Fake News, Antisemitismus, QAnon-Bewegung***

” *Wir alle sind so borniert, dass wir immer glauben, recht zu haben ... (Goethe, Berliner Ausgabe, Band 18, 1972: 502).* “

## Postfaktische Zeiten und Verschwörungserzählungen – eine kleine Phänomenologie

Spätestens seit 2015 konnte man in den deutschen Feuilletons lesen, dass wir das Zeitalter faktischer Begründungen hinter uns gelassen hätten und uns nun im postfaktischen Zeitalter, in der Epoche der Fake News befänden. Die Gesellschaft für deutsche Sprache kürte *postfaktisch* zum Wort des Jahres 2016. Zur Begründung hieß es:

” *Das Kunstwort postfaktisch [...] verweist darauf, dass es in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen heute zunehmend um Emotionen anstelle von Fakten geht. Immer größere Bevölkerungsschichten sind in ihrem Widerwillen gegen ‚die da oben‘ bereit, Tatsachen zu ignorieren und sogar offensichtliche Lügen bereitwillig zu akzeptieren. Nicht der Anspruch auf Wahrheit, sondern das Aussprechen der ‚gefühlten Wahrheit‘ führt im ‚postfaktischen Zeitalter‘ zum Erfolg. (Gesellschaft für deutsche Sprache 2016, Hervorhebungen im Original)* “

Ein Jahr später 2017 erhob die Gesellschaft die „Alternativen Fakten“ zum Unwort des Jahres.

„Alternativen Fakten“ gehören wie Fake News, das Postfaktische und die Verschwörungserzählungen zwar zu einem Bedeutungsraum, besitzen aber auch besondere Merkmale oder, wie es in der klassischen Logik heißt: eigentümliche bzw. spezifische Unterschiede: Erfinderin der „alternativen Fakten“ ist Kellyanne Conway, die ehemalige Wahlkampfmanagerin und Beraterin von Donald Trump. Im Januar 2017 bestand Conway darauf, die vom damaligen Präsidentensprecher Sean Spicer geäußerte Behauptung, bei der Amtseinführung des US-Präsidenten seien so viele Feiernde auf der Straße gewesen wie nie zuvor bei der Einführung eines Präsidenten, stütze sich auf alternative Fakten und sei deshalb wahr. US-amerikanische Zeitungen, wie die New York Times oder die Washington Post, konnten allerdings nachweisen, dass bei der Amtseinführung von Barack Obama im Jahre 2009 die Besucherzahlen viel höher waren als 2017. Alternative Fakten sind keine Fakten, sondern bewusst verbreitete Falschaussagen. Insofern sind nicht alle Falschaussagen oder Falschmeldungen zugleich Fake News, also gefälschte Nachrichten. Zu Fake News werden Falschaussagen dann, wenn sie, wie am Beispiel der „alternativen Fakten“, mit der Absicht, andere zu täuschen, verbreitet werden (Götz-Votteler/Hespers 2019: 19).

---

**Zu Fake News werden Falschaussagen dann, wenn sie, wie am Beispiel der „alternativen Fakten“, mit der Absicht, andere zu täuschen, verbreitet werden.**

---

Das Beharren auf das „Postfaktische“ ist eine mehr oder weniger ideologisch verbrämte und politisch intendierte Leugnung von nachprüfbaren Tatsachen. Anstelle von Wahrheiten (truth) werden

bewusst und gezielt gefühlte Wahrheiten (truthiness) verbreitet, die nicht auf Fakten, sondern auf individuellen Wünschen und Zielen beruhen (Appel 2020: 3). Das Verbreiten von „alternativen Fakten“ gehört somit zu den postfaktischen Erzählmustern, mit denen Wirklichkeit verschleiert, verfälscht oder geleugnet wird.

Verschwörungserzählungen unterscheiden sich von „alternativen Fakten“ oder Fake News u. a. dadurch, dass nicht alle gefälschten Nachrichten auch eine finstere Verschwörung zu behaupten versuchen. Die Produzent\*innen gefälschter Nachrichten wissen, dass sie Lügen verbreiten. „Sie tun dies absichtlich, um Verwirrung zu stiften, ihr Publikum zu mobilisieren oder Gegner zu beschmutzen. Im Gegensatz dazu glaubt die Mehrheit derjenigen, die Verschwörungstheorien formulieren, wirklich an das, was sie sagen, und vermutet, dass es wahr sein könnte oder genauso gut wahr sein könnte.“ (Butter/Knight 2020: 2; eigene Übersetzung)

---

**Verschwörungserzählungen unterscheiden sich von „alternativen Fakten“ oder Fake News u. a. dadurch, dass nicht alle gefälschten Nachrichten auch eine finstere Verschwörung zu behaupten versuchen. Die Produzent\*innen gefälschter Nachrichten wissen, dass sie Lügen verbreiten.**

---

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump dürfte der sein, der im Jahre 2020 die meisten Fake News über Covid-19 in die Welt gesetzt hat. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Cornell University in Ithaca im Bundestaat New York (Evanega et al. 2020). Die Forscher\*innen haben zwischen 1. Januar 2020 und 26. Mai 2020 mehr als 38 Millionen englischsprachige Medienberichte (aus Printmedien, Fernsehen, Radio und Onlinemedien) ausgewertet, um den Umfang von Falschinformationen zu Covid-19 analysieren zu können. Mehr als 1,1 Millionen Beiträge enthielten gezielte Falschinformationen über Covid-19. Dazu gehören Beiträge, in denen SARS-CoV-2 als chinesische Biowaffe bezeichnet oder Covid-19 als Werkzeug zur Kontrolle und Reduzierung der Weltbevölkerung genannt wird. Auch antisemitische Verschwörungserzählungen tauchen in diesen Falschinformationen auf. In 37,9 % dieser Falschinformationen wurde Donald Trump erwähnt. Die von ihm verbreiteten Falschinformationen bezogen sich auf vermeintliche „Wundermittel“ gegen Covid-19, auf die Möglichkeit, das Virus mit Desinfektionsmitteln bekämpfen zu können oder auf seine Aussagen, das Virus werde ganz plötzlich wieder verschwinden. Die Autor\*innen schlussfolgern: „We conclude therefore that the President of the United States was likely the largest driver of the COVID-19 misinformation ‚infodemic‘“, der (ehemalige) Präsident der Vereinigten Staaten war wahrscheinlich der größte Antreiber von Falschinformationen über Covid-19 – aber nicht nur er.

Trotz der mehr oder minder wissenschaftlich erwiesenen Befunde zu Ursachen, Wirkungen und möglichen Schutzmaßnahmen kämpfen „Hygiene-Demonstrant\*innen“, „Querdenker\*innen“, gescheiterte Rundfunk- und Fernsehmoderator\*innen, vegane Köche (sorry, ich meine nur einen), Sänger, die nicht singen können oder ein ehemaliger US-amerikanischer Präsident mit ihren „gefühlten Wahrheiten“ gegen den „tiefen Staat“, gegen „Meinungsfaschisten“, „Impfterrorismus“ oder gegen Bill Gates und Christian Drosten. Aus Sicht der „Wahrheitsfühler\*innen“ haben Politiker\*innen, Virolog\*innen oder Bill Gates von langer Hand Lügen verbreitet, Statistiken gefälscht und Viren

gezüchtet, um die Weltherrschaft zu übernehmen oder zumindest Bürger\*innen in „Todesangst“ zu versetzen. Es ist eine Mischung von Reichsbürger\*innen, Rechtsextremen, Verschwörungsmystiker\*innen, Impfgegner\*innen und „Querdenker\*innen“, die sich versammeln, um gegen Corona-Schutzmaßnahmen, gegen die „Merkel-Diktatur“ und eine „zionistische Weltverschwörung“ zu demonstrieren.

Verschwörungsmymthen eignen sich überdies, um die Grenzen der „politischen Korrektheit“ auszureizen, etwa, wenn die „Lügen-“ und „Systempresse“ angegriffen, vom anschwellenden „Strom“ von Flüchtlingen geschrieben oder von einer „Gesinnungsdiktatur“ an den deutschen Universitäten gefaselt wird. Rechtsextreme und neurechte Gruppen und Bewegungen, wie die Identitäre Bewegung oder Pegida, greifen zum Beispiel auf die Idee vom „großen Austausch“ oder der „Umvolkung“ zurück, um an fremdenfeindliche Vorurteile in der Bevölkerung anzuknüpfen und rassistische Verschwörungsmymthen zu verbreiten. Der Begriff des „großen Austauschs“ wurde vom Franzosen Renaud Camus geprägt und von den Neurechten in den politischen Auseinandersetzungen über Migration, Flucht und Vertreibung zum Kampfbegriff stilisiert. 2016 erschien das Buch „Le grand remplacement“ von Camus in deutscher Übersetzung mit dem Titel „Revolte gegen den Großen Austausch“ im neurechten Antaios Verlag, der von Götz Kubitschek, einem Weggefährten von Björn Höcke, geleitet wird. Hinter der Umvolkung, so die Argumentation der Neurechten, stünde eine systematische, im Geheimen geplante Verschwörung europäischer Eliten, die sich das Ziel gesetzt haben, Migrant\*innen in Europa massenhaft anzusiedeln, um den nationalen Zusammenhalt in den jeweiligen Ländern aufzubrechen (Kopke 2017). Auf einem Treffen mit AfD-Sympathisant\*innen und „Querdenker\*innen“ im September 2020 raunte Björn Höcke in diesem Sinne von der Antifa, den, wie er sagte, „neuen Kommunisten“, die mit „globalen Geldmachteliten“ zusammenarbeiten würden, um Nationen zu zersetzen (zit. n. Der Tagesspiegel 2020).

---

**Rechtsextreme und neurechte Gruppen und Bewegungen versuchen, an fremdenfeindliche Vorurteile in der Bevölkerung anzuknüpfen und rassistische Verschwörungstheorien zu verbreiten.**

---

In diesem Zusammenhang ist auf die weltweit agierende QAnon-Bewegung hinzuweisen (Amadeu Antonio Stiftung 2020). „Q“ ist die US-amerikanische Bezeichnung für den Zugriffsstatus auf geheime Berichte und Akten. „Anon“ bedeutet „anonym“. Die QAnon-Bewegung glaubt an finstere Pläne der Eliten für eine „neue Weltordnung“ und hat sich 2020 auch in Deutschland ausgebreitet.

Seit Oktober 2017 meldet sich unter dem Pseudonym „QAnon“ ein unbekannter Nutzer in verschiedenen sozialen Medien und behauptet, als hoher Geheimnisagent Beweise für eine weltweite Verschwörung zu besitzen. Eine Schattenregierung, repräsentiert von sehr mächtigen Männern und Frauen (wie Bill Gates, George Soros, Barack Obama oder Hillary Clinton), bestimme in den USA und der Welt die Geschicke der Menschheit. Auch das Virus SARS-CoV-2, der Verursacher der Corona-Pandemie, sei von dieser Schattenregierung in die Welt gesetzt worden, um diese zu beherrschen. Mit Corona solle eine neue Weltordnung geschaffen werden; das Coronavirus sei in einem Labor gezüchtet worden; es verbreite sich über die neuen 5G-Netze; Bill Gates wolle die

Menschheit zwangsimpfen, um sie überwachen zu können; die Schattenregierung halte in geheimen Kellern Kinder gefangen, foltere sie und zapfe ihnen Blut ab, um daraus ein Serum für die ewige Jugend zu gewinnen. Dass sich hinter solchen und ähnlichen Fake News und Verschwörungserzählungen auch antisemitische Mythen verbergen, ist offenkundig, so die uralte Lüge vom Ritualmord. Danach würden die Juden zum Pessachfest Christenkinder schlachten, um deren Blut zu trinken. Der Vorwurf, die Juden würden Christenkinder kreuzigen oder schlachten, um deren Blut zu konsumieren, ist seit dem 13. Jahrhundert ein mächtiges Werkzeug der Judenfeind\*innen. Die Boshaftigkeit dieser Beschuldigung wird schon dadurch deutlich, dass Juden jeglicher Genuss von Blut durch ihre Religion untersagt ist: „Allein darauf achte, dass du das Blut nicht isst; denn das Blut ist das Leben; darum sollst du nicht zugleich mit dem Fleisch das Leben essen, sondern du sollst das Blut auf die Erde gießen wie Wasser und sollst es nicht essen, auf dass dir's wohlgehe und deinen Kindern nach dir, weil du getan hast, was Recht ist vor dem Herrn.“ (Mose, 5.12: 23ff.)

---

**Seit Oktober 2017 meldet sich unter dem Pseudonym „QAnon“ ein unbekannter Nutzer in verschiedenen sozialen Medien und behauptet, als hoher Geheimnisagent Beweise für eine weltweite Verschwörung zu besitzen. Hinter solchen und ähnlichen Fake News und Verschwörungserzählungen verbergen sich antisemitische Mythen.**

---

Seit dem 3. November 2020 hat „QAnon“ auch das Establishment der Republikanischen Partei erreicht. Die Republikanerin Marjorie Taylor Greene, eine Anhängerin von „QAnon“, gewann mit Unterstützung von Donald Trump einen Sitz im Kongress. Seit Herbst 2020 gehen auch hierzulande Corona-Leugner\*innen auf die Straße, bekennen sich offen zu den von „QAnon“ verbreiteten (antisemitischen) Verschwörungsmaythen und teilen diese auf diversen Messenger-Diensten.

## Vom Charme der Verschwörungsmaythen – Theoretisches

Umberto Eco, der große Semiotiker und Schriftsteller, wies gelegentlich darauf hin:

*Spricht man [...] von Verschwörungstheorie, so meint man die Vorstellung eines weltweiten Komplotts (in manchen Theorien sogar mit kosmischer Dimension), nach der alle oder fast alle Ereignisse der Geschichte von einer einzigen, geheimnisvollen und im Dunkel agierenden Macht gelenkt werden.*

(Eco 2016: 82)

Allerdings scheint es gar nicht so einfach, Verschwörungserzählungen oder „Verschwörungstheorien“ begrifflich zu fassen, wie Michael Butter and Peter Knight in einem historischen Exkurs (2020: 28ff.) oder Türkay Salim Nefes and Alejandro Romero-Reche (2020: 94) am Beispiel der vielen im Umlauf befindlichen soziologischen Definitionen demonstrieren. Versucht man aus den verschiedenen, aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven formulierten Definitionen quasi den größten gemeinsamen Nenner zu bestimmen, so ließe sich formulieren: Verschwörungserzählungen

sind soziale Vorstellungen und Geschichten, mit denen aktuelle oder historische Ereignisse, kollektive Erfahrungen oder die Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse als Folge einer Verschwörung (einer geheimen, konspirativen Entscheidung von Personen oder einer kleinen Gruppe mit meist illegitimen Absichten und zum eigenen Nutzen) interpretiert werden (vgl. Anton/Schetsche/Walter 2015).

Verschwörungserzählungen sind keine wissenschaftlichen Theorien, sondern besitzen die Struktur von Mythen. Darauf machen auch andere Autor\*innen des empfehlenswerten „Routledge Handbook of Conspiracy Theories“ (Butter/Knight 2020) aufmerksam. Für Roland Barthes (1964: 93ff.), dem wir die Initialzündung zur Erforschung moderner Mythen verdanken, zeichnet sich ein Mythos dadurch aus, dass er die Bedeutung anderer Aussagen ausnutzt, um neue Bedeutungen zu schaffen. Mythen besitzen, wie Verschwörungserzählungen auch, eine doppelte Codierung oder eine doppelte Aussagestruktur. Im primären Code, der ersten Aussageebene, wird ein Objekt oder ein Geschehen benannt, über dessen reale oder virtuelle Beschaffenheit weitgehend Konsens besteht. Auf der zweiten Aussageebene, dem sekundären Code, Barthes nannte das die „Metasprache“, wird dem Objekt bzw. dem Geschehen eine neue Bedeutung übergestülpt. Um es am Beispiel zu illustrieren: Ein erster Code, eine erste Aussage, könnte lauten: „Es gibt Menschen, die man als Deutsche bezeichnen kann.“ Die zweite Aussage, mit der nun eine neue Bedeutung konstruiert wird, könnte heißen: „Es gibt Menschen mit ‚echter arischer Abstammung‘“. Mit der zweiten Aussage ist auf der Grundlage der ersten ein Mythos kreiert worden, mit dem sich jene Deutschen, die diese Abstammung von sich behaupten, in rassistischer Weise über „Nicht-Arier“ zu erheben versuchen.

---

**Verschwörungserzählungen sind keine wissenschaftlichen Theorien, sondern besitzen die Struktur von Mythen.**

---

In dieser Umdeutung erhalten die Mythen jene Merkmale, durch die sie sich als kollektive Muster zur Komplexitätsreduktion im weitergehenden Umgang mit der Welt geradezu anbieten. Beispiel: a. Entweder ist man ein Deutscher oder nicht; b. Ist man kein Deutscher, so besitzt man auch nicht die „wertvollen arischen“ Eigenschaften der Deutschen.

Produziert und für diverse Zwecke instrumentalisiert werden die Mythen durch soziale Gruppen, die sogenannten Mythenmacher\*innen. Hier passiert das, was Umberto Eco im Gegensatz zu „spontaner“ die „gelenkte“ Mythenbildung nennt (Eco 1989: 188), die *gezielte* Herstellung mythischer Erzählungen. Ähnlich verhält es sich mit den Verschwörungserzählungen. Wie Mythen stützen sich diese zunächst einmal auf Ereignisse und Erfahrungen, die durchaus einen wahren Kern haben können. Verschwörungserzählungen versuchen aber darüber hinaus, diese tatsächlichen oder erinnerten Ereignisse oder Erfahrungen umzudeuten, um neue Bedeutungen zu konstruieren. Insofern können wir durchaus auch von Verschwörungsmynthen sprechen. Durch die verschwörerischen Aussagen erhalten die Verschwörungsmynthen den Charakter von Entscheidungen zugeschrieben, die in geheimen, illegitimen, elitären Zirkeln getroffen wurden.

Über die Macher\*innen der gelenkten, mit Absicht produzierten Verschwörungsmynthen und deren Intentionen wissen wir mittlerweile recht gut Bescheid. Es sind die eingangs genannten

rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Gruppen, Think Tanks oder klandestinen Bünde, die die Mythen zum Beispiel über den „tiefen Staat“ oder „zionistische Weltverschwörung“ verbreiten. Forschungsbedarf gibt es indes nach wie vor hinsichtlich der Konstrukteure der spontanen Verschwörungsmymen, also etwa der Personen und Gruppen, die Mythen über die Chemtrails erfunden haben (vgl. auch: Smallpage et al.: 263ff.).

Verschwörungsmymen beziehen sich bekanntlich nicht nur auf politische Ereignisse und Prozesse. Auch über den Tod von Wolfgang Amadeus Mozart rankt sich beispielsweise die Verschwörungserzählung, der auf den Komponisten neidisch blickende Hofkomponist Antonio Salieri habe Mozart ermordet oder ermorden lassen. Zu denken ist auch an die Chemtrails, also die von Flugzeugen erzeugten Kondensstreifen am Himmel. Anhänger\*innen der „Chemtrails-Theorie“ nehmen u. a. an, die Kondensstreifen enthielten giftige Gase, die bewusst versprüht würden, um die Denk- und Zeugungsfähigkeit der Menschen zu reduzieren. Etwas weniger dramatisch sind andere Vermutungen, die davon ausgehen, mit den Chemtrails solle der Treibhauseffekt reduziert werden. Mit der ersten Mondlandung der Amerikaner sind ebenso diverse Verschwörungen verknüpft – die Mondlandung habe gar nicht stattgefunden, sondern sei in einem Hollywood-Studio inszeniert worden.

Von den Verschwörungsmymen, in denen von geheimen und im Dunkel agierenden Mächten, die die Welt oder einzelne Ereignisse kontrollieren bzw. lenken, die Rede ist, müssen allerdings die Hypothesen über tatsächliche oder mögliche Verschwörungen unterschieden werden. Man denke zum Beispiel an die Verschwörung gegen Gaius Iulius Caesar, der 44 v. Chr. im Zuge einer Verschwörung von römischen Senatoren ermordet wurde. Ob nun Caesar tatsächlich seine letzten Worte „Auch du, mein Sohn“ an

---

**Von den Verschwörungsmymen, in denen von geheimen und im Dunkel agierenden Mächten, die die Welt oder einzelne Ereignisse kontrollieren bzw. lenken, die Rede ist, müssen Hypothesen über tatsächliche oder mögliche Verschwörungen unterschieden werden.**

---

Marcus Brutus gerichtet hat und ob diese Worte überhaupt gefallen sind, ist eine hypothetische Annahme, die sich indes kaum noch überprüfen lässt. Die Vermutung hingegen, dass Wladimir Iljitsch Lenin Anfang April 1917 im versiegelten Zug von der Schweiz durch Deutschland nach Russland fahren konnte, weil das Deutsche Reich damit die Revolution in Russland anheizen wollte und einen schnellen Frieden im Osten anzustreben versuchte, ist eine Verschwörungshypothese, die prüfbar und unter Umständen auch falsifizierbar ist. Die Verschwörungserzählung, die die Nationalsozialist\*innen nach dem Brand des Reichstages im Februar 1933 verbreiteten, es handle sich um eine Verschwörung der Kommunist\*innen, ist bereits widerlegt. Das gilt für die Beteiligung der CIA am Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung des chilenischen Präsidenten Salvador Allende im September 1973 hingegen nicht.

Die Beispiele verdeutlichen die unterschiedliche Komplexität von Verschwörungsmymen, sodass es naheliegend ist, zwischen ereignisbezogenen Verschwörungsmymen (z. B. dem Tod von Mozart), systematischen Verschwörungsmymen (z. B. zum „großen Austausch“) und Metaverschwörungen (z. B. die jüdische Weltverschwörung) zu unterscheiden (vgl. auch IDZ 2019).

## Warum die Juden?

An der Judenfeindlichkeit und am Antisemitismus wurden die Verschwörungsmythen justiert und eingeübt. Als zwischen 1347 und 1351 die Pest Europa verheerte, wurden die Juden beschuldigt, die Pest durch Brunnenvergiftungen verursacht zu haben. Erstmals traten diese Beschuldigungen im Jahre 1348 in Savoyen auf und verbreiteten sich von dort nach Spanien, Nordfrankreich und Deutschland (Limor 2000: 144). Auch die dadurch initiierten Massaker an den Juden nahmen diesen Weg. In Straßburg, Worms, Würzburg, Frankfurt am Main, Erfurt, Köln und Nürnberg wurden die jüdischen Gemeinden fast vollständig ausgerottet. Für Martin Luther waren die Juden ein „durchböstes, durchgiftetes Ding“, ihre Synagogen und Schulen solle man mit Feuer anstecken (Luther 1920 [1543]: 522, 528).

---

**An der Judenfeindlichkeit und am Antisemitismus wurden die Verschwörungsmythen justiert und eingeübt.**

---

Als es 1873 zu einer Finanz- und Überproduktionskrise kam, die bald England, die USA und auch Deutschland erreichte, wurden die Juden dafür verantwortlich gemacht (Glagau 1876). Nachdem der besagte Börsenkrach von 1873 in Deutschland mit der allgemeinen Wirtschaftskrise in den „Gründerkrach“ überging, waren die Juden wieder die Schuldigen. Neben Otto Glagau gehörten Wilhelm Marr, der Hofprediger Adolf Stoecker und der Historiker Heinrich von Treitschke zu den ersten antisemitischen Agitatoren neuen Stils in Deutschland. Die falschen Bilder über die Juden, so wie sie die traditionelle christliche Judenfeindschaft produzierte, wurden nun mit neuen, der kapitalistischen Entwicklung entsprechenden Bildern (z. B. von der „jüdischen Vorherrschaft“ oder der „jüdischen Weltherrschaft“) angereichert. Bekannt sind vor allem die „Protokolle der Weisen von Zion“. In dieser 1903 in der Presse des zaristischen Russlands erschienenen antisemitischen Sammlung von angeblichen Mitschriften jüdischer Geheimsitzungen wurde behauptet, die Juden strebten eine „Weltherrschaft“ an. Es handelt sich bei dieser Sammlung um eine Fälschung, die möglicherweise in Frankreich in der Zeit von 1894 bis 1899 entstanden ist – in der Zeit also, in der in Frankreich mit der Dreyfus-Affäre eine neue Welle des Antisemitismus entstand. Noch heute beziehen sich viele Antisemit\*innen und Verschwörungsgläubige auf diese „Protokolle“ (Benz 2019).

Im Holocaust wurden rassenbiologische Verschwörungsmythen von den Juden als „Unmenschen, Wucherer, Börsenkapitalisten“ verbreitet, von denen sich die „arische Rasse“ als „Übermenschen“ distanzieren müsse (Goebbels 1941). Antisemitische Verschwörungsmythen über die „jüdische Weltverschwörung“ finden sich u. a. im Zusammenhang mit den Terroranschlägen von 9/11, im Kontext der weltweiten Finanzkrise von 2008 (Salzborn 2019) oder der Corona-Pandemie (Eder 2020).

## Empirisches

Die Forschung zu Verschwörungserzählungen und -mythen ist mittlerweile – nicht nur in Deutschland – ein weites Feld (Goreis/Voracek 2019). Google Scholar findet im Zeitraum von 2015 bis 2021 mehr als 24.000 Einträge (ohne die Zitate mitzuzählen) mit dem Suchwort „conspiracy theories“.

Darunter sind Überblicksarbeiten, Erhebungsstudien und Experimente, mit denen nach psychologischen Faktoren des Verschwörungsglaubens gefahndet wird, Dynamiken der Radikalisierung von Verschwörungsmystiker\*innen untersucht werden, der Zusammenhang zwischen klassischen bzw. sozialen Medien und Verschwörungsglaube erforscht wird oder nach Maßnahmen gesucht wird, um den Verschwörungsmythen aktiv begegnen zu können.

In einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung 2019 veröffentlichten Studie, in der knapp 1.900 erwachsene Deutsche befragt wurden, äußerten zirka 46 % der Befragten, es gebe geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Von den Befragten, die verschwörungsideologischen Aussagen eher zustimmten, neigten 40,3 % zu rechtspopulistischen Einstellungen (Rees/Lamberty 2019). Ähnliche Befunde lieferte auch die im Sommer 2020 veröffentlichte neue Leipziger Autoritarismus-Studie, in der 2.500 erwachsene Deutsche befragt wurden. Dabei stimmten 54,4 % der Ostdeutschen und 44,4 % der Westdeutschen der verschwörungsaффinen Aussage „Die Hintergründe der Corona-Pandemie werden nie ans Licht der Öffentlichkeit kommen“ im starken Maße zu (Schließler/Hellweg/Decker 2020: 301).

Der Glaube an Verschwörungsmythen hängt stark mit autoritären Überzeugungen, populistischen und politisch-extremen Einstellungen zusammen (Prichard/Christman 2020). Menschen, die einem Verschwörungsmythos Glauben schenken (z. B. Aids oder Corona sei in US-Laboratorien entwickelt worden), sind häufig auch Anhänger\*innen weiterer Verschwörungsmythen, zum Beispiel, dass der menschengemachte Klimawandel ein politischer Schwindel sei (z. B. Van Prooijen 2017) und sie sind weniger bereit, sich mitmenschlich zu engagieren (z. B. Van der Linden 2015). Je größer der Glaube an Verschwörungsmythen, desto geringer auch das Vertrauen in die klassischen Medien, wie Zeitungen, Funk und Fernsehen (Jackob et al. 2017). Dem gegenüber werden Informationen aus Social Media eine höhere Glaubwürdigkeit zugeschrieben (Goreis/Kothgassner 2020).

---

**Die Zustimmung zu  
verschwörungsideologischen Aussagen  
hängt mit rechtspopulistischen und  
autoritären Einstellungen zusammen.**

---

Verschwörungsmythen (z. B. der 5G-Covid-19-Mythos) können die Radikalisierung gesellschaftlicher Gruppierungen befördern und zur Rechtfertigung von Gewalt gegen andere Gruppen instrumentalisiert werden (Jolley/Paterson 2020). Junge Menschen, die sich in Folge der Corona-Pandemie sehr belastet fühlen und mit Verschwörungsmythen sympathisieren (z. B. mit der Vorstellung, das Corona-Virus sei eine biologische Waffe, die in China entwickelt wurde und sich gegen den Westen richtet), neigen zu gewalttätiger Radikalisierung (Levinsson et al. 2021). Personen mit hoher Verschwörungsmentalität präferieren alternative Ansätze der Medizin und glauben der Empfehlung von Lai\*innen mehr als der Empfehlung von Expert\*innen (Appel/Mehretab 2020). AFD-Anhänger\*innen äußern signifikant häufiger als Anhänger\*innen anderer Parteien in Deutschland, dass Politik und Medien die Gefährlichkeit des Corona-Virus bewusst übertrieben haben, um die Öffentlichkeit zu täuschen (Infratest dimap Mai 2020). Menschen mit populistischen Einstellungen und Meinungen sind eher als weniger oder nichtpopulistisch Eingestellte davon überzeugt, dass es eine kleine Gruppe von Menschen gebe, die die Welt kontrolliere, der menschengemachte Klimawandel

ein Schwindel sei, der Holocaust eine Lüge und SARS-CoV-2 in einem Labor entwickelt wurde. Der Glaube an Verschwörungsmmythen im Umfeld von Covid 19 verringert sowohl das Vertrauen in staatliche Institutionen als auch generell das soziale Engagement (Pummerer et al. 2020).

## Sapere aude!

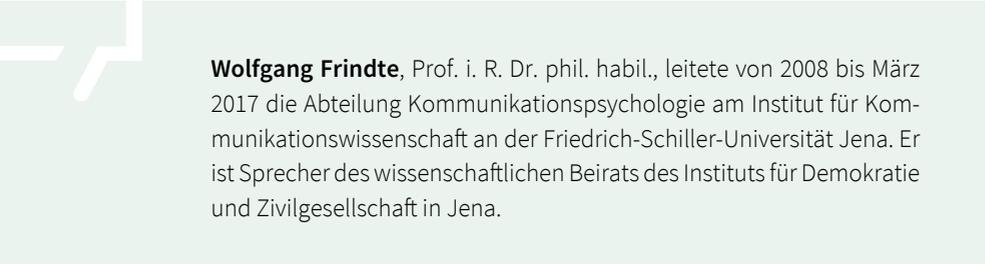
„Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ – so lautet nach Immanuel Kant der Wahlspruch der Aufklärung (Kant 1784: 481; hier zitiert nach Kant 1974: 9). „Wie kommt es, dass ausgerechnet die Menschen, die solchen Verschwörungserzählungen auf den Leim gehen, für sich selbst beanspruchen, sie seien die einzigen, die ihren eigenen Verstand benutzen, die restliche Bevölkerung bestehe nur aus „Schlafschafen“?“

Es handelt sich offenbar um *Attributionsverzerrungen*. Attributionen sind Zuschreibungen, die wir benutzen, um das Verhalten der Anderen und unser eigenes Verhalten zu erklären. In diesem Falle erklären die Verschwörungsideolog\*innen und deren Anhänger\*innen das Verhalten der „Schlafschafe“ mit einer Zuschreibung, die auf sie selbst zutrifft. Psychologische Befunde zeigen: Diejenigen, die in der Lage sind, analytisch und komplex zu denken, lehnen Verschwörungsmmythen um Covid-19 ab und sind auch eher bereit, die einschränkenden Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Bevölkerung zumindest eine gewisse Zeit in Kauf zu nehmen (z. B. Swami/Barron 2020). Im Umkehrschluss muss man den Verschwörungsideolog\*innen attestieren, dass sie eben nicht in der Lage sind, analytisch zu denken. Und noch etwas scheint wichtig zu sein: Das Vertrauen in die Wissenschaft und Wissen darüber, dass Wissenschaft und Wissenschaftler\*innen Suchende sind, die sich auch irren können – das sind wichtige und funktionsfördernde Voraussetzungen, um die Corona-Pandemie als wirkliche Krise und Gefahr wahrnehmen zu können. Im Übrigen: Gegen verschwörungsmmythisches Querdenken und „Widerstand 2020“ hilft nur der Mut des aufrechten Ganges der Demokrat\*innen. Diesen Mut müssen die Demokrat\*innen selbst aufbringen und auch in den sozialen Medien und auf der Straße zeigen.

---

**Gegen verschwörungsmmythisches Querdenken und „Widerstand 2020“ hilft nur der Mut des aufrechten Ganges der Demokrat\*innen.**

---



**Wolfgang Frindte**, Prof. i. R. Dr. phil. habil., leitete von 2008 bis März 2017 die Abteilung Kommunikationspsychologie am Institut für Kommunikationswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist Sprecher des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena.

## Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2020): de:hate report #01: QAnon in Deutschland. Berlin. Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/qanon-in-deutschland/> [30.03.2021].
- Anton, Andreas/Schetsche, Michael/Walter, Michael K. [Hrsg.] (2015): *Konspiration. Soziologie der Verschwörungsdenken*. Springer VS: Wiesbaden.
- Appel Markus (2020): Die Psychologie des Postfaktischen – Einleitung und Überblick. In: Appel Markus [Hrsg.]: *Die Psychologie des Postfaktischen: Über Fake News, „Lügenpresse“, Clickbait & Co.*. Springer: Berlin, Heidelberg, S. 1–7.
- Appel, Markus & Mehretab, Sarah (2020): Verschwörungstheorien. In Markus Appel [Hrsg.]: *Die Psychologie des Postfaktischen: Über Fake News, „Lügenpresse“, Clickbait & Co.*. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 117–126.
- Barthes, Roland (1964): *Mythen des Alltags*. Suhrkamp: Frankfurt a. M..
- Benz, Wolfgang (2019): *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung*. 4. Auflage, C. H. Beck: München.
- Butter, Michale/Knight, Peter [Hrsg.] (2020): *Routledge Handbook of Conspiracy Theories*: Routledge: London/New York.
- Butter, Michael/Knight, Peter (2020): Conspiracy theory in historical, cultural and literary studies. In: Butter, Michale/Knight, Peter [Hrsg.]: *Routledge Handbook of Conspiracy Theories*. Routledge: London/New York, S. 28–42.
- Der Tagesspiegel (2020). Gyros und die große Weltverschwörung. Online: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/hoecke-in-hoppegarten-gyros-und-die-grosse-weltverschwoerung/26181836.html> [28.12.2020].
- Eco, Umberto (1989): *Apokalyptiker und Integrierte. Zur kritischen Kritik der Massenkultur*. Fischer: Frankfurt a. M.
- Eco, Umberto (2016): *Pape Satàn*. Carl Hanser Verlag: München.
- Eder, Matthias (2020): Die Verschwörung(en) hinter der Pandemie. In Daria Pezzoli-Olgjati & Anna-Katharina Höpflinger [Hrsg.]: *Religion, Medien und die Corona-Pandemie* Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, S. 111–118.
- Evanega, Sarah/Lynas, Mark/Adams, Jordan/Smolenyak, Karinne (2020): Coronavirus misinformation: quantifying sources and themes in the COVID-19 ‘infodemic’. Online: [https://allianceforscience.cornell.edu/wp-content/uploads/2020/10/Evanega-et-al-Coronavirus-misinformation-submitted\\_07\\_23\\_20.pdf](https://allianceforscience.cornell.edu/wp-content/uploads/2020/10/Evanega-et-al-Coronavirus-misinformation-submitted_07_23_20.pdf) [28.10.2020].
- Frindte, Wolfgang/Frindte, Ina (2020): *Halt in haltlosen Zeiten. Eine sozialpsychologische Spurensuche*. Springer: Wiesbaden.
- Gesellschaft für deutsche Sprache (2016). GfDS wählt »postfaktisch« zum Wort des Jahres 2016. Online: <http://gfds.de/wort-des-jahres-2016> [9. 12.2016].
- Glagau, Otto (1876, 4. Auflage): *Der Börsen- und Gründungs-Schwindel in Berlin*. Verlag von Paul Froberg: Leipzig.
- Goebbels, Joseph (1941): *Die Juden sind schuld!* In Joseph Goebbels. *Das eherne Herz. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1941/42*. Zentralverlag der NSDAP: München.
- Goethe, Johann Wolfgang (1972): *Berliner Ausgabe*. Band 18. Aufbau Verlag: Berlin.
- Goreis, Andreas/Voracek, Martin (2019): A systematic review and meta-analysis of psychological research on conspiracy beliefs: Field characteristics, measurement instruments, and associations with personality traits. *Frontiers in Psychology*, 10, 205.
- Goreis, Andreas/Kothgassner, Oswald D. (2020): Social Media as Vehicle for Conspiracy Beliefs on COVID-19. *Digital Psychology*, 1(2), S. 36–39.
- Götz-Votteler, Katrin/Hespers, Simone (2019): *Alternative Wirklichkeiten? Wie Fake News und Verschwörungstheorien funktionieren und warum sie Aktualität haben*. transcript Verlag: Bielefeld.
- Infratest dimap (2020): *ARD-Deutschlandtrend*. Online: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2020/mai/> [12.08.2020].
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (2019): *Neue Rechte und alte Ideen*. Online: <https://www.idz-jena.de/index.php?id=131> [15.07.2019].

- Jacob, Nikolaus/Quiring, Oliver/Schemer, Christian (2017): Wölfe im Schafspelz? Warum manche Menschen denken, dass man Journalisten nicht vertrauen darf – und was das mit Verschwörungstheorien zu tun hat. In: Renner, Karl Nikolaus/Schultz, Tanjev/Wilke, Jürgen [Hrsg.]: Journalismus zwischen Autonomie und Nutzwert. Herbert von Halem Verlag: Köln; S. 225–249.
- Jolley, Daniel/Paterson, Jenny L. (2020): Pylons ablaze: Examining the role of 5G COVID-19 conspiracy beliefs and support for violence. *British Journal of Social Psychology*, 59(3), S. 628–640.
- Kant, Immanuel (1974 [1784]): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In Ehrhard Bahr [Hrsg.]: Was ist Aufklärung? Reclam: Stuttgart.
- Kopke, Christoph (2017). Verschwörungsmythen und Feindbilder in der AfD und in der neuen Protestbewegung von rechts. *NK Neue Kriminalpolitik*, 29(1), S. 49–61.
- Levinsson, Anna et al. (2021): Associations between endorsement of conspiracy theories and sympathy for violent radicalization in young adults during the COVID-19 pandemic: moderation by psychological distress. Available at SSRN 3769250.
- Limor, Ora (2000): Das verworfene Volk. In: Nicholas de Lange [Hrsg.]: Illustrierte Geschichte des Judentums. Campus Verlag: Frankfurt a.M./New York, S. 105–159.
- Luther, Martin (1920 [1543]): Von den Juden und ihren Lügen. Weimarer Ausgabe, Band 53. Hermann Böhlau Nachfolger: Weimar, S. 412–552. Online: <https://archive.org/details/werkekritischege53luthuoft> [18.02.2020].
- Nefes, Turkey Salim/Romero-Reche, Alejandro (2020). Sociology, social theory and conspiracy theory. In: Butter, Michael/Knight, Peter [Hrsg.]: *Routledge Handbook of Conspiracy Theories*.: Routledge: London/New York, S. 94–107.
- Prichard, Eric Charles/Christman, Stephan D. (2020): Authoritarianism, Conspiracy Beliefs, Gender and COVID-19: Links Between Individual Differences and Concern About COVID-19, Mask Wearing Behaviors, and the Tendency to Blame China for the Virus. *Frontiers in Psychology*, 11, 3130.
- Pummerer, Lotte et al. (2020): Conspiracy theories and their societal effects during the COVID-19 pandemic. *Social Psychological and Personality Science*, Preprint, S. 1–11.
- Rees, Jonas H./Lamberty, Pia (2019): Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm [Hrsg.]: *Verlorene Mitte – feindselige Zustände*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Dietz: Bonn.
- Salzborn, Samuel [Hrsg.] (2019): *Antisemitismus seit 9/11*. Nomos: Baden-Baden.
- Schließler, Clara/Hellweg, Nele/Decker, Oliver (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar [Hrsg.]: *Autoritäre Dynamiken – Leipziger Autoritarismus-Studie*. Psychosozial-Verlag: Gießen, S. 283–308.
- Smallpage, Steven M. et al.: Who are the conspiracy theorists? demographics and conspiracy theories. In: Butter, Michael/Knight, Peter [Hrsg.]: *Routledge Handbook of Conspiracy Theories*.: Routledge: London/New York, S. 263–277.
- Swami, Viren/Barron, David (2020): Analytic thinking, rejection of coronavirus (COVID-19) conspiracy theories, and compliance with mandated social-distancing: Direct and indirect relationships in a nationally representative sample of adults in the United Kingdom. Online: <https://osf.io/nmx9w> [28.12.2020].
- Van der Linden, Sander (2015): The conspiracy-effect: Exposure to conspiracy theories (about global warming) decreases pro-social behavior and science acceptance. *Personality and Individual Differences*, 87, S. 171–173.
- Van Prooijen, Jan-Willem (2017): Why education predicts decreased belief in conspiracy theories. *Applied Cognitive Psychology*, 31(1), S. 50–58.

**„DAS VERTRAUEN IN DIE  
WISSENSCHAFT UND DAS  
WISSEN DARÜBER, DASS  
WISSENSCHAFT UND  
WISSENSCHAFTLER\*INNEN  
SUCHENDE SIND, DIE SICH  
AUCH IRREN KÖNNEN  
– DAS SIND WICHTIGE  
VORAUSSETZUNGEN, UM  
DIE CORONA-PANDEMIE  
ALS WIRKLICHE KRISE UND  
GEFAHR WAHRNEHMEN ZU  
KÖNNEN.“**



WOLFGANG FRINDTE

**„KONSPIRATIVES DENKEN  
ÜBER DIE PANDEMIE SOWIE  
PANDEMIELEUGNUNG  
SOLLTEN ALS ERGEBNIS  
EINES KOMMUNIKATIONS-  
PROZESSES ZWISCHEN  
ZWEI GRUPPEN  
KONZEPTUALISIERT  
WERDEN: EINER KLEINEN  
GRUPPE ABLEHNENDER  
UND EINER GRÖßEREN  
GRUPPE ZWEIFELNDER.“**



**CAROLIN-THERESA ZIEMER, FAHIMA FARKHARI  
& TOBIAS ROTHMUND**

# Was zeichnet Pandemielegner\*innen aus? – Eine Analyse politischer Einstellungen, kognitiver Stile und der Mediennutzung

Carolin-Theresa Ziemer, Fahima Farkhari & Tobias Rothmund (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

---

Der folgende Beitrag stellt die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie von Rothmund et al. (2020) über Einschätzungen zur COVID-19-Pandemie in der deutschen Bevölkerung zum Zeitpunkt des Abklingens der ersten Pandemiewelle dar und vergleicht diese mit Einschätzungen von Expert\*innen. Auf Grundlage unserer Analysen können wir vier Bevölkerungsgruppen unterscheiden: Die Gruppen der „Besorgten“ und der „Alarmierten“ (zusammen 73 %), welche in ihren Einschätzungen größtenteils mit Expert\*innen übereinstimmen, sowie die Gruppen der „Zweifelnden“ und „Ablehnenden“ (zusammen 27 %). Letztere beiden Gruppen können als Pandemielegner\*innen verstanden werden, da deren Einschätzungen maßgeblich von der Expert\*innenmeinung abweichen und diese verstärkt an Verschwörungsmythen über COVID-19 glauben. Unsere Studie erlaubt eine Charakterisierung dieser vier Gruppen bezüglich ihrer politischen Einstellungen, ihrer kognitiven Verarbeitungsstile sowie ihres Mediennutzungsverhaltens.

---

## Empfohlene Zitierung:

Ziemer, Carolin-Theresa/Farkhari, Fahima/Rothmund, Tobias (2021): Was zeichnet Pandemielegner\*innen aus? – Eine Analyse politischer Einstellungen, kognitiver Stile und Mediennutzung. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 28–41.

## Schlagwörter:

***Verschwörungsmythen, wissenschaftlichen Studie, Bevölkerungsstichprobe, Persönlichkeitsmerkmale, politische Einstellungen, Mediennutzungsverhalten***

## Einleitung

Die Coronapandemie bedingt viele Herausforderungen in unserer Gesellschaft. Um den Zusammenbruch des Gesundheitssystems und eine erhöhte Letalität zu vermeiden, ist die Orientierung an wissenschaftlichen Empfehlungen und daraus abgeleiteter politischer Maßnahmen durch die Bevölkerung unabdingbar. Eine erfolgreiche Kommunikation von wissenschaftlichen Erkenntnissen an die nicht wissenschaftliche Bevölkerung stellt dabei ein wichtiges Schlüsselement dar. Im Verlauf der COVID-19-Pandemie in Deutschland konnte jedoch eine zunehmende Polarisierung über den politischen Umgang mit ihr beobachtet werden. Seit dem Frühjahr 2020 formierten sich, zunächst im Internet, dann auf der Straße, Proteste in steigender Größe gegen die staatlich verordneten Infektionsschutzmaßnahmen – in vielen Fällen angeführt von den sogenannten Querdenker\*innen: einer überaus heterogenen Ansammlung von Menschen, die aus verschiedenen Gründen gegen die Corona-Politik protestieren, darunter auch Impfgegner\*innen, Esoteriker\*innen, Rechtsextreme und Verschwörungsideolog\*innen (Nachtwey et al. 2020).

---

**Seit Frühjahr 2020 formierten sich, zunächst im Internet, dann auf der Straße, Proteste in steigender Größe gegen die staatlich verordneten Infektionsschutzmaßnahmen – in vielen Fällen angeführt von den sogenannten Querdenker\*innen.**

---

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass Kritik an den Maßnahmen in einer Demokratie nicht nur hinnehmbar, sondern begrüßenswert ist, solange sie jedoch nicht die Existenz des Virus an sich negiert und damit ein gesundheitliches Risiko für die Gesamtbevölkerung darstellt oder rechtsextreme Umsturzpläne propagiert. Zwischen den sogenannten Querdenker\*innen und rechtsextremen Gruppierungen kann jedoch zunehmend ein Schulterchluss beobachtet werden (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2020): Vertreter\*innen der AfD, NPD, Die Rechte und Der III. Weg rufen nicht nur zur Unterstützung der Proteste auf, sondern verantworten auch gewalttätige Ausschreitungen gegen Journalist\*innen und Gegenprotestierende wie bei der Demonstration am 7. November 2020 in Leipzig mit (Ulrich 2020). Besonders im Osten fallen Fallzahlen und rechte Gesinnung häufig zusammen: Neue korrelative Studien legen nahe, dass es in Landkreisen mit großer AfD-Wählerschaft deutlich erhöhte COVID-19-Inzidenzen gibt (Beltermann et al. 2020). Solche Ergebnisse sind aufgrund ihrer korrelativen Natur nicht kausal interpretierbar. Neben der politischen Einstellung könnten auch andere Faktoren die erhöhte regionale Infektionslage erklären. Eine andere Studie von Lange und Monscheuer (2021) weist jedoch statistisch nach, dass es in den Herkunftsregionen der Coronaprotektierenden nach Massendemonstrationen zu deutlich erhöhten Inzidenzwerten kam. Generell kann festgestellt werden, dass dort, wo Coronaschutzmaßnahmen nicht beachtet werden – möglicherweise motiviert durch ideologische Überzeugungen oder politische Einstellungen –, die Infektionsrate erhöht ist.

Die Informationslage zum Virus ist insbesondere in den sozialen Medien wie Telegram, dem maßgeblichen Vernetzungspunkt der sogenannten Querdenker\*innen, durch nicht verifizierte, fehlerhafte Informationen, welche deutlich von der wissenschaftlichen Evidenz abweichen und verschwörungsideologische Elemente innehaben, charakterisiert. So bezeichnet die Weltgesundheitsorganisation

die Informationslandschaft um COVID-19 bereits im Februar 2020 als „Infodemie“, welche es der Bevölkerung erschwere, zwischen wissenschaftlich fundierter und fehlerhafter Information zu unterscheiden (Weltgesundheitsorganisation 2020: 13).

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Studie aus dem Frühjahr 2020 berichtet, welche die Abweichungen der öffentlichen Meinung von der Expert\*innenmeinung über Annahmen zur COVID-19-Pandemie beschreibt und zudem versucht, den Zusammenhang von Verschwörungsglauben sowie Misstrauen in die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Empfehlungen mit Persönlichkeitsmerkmalen, politischen Einstellungen und Mediennutzungsverhalten zu analysieren.

## Vertrauen in die Wissenschaft und Verschwörungsglauben

Ein grundsätzliches Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wissenschaft ist entscheidend, um Krisen und Pandemien effektiv zu bekämpfen (Wong/Jensen 2020). Generell ist das Vertrauen in die Wissenschaft in westlichen Gesellschaften hoch ausgeprägt: Laut dem Wissenschaftsbarometer gaben im November 2020 lediglich 7 % der Befragten einer repräsentativen Stichprobe an, Wissenschaft und Forschung eher nicht oder nicht zu vertrauen (Wissenschaft im Dialog/Kantar 2020).

30 % äußerten, in dieser Frage unentschieden zu sein. Vertrauen allein entscheidet jedoch nicht darüber, ob die Bevölkerung ihr Verhalten an wissenschaftlichen Empfehlungen ausrichtet (Siegrist 2019). Aktuelle Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass Falschinformationen und Verschwörungsmymen über COVID-19 das Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse untergraben und somit das Einhalten von Coronaschutzmaßnahmen negativ beeinflussen können (Constantinou et al. 2020; Erceg et al. 2020; Imhoff/Lamberty 2020; Teovanovic et al. 2020).

---

**Aktuelle Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass Falschinformationen und Verschwörungsmymen über COVID-19 das Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse untergraben und somit das Einhalten von Coronaschutzmaßnahmen negativ beeinflussen können.**

---

Verschwörungsmymen basieren im Kern auf der Annahme, dass wichtige Geschehnisse durch mächtige Gruppen in Unwissenheit von der Öffentlichkeit gelenkt werden. Ereignisse wie eine globale Pandemie, die sich massiv auf unseren Alltag auswirken und Unsicherheit und existenzielle Ängste auslösen, stellen einen beachtlichen Katalysator für Verschwörungsmymen da, weil diese einfache Antworten zu komplexen und dynamischen Sachverhalten liefern und somit Gefühle der Unsicherheit im Individuum reduzieren können. Dabei geht ein ausgeprägter Verschwörungsglaube oft mit einer erhöhten Skepsis gegenüber wissenschaftlichen Befunden einher (Jolley/Douglas 2014; Kraft et al. 201; van der Linden 2015) und korreliert negativ mit dem Bildungsgrad sowie mit analytischem Denken (van Prooijen 2017; Swami et al. 2014)

Wie lässt sich erklären, dass manche Individuen mit der wissenschaftlichen Einschätzung zur Pandemie nicht übereinstimmen und stattdessen Verschwörungsmymen Glauben schenken? Basierend

auf oben zitierten Forschungsarbeiten untersuchten wir im Rahmen unserer Studie Zusammenhänge mit verschiedenen Merkmalen, welche sich als mögliche Erklärungsfaktoren im Zusammenspiel von Pandemieleugnung, Vertrauen in die Wissenschaft und Verschwörungsglauben ableiten lassen: Diese sind Anti-Elitarismus, kognitiver Stil, politische Identität sowie die Nutzung sozialer Medien.

**Anti-Elitarismus** gilt als politische Einstellung und als wichtiges Element von Populismus, einer Ideologie, welche die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen aufteilt: „das reine Volk“ und „die korrupten Eliten“ (Mudde 2004: 543). Zusammenhänge mit Verschwörungsglauben wurden bereits nachgewiesen (z. B. Bergmann 2018; Castanho et al. 2017). Dabei umfasst der Begriff der „Eliten“ nicht nur die Regierung; auch andere Gruppen innerhalb der Gesellschaft, wie Journalist\*innen (Krämer 2014) und Wissenschaftler\*innen (Mede/Schäfer 2020), werden als Teil der Elite wahrgenommen, welche im Sinne eines populistischen Weltbilds nicht im Sinne des Volkes handeln. Da im Zuge der Coronapandemie Regierung und führende Wissenschaftsinstitutionen verstärkt zusammenarbeiten, liegt die Annahme nahe, dass Personen mit einer ausgeprägten anti-elitären Einstellung wissenschaftlichen Erkenntnisse und Empfehlungen hinsichtlich der Coronapandemie stärker misstrauen und wissenschaftlich-fundierte Äußerungen als politisch motiviert und unwahr deuten.

**Kognitiver Stil:** Die dynamische Entwicklung nicht nur des globalen Infektionsgeschehens per se, sondern auch des wissenschaftlichen Kenntnisstandes zu COVID-19 stellt für große Teile der Öffentlichkeit eine kognitive Herausforderung dar. Wissenschaftliche Empfehlungen bezüglich des Umgangs mit der Pandemie verändern sich mit fortschreitendem Forschungsstand laufend. Zudem zeichnet sich der jeweils aktuelle Erkenntnisstand durch eine dem Umstand geschuldete Fragilität aus und erfuhr in der Vergangenheit bereits häufige Revision. Die Grundlage vieler politischer Entscheidungen im Zuge der Pandemiebekämpfung kann von wissenschaftlichen Lai\*innen somit nur bedingt nachvollzogen werden. Dabei unterscheiden sich Menschen darin, wie analytisch und rational sie Informationen verarbeiten und wie gut sie mit Ambiguitäten, Unsicherheiten und ungeklärte Sachverhalte mental umgehen können (Webster/Kruglanski 1994; Furnham/Marks 2013). Eine niedrige Motivation, Informationen analytisch zu verarbeiten (Douglas et al. 2017) sowie geringere kognitive Fähigkeiten (Stahl/van Prooijen 2018; Swami et al. 2014) konnten in wissenschaftlichen Arbeiten als Korrelate von verschwörungsideologischem Denken festgestellt werden. Es ist also davon auszugehen, dass Personen mit einem geringerer kognitiver Verarbeitungstiefe die dynamische und mitunter fragile Entwicklung des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes zu COVID-19 als nur schwer nachvollziehbar und tolerierbar empfinden. Einige jüngere Studien konnten bereits entsprechende Zusammenhänge mit dem Glauben an Verschwörungsmymen über COVID-19 nachweisen (Alper et al. 2020; Pennycook et al. 2020).

**Politische Identität:** Eine weitere Erklärung für den Glauben an COVID-spezifische Verschwörungsmymen könnte in der Verbindung von Verschwörungsglauben und politischer Ideologie gesehen werden. Nach Jost et al. (2003) gibt es einen Zusammenhang zwischen dem individuellen Bedürfnis nach eindeutigen Antworten und Einfachheit auf der einen Seite sowie politischem Konservatismus auf der anderen Seite, welcher als „Rigidität der Rechten“ bezeichnet wird. Zudem konnte in vielen Forschungsarbeiten eine politische Asymmetrie unter Anhänger\*innen von Verschwörungsmymen

gefunden werden: Personen aus dem rechten politischen Spektrum schenken diesen öfter Glauben als Personen aus dem liberalen/linken Spektrum (Imhoff/Lamberty 2020; Miller 2020a; Miller 2020b; Uscinski et al. 2020; van der Linden et al. 2020). Dies könnte dazu führen, dass Personen mit einer konservativen, rechten politischen Identität dem dynamischen wissenschaftlichen Kenntnisstand zu COVID-19 weniger Vertrauen schenken als Liberale und eher an Verschwörungsmythen glauben. Erste Studien mit US-amerikanischen Stichproben konnten zeigen, dass politisch Konservative sich weniger an die Abstandsregeln halten und Ausgangsbeschränkungen weniger streng befolgen (Grossman et al. 2020; Lipsitz/Pop-Eleches 2020; Rosenfeld et al. 2020). Die Ergebnisse der US-amerikanischen Stichproben sind in diesem Fall aber nur begrenzt generalisierbar, da Demokrat\*innen und Republikaner\*innen deutlich polarisierter sind als politisch Linke und Rechte in anderen Ländern. In Kanada konnten solche Unterschiede zwischen den politischen Lagern im Umgang mit der Pandemie zum Beispiel nicht gefunden werden (Merkley et al. 2020; Pickup et al. 2020).

**Nutzung sozialer Medien:** Messengerdienste und soziale Medien spielen als Informationsquellen in den vergangenen Jahren eine zunehmend wichtige Rolle. Ihre Bedeutung ist im Zuge der sich zum Teil überschlagenden Meldungen zur Coronapandemie zusätzlich gewachsen. Neben vielen Vorteilen, etwa einer diversen Medien- und Meinungslandschaft, der Möglichkeit zu hoher Partizipation für jede\*n mit einem Internetzugang und damit mehr politischen Einflussmöglichkeiten für alle, stellen soziale Medien eine Infrastruktur dar, in welcher sich Falschinformationen schnell und weit verbreiten können (Vosoughi et al. 2018). Problematisch sind hier nicht nur bewusst verbreitete, politisch motivierte Falschinformation (Desinformation), sondern auch solche, die geteilt werden, wenn Nutzer\*innen in ihrer Bewertung von Inhalten nicht aufmerksam genug sind (Pennycook et al. 2020). So konnte bereits in mehreren Studien nachgewiesen werden, dass Personen, die ihre Informationen über COVID-19 hauptsächlich über soziale Medien beziehen, weniger gut über die Gefahren der Pandemie sowie notwendige Schutzmaßnahmen aufgeklärt sind und die Maßnahmen weniger streng befolgen, da sie häufiger Falschinformationen ausgesetzt sind (Bridgman et al. 2020; Jamieson/Albarracin 2020).

## Wie gut ist die deutsche Bevölkerung informiert?

Um zu untersuchen, inwiefern die deutsche Bevölkerung in der Endphase der ersten COVID-19-Pandemiewelle informiert und polarisiert war und ob die oben genannten Zusammenhänge hierfür zur Erklärung herangezogen werden können, haben wir zwei Online-Befragungen<sup>1</sup> durchgeführt. Die erste Befragung basierte auf einer bezüglich Alter, Geschlecht und Bildung anhand der Allgemeinbevölkerung quotierten Bevölkerungsstichprobe. Die zweite Befragung richtete sich an in Deutschland tätige wissenschaftliche Expert\*innen in den Bereichen der Virologie und Epidemiologie. Beiden Stichproben wurden insgesamt 15 Behauptungen in Bezug auf COVID-19 präsentiert. Die Befragten gaben zu jeder Behauptung an, inwiefern sie glaubten, dass die betreffende Behauptung wahr oder falsch sei, Abbildung 1 zeigt alle Aussagen.

---

<sup>1</sup> Durchführung der Bevölkerungsstudie vom 22. April bis 29 April 2020; Durchführung der Expert\*innenstudie vom 4. Mai bis 16. Mai 2020.

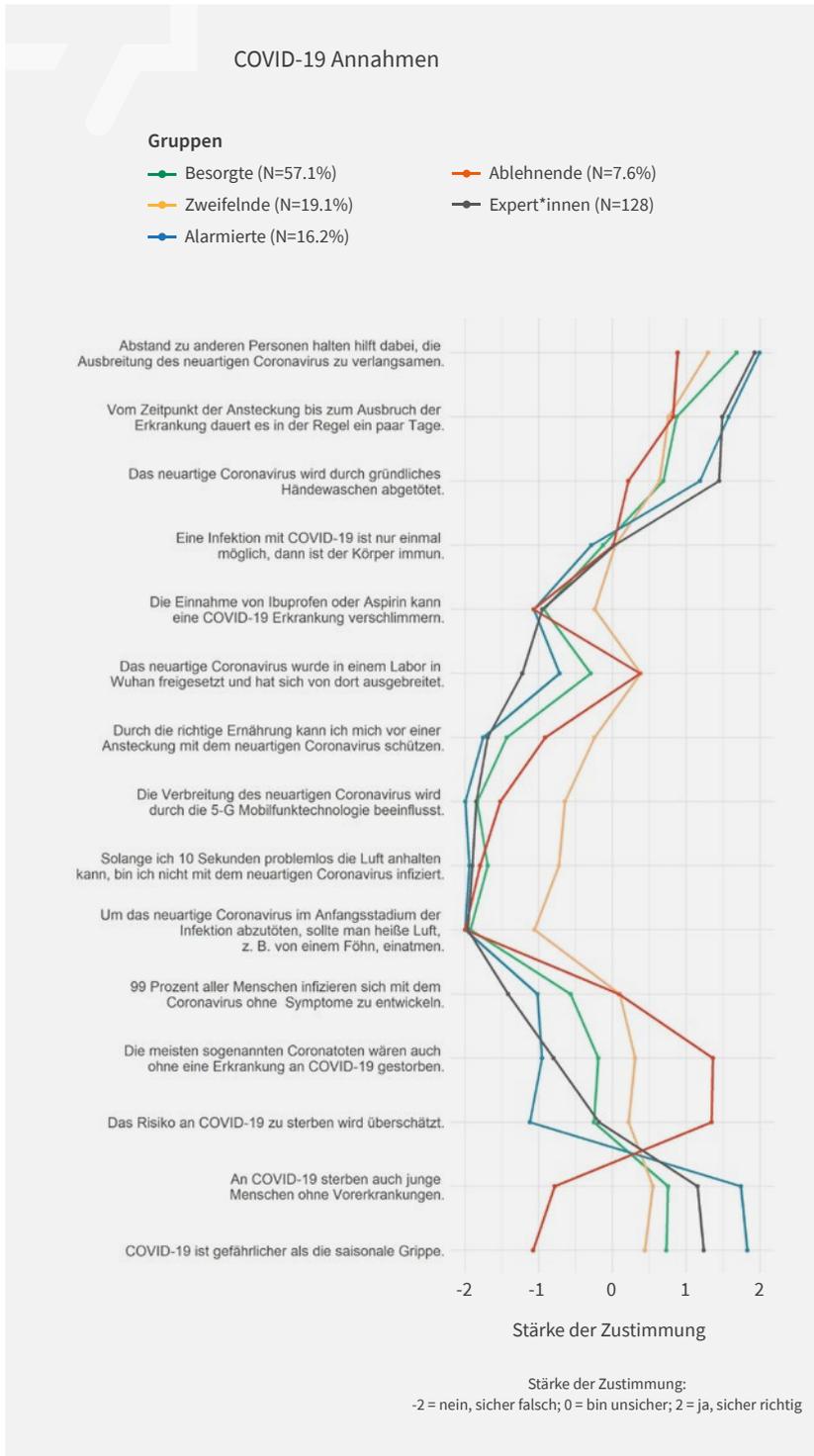


Abbildung 1: Übersicht der Behauptungen in Bezug auf COVID-19

In der Bevölkerungsstichprobe wurden zusätzlich die Einhaltung und Unterstützung von Eindämmungsmaßnahmen (bspw. die Einhaltung von Abstandsregeln), der Glaube an pandemiebezogene Verschwörungstheorien (bspw. der Glaube, dass die Corona-Pandemie dazu diene, Menschen zu entrechten und eine autoritäre Regierung zu etablieren), das Vertrauen in Wissenschaftler\*innen sowie das eingeschätzte persönliche Infektionsrisiko abgefragt. Darüber hinaus gaben die Befragten an, inwiefern ihrer Einschätzung nach sie selbst, ihr persönliches Umfeld, die Politiker\*innen und der durchschnittliche Deutsche gut über die Corona-Pandemie informiert seien. Ebenfalls wurde eine Selbsteinstufung der politischen Ideologie vorgenommen. Als relevante Variablen des kognitiven Stils wurde der Glaube an epistemische Komplexität, die kognitive Offenheit sowie die kognitive Reflexion der Befragten gemessen. Den Grad der Überzeugung, dass Wissensbestände und Wissensgenerierung komplex sind (epistemische Komplexität), haben wir mit dem Oldenburg Epistemic Belief Questionnaire gemessen (Paechter et al. 2013, Beispielitem: „Dinge sind einfacher, als die meisten WissenschaftlerInnen einen glauben lassen.“). Das Bewusstsein dafür, dass das eigene Wissen begrenzt ist, und den Willen, seinen Horizont zu erweitern (kognitive Offenheit), haben wir mit Aussagen der Intellectual Humility Scale (Alfano et al. 2017) erfasst (Beispielitem: „Ich denke, dass es Zeitverschwendung ist, Menschen zu beachten, die anderer Meinung sind als ich.“). Zudem haben wir einen kognitiven Reflexionstest eingesetzt, welcher die Fähigkeit bzw. Motivation eines Individuums misst, intuitiven, aber falschen Antworttendenzen zu widerstehen (Primi et al. 2016). Zu guter Letzt erfassten wir das Mediennutzungsverhalten der Befragten in Bezug auf die Rezeption von pandemiebezogenen Informationen.

Die Durchführung einer statistischen Analyse (latente Klassenanalyse) ermöglichte es uns, die Bevölkerungsstichprobe auf Grundlage ihrer Antwortmuster in Bezug auf die COVID-19-bezogenen Behauptungen in Gruppen einzuteilen. Dabei ergaben sich insgesamt vier Antwortmuster bzw. Gruppen (siehe Abbildung 1 für die mittlere Zustimmung der vier Gruppen zu den Aussagen über COVID-19). Die größte Gruppe (57 % der Bevölkerungsstichprobe), im Folgenden als „*Besorgte*“ bezeichnet, sowie eine weitere Gruppe (16 % der Bevölkerungsstichprobe), im Folgenden als „*Alarmierte*“ bezeichnet, bewerteten die Aussagen ähnlich wie die Expert\*innen. Im Vergleich zu den Expert\*innen zeigte die Gruppe der *Alarmierten* hierbei sogar eine etwas höhere Risikoeinschätzung. Eine weitere Gruppe (8 % der Bevölkerungsstichprobe) fiel vor allem durch ihre starke Unterschätzung der Risiken im Vergleich zu den Expert\*innen auf. Diese bezeichnen wir im Folgenden als die Gruppe der „*Ablehnenden*“. Die letzte Gruppe, die fast ein Fünftel der Bevölkerungsstichprobe ausmachte, wich in fast allen Behauptungen deutlich von den Expert\*innen ab. Dabei zeichnete sie sich aber vor allem dadurch aus, dass sie sich in ihren Antworten in der Skalenmitte bewegte, d. h. generell keine starken Zustimmungstendenzen bei den einzelnen Fragen zeigte. Dies könnte auf Unsicherheit schließen lassen. Diese Gruppe bezeichnen wir daher als „*Zweifelnde*“. Allgemein zeigt sich somit, dass gegen Ende der ersten Welle der Corona-Pandemie eine große Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit (73 %) zentrale Behauptungen zu COVID-19 ähnlich wie wissenschaftliche Expert\*innen bewertet

---

**Allgemein zeigt sich, dass gegen Ende der ersten Welle der Corona-Pandemie eine große Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit (73 %) zentrale Behauptungen zu COVID-19 ähnlich wie wissenschaftliche Expert\*innen bewertet hat.**

---

hat. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit dem Befund, dass das Vertrauen in die Wissenschaft in Deutschland generell hoch ist und im Frühjahr 2020 sogar noch zugenommen haben könnte (Wissenschaft im Dialog/Kantar 2020). Wir interpretieren diesen Befund dahingehend, dass in Deutschland die Kommunikation von Wissenschaftler\*innen und wissenschaftlichen Erkenntnissen durch Massenmedien in der Anfangsphase der Pandemie einen Großteil der Öffentlichkeit erreicht und überzeugt hat. Zwei Gruppen, die zusammen immerhin etwas mehr als ein Viertel unserer repräsentativen Stichprobe ausmachen, wichen in ihren Einschätzungen zu COVID-19 jedoch von wissenschaftlichen Expert\*innen ab. Im Folgenden beschreiben und charakterisieren wir die vier Bevölkerungsgruppen ausführlicher und diskutieren mögliche Erklärungsansätze für die Übereinstimmung mit bzw. Abweichung von Expert\*innenmeinungen.

## Wodurch lassen sich die einzelnen Gruppen charakterisieren?

*Besorgte* und *Alarmierte* unterschieden sich von der übrigen Stichprobe darin, dass sie zum Zeitpunkt der Befragung in geringerem Maße an COVID-19-bezogene Verschwörungstheorien glaubten. Verglichen mit *Ablehnenden* und *Zweifelnden* bezogen beide Gruppen, insbesondere jedoch die Gruppe der *Alarmierten*, ihre Informationen zu COVID-19 verstärkt aus dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Die Gruppe der *Alarmierten* war etwas älter, zu einem höheren Anteil im Ruhestand und zu einem geringeren Anteil erwerbstätig als die übrige Stichprobe. Diese Gruppe kennzeichnete sich außerdem durch eine formal höhere Bildung sowie eine höhere Bereitschaft und Fähigkeit zu analytischem Denken (bspw. epistemische Komplexität, kognitive Aufgeschlossenheit, kognitiven Reflexion). Sie zeigte außerdem ein höheres Vertrauen in Wissenschaftler\*innen und glaubte, dass Politiker\*innen und sie selbst gut über COVID-19 informiert seien. Wie zu erwarten, hielten sich die Befragten in dieser Gruppe auch in starkem Maße an die Schutzmaßnahmen. Auch die Gruppe der *Besorgten* befolgte die Schutzmaßnahmen in stärkerem Maße als *Ablehnende* und *Zweifelnde*. Dieser Befund legt die Interpretation nahe, dass sich die Kenntnis der wissenschaftlichen Evidenz und Risikobewertungen in Schutzverhalten übersetzt (Hansson/Aven 2014).

---

**Besorgte und Alarmierte unterscheiden sich von der übrigen Stichprobe darin, dass sie in geringerem Maße an COVID-19-bezogene Verschwörungstheorien glauben. Verglichen mit Ablehnenden und Zweifelnden beziehen beide Gruppen ihre Informationen zu COVID-19 verstärkt aus dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen.**

---

Die Gruppen der *Ablehnenden* und *Zweifelnden* unterschieden sich von der übrigen Stichprobe darin, dass sie ihre Informationen über COVID-19 in der Endphase der ersten COVID-19-Pandemieperiode im eher aus Messengern und sozialen Medien und weniger aus dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen bezogen. Wir fanden ebenfalls Gemeinsamkeiten hinsichtlich des geringeren Glaubens an die Komplexität von Wissen. Beide Gruppen verorteten sich politisch-ideologisch in der Tendenz eher im rechtskonservativen Spektrum als die übrige Stichprobe. Während beide Gruppen ein niedrigeres Vertrauen gegenüber Wissenschaftler\*innen hatten und im Allgemeinen eher geneigt waren, an COVID-19-Verschwörungen zu glauben, war diese Tendenz bei den *Ablehnenden* stärker

ausgeprägt. Letztere glaubten zudem, dass Politiker\*innen und die deutsche Bevölkerung schlecht informiert seien und lehnten politische Maßnahmen gegen COVID-19 eher ab. Ihre körperliche Gesundheit schätzten sie als besser und ihr persönliches Infektionsrisiko als geringer ein als die übrige Bevölkerung. In demografischer Hinsicht war die Gruppe der *Ablehnenden* im Vergleich zur übrigen Stichprobe etwas jünger und wies einen höheren Bildungsgrad sowie einen höheren Anteil an Erwerbstätigen auf. Wenig überraschend hielten sich die Befragten dieser Gruppe am wenigsten an die Maßnahmen zur physischen Distanzierung und Hygiene. Eine zusammenfassende Darstellung der Charakteristika der vier Gruppen kann Abbildung 2 entnommen werden.

Zusammenfassende Darstellung  
der Charakteristika der vier Gruppen

	Besorgte	Alarmierte	Zweifelnde	Ablehnende
Vertrauen in Wissenschaftler*innen		+	-	-
Glaube an COVID-19 Verschwörungen	-	-	+	+
COVID-19 Infos aus sozialen Medien, Messenger			+	+
Öffentlich-rechtliches Fernsehen		+	-	-
Politisch rechte Ideologie	-		+	+
Glaube an epistemische Komplexität des Wissens		+	-	-
Kognitive Reflexionsfähigkeit		+	-	
Kognitive Offenheit		+	-	
Selbst besser informiert als Deutsche		+	-	+
Selbst besser informiert als Politiker*innen		-		+

Abbildung 2: Charakteristika der vier gebildeten Gruppen

Wir glauben, dass die Gruppe der *Ablehnenden* eine radikale Teilgruppe der Pandemieleugner\*innen in der deutschen Gesellschaft darstellt. Aus der Perspektive der Wissenschaftskommunikation ist es schwierig, an diese Gruppe heranzutreten, da sie Wissenschaftler\*innen gegenüber sehr misstrauisch bis feindselig eingestellt waren und sind ist. Diese Einstellung kann als Teil einer allgemeinen anti-elitären Grundhaltung verstanden werden. Es könnte wichtig sein, sich nicht darauf zu konzentrieren, diese Leute zu überzeugen, sondern sie daran zu hindern, ihre Ansichten in der breiten Öffentlichkeit weiter zu verbreiten. Eine Gruppe, die wahrscheinlich für diese Kommunikation empfänglich war und ist, ist die Gruppe der *Zweifelnden*. Diese Gruppe unterschied sich vom Rest der Stichprobe primär in ihren kognitiven Merkmalen. Sie wiesen eine formal niedrigere Bildung auf, waren kognitiv weniger offen, entschieden sich eher für intuitiv richtige, aber faktisch falsche Lösungen in einem

kognitiven Reflexionstest und neigten dazu, Wissensstrukturen als unterkomplex einzuschätzen. Somit zeichneten sich Zweifelnde nicht nur, wie weiter oben beschrieben, durch Unsicherheit in ihren Einschätzungen zu COVID-19, sondern auch durch einen geringen Bildungsgrad und einen spezifischen kognitiven Stil aus (geringerer Glaube in epistemische Komplexität, geringere Ausprägung von kognitiver Offenheit sowie kognitiver Reflexion). Wir gehen davon aus, dass sich diese Teilgruppe der Pandemieleugner\*innen am ehesten durch die anhaltende „Infodemie“ bedroht und desorientiert fühlt (Weltgesundheitsorganisation 2020: 13). Die Kombination aus geringer wissenschaftlicher Kompetenz und einem starken Bedürfnis nach einfachen Antworten könnte dazu führen, dass diese Gruppe von Menschen für Verschwörungsmythen weiterhin anfällig ist. Diese Interpretation steht im Einklang mit Erkenntnissen, die darauf hinweisen, dass irrationale Überzeugungen als „kognitiver Puffer“ gegen Unsicherheit dienen können (Kay et al. 2010).

## Fazit

Die vorliegende Forschung stützt die Auffassung, dass konspiratives Denken über die Corona-Pandemie nicht mit einer einzigen und eindeutigen Motivations- bzw. Persönlichkeitsstruktur in Verbindung gebracht werden kann. Stattdessen finden wir Zusammenhänge mit unterschiedlichen Merkmalen: antielitäre Überzeugungen, politisch rechte Identität, ein spezifischer kognitiver Stil (charakterisiert durch geringe kognitive Offenheit und geringe kognitive Reflexionsbereitschaft) sowie einen primären Informationsbezug durch soziale Medien. Zukünftige Forschung sollte das Zusammenspiel zwischen diesen verschiedenen Faktoren untersuchen, um die zugrunde liegende psychologische Dynamik besser zu verstehen. Wir plädieren dafür, konspiratives Denken über die Pandemie sowie Pandemieleugnung als das Ergebnis eines Kommunikationsprozesses zwischen mindestens zwei Gruppen zu konzeptualisieren, einer kleinen Gruppe *Ablehnender* und einer größeren Gruppe *Zweifelnder*. Die Untersuchung der Kommunikationsdynamik zwischen diesen beiden Gruppen dürfte wichtige Erkenntnisse darüber liefern, wie die Wissenschaftskommunikation konspiratives Denken als Gegenerzählung zur wissenschaftlichen Argumentation ansprechen kann.

---

**Konspiratives Denken über die Corona-Pandemie kann nicht mit einer einzigen und eindeutigen Motivations- bzw. Persönlichkeitsstruktur in Verbindung gebracht werden.**

---

Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass es sich bei unseren Daten um Querschnittsdaten handelt, die zu einem spezifischen Zeitpunkt erhoben wurden. Daher können wir keine eindeutigen Aussagen über Wirkprozesse machen. Dies ist besonders wichtig im Hinblick auf die Frage nach der relativen Bedeutung verschiedener möglicher Einflussfaktoren. Die vorliegenden Ergebnisse sind außerdem für die Zeit im Frühjahr 2020 zu betrachten – individuelles Wissen, Einstellungen und Risikobewertung verändern sich während der Pandemie dynamisch. Dennoch sind wir der Meinung, dass die Charakterisierungen der vier Gruppen eine längerfristige Gültigkeit über den Zeitraum der Endphase der ersten COVID-19-Pandemiewelle hinaus haben. So konnten wir die grundlegenden Muster unsere Ergebnisse mit einer weiteren repräsentativen Bevölkerungsstichprobe im Oktober 2020 replizieren.

Mithilfe unserer Studie können wir jedoch auch feststellen, dass 73 % der nicht wissenschaftlichen Bevölkerung mit den Einschätzungen der Expert\*innen größtenteils übereinstimmt. Dies bedeutet, dass die Wissenschaftskommunikation in diesem Zeitabschnitt der Pandemie durchaus als erfolgreich zu bewerten ist. Ein überwältigend großer Teil der deutschen Bevölkerung nimmt die entsprechenden Kommunikationsangebote also nicht nur wahr, sondern kann die entsprechenden Informationen auch sinnvoll in eigene Wissensstrukturen integrieren.

---

**73 % der nicht wissenschaftlichen Bevölkerung stimmt mit den Einschätzungen der Expert\*innen größtenteils überein. Das bedeutet: Die Wissenschaftskommunikation ist in diesem Zeitabschnitt der Pandemie durchaus als erfolgreich zu bewerten.**

---



**Carolin-Theresa Ziemer**, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Arbeitsbereich Kommunikations- und Medienpsychologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie forscht zur Identifikation von und kommunikationspsychologischen Interventionen gegen Falschinformationen.

**Fahima Farkhari**, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Arbeitsbereich Kommunikations- und Medienpsychologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie forscht zur Verarbeitung politischer Falschinformationen und wissenschaftlicher Evidenz.

**Tobias Rothmund**, Dr. phil., ist Professor für Kommunikations- und Medienpsychologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist im Direktorium des Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) tätig und forscht im Schnittfeld von politischer Psychologie und digitaler Kommunikation.

## Literatur

- Alper, Sinan/Bayrak, Fatih/Yilmaz, Onurcan (2020): Psychological Correlates of COVID-19: Conspiracy Beliefs and Preventive Measures: Evidence from Turkey. Online: <https://doi.org/10.31234/osf.io/mt3p4> [29.04.2020].
- Beltermann, Eric/Lehmann, Hendrik/Meidinger, David/Wittlich, Helena (2020): Hängen AfD-Hochburgen und hohe Coronazahlen zusammen? Online: <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/hotspots-und-rechte-haengen-afd-hochburgen-und-corona-hotspots-zusammen/> [12.12.2020].
- Bergmann, Eirikur (2018): Conspiracy & Populism: The Politics of Misinformation. Springer Nature Switzerland AG: Cham.
- Bridgman, Aengus/Merkley, Eric/Loewen, Peter John/Owen, Taylor/Ruths, Derek/Teichmann, Lisa/Zhilin, Oleg (2020): The causes and consequences of covid-19 misperceptions: Understanding the role of news and social media. Online: <https://osf.io/6tcdn/download> [04.05.2020].

- Castanho Silva, Bruno/Vegetti, Federico/Littvay, Levente (2017): The Elite Is Up to Something: Exploring the Relation Between Populism and Belief in Conspiracy Theories. In: *Swiss Political Science Review*, 23, Heft 4, S. 423–443.
- Constantinou, Marios/Kagialis, Antonios/Karekla, Maria (2020): Is science failing to pass its message to people? Reasons and risks behind conspiracy theories and myths regarding COVID-19. Online: <https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3577662> [20.04.2020].
- Douglas, Karen M./Sutton, Robbie M./Cichocka, Aleksandra (2017): In: *The Psychology of Conspiracy Theories*. *Current Directions in Psychological Science*, 26, Heft 6, S. 538–542.
- Erceg, Nikola/Ružojčić, Mitja/Galic, Zvonimir (2020): Misbehaving in the Corona Crisis: The Role of Anxiety and Unfounded Beliefs. Online: <https://doi.org/10.31234/osf.io/cgjw8> [17.04.2020].
- Furnham, Adrian/Marks, Joseph (2013): Tolerance of Ambiguity: A Review of the Recent Literature. In: *Psychology*, 4, Heft 9, S. 717–728.
- Grossman, Guy/Kim, Soojong/Rexer, Jonah/Thirumurthy, Harsha (2020): Political partisanship influences behavioral responses to governors' recommendations for COVID-19 prevention in the United States. Online: <https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3578695> [23.04.2020].
- Hansson, Sven Ove/Aven, Terje (2014): Is risk analysis scientific? In: *Risk Analysis*, 34, Heft 7, 1173–1183.
- Imhoff, Roland/Lamberty, Pia (2020): A bioweapon or a hoax? The link between distinct conspiracy beliefs about the Coronavirus disease (COVID-19) outbreak and pandemic behavior. In: *Social Psychological and Personality Science*, 11, Heft 8, S. 1110–1118.
- Jamieson, Kathleen Hall/Albarracín, Dolores (2020): The Relation between Media Consumption and Misinformation at the Outset of the SARS-CoV-2 Pandemic in the US. In: *The Harvard Kennedy School Misinformation Review*, 1, Special Issue on COVID-19 and Misinformation. Online: <https://doi.org/10.37016/mr-2020-012> [20.04.2020].
- Jolley, Daniel/Douglas, Karen M. (2014): The social consequences of conspiracism: Exposure to conspiracy theories decreases intentions to engage in politics and to reduce one's carbon footprint. In: *British Journal of Psychology*, 105, Heft 1, S. 35–56.
- Jost, John T./Glaser, Jack/Kruglanski, Arie W./Sulloway, Frank J. (2003): Political conservatism as motivated social cognition. In: *Psychological Bulletin*, 129, Heft 3, S. 339–375.
- Kay, Aaron C./Gaucher, Danielle/McGregor, Ian/Nash, Kyle (2010): Religious belief as compensatory control. In: *Personality and Social Psychology Review*, 14, Heft 1, S. 37–48.
- Krämer, Benjamin (2014): Media Populism: A Conceptual Clarification and Some Theses on its Effects. In: *Communication Theory*, 24, Heft 1, S. 42–60.
- Kraft, Patrick W./Lodge, Milton/Taber, Charles S. (2015): Why people "don't trust the evidence" motivated reasoning and scientific beliefs. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 658, Heft 1, S. 121–133.
- Lange, Martin und Ole Monscheuer (2021), *Spreading the Disease: Protest in Times of Pandemics*. ZEW Discussion Paper, 21-009, Mannheim.
- Lipsitz, Keena/Pop-Eleches, Grigore (2020): The Partisan Divide in Social Distancing. Online: <https://doi.org/10.2139/ssrn.3595695> [13.05.2020]
- Mede, Niels G./Schäfer, Mike S. (2020): Science-related populism: Conceptualizing populist demands toward science. In: *Public Understanding of Science*, 29, Heft 5, S. 1–19.
- Merkley, Eric/Bridgman, Aengus/Loewen, Peter John/Owen, Taylor/Ruths, Derek/Zhilin, Oleg (2020): A Rare Moment of Cross-Partisan Consensus: Elite and Public Response to the COVID-19 Pandemic in Canada. In: *Canadian Journal of Political Science*, 53, Heft 2, S. 311–318.
- Miller, Joanne M. (2020a): Do COVID-19 Conspiracy Theory Beliefs form a Monological Belief System? In: *Canadian Journal of Political Science*, 53, Heft 2, S. 319–326.
- Miller, Joanne M. (2020b): Psychological, Political, and Situational Factors Combine to Boost COVID-19 Conspiracy Theory Beliefs. In: *Canadian Journal of Political Science*, 53, Heft 2, S. 327–334.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition*, 39, Heft 4, S. 542–563.

- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Protteste. Online: <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f> [17.03.2021].
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz – (2020): Demonstrationen gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Veranstaltungen in Berlin aber auch in Niedersachsen. Online: [https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/startseite/aktuelles\\_service/aktuelle\\_meldungen/demonstrationen-gegen-massnahmen-zur-eindammung-der-corona-pandemie-192205.html](https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/startseite/aktuelles_service/aktuelle_meldungen/demonstrationen-gegen-massnahmen-zur-eindammung-der-corona-pandemie-192205.html) [17.03.2021].
- Pennycook, Gordon/McPhetres, Jonathan/Bago, Bence/Rand, David (2020): Predictors of attitudes and misperceptions about COVID-19 in Canada, the UK, and the USA. Online: <https://osf.io/3a497/> [03.06.2020]
- Pickup, Mark/Stecula, Dominik/van der Linden, Clifton (2020): Novel Coronavirus, Old Partisanship: COVID-19 Attitudes and Behaviours in the United States and Canada. In: *Canadian Journal of Political Science*, 53, Heft 2, S. 357–364.
- Rothgerber, Hank/Thomas Wilson/Davis Whaley/Daniel L. Rosenfeld/Michael Humphrey/Allison L. Moore/Allison Bihl (2020): Politicizing the COVID-19 Pandemic: Ideological Differences in Adherence to Social Distancing. Online: <https://doi.org/10.31234/osf.io/k23cv> [27.09.2020].
- Rothmund, Tobias/Farkhari, Fahima/Azevedo, Flavio/Ziemer, Carolin-Theresa (2020): Scientific Trust, Risk Assessment, and Conspiracy Beliefs about COVID-19 - Four Patterns of Consensus and Disagreement between Scientific Experts and the German Public. Online: <https://doi.org/10.31234/osf.io/4nzuy> [14.07.2020].
- Siegrist, Michael (2019): Trust and Risk Perception: A Critical Review of the Literature. Online: <https://doi.org/10.1111/risa.13325> [02.05.2019].
- Ståhl, Tomas/van Prooijen, Jan-Willem (2018): Epistemic rationality: Skepticism toward unfounded beliefs requires sufficient cognitive ability and motivation to be rational. In: *Personality and Individual Differences*, 122, S. 155–163.
- Swami, Viren/Voracek, Martin/Stieger, Stefan/Tran, Ulrich S./Furnham, Adrian (2014): Analytic thinking reduces belief in conspiracy theories. In: *Cognition*, 133, Heft 3, S. 572–585.
- Teovanovic, Predrag/Lukic, Petar/Zupan, Zorana/Lazić, Aleksandra/Ninković, Milica/Zelj, Iris (2020): Irrational belief differentially predict adherence to guidelines and pseudoscientific practices during the COVID-19 pandemic. Online: <https://doi.org/10.1002/acp.3770> [15.12.2020].
- Ulrich, Sarah (2020): Triumph der Coronaleugner:innen. Zehntausende Demonstrierende widersetzen sich in Leipzig der Polizei und den Infektionsschutzmaßnahmen – auch mit Gewalt. Online: <https://taz.de/Querdenker-Protest-in-Leipzig/!5726829/> [17.03.2021].
- Uscinski, Joseph E./Enders, Adam M./Klofstad, Casey/Seelig, Michelle/Funchion, John/Everett, Caleb/Wuchty, Stefan/Pre-maratne, Kamal/Murthi, Manohar (2020): Why do people believe COVID-19 conspiracy theories? In: *The Harvard Kennedy School Misinformation Review*, 1, Special Issue on COVID-19 and Misinformation. Online: <https://doi.org/10.37016/mr-2020-015> [28.04.2020].
- Van der Linden, Sander (2015): The conspiracy-effect: Exposure to conspiracy theories (about global warming) decreases pro-social behavior and science acceptance. In: *Personality and Individual Differences*, 87, S. 171–173.
- Van der Linden, Sander/Panagopoulos, Costas/Azevedo, Flavio/Jost, John T. (2020): The Paranoid Style in American Politics Revisited: An Ideological Asymmetry in Conspiratorial Thinking. In: *Political Psychology*. Online: <https://doi.org/10.1111/pops.12681> [24.06.2020].
- Vosoughi, Soroush/Roy, Deb/Aral, Sinan (2018): The spread of true and false news online. In: *Science*, 359, Heft 6380, S. 1146–1151.
- Webster, Donna M./Kruglanski, Arie W. (1994): Individual differences in need for cognitive closure. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 67, Heft 6, S. 1049–1062.
- Wissenschaft im Dialog/Kantar (2019): Wissenschaftsbarometer 2019. Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2019/> [23.12.2020].
- Wong, Catherine Mei Ling/Jensen, Olivia (2020): The paradox of trust: perceived risk and public compliance during the COVID-19 pandemic in Singapore. In: *Journal of Risk Research*, 23, Heft 7–8, S. 1021–1030.
- Weltgesundheitsorganisation (2020): COVID-19 Strategy Update. Online: <https://www.who.int/publications/i/item/covid-19-strategy-update---14-april-2020> [14.04.2020].

**„BEREITS DAS LESEN  
EINER POLITISCHEN  
VERSCHWÖRUNGS-  
THEORIE WIRKT SICH  
NEGATIV AUF DIE  
AKZEPTANZ DER  
MASSNAHMEN ZUR  
BEKÄMPFUNG DER  
PANDEMIE AUS.“**



LOTTE PUMMERER

# Politische Verschwörungstheorien über Covid-19: Befunde aus drei empirischen Studien

Lotte Pummerer (Leibniz-Institut für Wissensmedien Tübingen)

---

Während Covid-19 waren Verschwörungstheorien häufig in den Medien – darunter auch politische Verschwörungstheorien, also die Idee, dass Mächtige in der Gesellschaft das Virus gezielt benutzten, um anderen zu schaden. In drei Studien untersuchten wir den Einfluss von politischen Verschwörungstheorien auf Gedanken und Verhaltensweisen, die für ein gesellschaftliches Miteinander in der Pandemie relevant sind. Die Studien zeigen, dass sowohl der Glaube als auch die Konfrontation mit einer politischen Verschwörungstheorie negative Auswirkungen nach sich ziehen: Das Vertrauen in staatliche Institutionen und deren Maßnahmen sowie die Bereitschaft zur Einhaltung von Physical Distancing sinkt, während alternative Mittel verstärkt eingenommen werden.

---

## Empfohlene Zitierung:

Pummerer, Lotte (2021): Politische Verschwörungstheorien über Covid-19: Befunde aus drei empirischen Studien. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 42–49.

## Schlagwörter:

***Verschwörungstheorien, Verschwörungsmentalität, Politik, Covid-19, Physical Distancing***

Mit den Berichten über das neue Virus Covid-19 verbreiteten sich auch damit verbundene politische Verschwörungstheorien in den Medien, also Verschwörungstheorien darüber, dass Mächtige in der Gesellschaft das Virus gezielt benutzten, um anderen zu schaden: Einige solcher Theorien behaupten, das Virus werde gezielt benutzt, kleinere Unternehmen zu vernichten (Heynkes 2020), der Wirtschaft zu schaden (Mitchell 2020) oder das politische System zu untermauern, z. B. mit dem Ziel, eine Diktatur zu errichten (Lengsfeld 2020; Schubert 2020). In einer repräsentativen Befragung (Razum 2020) stimmten 34 % der Deutschen der Aussage zu, dass die Medien auf Druck der Regierung wichtige Fakten über das Virus verschweigen, was einer Verschwörungstheorie über Politik und Medien gleich käme.

Eine Kritik, z. B. an politischen Maßnahmen oder einzelnen politischen Entscheidungen, ist dabei noch keine Verschwörungstheorie. Entscheidend für das Vorliegen von politischen Verschwörungstheorien im Vergleich zu schlichter Kritik ist in dem Fall das Unterstellen von bösen Absichten und die Verbindung von Ereignissen, die sich durch andere (kausale) Zusammenhänge erklären lassen.

So ist die Tatsache, dass Covid-19 kleineren Unternehmen schadet, kein Beweis dafür, dass jemand das Virus absichtlich mit diesem Ziel verbreitet. Meistens führen rationale Argumente nicht dazu, dass die Überzeugung korrigiert wird, was dadurch begünstigt werden kann, dass jegliche vorgebrachten Argumente als Beweis für das Ausmaß und die Vertuschung der eigentlichen Verschwörung betrachtet werden (Douglas et al. 2017; Lewandowsky/Cook 2020). Um diesen Unterschied zu wissenschaftlichen Theorien zu betonen, sprechen manche Wissenschaftler:innen und Journalist:innen von Verschwörungsmysmen oder Verschwörungserzählungen (vgl. den Beitrag von Frindte in diesem Band).<sup>1</sup>

---

**Entscheidend für das Vorliegen von politischen Verschwörungstheorien ist das Unterstellen von bösen Absichten und die Verbindung von Ereignissen, die sich durch andere (kausale) Zusammenhänge erklären lassen.**

---

Im Folgenden soll zunächst darauf eingegangen werden, welche Faktoren einen Beitrag geleistet haben könnten, dass sich politische Verschwörungstheorien rund um Covid-19 verbreiteten. Dann werden eigene Studien zu den Folgen solcher Verschwörungstheorien zusammengefasst.

---

<sup>1</sup> Die Diskussion um diese Begriffe ist dabei relativ neu. Im wissenschaftlichen Kontext ist die Bezeichnung „Verschwörungstheorie“ üblich und mit dem englischen Begriff „Conspiracy theory“ vergleichbar. In der öffentlichen Auseinandersetzung (insbesondere mit konkreten Theorien) ist die Bezeichnung „Verschwörungsmythos“ oder „Verschwörungserzählung“ aber durchaus sinnvoll. Wer sich für die Debatte interessiert, dem seien exemplarisch diese Artikel empfohlen: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-12/verschwörungstheorien-corona-krise-wort-des-jahres-2020/komplettansicht> sowie <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/verschwörungstheorie-verschwörungsmythos-verschwörungserzählung-57919/>; <https://www.dw.com/de/verschw%C3%B6rungstheorie-mythos-oder-ideologie/a-53632616> [09.06.2021].

## Hat die Pandemie die Entstehung politischer Verschwörungstheorien begünstigt?

Verschwörungstheorien und ihre Anhänger:innen waren in der letzten Zeit sehr präsent in den Medien, u. a. ausgelöst durch Proteste und Aufmärsche wie die Querdenken-Demonstrationen oder der Ansturm auf das US-Kapitol. Dies erweckt eventuell den Anschein, dass der Anteil der Menschen, die an eine Verschwörungstheorie glauben, gestiegen ist. Für Deutschland lässt sich dies jedoch nicht bestätigen (Roose 2020) und auch international ist dies fraglich (Sutton/Douglas 2020). Die Pandemie war jedoch ein guter Nährboden für die Entwicklung von speziellen Verschwörungstheorien rund um Covid-19 und die Beteiligung der Politik: Unsicherheit und Kontrollverlust, wie sie auch durch die Pandemie ausgelöst wurden, wecken das Bedürfnis, Ereignisse zu erklären und einen tieferen Sinn dahinter zu suchen (Van Prooijen/Douglas 2017). Ein weiterer Faktor ist, dass einem tiefgreifenden Ereignis (wie z. B. Einschränkungen im Privatbereich oder Schließungen von Geschäften) oft auch eine wichtige Ursache (bewusste Manipulation und Planung) zugeschrieben wird (McCauley/Jacques 1979; Leman/Cinnirella 2007; Van Prooijen/Van Dijk 2014). Der Beginn der Pandemie war zudem durch fehlende und wenig strukturierte Information geprägt. Dies führte teilweise dazu, dass später Informationen und Regelungen erst von Wissenschaft und Politik kommuniziert und später korrigiert wurden (z. B. das Tragen von Masken betreffend). Dies weckt zusätzliche Unsicherheit und verstärkt Misstrauen, insbesondere bei Menschen, die schon vor der Pandemie misstrauisch gegenüber Politikern, größeren Institutionen oder der Pharmaindustrie waren (Van Prooijen 2020; Imhoff et al. 2018).

---

**Die Pandemie war ein guter Nährboden für die Entwicklung von speziellen Verschwörungstheorien rund um Covid-19 und die Beteiligung der Politik.**

---

## Die gesellschaftlichen Folgen von Verschwörungstheorien

Welche Auswirkungen hat der Glaube an eine *politische Covid-19-Verschwörungstheorie* (fortan abgekürzt: PCV), also der Glaube, dass Mächtige in der Gesellschaft das Virus gezielt benutzten, um anderen zu schaden? Dieser Frage sind wir vom Leibniz-Institut für Wissensmedien (Lotte Pummerer, Kevin Winter und Kai Sassenberg) zusammen mit Robert Böhm, Lau Lilleholt und Ingo Zettler von der Universität Kopenhagen in drei Studien nachgegangen.

In den Studien haben wir untersucht, inwiefern der Glaube an und die Konfrontation mit solch einer Verschwörungstheorie mit Gedanken und Verhaltensweisen zusammenhängt, die für ein gesellschaftliches Miteinander in der Pandemie relevant sind. Dies waren: Vertrauen in die Regierung, die Bereitschaft, von der Pandemie Betroffenen zu helfen (z. B. einen Einkauf zu erledigen für Personen in der Risikogruppe), die Einhaltung von Physical Distancing sowie die Unterstützung und Einhaltung von Maßnahmen der Regierung, die für die Eindämmung der Pandemie eingeführt wurden (z. B. die Schließung von Schulen oder Restaurants). Weiterhin wurden persönliche Verhaltensweisen im Umgang mit dem Virus erfasst, darunter die Einhaltung von empfohlenen

Hygienemaßnahmen sowie das Verfolgen von alternativen Maßnahmen (z. B. die Einnahme homöopathischer Mittel). Genauere Details zu den Variablen sowie den Studien können bei Pummerer et al. (2021) nachgelesen werden.

## **Mit welchen Faktoren hängt der Glaube an eine politische Covid-19-Verschwörungstheorie zusammen?**

In einer ersten Studie in Dänemark wurde erfasst, mit welchen Einstellungen und berichtetem Verhalten der Glaube an eine PCV einhergeht. Hierfür wurden 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner Dänemarks zufällig ausgewählt und im Rahmen einer wöchentlichen Umfrage angeschrieben. Für die Studie konnten Antworten von 425 Personen ausgewertet werden. Die Ergebnisse belegen: Personen, die an eine PCV glaubten, hatten weniger Vertrauen in die Regierung, unterstützten die Regierungsmaßnahmen weniger, waren weniger bereit, von der Pandemie Betroffenen zu helfen und sie hielten sich weniger an Physical Distancing. Interessanterweise berücksichtigten sie – trotz der Ablehnung von Physical Distancing – in gleichem Maße andere empfohlene Hygienemaßnahmen wie Personen, die nicht an eine PCV glaubten.

In einer Folgestudie mit deutschen Studierenden wurden die Befunde aus Dänemark bestätigt: Personen, die an eine PCV glaubten, hatten weniger Vertrauen in die Regierung, zeigten erneut weniger Unterstützung für Regierungsmaßnahmen, waren weniger bereit, von der Pandemie Betroffenen zu helfen und hielten sich weniger an Physical Distancing. Genau wie in Dänemark berücksichtigten sie aber in gleichem Maße die vom Robert Koch-Institut empfohlenen Hygienemaßnahmen. In dieser

Studie erfragten wir außerdem, ob alternative Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus ergriffen werden. Es lässt sich konstatieren: Personen, die an eine PCV glaubten, wendeten sich verstärkt alternativen Maßnahmen zu, also z. B. homöopathischen Mitteln, Naturheilmitteln oder Nahrungsergänzungsmitteln, vermehrte körperliche Betätigung oder das Trinken von Ingwer-Tee, um einer Infektion mit COVID-19 entgegenzuwirken.

---

**Personen, die an eine politische Covid-19-Verschwörungstheorie glaubten, hatten weniger Vertrauen in die Regierung, unterstützten Regierungsmaßnahmen weniger, waren weniger bereit, von der Pandemie Betroffenen zu helfen und hielten sich weniger an Physical Distancing.**

---

## **Wie wirkt sich der Glaube an Verschwörungstheorien über die Zeit hinweg aus?**

In dieser Studie wurden außerdem die Auswirkungen der PCV über die Zeit hinweg betrachtet. Hierfür wurden die gleichen Personen noch einmal ca. acht Wochen später befragt, um zu untersuchen, ob sich beobachtete Befunde verstärken. Hier zeigte sich: Bei Menschen, die an eine PCV glaubten, sank im Zeitverlauf das ohnehin geringere Vertrauen in die Regierung noch weiter.

## Was passiert bei einer Konfrontation mit einer Verschwörungstheorie?

Die bisherigen Studien betrachteten, wie sich der Glaube an eine PCV auf genannte Faktoren auswirkt. In den sozialen Medien werden Menschen jedoch häufig mit (politischen) Verschwörungstheorien konfrontiert und müssen erst überlegen und prüfen, ob sie an diese glauben oder nicht. In einer weiteren Studie untersuchten wir deshalb, wie sich die Konfrontation mit einer Verschwörungstheorie auf genannte Faktoren auswirkt. Die Studie wurde unter 242 Studierenden durchgeführt. Etwa die Hälfte der Studierenden bekam einen Text zu lesen, welcher zunächst Zweifel säte und dann eine politische Covid-19-Verschwörung nahelegte. Im Anschluss fragten wir beide Gruppen nach ihrem Vertrauen in die Regierung, ihre Zustimmung zu den Maßnahmen, die Unterstützung von Physical Distancing und die Bereitschaft, von der Pandemie Betroffenen bei einem erneuten starken Ausbruch des Coronavirus zu helfen. Personen, die den Text über die politische Covid-19-Verschwörungstheorie lasen, zeigten danach weniger Unterstützung für Regierungsmaßnahmen und gaben an, sich weniger an Physical Distancing halten zu wollen. Wie in den bisherigen Studien hatte das Lesen der Texte keinen Einfluss auf die Einhaltung von Hygienemaßnahmen.

---

**Personen, die mit einer Verschwörungstheorie konfrontiert waren, zeigten weniger Unterstützung für Regierungsmaßnahmen und gaben an, sich weniger an Physical Distancing halten zu wollen.**

---

## Fazit

### 1. Politische Verschwörungstheorien erschweren die Bekämpfung der Pandemie.

In drei Studien wurde gezeigt, dass sich sowohl der Glaube an als auch eine Konfrontation mit einer PCV auf unser Verhalten auswirkt und so die Bekämpfung der Pandemie erschwert. Personen, die eher an eine PCV glaubten, zeigten eine geringere Bereitschaft, sich an Physical Distancing zu halten, und eine geringere Bereitschaft für die Unterstützung von Maßnahmen wie der Schließung von Schulen, Restaurants etc., welche wichtige Bausteine der Bekämpfung der Pandemie waren.

### 2. Personen, die an eine politische Verschwörung glauben, reagieren auf die Pandemie – allerdings nicht mit der Einhaltung von Physical Distancing, sondern mit „alternativen“ Maßnahmen.

Personen, die an eine PCV glaubten, reagierten in ihrem Verhalten durchaus auf die Pandemie. Auch wenn sie weniger Physical Distancing berichteten, hielten sie sich doch in gleichem Maße an die empfohlenen Hygienemaßnahmen wie Personen, die nicht an eine PCV glaubten. Weiterhin ist auffällig, dass sie verstärkt „alternative“ Maßnahmen ergriffen. Wissenschaftlich bestätigte Wege für die Bekämpfung des Virus, wie Physical Distancing, wurden vernachlässigt. Die Pandemie wurde also nicht ignoriert; vielmehr versuchte dieser Personenkreis, dem Virus mit anderen Mitteln zu begegnen.

### 3. Auch die Konfrontation mit einer politischen Verschwörungstheorie hat negative Konsequenzen.

Die berichteten Studien zeigen: Nicht nur der Glaube an eine PCV, sondern bereits die Konfrontation mit einer PCV hat Auswirkungen. Dies ist besorgniserregend, da Menschen über soziale Medien sehr schnell mit Verschwörungstheorien in Kontakt kommen. Andere Studien zeigen, dass der Einfluss einer Konfrontation mit Verschwörungstheorien auf einen selbst unterschätzt und eventuell nicht wahrgenommen wird (Douglas 2008).

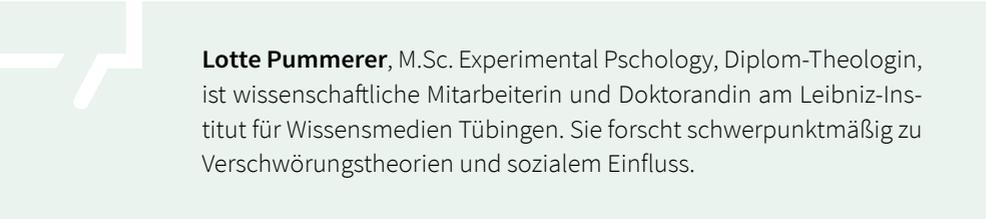
Es liegt also auch am Individuum, aufmerksam zu sein, ob und wenn es mit Verschwörungstheorien konfrontiert ist. Das Wissen um die Kennzeichen von Verschwörungstheorien sowie Faktenchecker können eine Hilfestellung sein. Hierfür braucht es Aufklärung und Bildung. Weiterhin lohnt es sich, dem durch Verschwörungstheorien ausgelösten Misstrauen aktiv entgegenzuwirken, z. B. indem vorhandene Prüfmechanismen im Zusammenspiel von Politik, Wissenschaft und Journalismus stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt sowie politische Entscheidungen (auch deren Änderungen) erläutert werden.

Die Tatsache, dass auch eine *Konfrontation* mit einer politischen Verschwörungstheorie ähnliche Folgen hat wie der *Glaube* an eine Verschwörungstheorie, unterstreicht die Verantwortung des Einzelnen – beispielsweise bei der Weiterleitung von Nachrichten. Es sollte genau geprüft werden, ob etwa mit einer Nachricht in sozialen Medien eine Verschwörungstheorie transportiert wird. Das bedeutet nicht, dass Kritik gegenüber der Politik und politischen Entscheidungen per se unterbunden werden soll. In Fällen, in denen allerdings vorschnell von Folgen auf Ursachen geschlossen wird oder in denen bewusste und böse Absichten unterstellt werden, lohnt es sich, genau hinzuhören, kritisch zu bleiben und gegebenenfalls einen Faktenchecker zurate zu ziehen.

---

**Es braucht Aufklärung und Bildung über die Kennzeichen von Verschwörungstheorien. Helfen können u. a. Faktenchecker.**

---



**Lotte Pummerer**, M.Sc. Experimental Psychology, Diplom-Theologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Leibniz-Institut für Wissensmedien Tübingen. Sie forscht schwerpunktmäßig zu Verschwörungstheorien und sozialem Einfluss.

## Literatur

- Douglas, Karen M./Sutton, Robbie M. (2008): The hidden impact of conspiracy theories: Perceived and actual influence of theories surrounding the death of Princess Diana. In: *Journal of Social Psychology*, 148, Heft 2, S. 210–221.
- Douglas, Karen M./Sutton, Robbie M./Cichocka, Aleksandra (2017): The Psychology of Conspiracy Theories. In: *Current Directions in Psychological Science*, 26, Heft 6, S. 538–542.
- Freeman, Daniel/Waite, Felicity/Rosebrock, Laina (2020): Coronavirus Conspiracy Beliefs, Mistrust, and Compliance with Government Guidelines in England. In: *Psychological Medicine*, S. 1–13.
- Heynkes, Jörg (2020): Die Schuld der Anderen. Online: <https://www.cicero.de/wirtschaft/corona-wirtschaft-folgen-schuld-demonstrationen> [31.03.2021].
- Imhoff, Roland/Lamberty, Pia/Klein, Olivier (2018): Using Power as a Negative Cue: How Conspiracy Mentality Affects Epistemic Trust in Sources of Historical Knowledge. In: *Personality and Social Psychology Bulletin*, 44, Heft 9, S. 1364–1379.
- Leman, Patrick J./Cinnirella, Marco (2007): A major event has a major cause: Evidence for the role of heuristics in reasoning about conspiracy theories. In: *Social Psychological Review*, 9, Heft 2, S. 18–28.
- Lengsfeld, Vera (2020): Der Ausnahmezustand als neue Normalität. Online: <https://vera-lengsfeld.de/2020/10/29/der-ausnahmezustand-als-neue-normalitaet/> [31.03.2021].
- Lewandowsky, Stephan/Cook, John (2020): The Conspiracy Theory Handbook. Online: <http://sks.to/conspiracy> [25.02.2021].
- McCauley, Clark/Jacques, Susan (1979): The popularity of conspiracy theories of presidential assassination: A Bayesian analysis. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 37, Heft 5, S. 637–644.
- Mitchell, Bill (2020): Tweet (later deleted): <https://twitter.com/mitchellvii/status/1232258919831146499>. Text: „The survival rate of Coronavirus is nearly 98%. When you count young, healthy adults, it is closer to 99.5%. Why is this being marketed as The Black Plague? Democrats get to crash the economy and Chinese get protesters off the streets of Hong Kong.”
- Pummerer, Lotte/Lilleholt, Lau/Winter, Kevin/Zettler, Ingo/Sassenberg, Kai (2021): Societal effects of corona conspiracy theories. In: *Social Psychological and Personality Science*, S. 1–11.
- Razum, Jordi (2020): Globale Studie: Desinformationen durchdringen Gesellschaften weltweit. Online: <https://www.freiheit.org/de/freedomfightsfake-globale-studie-desinformationen-durchdringen-gesellschaften-weltweit> [22.02.2021].
- Roose, Jochen (2020): Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfragen zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise, Konrad-Adenauer-Stiftung: Berlin.
- Schubert, Stefan (2020): Vorsicht Diktatur! Wie im Schatten von Corona-Krise, Klimahysterie, EU und Hate Speech ein totalitärer Staat aufgebaut wird. Kopp: Rottenburg.
- Sutton, Robbie M./Douglas, Karen M. (2020): Agreeing to disagree: Reports of the popularity of Covid-19 conspiracy theories are greatly exaggerated. In: *Psychological Medicine*, S. 1–3.
- van Prooijen, Jan Willem (2020): An Existential Threat Model of Conspiracy Theories. In: *European Psychologist*, 25, Heft 1, S. 16–25.
- van Prooijen, Jan Willem/Douglas, Karen M. (2017): Conspiracy theories as part of history: The role of societal crisis situations. In: *Memory Studies*, 10 Heft: 3, S. 323–333.
- van Prooijen, Jan Willem /van Dijk, Eric (2014): When consequence size predicts belief in conspiracy theories: The moderating role of perspective taking. In: *Journal of Experimental Social Psychology*, 55, S. 63–73.

**„VERSCHIEDENE RECHTE  
AKTEUR\*INNEN GEHEN  
SEHR UNTERSCHIEDLICH  
MIT DER CORONA-  
PANDEMIE UM UND AUCH  
DAS SPEKTRUM RECHTER  
POSITIONEN ZUR KLIMAKRISE  
UMFASST EINE VIELZAHL  
WIDERSPRÜCHLICHER  
UND ZUM TEIL  
ENTGEGENGESETZTER  
POSITIONEN.“**



GEREON BALS

# Von „Scheinkatastrophen“, „Klimadiktatur“ und „Seuchensozialismus“ – rechte Erzählungen zur Corona- und Klimakrise

Gereon Bals

---

In diesem Beitrag werden Parallelen zwischen rechtsradikalen und rechtsextremen Positionen zur Corona-Pandemie und zur Klimakrise aufgezeigt und inhaltliche Verbindungen beider Thematiken in den Erzählungen rechter Akteur\*innen in Deutschland dargestellt. Grundsätzlich ist zwischen solchen Kriseninterpretationen zu unterscheiden, bei denen die Auswirkungen des Klimawandels und/oder die Gefahren von Corona als real angenommen werden, und solchen Positionen, bei denen die Phänomene verleugnet werden. Weiterhin werden zwei Versionen des Narrativs, der Corona-Lockdown sei die „Generalprobe“ für eine „Klimadiktatur“, skizziert und Ähnlichkeiten zwischen rechtskonservativen und verschwörungsmythologischen Erzählweisen beleuchtet.

---

## Empfohlene Zitierung:

Bals, Gereon (2021): Von „Scheinkatastrophen“, „Klimadiktatur“ und „Seuchensozialismus“ – rechte Erzählungen zur Corona- und Klimakrise. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 50–63.

## Schlagwörter:

***Corona, Covid-19, Klimawandel, Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen***

Die Corona-Pandemie bestimmt gegenwärtig den politischen Diskurs in Deutschland. Quer durch das Parteienspektrum und in weiten Teilen der Zivilgesellschaft wird über Interpretationen des Infektionsgeschehens, zu ergreifende Maßnahmen und die damit verbundenen sozialen und ökonomischen Folgen diskutiert.

Doch nicht alle politischen Akteur\*innen sehen in der globalen Pandemie eine ernstzunehmende Bedrohung. Gerade von der politischen Rechten wird die Gefahr der Corona-Krise relativiert oder, insbesondere von rechtsradikalen und -extremen Akteur\*innen, sogar gänzlich geleugnet. Die Leugnung und Relativierung einer globalen Krise durch rechtsradikale Parteien, Gruppierungen und Medien ist u. a. in Deutschland aus den Debatten um die Klimakrise hinlänglich bekannt. Während diese Leugnung und Verharmlosung eine offenkundige Gemeinsamkeit in den Reaktionen rechter Akteur\*innen auf beide Krisen darstellt, wäre es unzureichend, bei dieser Beobachtung stehen zu bleiben. Verschiedene rechte Akteur\*innen gehen sehr unterschiedlich mit der Corona-Pandemie um und auch das Spektrum rechter Positionen zur Klimakrise umfasst eine Vielzahl widersprüchlicher und zum Teil entgegengesetzter Positionen. Dieser Beitrag vergleicht die rechten Diskurse zu Corona und Klimawandel in Deutschland und diskutiert inhaltliche Verknüpfungen beider Themen innerhalb rechter Narrative.

## Zwei Krisen – diverse Positionen

Die Corona-Pandemie und die Klimakrise weisen einige strukturelle Überschneidungen auf, die für die Reaktionen rechtsradikaler und -extremer Akteur\*innen relevant sind. In beiden Fällen handelt es sich um globale Krisen, welche sich durch eine hochkomplexe Verursachung, Dynamik und begrenzte Steuerbarkeit auszeichnen. Für viele Expert\*innen

ist unstrittig, dass der Klimawandel, die Corona-Pandemie und ihre ökologischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen sich durch rein nationalstaatliche Politik nicht einhegen lassen; sie sind Globalisierungsphänomene (Küpper/Reusswig 2020). Aus sozialtheoretischer Sicht handelt es sich um „Umweltkrisen“, da sie in *außersozialen* Prozessen gründen oder aufs Engste mit solchen Aspekten verwoben sind, die „von außen“ auf die Gesellschaft *zurückschlagen*: Im Falle der Virus-Pandemie sind dies vor allem jene biologischen bzw. medizinischen Bedingungen, die die „innere Natur“ des Menschen betreffen, im Falle des Klimas sind es vor allem die radikale Veränderung der natürlichen Umwelt des Menschen bzw. die Zerstörung elementarer Lebensgrundlagen. Die sozialen und politischen Reaktionsmuster variieren mit der Interpretation solcher „Umweltkrisen“ und der mit ihnen einhergehenden Risiken und Gefahren (Beck 1986). Brisant ist dies angesichts verschiedener Positionen hinsichtlich der Frage, inwieweit der Virus und der Klimawandel „menschengemacht“ sind, wodurch das Pandemiegeschehen und die globale Erwärmung vom Menschen beeinflusst bzw. bekämpft werden können – und ob dazu überhaupt Notwendigkeit besteht. Denn eine weitere Gemeinsamkeit zwischen den Krisen besteht hinsichtlich des paradoxen

---

**Bei der Corona-Pandemie und der Klimakrise handelt es sich um globale Krisen, die sich durch eine hochkomplexe Verursachung, Dynamik und begrenzte Steuerbarkeit auszeichnen.**

---

Umstandes, dass es sich jeweils um (scheinbar) abstrakte Phänomene mit sehr konkreten Auswirkungen handelt: Einerseits entziehen sich sowohl das eigentliche Wirken des Virus als auch die Folgen des Klimawandels – letztere lediglich aus Perspektive der bislang wenig betroffenen Mehrheitsbevölkerungen westlicher Industriegesellschaften – in einem hohen Maße der *unmittelbaren Erfahrung*. Krisendeutung und Risikowahrnehmung zeichnen sich daher durch eine hohe Wissenschaftsabhängigkeit aus, in der öffentlichen Kommunikation muss entsprechend auf Methoden technischer Visualisierungen zurückgegriffen werden. Andererseits sind Corona-Pandemie und Klimakrise mit weitreichenden *Veränderungen und Einschränkungen unserer Lebensweise* verbunden, die Folgen politischer Krisenintervention(-versuche) sind. Beide Krisen sind daher durch eine Zuspitzung sozialer, kultureller, politischer und ökonomischer Konflikte sowie eine allgemeine Zunahme von Unsicherheit gekennzeichnet (Salheiser et al. 2020: 195; Dörre 2020).

---

**Eine Gemeinsamkeit zwischen der Corona-Pandemie und der Klimakrise besteht hinsichtlich des paradoxen Umstandes, dass es sich jeweils um (scheinbar) abstrakte Phänomene mit sehr konkreten Auswirkungen handelt.**

---

Angesichts dieser Merkmale der beiden Krisen liegen mögliche Gemeinsamkeiten in den Reaktionen rechter Akteur\*innen nahe. Auffällig ist zunächst allerdings, dass sich eine große Bandbreite an widersprüchlichen und zum Teil sogar gegenteiligen Positionen zu Klima und Corona innerhalb des Spektrums rechter Akteur\*innen ausmachen lässt – im Unterschied zur Asyl- und Migrationsfrage, z. B. in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015 (Schaller/Carius 2019; Strobl 2021). Die Positionen variieren in beiden Fällen zwischen der vollständigen Leugnung der jeweiligen Krise und ihrer unumwundenen Akzeptanz (Schaller/Carius 2019; Strobl 2021). Auffällig ist zudem, dass in beiden Fällen Querverbindungen zwischen der jeweiligen Krise und rechten Kernthemen bzw. Ideologiebausteinen hergestellt werden (Strobl 2021; Forchtner/Kølvraa 2015). Je nach Verortung einzelner Akteur\*innen innerhalb des Feldes rechtradikaler und -extremer Ideologien und Traditionen fallen die Reaktionen auf beide Krisen daher sehr unterschiedlich aus (vgl. für eine ausführliche Analyse in Bezug auf den Klimawandel: Forchtner 2020).

Die Positionen bezüglich der Existenz und Dramatik sowohl des Klimawandels als auch des Corona-Virus variieren jedoch nicht nur zwischen verschiedenen Gruppen und Akteur\*innen, sondern – basierend auf strategischen Entscheidungen – auch über die Zeit. Gab es zu Beginn der Pandemie sowohl rechtsradikale und -extreme Akteur\*innen, die die Pandemie als solche akzeptierten und ernstnahmen als auch jene, die sie von vornherein leugneten bzw. relativierten, hat sich in Deutschland seit Mitte des Jahres 2020 letztere Position weitgehend durchgesetzt (Ruhose 2020).

Einen ähnlichen Trend hat es in Deutschland in Bezug auf den Klimawandel gegeben: Während der Klimawandel bis 2015 kaum eine Rolle in der politischen Kommunikation rechter Akteur\*innen spielte, wurde in den letzten Jahren innerhalb des klimapolitischen Meinungsspektrums rechtsradikaler und -extremer Akteur\*innen in Deutschland eine „klimaskeptische“ Position dominant. Auf parteipolitischer Ebene wird dieser Trend vor allem in den Wahlerfolgen der den menschengemachten Klimawandel leugnenden AfD sichtbar. So erhielt der „Klimaskeptizismus“ in Deutschland

durch ihren Einzug in den Bundestag im Jahr 2017 erstmals eine bundesweite parlamentarische Vertretung. Dass der „Klimaskeptizismus“ jedoch auch gegenwärtig nicht die einzig mögliche Position rechter Akteur\*innen zum Klimawandel darstellt, zeigen zahlreiche Beispiele rechtsradikaler und -extremer Parteien und Gruppierungen in Europa (Schaller/Carius 2019; Forchtner 2020). Im Weiteren wird zunächst kurz auf wichtige Überschneidungen zwischen Positionen eingegangen, die den Klimawandel bzw. Corona als Krisen akzeptieren, danach werden zentrale Gemeinsamkeiten in der Krisenleugnung dargestellt.

## Akzeptanz der Krisen

Grundlegend lassen sich zwei Positionen von rechts unterscheiden, die beide den anthropogenen Klimawandel akzeptieren. Zunächst existiert eine nationalistische Reaktion, die den Klimawandel monokausal als ein Problem der Globalisierung darstellt. Verbunden mit dem klassischen rechten Feindbild der „globalistischen Eliten“ wird eine nationale Antwort auf den Klimawandel als Alternative zu der „volksfernen“ Klimapolitik der EU und den Weltklimagipfeln propagiert. Dieser sogenannte „grüne Patriotismus“ verbindet den Schutz „heimischer“ Natur mit einer protektionistischen Wirtschaftspolitik, Grenzschutz und der Etablierung von nationaler Energieunabhängigkeit (Schaller/Carius 2019: 39). Des Weiteren findet sich eine Haltung, die sich als Ökofaschismus bezeichnen lässt und in der die Menschen einer mythologisierten Natur untergeordnet werden (Biehl/Staudenmaier 2011). So wird „der Mensch“ als Problem für „die Natur“ ausgemacht und – oftmals in Verbindung mit Körper- und Krankheits-Metaphorik – die Verringerung der Anzahl an Menschen auf dem Planeten angestrebt. Das „zu viel“ an Menschen wird im Einklang mit kolonialrassistischen Vorstellungen in vermeintlich „überbevölkerten“ Ländern des globalen Südens verortet. Es sind solche Vorstellungen, die den Forderungen, dem Klimawandel durch Geburtenkontrollen in Ländern des globalen Südens entgegenzuwirken<sup>1</sup>, genauso zugrunde liegen wie den rechtsextremen Attentaten in El Paso und Christchurch, welche beide explizit aus ökofaschistischen Motiven verübt wurden (Forchtner 2019).

Beide Positionen lassen sich in abgewandelter Form auch in rechten Reaktionen auf die Ausbreitung des Corona-Virus wiederfinden. So wurde die Pandemie als „Schattenseite der Totalvernetzung, der Hypermobilität und maßloser Globalisierung“ (AfD NRW 2020) ausgemacht und gerade zu Beginn als vermeintlicher Beweis für die die Unverzichtbarkeit nationaler Grenzen angeführt. Die FPÖ verband in der Anfangszeit der Pandemie die Agitation gegen Menschen mit Fluchterfahrung mit der Angst vor Corona (Strobl 2021). In eine ähnliche Kerbe schlug die mit rassistischer

---

**Es lassen sich zwei Positionen von rechts unterscheiden, die den anthropogenen Klimawandel akzeptieren. Es existiert eine nationalistische Reaktion, die den Klimawandel als ein Problem der Globalisierung darstellt. Und es findet sich eine Haltung, die sich als Ökofaschismus bezeichnen lässt, in der die Menschen einer mythologisierten Natur untergeordnet werden.**

---

---

<sup>1</sup> So schlug es die Berliner Junge Alternative 2019 vor, siehe Tagesspiegel 2019.

Abschottungsrhetorik verbundene Darstellung von Covid-19 als „Chinese Virus“ vom ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump (Newton 2020).

Auch ökofaschistische Positionen gehören zu den Reaktionen rechter Akteur\*innen auf Covid-19, so verbreitete beispielsweise eine rechtsextreme Gruppe in Großbritannien Sticker mit dem Spruch „Humans are the disease, Corona is the cure“ (Strobl 2021) und im rechtsextremen Magazin *Sezession* wurden ökofaschistische Motive mit sozialdarwinistischen Gedanken einer „natürlichen Auslese“ durch Corona verbunden (Strobl 2021). Ökofaschistische Argumentationsmuster ließen sich jedoch nicht nur in extrem rechten Publikationen finden. Grundmuster der oben dargestellten Argumentation durchzogen vielmehr eine Vielzahl an Berichten und Meldungen von einer vermeintlichen „Erholung der Natur“ durch den Lockdown, welche oftmals „den Menschen“ als Problem für „die Natur“ ausmachten und durch Titel wie „Wir sind das Virus“ Anleihen bei ökofaschistischen Denkweisen machten (Newton 2020).

### Leugnung der Krisen

Auch in Bezug auf die Leugnung und Relativierung beider Krisen gibt es einige nennenswerte Überschneidungen. Zunächst hat die Leugnung selbst ähnliche Formen, was sich u. a. auf die oben erwähnte Wissenschaftsabhängigkeit beider Krisen zurückführen lässt. So wurde die Krise in beiden Fällen zunächst grundsätzlich geleugnet und wissenschaftliche Erkenntnisse völlig ignoriert bzw. in Abrede gestellt. Im Laufe der Zeit und mit anwachsender empirischer Beweislast zog sich der Großteil der Leugner\*innen jedoch auf einen „wissenschaftsskeptischen“ Standpunkt zurück, von dem aus sie nicht zu erfüllende wissenschaftliche Maßstäbe anlegten, normale wissenschaftliche Unsicherheiten zu vermeintlich grundlegenden offenen Fragen hochstilisierten und die verwendeten Modelle als haltlose Prognosen einer ungewissen Zukunft diskreditierten (Rutjens et al. 2021: 276).

---

**Auch in Bezug auf die Leugnung und Relativierung beider Krisen gibt es Überschneidungen: So wurde die Krise in beiden Fällen zunächst grundsätzlich geleugnet und wissenschaftliche Erkenntnisse völlig ignoriert bzw. in Abrede gestellt.**

---

Über diese Gemeinsamkeiten hinaus lassen sich weitere Verbindungen zwischen beiden Formen des „Skeptizismus“ ziehen. So wird beispielsweise von Wissenschaftler\*innen in den USA argumentiert, dass die Jahrzehnte lange Leugnung des Klimawandels die schnelle Verbreitung von „coronaskeptischen“ Positionen erst ermöglicht habe (Hasemeyer/Banerjee 2020). Einem niederländischen Forschungsteam zufolge basieren Klima- und Corona-Skeptizismus auf denselben Weltbildern und Ideologien (Rutjens et al. 2021: 276).

Corona- und Klimawandelleugnung speist sich jedoch nicht nur aus den gleichen Weltbildern, sondern wird in Teilen sogar von denselben Akteur\*innen betrieben. Exemplarisch für einen solchen Übergang von Klima- zu Corona-Skeptizismus lassen sich zwei der bekanntesten deutschen Klimaleugner\*innen anführen. Sowohl die weit über Deutschland hinaus bekannte 18-jährige Klimawandel-Leugnerin Naomi Seibt, welche medial oftmals als die „deutsche Anti-Greta“ (Theurer

2020) bezeichnet wird, als auch der umweltpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Karsten Hilse sind nahtlos von der Klima- zur Corona-Leugnung übergegangen (Thust 2020; AfD-Fraktion im Bundestag 2021). Dass diese Übergänge nicht zufällig sind, sondern auf dem Weltbild der jeweiligen Akteur\*innen beruhen, machte Hilse selbst im Februar 2021 im Bundestag unmissverständlich klar, als er die Rolle der Wissenschaft in Bezug auf Klimawandel und Corona-Krise parallelisierte:

„*Das Innenministerium wurde offensichtlich dabei erwischt, wie es von der Wissenschaft wissenschaftlich klingende Rezepte bestellte, die zur Rechtfertigung von Schutzmaßnahmen zur Bewältigung der Scheinkatastrophe [der Corona-Pandemie], also zur Aushebelung unserer Freiheit dienen sollten – und „Die“ Wissenschaft lieferte wie bestellt. [...] Doch wer nun glaubt, dieser Wissenschaftsmisbrauch sei die Ausnahme, der irrt gewaltig. Es ist inzwischen die Regel, vor allen Dingen bei Themen, bei denen viel Geld und damit viel Macht im Spiel ist. Exemplarisch dafür steht [...] die Klimawissenschaft. (AfD-Fraktion im Bundestag 2021)*“

Die Verbindung von Klimawandel und Corona über die Behauptung einer vermeintlich korrupten Wissenschaft ist nur eine von vielen Varianten der narrativen Verknüpfung beider Krisen. So wurde Corona beispielsweise zu Beginn der Pandemie von Rechten in den USA als „Klimawandel 2.0“ betitelt – eine vermeintliche, in der Zukunft liegende Katastrophe, die einen heutigen „totalitären Notstand“ legitimiere (Marcotte 2020). Hat diese Erzählung zwar angesichts der rasant gestiegenen pandemiebedingten Todeszahlen etwas an „Glaubwürdigkeit“ eingebüßt, gibt es längst neue wirkmächtige Erzählungen rechter Akteur\*innen, die über Klimawandel und Corona in Verbindung gebracht werden.

## **Narrative Verknüpfung: Corona als „Generalprobe für die Klimadiktatur“**

Ein Narrativ, das gegenwärtig von rechtskonservativen bis in rechtsextreme Politikspektren hinein Konjunktur erfährt, beinhaltet, dass der Corona-Lockdown eine bloße Generalprobe für eine kommende „Klimadiktatur“ sei. Dieses Narrativ wird von sehr unterschiedlichen Akteur\*innen in vielen Variationen erzählt. In dieser Vielfalt an Erzählweisen lassen sich jedoch zwei grundlegende Varianten unterscheiden: eine Version rechtskonservativer und wirtschaftsliberaler bzw. teilweise libertärer Akteur\*innen und eine verschwörungsmythologische Variante, verbreitet oftmals von rechtsextremen Akteur\*innen. Grundsätzlich müssen Corona- und Klimakrise nicht notwendigerweise gelegnet werden, damit diese Erzählung funktioniert, allerdings spielt die Leugnung gerade in der verschwörungsmythologischen Variante, in der beide Krisen als angebliche Vorwände

---

**Ein Narrativ, das gegenwärtig von rechtskonservativen bis in rechtsextreme Politikspektren hinein Konjunktur erfährt, beinhaltet, dass der Corona-Lockdown eine bloße Generalprobe für eine kommende „Klimadiktatur“ sei.**

---

für die Etablierung einer sozialistischen Welt-Diktatur interpretiert werden, eine zentrale Rolle. In beiden Varianten geht es grundsätzlich darum, dass die „Angst der Bevölkerung“ vor der Pandemie „umgewidmet“ (Hofmann-Reinecke 2021) bzw. „recycelt“ (Lövenich 2020) wird, um sie im Zuge des drohenden Klimawandels zur Etablierung einer sogenannten „Klimadiktatur“ (Haferburg 2020; Friedrich 2021) zu instrumentalisieren.

### Rechtskonservative Variante

Die rechtskonservative und wirtschaftsliberale Variante wird beispielsweise von Publizist\*innen in der WELT (Friedrich 2021; Poschardt 2021) vorgebracht. In Teilen – jedoch mit mehr Verknüpfungen zu rechtsextremen und verschwörungsmythologischen Erzählsträngen – wird diese Variante auch von Mitgliedern der Werte-Union und der AfD sowie von nationalliberalen Thinktanks wie der Atlas Initiative verbreitet (Atlas Initiative 2021). In dieser Version wird an die Erfahrungen von Unfreiheit im Lockdown angeknüpft. Die erfahrenen Einschränkungen werden mittels einfacher Analogien und ohne großen Begründungsaufwand auf den Klimawandel übertragen:

„*So, wie wir uns in den vergangenen Monaten mit den täglichen immer schlimmeren Zahlen der Infizierten und der Todesopfer motivieren ließen, Verzicht zu üben, so könnten wir doch vielleicht auch bereit sein, die notwendigen Einschränkungen zu akzeptieren, mit denen dem Klimawandel beikommen werden kann.* (Friedrich 2021)

Die Analogien werden mit klassischen rechten Motiven, wie der Darstellung der GRÜNEN als ‚sozialistische Verbotsparterie‘, und antikommunistischen Vorstellungen angereichert. So konstatierte beispielsweise Ulf Poschardt, dass Corona- und Klimakrise „zum Stichwortgeber [würden], um alte, sozialistische Träume nach dem Systemwechsel anzuschieben“ (Poschardt 2021).

Um die Gefahren der möglicherweise aufziehenden „Klimadiktatur“ greifbarer zu machen, werden hypothetische Listen all der Praktiken und Güter angefertigt, die in einem autoritären Klimaregime verboten werden könnten (Friedrich 2021; Schamann 2020; Haferburg 2020). Zwar sind „Fliegen, Fleischessen [und] Autofahren“ (Schamann 2020) die am häufigsten wiederkehrenden Bestandteile dieser Aufzählungen, doch der Ideenreichtum, mit welchen Verboten die Deutschen überschüttet werden könnten, reicht deutlich weiter:

„*Nicht nur Fernreisen und Kreuzfahrten, nicht nur das Skifahren in den Alpen, das Feuerwerk zu Silvester und die Osterfeuer wegen des Feinstaubs, am Ende dürften auch die Weihnachtsbeleuchtung in den Städten, das Stadionkonzert, die Sauna und all die weiteren Energiefresser im Alltag zur Disposition stehen. Vielleicht trifft es auch die Kinos und am Ende die Theater, solange sie ihre Aufführungen nicht klimaneutral produzieren können.* (Friedrich 2021)

Diese Listen lassen sich, so sind sich die Autor\*innen einig, beliebig verlängern, denn: „Wer es im Corona-Jahr verdrängt hat – Klima-Aktivist\*innen halten so ziemlich alles für eine akute Gefahr für

den Planeten“ (Schamann 2020). So wird in der „Corona-Pandemie so etwas wie eine Generalprobe auf die Klimakrise“ (Friedrich 2021) gesehen, wobei der „Freiheitsneid“ und die „kulturelle, soziale und mentale Enge der Freiheits skeptiker“ dem „dystopischen Autoritarismus“ eines entstehenden Maßnahmenstaates den Weg bahnten, dessen erste Anzeichen sich bereits in den Freiheitsbeschränkungen im Zuge der Pandemie zeigten (Poschardt 2021).

### Verschwörungsmythologische Variante

Die verschwörungsmythologische Variante nimmt das oben dargestellte Motiv einer unterstellten „Instrumentalisierung der Angst der Bevölkerung“ zur Etablierung eines autokratischen Regimes auf und verbindet es mit einer detaillierten Erzählung, wie es zu einer „Klimadiktatur“ kommen solle. Eine große Rolle spielt hier die Erzählung von einem geplanten „Great Reset“ (Adair 2021) durch das World Economic Forum (WEF), welches im Zuge der „großen Transformation“ (Haferburg 2020) eine sozialistische Weltregierung etablieren wolle (Adair 2021). So sei „die ‚große Transformation‘ [das, was] bei Mao Tse Dong noch ‚Kulturrevolution‘ und bei UlbrichtHoneckerGisy [sic!] ‚Aufbau des Sozialismus‘ hieß“ (Haferburg 2020). Diese Erzählung wird in einigen Fällen in großem Detailreichtum ausgebreitet. Auch auf den von Verschwörungsideolog\*innen veranstalteten sogenannten „Corona-Protesten“ in Thüringen hat diese Erzählung bereits Fuß fassen können. Exemplarisch dafür sei der Ausschnitt einer Rede in Heilbad Heiligenstadt im September 2020 angeführt:

„  
*Was uns klar sein sollte: Es geht hier nicht um den Corona-Virus Covid-19, was uns die Medien und die Regierung als ständige[s] Bedrohungsszenario über die Gazetten und die Fernsehbildschirme der Menschenmassen letztendlich [erzählen], darum geht es nicht. [...] Sondern die Drahtzieher, wie gesagt, das sind die Regierungen, die mit den supranationalen Organisationen zusammenarbeiten. [...] Der Zusammenschluss – und das fehlt meines Erachtens – man hat sich auch mit den Klimalobbyisten zusammengetan und das erfolgte wie gesagt durch den Herr Schwab aus München vom World Economic Forum. (Der Thüringer 2020)*

“

Als potenzielle Repräsentantin der „globalistischen Overlords“ (Sommer 2020) wird bezeichnender Weise neben George Soros, Bill Gates, Rockefeller und diversen Regierungschefs auch immer wieder Greta Thunberg ins Feld geführt (vgl. u. a. Reuth 2021).

„  
*Für Sommer 2022 wird eine andere große Krise angekündigt, die wir Greta und ihren apokalyptischen Warnungen zu verdanken haben werden. Das WEF plant, in den Industrieländern die Widerstandsfähigkeit sozialer Systeme zu testen. Im Mittleren Westen der USA soll eine schwere Dürre die Ernte auslöschen, die ein Sechstel der weltweiten Getreideproduktion liefert. Menschen werden hungern und in ihrer Not sollen sie sich der Notwendigkeit bewusst werden, dass die Regierungen auf den Klimawandel reagieren. (Adair 2021)*

“

Als Verschwörungsideologie das erste Mal vom Heartland Institute – dem einflussreichsten Thinktank der US-Klimaskeptiker\*innen – verbreitet (Slobodian 2020), bietet diese antikommunistische Neuauflage der antisemitischen „New World Order“-Erzählung (vgl. den Beitrag von Frindte in diesem Band) die Bühne für einen weltweiten Verschwörungsplot zur „Abschaffung des Kapitalismus“ (Slobodian 2020; Adair 2021) und der „Unterwerfung der Menschheit“ (Adair 2021). Zur Verfolgung dieser sinisternen Ziele seien sowohl der Klimawandel wie auch die Corona-Pandemie erfunden (Slobodian 2020) oder sogar erzeugt (Adair 2021) worden.

### Gemeinsamkeiten zwischen beiden Varianten

In beiden Varianten wird die Erzählung mit einer Vielzahl plastischer Beispiele angereichert, mit denen Alarmismus verbreitet und eine starke emotionale Wirkung erzielt werden sollen. Interessanterweise sind die konkreten Beispiele dessen, was in der nahenden „Klimadiktatur“ verboten werde, in allen Varianten sehr ähnlich. Selbst in den abwegigsten Verschwörungsmythen geht es oft um ein Verbot des Autos und des Fleischverzehrs (Adair 2021). Eine weitere große Gemeinsamkeit beider

---

**Wesentlich ist die Präsenz antikommunistischer Rhetorik. So wird spektrenübergreifend vor einem „left-wing power grab“ oder einem aufziehenden „Seuchensozialismus“ fabuliert.**

---

Varianten ist die Präsenz antikommunistischer Rhetorik. So wird spektrenübergreifend vor einem „left-wing power grab“ (Marcotte 2020) oder einem aufziehenden „Seuchensozialismus“ (Gujer 2020) fabuliert. Untermalt werden diese Motive im deutschen Diskurs durch zahlreiche DDR-Referenzen und -Vergleiche (Adair 2021; Haferburg 2020). Des Weiteren wird in den meisten Varianten des Narrativs der (neo-)liberale Kapitalismus als einziger Garant der Freiheit hochgehalten und zur Verteidigung desselben aufgerufen (Marcotte 2020; Poschardt 2021; uncut-news.ch 2021).

### Fazit: Dystopie der „Klimadiktatur“ als Brücke in die „Mitte der Gesellschaft“

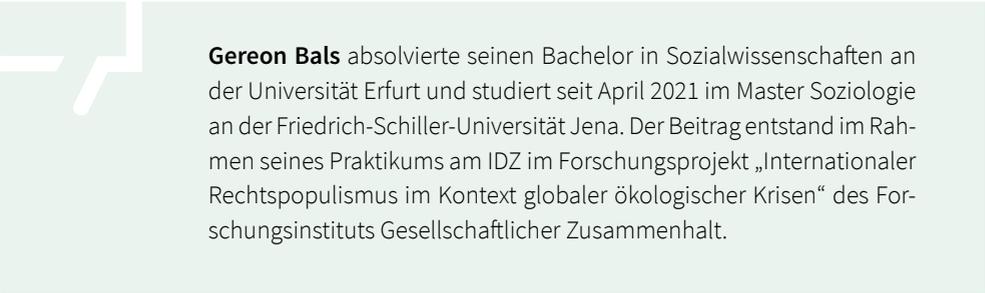
Die Diskursbeiträge der politischen Rechten zum Klimawandel und zur Corona-Pandemie weisen markante strukturelle Parallelen und inhaltliche Verbindungen auf – sowohl in Deutschland als auch international. Die Argumentationsmuster reichen von völliger Verleugnung des Klimawandels und des Virus über verschiedene Grade der Wissenschaftsskepsis, Relativierung und Bagatellisierung bis hin zu Positionen, die die jeweiligen Gefahren und Auswirkungen anerkennen. Doch immer wird eine populistische Generalkritik an der Krisenintervention formuliert: Das Handeln politischer Eliten sei partiell oder im Ganzen sinnlos, unverhältnismäßig bzw. illegitim; es führe zur Beseitigung individueller und kollektiver Freiheitsrechte, zur Zerstörung traditioneller Lebensweisen und konventioneller Konsumpraktiken der „einfachen Leute“ (des „Volkes“) sowie zur Aushebelung nationaler Souveränität. Diese Krisendeutungen sind häufig verschwörungsideologisch inspiriert und werden mit antikommunistischer Polemik aufgeladen, die sich gegen staatliche Verantwortungsträger\*innen, Vertreter\*innen der Wissenschaft und der Medien sowie andere (vermeintliche) Repräsentant\*innen des „Establishments“ richtet. Die Verknüpfung der Corona- und Klimathematiken

kulminiert in der Behauptung, dass der Corona-Lockdown die Konturen einer „Klimadiktatur“ und eines „Great Reset“ vorzeichne. Es handele sich um die „Generalprobe“ für einen geplanten globalen Gesellschaftsumbau. Auch auf den „Querdenken“-Kundgebungen mit ihrem Zustrom aus der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ wird inzwischen immer deutlicher artikuliert, dass es gelte, sich der Anfänge zu erwehren und „Widerstand“ zu leisten. Mit jenen düsteren Zukunftsszenarien werden Ängste und kollektive Wut geschürt: der Keim einer revolutionären Grundstimmung, die von Rechtsaußen seit Langem herbeigesehnt wird. Die Mobilisierungserfolge der „Anti-Corona“-Proteste mögen überschaubar sein. Allerdings lässt sich bezüglich der Deutung globaler Krisen sowie der Aushandlung und Akzeptanz kollektiver Krisenreaktionsmuster unschwer eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung wahrnehmen. Angesichts der Prognosen, dass die Klimakrise und ihre politischen, sozialen und ökonomischen Folgen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten oberste Priorität haben werden, wird vermutlich auch das Brückennarrativ einer angeblich drohenden „Klimadiktatur“ innerhalb rechter Agitations- und Mobilisierungsstrategien noch größere Bedeutung erlangen. In diesem Sinne könnte die Corona-Krise tatsächlich eine „Vorschau“ auf zukünftige Herausforderungen für die demokratische Gesellschaft bieten.

---

**Die Mobilisierungserfolge der „Anti-Corona“-Proteste mögen überschaubar sein. Allerdings lässt sich bezüglich der Deutung globaler Krisen sowie der Aushandlung und Akzeptanz kollektiver Krisenreaktionsmuster eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung wahrnehmen.**

---



**Gereon Bals** absolvierte seinen Bachelor in Sozialwissenschaften an der Universität Erfurt und studiert seit April 2021 im Master Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Der Beitrag entstand im Rahmen seines Praktikums am IDZ im Forschungsprojekt „Internationaler Rechtspopulismus im Kontext globaler ökologischer Krisen“ des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

## Literatur

- Adair, Alina (2021): Covid, Klima, Reset. Time Magazine prognostizierte Ereignisse bis 2023. Online: <https://www.wochenblick.at/time-magazine-prognostizierte-covid-ereignisse-bis-2023/> [11.02.2021].
- AfD-Fraktion im Bundestag (2021): Neutralität der Wissenschaft bewahren! – Karsten Hilse – AfD-Fraktion im Bundestag. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=knFuCxO5VAK> [13.03.2021].
- AfD NRW (2020): Zukunftskurs. Standorttreue statt Globalisierungskarawane. Online: <https://afd.nrw/aktuelles/2020/03/zukunftskurs-standorttreue-statt-globalisierungskarawane/> [03.04.2021].
- Atlas Initiative (2021): Freiheit statt Sozialismus! Online: <https://www.youtube.com/watch?v=cJ2saU90cEc> [14.03.2021].
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp: Frankfurt a.M.

- Biehl, Janet/Staudenmaier, Peter (2011): *Ecofascism revisited. Lessons from the German experience*. New Compass Press: Porsgrunn.
- Der Thüringer (2020): Heilbad Heiligenstadt. SPAZIERGANG mit KUNDGEBUNG. Online: <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=GDxYnVHzeCY> [02.04.2021].
- Dörre, Klaus (2020): Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 30, S. 165–190.
- Forchtner, Bernhard/Kølvraa, Christoffer (2015): The Nature of Nationalism. Populist Radical Right Parties on Countryside and Climate. In: *Nature and Culture*, 10, Heft 2, S. 199–224.
- Forchtner, Bernhard (2019): Eco-fascism. Justifications of terrorist violence in the Christchurch mosque shooting and the El Paso shooting. Online: <https://www.opendemocracy.net/en/countering-radical-right/eco-fascism-justifications-terrorist-violence-christchurch-mosque-shooting-and-el-paso-shooting/> [27.07.2020].
- Forchtner, Bernhard [Hrsg.] (2020): *The far right and the environment. Politics, discourse and communication*. Routledge: Abingdon u. a.
- Friedrich, Jörg Phil (2021): Corona als Generalprobe für die Klimakrise. Online: <https://www.welt.de/kultur/plus223754002/Dauerhafter-Lockdown-Corona-als-Generalprobe-fuer-die-Klimakrise.html> [01.04.2021].
- Gujer, Eric (2020): Die Pandemie besiegen wir nicht mit Sozialismus. Nach der Coronakrise braucht es weniger Staat und nicht mehr. Online: <https://www.nzz.ch/meinung/coronavirus-die-pandemie-besiegen-wir-nicht-mit-sozialismus-ld.1552100> [10.03.2021].
- Haferburg, Manfred (2020): Hoffe nicht auf bessere Zeiten. Online: <https://vera-lengsfeld.de/2020/11/30/hoffe-nicht-auf-bessere-zeiten/> [09.03.2021].
- Hasemyer, David/Banerjee, Neela (2020): Decades of Science Denial Related to Climate Change Has Led to Denial of the Coronavirus Pandemic. Online: <https://insideclimatenews.org/news/09042020/science-denial-coronavirus-covid-climate-change/> [05.03.2021].
- Hofmann-Reinecke, Hans (2021): Klima. Rettung im Treibsand aus Angst und Ideologie. Online: [https://www.achgut.com/artikel/klima\\_rettung\\_im\\_treibsand\\_aus\\_angst\\_und\\_ideologie](https://www.achgut.com/artikel/klima_rettung_im_treibsand_aus_angst_und_ideologie) [05.03.2021].
- Küpper, Beate/Reusswig, Fritz (2020): Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört? Klima- und Corona-Krise als neue Reallabore rechter Akteursallianzen. In: *Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis*, 5, Heft 2, S. 62–80.
- Lövenich, Christoph (2020): Ingenieure gegen Gesellschafts-Klempner. Online: [https://www.achgut.com/artikel/Ingenieure\\_gegen\\_Gesellschafts\\_Klempner](https://www.achgut.com/artikel/Ingenieure_gegen_Gesellschafts_Klempner) [05.03.2021].
- Marcotte, Amanda (2020): Climate-change denial and the coronavirus “hoax” are the same conspiracy theory. Online: <https://www.salon.com/2020/07/07/climate-change-denial-and-the-coronavirus-hoax-are-the-same-conspiracy-theory/> [05.03.2021].
- Newton, Deja (2020): The Dark Side of Environmentalism. Ecofascism and COVID-19. Online: <https://usfblogs.usfca.edu/sustainability/2020/04/15/the-dark-side-of-environmentalism-ecofascism-and-covid-19/> [10.02.2021].
- Poschardt, Ulf (2021): Freiheit auf dem Rückzug. Online: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus224876889/Corona-Massnahmen-Die-Freiheit-ist-auf-dem-Rueckzug.html> [10.03.2021].
- Reuth, Sven (2021): Great Reset. Thunberg wünscht sich den Klima-Lockdown herbei. Online: <https://www.compact-online.de/great-reset-thunberg-wuenscht-sich-den-klima-lockdown-herbei/?cookie-state-change=1612976326690> [10.02.2021].
- Ruhose, Fedor (2020): *Die AfD vor der Bundestagswahl 2021. Wirkung – Perspektiven – Strategien*. Springer VS: Wiesbaden.
- Rutjens, Bastiaan T./van der Linden, Sander/van der Lee, Romy (2021): Science skepticism in times of COVID-19. In: *Group Processes & Intergroup Relations*, 24, Heft 2, S. 276–283.
- Salheiser, Axel/Dieckmann, Janine/Quent, Matthias/Thiele, Anja/Geschke, Daniel (2020): Plurale Konzepte, Narrative und Praktiken gesellschaftlichen Zusammenhalts. In: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias [Hrsg.]: *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog*. Campus: Frankfurt a. M./New York.

- Schaller, Stella/Carius, Alexander (2019): Convenient Truths. Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. Online: <https://www.adelphi.de/de/system/files/mediathek/bilder/Convenient%20Truths%20-%20Mapping%20climate%20agendas%20of%20rightwing%20populist%20parties%20in%20Europe%20-%20adelphi.pdf> [11.02.2021].
- Schamann, Simone (2020): Maßnahmen wie bei Corona: Droht uns 2021 auch der Klima-Lockdown? In einem Ausblick auf das kommende Jahr stellt SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach beunruhigende Überlegungen an. Online: <https://www.nordkurier.de/politik-und-wirtschaft/droht-uns-2021-auch-der-klima-lockdown-2741875212.html> [10.02.2021].
- Scherr, Albert (2020): Corona-Krise. Was zeigt sich in der Herstellung und Bewältigung eines Ausnahmezustandes über die Möglichkeiten und Formen gesellschaftlicher Problembearbeitung? In: Sozial Extra, 44, S. 172–176.
- Slobodian, Quinn (2020): How the 'great reset' of capitalism became an anti-lockdown conspiracy. Online: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/dec/04/great-reset-capitalism-became-anti-lockdown-conspiracy> [10.03.2021].
- Sommer, Will (2020): Joe Biden's Presidency Already Has Its First Conspiracy Theory. The Great Reset. Online: <https://www.thedailybeast.com/joe-bidens-presidency-already-has-its-first-conspiracy-theory-the-great-reset> [10.03.2021].
- Strobl, Natascha (2021): Sozialdarwinismus – Ökofaschismus – Verschwörungsideologien. Rechtsextreme Antworten auf die Corona-Krise. In: Dieter F. Bertz (Hg.): Die Welt nach Corona. Von den Risiken des Kapitalismus, den Nebenwirkungen des Ausnahmezustands und der kommenden Gesellschaft. Bertz + Fischer: Berlin.
- Tagesspiegel (2019): Parteienachwuchs fordert neue Klimapolitik der AfD. Online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/junge-alternative-berlin-parteienachwuchs-fordert-neue-klimapolitik-der-afd/24390260.html>.
- Theurer, Marcus (2020): Die Anti-Greta aus Germany. Online: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/klimawandel-naomi-seibt-ist-die-anti-greta-thunberg-16668431.html> [13.03.2021].
- Thust, Sarah (2020): Rechte Youtuberin verbreitet irreführende Behauptungen zu Coronavirus und PCR-Tests. Online: <https://correctiv.org/faktencheck/2020/11/05/rechte-youtuberin-verbreitet-irrefuehrende-behauptungen-zu-coronavirus-und-pcr-tests/> [13.03.2021].
- uncut-news.ch (2021): Bill Gates: Klimawandel ist schlimmer als COVID. Online: <https://uncut-news.ch/bill-gates-klimawandel-ist-schlimmer-als-covid/> [11.02.2021].

**„CORONA- UND  
KLIMAWANDELLEUGNUNG  
SPEIST SICH NICHT NUR  
AUS DEN GLEICHEN  
WELTBILDERN, SONDERN  
WIRD IN TEILEN SOGAR  
VON DENSELBEN  
AKTEUR\*INNEN  
BETRIEBEN.“**



GEREON BALS

**„MENSCHEN UND ORGANISATIONEN, DIE SICH IM KONTEXT DER CORONA-PROTESTE UND DARÜBER HINAUS FÜR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT EINSETZEN, BRAUCHEN GERADE JETZT WERTSCHÄTZUNG, BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG. DIESE AUFGABE MUSS MEHR ALS BISHER ALS ‚SYSTEMRELEVANT‘ WAHRGENOMMEN WERDEN.“**



FRIEDEMANN BRINGT & HEIKO KLARE

# Verschwörungsmychten und neues „rechtes Miteinander“: langfristige Herausforderungen für die demokratische Zivilgesellschaft und gesellschaftspolitische Handlungsoptionen in der Corona-Krise

Friedemann Bringt & Heiko Klare (Bundesverband Mobile Beratung e.V.)

---

Der vorliegende Beitrag greift vor dem Hintergrund der Praxiserfahrungen in der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus verschiedene Aspekte demokratiepolitischer Herausforderungen im Umgang mit Verschwörungserzählungen, wissenschaftsfeindlicher Esoterik und rechtsoffenen Corona-Protesten auf und diskutiert sie aus praktischer Handlungsperspektive. Anhand ideologischer Marker und kultureller Brücken zwischen wissenschaftsfeindlicher Esoterikszene und modernisierter, aber auch klassischer extremer Rechter wird die strategische Kooperation von an sich sehr heterogenen Szenen im aktuellen Corona-Protest erläutert und in den Kontext bereits bestehender Vernetzungen mit sozialem Bewegungskarakter gestellt.

---

## Empfohlene Zitierung:

Bringt, Friedemann/Klare, Heiko (2021): „Verschwörungsmychten und neues „rechtes Miteinander“: langfristige Herausforderungen für die demokratische Zivilgesellschaft und gesellschaftspolitische Handlungsoptionen in der Corona-Krise. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 64–73.

## Schlagwörter:

***Demokratie, Zivilgesellschaft, Gesellschaftspolitik, Demokratiefindlichkeit, Protest***

Die öffentliche Debatte um die staatlichen Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ist in Thüringen und bundesweit seit dem Frühjahr 2020 geprägt von einer zunächst diffus erscheinenden Protestbewegung, die in sozialen Medien und auf der Straße aktiv ist. Im Jahresverlauf entwickelte sich daraus ein spektrenübergreifendes Miteinander von Impfgegner\*innen, Anhänger\*innen von Esoterik und Anthroposophie, Trump-Fans und Verschwörungsgläubigen, (zumindest in Westdeutschland) Teilen eines habituell linken Bürgertums, AfD-Sympathisant\*innen und -vertreter\*innen, Neonazis, Reichsbürger\*innen und Aktivist\*innen rassistischer Mobilisierungen der letzten Jahre von Pegida über „Nein zum Heim“ bis zu „Eltern gegen Gewalt“. Damit etablierte sich eine neue Art von Graswurzel-Vernetzung, die als verschwörungsideologische Sammlungsbewegung ganz unterschiedliche Milieus weit jenseits klassischer extrem rechter Spektren einzubinden versteht.

---

**Die öffentliche Debatte um die staatlichen Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ist in Thüringen und bundesweit seit dem Frühjahr 2020 geprägt von einer zunächst diffus erscheinenden Protestbewegung, die in sozialen Medien und auf der Straße aktiv ist.**

---

## **„Debatten-Lücke“ schafft Raum für rechte Deutungen**

Auf der anderen Seite erschweren die staatlichen Einschränkungen nicht nur die Organisation und Durchführung von verantwortungsvollem Gegenprotest. Vielmehr beeinträchtigen sie eine demokratische Auseinandersetzung über Grundrechtseinschränkungen, Verhältnismäßigkeit sowie weitergehende Fragen von (Verteilungs-)Gerechtigkeit und Solidarität. Eingeübte „klassische“ politische Partizipationsformate, wie Massenkundgebungen, ziviler Ungehorsam oder Aktionskunst im öffentlichen Raum, sind zurzeit nicht durchführbar. Ebenso ist aufgrund aktueller Inzidenzwerte und entsprechender Kontakteinschränkungen die Organisation und Durchführung von Protesten gegen rechtsdominierte Mobilisierungen nur eingeschränkt möglich. Infolgedessen fehlt ein öffentlicher Diskursraum jenseits der sozialen Medien, in dem Debatten im Rahmen demokratischer Gesprächsregeln und auf der Basis von Fakten geführt und antisemitisch konnotierte Verschwörungsmythen öffentlich zurückgewiesen werden können.

So bleiben verschwörungsideologische und demokratiefeindliche Deutungen der Krise und ihrer Konsequenzen weitgehend unwidersprochen und können bei Teilen der Bevölkerung erfolgreich wirken. Auch in sozialen Medien und speziell in Chatgruppen von Messenger-Diensten wie Telegram oder WhatsApp, aber ebenso in Diskussionen im Freundes-, Familien- und Kolleg\*innenkreis sind immer mehr Menschen zunehmend mit demokratiefeindlichen, verschwörungsideologischen oder antisemitischen Deutungen konfrontiert. Häufig fehlt es demokratischen Diskussionsteilnehmer\*innen hier an der notwendigen Reaktionsschnelligkeit und eingeübter Konfrontationsroutine, um demokratiefeindliche Deutungen zurückzuweisen.

In den kommenden Monaten des Jahres 2021 werden sowohl das Infektionsgeschehen und die dagegen gerichteten Maßnahmen wie auch die Proteste und Erzählungen eine Herausforderung für

das gesellschaftliche Zusammenleben bleiben. Die demokratische Lücke in der Debatte und damit die offenen Räume für rechte Deutungen werden sich nicht schnell schließen lassen. Die Pandemie und die bisherige Protestdynamik fordern die demokratische Zivilgesellschaft also in einem bisher nicht bekannten Ausmaß heraus. Die folgenden Einschätzungen sollen diese Herausforderung verdeutlichen und Handlungsoptionen aus Perspektive und auf Basis der Erfahrungen der im Bundesverband Mobile Beratung e.V. zusammengeschlossenen Mobilien Beratungsteams formulieren.

## Gemeinsame ideologische Marker und kulturelle Brücken

Die aktuelle Breite und Wirkung der Proteste und der damit verbundenen Diskurse knüpft an bestehende rassistische Mobilisierungen insbesondere nach 2015 an und reaktiviert Teile dieser Vernetzungen. Dies gilt für Thüringen ebenso wie für das gesamte Bundesgebiet. Im Unterschied zur damaligen asylfeindlichen Protestbewegung gegen die Unterbringung von Geflüchteten haben Neonazi-Aktivist\*innen bei der aktuellen Co-

rona-Protestbewegung nur selten Führungsrollen übernommen oder übernehmen können. Auch Vertreter\*innen der Alternative für Deutschland (AfD) nehmen zwar immer wieder an den Protesten teil und tragen gerade in Ostdeutschland durch die Bereitstellung von Charterbussen, technischem Equipment und Finanzen zu deren medialem Erfolg bei. Sie stehen jedoch selten an der Spitze der Protestbewegung. Die Stärke der neuen verschwörungsideologischen Sammlungsbewegung ist somit vor allem ihre breite Verankerung bis in bürgerliche Milieus hinein sowie ihr heterogenes Auftreten ohne offensichtliche Führung durch extrem rechte Akteur\*innen. Ihre grundlegende Erzählung bietet dabei vielfältige Anknüpfungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Milieus, die sich im Protest engagieren: Wissenschaftsfeindlichkeit, alternativmedizinische Deutungen, Ablehnung demokratischer Institutionen und Entscheidungsprozesse, antisemitisch unterlegte Verschwörungsmythen, antikapitalistische Reflexe gegen die als politikbeherrschend beschriebene Pharmaindustrie und – besonders in Ostdeutschland – die Inanspruchnahme der Tradition einer oppositionellen Bürger\*innenbewegung. Selbst bei weiterem Streit und einer fortdauernden Ausdifferenzierung der Protestmilieus werden die anknüpfungsfähigen Erzählungen und die damit verbundenen antidemokratischen Haltungen nicht verschwinden.

---

**Die Stärke der neuen verschwörungsideologischen Sammlungsbewegung ist insbesondere ihre breite Verankerung bis in bürgerliche Milieus hinein sowie ihr heterogenes Auftreten ohne offensichtliche Führung durch extrem rechte Akteur\*innen.**

---

Eine zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Protestgeschehen sollte daher nicht nur die Verknüpfungen mit neonazistischen Akteuren herausstellen, sondern vielmehr die verbindenden ideologischen Marker und kulturellen Brücken offenlegen und kritisieren. Es geht also nicht (allein) um die Zusammensetzung der Protestbewegung, sondern um eine gesellschaftspolitische und alltagskulturelle Auseinandersetzung mit den milieuübergreifend vertretenen Inhalten: Die zunehmende Aggressivität der Protestbewegung zeugt von einer Ablehnung der als unrechtmäßig empfundenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und der staatlichen Ordnung insgesamt.

Diese Dynamik zeigt sich sowohl verbal in den bis in kleine Kommunen hinein selbst organisierten Chatgruppen wie auch durch Übergriffe und Drohungen. Davon betroffen sind neben Journalist\*innen und Gegendemonstrant\*innen zunehmend auch Vertreter\*innen staatlicher Verwaltungen und Mitarbeitende von Gesundheits- und Ordnungsbehörden. Es kommt weiterhin zu immer enthemmteren Angriffen auf Symbole der demokratischen Ordnung, wie Landesparlamente, Gesundheitsbehörden und regionale Impfbüros. Dies gipfelt mancherorts in Umbruchfantasien und dem Wunsch zur Schaffung eines revolutionären Zustands zur gewaltvollen Abschaffung der Demokratie („Sturm auf den Reichstag“). Solche Gewaltfantasien führten zuletzt nach den extrem rechten Demonstrationen 2018 in Chemnitz zum rechten Terror der Gruppe Revolution Chemnitz und zum Mord an Walter Lübcke.

Die Protestakteure beziehen sich dabei zwar rhetorisch auf „Demokratie“ oder „Freiheit“ und agitieren gegen die staatliche Einschränkung von Grundrechten im Zuge der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Der von ihnen vertretene Freiheitsbegriff verweigert jedoch ein solidarisches Mitgefühl und eine Anerkennung von Grundrechten (Gesundheit, körperliche Unversehrtheit) für die von der Pandemie besonders gefährdeten Personengruppen. Ihr Demokratiebegriff bezieht sich auf einen völkisch verengten Nationalstaat, ist tendenziell ausgrenzend und elitär (BV Mobile Beratung e.V. 2020b: 2) und richtet sich gegen den demokratischen Rechtsstaat selbst. Die rhetorisch geforderte Mitbestimmung erschöpft sich, wie bereits bei der Pegida-Bewegung, in der Zustimmung zu einem imaginierten „gesunden Menschenverstand“ und der Durchsetzung eines zum Mehrheitsvotum deklarierten „Volkswillens“, repräsentiert durch die Forderungen der medial präsenten Köpfe der Bewegung, die als „Gegenelite“ präsentiert werden.

## Demokratiefeindlichkeit und Antisemitismus als Katalysator

Demokratie wird somit nicht als sozialer Aushandlungsprozess verstanden, an dem möglichst alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Perspektiven teilhaben sollen. Er bleibt ein Containerbegriff, der beliebig in Stellung gebracht wird. Im Wunsch nach der Abschaffung einer als illegitim empfundenen Ordnung spiegelt sich schließlich eine Haltung wider, die Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele betrachtet oder zumindest billigend in Kauf nimmt. Die gewaltvolle Durchsetzung der temporären Besetzung des Eingangs zum Berliner Reichstag oder einer nicht genehmigten Demonstration um den Leipziger Innenstadtring im August und September 2020 zeigen exemplarisch dieses strategische Verhältnis zu Gewalt, die in beiden Fällen von organisierten Akteur\*innen aus der extrem rechten Szene ausgeführt wurde.

---

**Vor allem der für die Bewegung charakteristische antisemitische Kern ihrer verschwörungsideologischen Weltdeutung sollte immer wieder als Strategie benannt und dekonstruiert werden. Damit einher gehen häufig NS-Bezüge und Geschichtsklitterung.**

---

Vor allem der für die Bewegung charakteristische antisemitische Kern ihrer verschwörungsideologischen Weltdeutung sollte immer wieder als Strategie benannt und dekonstruiert werden (vgl.

den Beitrag von Frindte in diesem Band). Damit einher gehen häufig NS-Bezüge und Geschichtsklitterung, wenn etwa Politiker\*innen und Wissenschaftler\*innen als Kriegsverbrecher dargestellt werden, Aktivist\*innen einen „Judenstern“ tragen oder COVID-19 als „Rothschild-Seuche“ bezeichnet wird. So wird einerseits das NS-Regime und der Holocaust relativiert und instrumentalisiert. Andererseits versuchen sich die Protestierenden damit eine Opferrolle zuzuschreiben und ihren „Widerstand“ zu legitimieren. Zudem gilt es, bei gezielten Provokationen wie der Rahmung des Infektionsschutzgesetzes als „Ermächtigungsgesetz“ knapp auf die dahinterstehende Strategie einzugehen, aber bestmöglich auf eine Weiterverbreitung und damit Stärkung der intendierten Erzählung zu verzichten.

## Rote Linien und inhaltliche Auseinandersetzung

Die benannten Kernelemente verbinden die unterschiedlichen Spektren innerhalb der verschwörungsideologischen Bewegung und werden darüber hinaus in weiteren Teilen der Gesellschaft vertreten und durch die aktuelle mediale Präsenz reaktiviert: Die den Verschwörungserzählungen zugrunde liegenden antisemitischen und rassistischen Zuschreibungen und Feindbilder führten bereits in den vergangenen Monaten zu einem sprunghaften Anstieg antisemitischer Straftaten in Deutschland. So muss für das vergangene Jahr 2020 ein trauriger Höchststand bei antisemitischen Straftaten seit Messungsbeginn und eine Zunahme um 12 % gegenüber dem Vorjahr konstatiert werden (Petra Pau 2021).

Diese Entwicklung muss wache Demokrat\*innen zutiefst besorgen. Eine starre Vorstellung von gesellschaftlichen Dynamiken wie die alleinige Deutung der Proteste mit der Schablone des (Rechts-)Extremismus kann dabei keine Lösung sein. Auch die Vorstellung einer vermeintlichen Unterwanderung des Corona-Protestes durch extrem rechte Akteur\*innen verstellt den Blick auf die konkreten Herausforderungen. Sie verhindern eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den verbindenden ideologischen Markern und kulturellen Brücken zwischen den unterschiedlichen Milieus im Corona-Protest. Es braucht eine gesellschaftspolitische und alltagskulturell-lebensweltliche Auseinandersetzung mit den Inhalten, v.a. mit dem antisemitischen Kern und der Faktenresilienz von Verschwörungsmmythen sowie der milieuübergreifenden Nicht-Anerkennung demokratischer Standards und Abläufe.

---

**Es braucht eine gesellschaftspolitische und alltagskulturell-lebensweltliche Auseinandersetzung vor allem mit dem antisemitischen Kern und der Faktenresilienz von Verschwörungsmmythen sowie der milieuübergreifenden Nicht-Anerkennung demokratischer Standards und Abläufe.**

---

Dabei gilt es, aus den Erfahrungen der Jahre nach 2015 zu lernen und deutliche rote Linien zu ziehen (BV Mobile Beratung 2020a: 4). Nur so wird eine langfristige Auseinandersetzung mit den bis weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft anknüpfungsfähigen antisemitischen und rassistischen Deutungen der Krise möglich.

## Ausgebremste Zivilgesellschaft

Die demokratische Zivilgesellschaft steckt aktuell in einem Dilemma. Es besteht ein großer Bedarf, extrem rechten Krisendeutungen – auf der Straße, in sozialen Medien oder in der politischen Auseinandersetzung – deutlich zu widersprechen und rote Linien zu ziehen. Dies wird erschwert durch die vor allem das soziale Leben und die Versammlungs- und Vernetzungsmöglichkeiten einschränkende Maßnahmen, die die verschwörungsideologische Protestbewegung bewusst missachtet. Andererseits ist es gerade in der Krise notwendig, staatliches Handeln kritisch zu begleiten, Verhältnismäßigkeit anzumahnen, Ungerechtigkeiten zu benennen und Solidarität einzufordern. Dies zu tun, ohne mit schnellen Schuldzuweisungen oder zu einfachen Erklärungen selbst populistisch zu agieren oder gar demokratiefeindliche Bezüge zu nutzen, ist eine herausfordernde Aufgabe, gerade für lokal ehrenamtlich Engagierte, in der sie Beratung und Unterstützung bedürfen.

Gerade solche Debatten wären aber zu führen, um frühzeitig zu gesellschaftlichen Übereinkünften zu kommen und die Räume für verschwörungsideologische und demokratiefeindliche Deutungen eng zu halten.

Schon auf dem Höhepunkt der Debatte um Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 wurden lokale und regionale Dialogformate erprobt, um einer befürchteten Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Damit sollten diskursive Räume eröffnet und Probleme abseits von asylfeindlichen und aggressiven Protesten diskutabel gemacht werden. Allerdings zeigte sich eine zentrale Schwierigkeit: Immer wieder nutzten vor allem diejenigen solche Formate, die kein Interesse an Austausch, Konsens und Fakten

hatten, sondern vielmehr ihre ressentimentgeladenen Ansichten lautstark und in der Hoffnung auf Verbreitung äußern wollten. Damit wurden solche Angebote unter Umständen sogar zu Verstärkern der Ausgrenzung. Zumindest aber machte diese Dynamik es Betroffenen und an demokratischer Debatte Interessierten unmöglich, in einem sicheren Raum offen miteinander zu sprechen.

---

**Schon auf dem Höhepunkt der Debatte um Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 wurden lokale und regionale Dialogformate erprobt. Allerdings zeigte sich eine zentrale Schwierigkeit: Immer wieder nutzten vor allem diejenigen solche Formate, die kein Interesse an Austausch, Konsens und Fakten hatten.**

---

## Aus 2015 lernen: nicht destruktive Akteur\*innen, sondern Engagierte stärken

Wenn nun – etwa auf lokaler Ebene – Dialogformate angeboten werden, bieten diese aber auch eine Chance zur Einbindung gerade derjenigen, die in der Debatte bisher kaum oder nicht zu Wort kommen: Von der Protestbewegung bedrohte Menschen und Organisationen, darunter vom Antisemitismus Betroffene, angegriffene Journalist\*innen, bedrohte Amts- und Mandatsträger\*innen sowie Engagierte, aber auch besonders von staatlichen Einschränkungen betroffene Personengruppen.

Diese Gruppen brauchen Schutz und Solidarität. Ihr Stimmen sollten in entsprechenden Formaten hörbar gemacht werden.

Dialogformate sollten daher keine großen öffentlichen Bühnen bedienen, die in der Gefahr stehen, von ideologisch geschulten Menschen mit politischer Agenda dominiert zu werden. Sie sollten sich nicht auf diejenigen konzentrieren, die am lautstärksten und aggressivsten sind, sondern vielmehr die Diversität der Gesellschaft abbilden. Damit die unterschiedlichen Positionen zur aktuellen Situation und das vielfältige Engagement

der Menschen im Umgang mit der Pandemieeindämmung abgebildet werden können, sollten Moderation und Organisation solcher Veranstaltungen ausdrücklich die Menschen im Dialog unterstützen und ermutigen, die den pandemischen Alltag konstruktiv und geleitet von Solidarität und Mitgefühl meistern und dabei gleichwohl vielfältige existenzbedrohende Probleme überwinden. Eine demokratische Auseinandersetzung sollte zudem marginalisierte und kaum öffentlich in Erscheinung tretende Gruppen in den Blick nehmen und als Akteur\*innen erst nehmen (arme und prekär beschäftigte Menschen, kinderreiche Familien, Menschen in Gemeinschaftsunterkünften). Diese Maßgaben gelingen in kleineren, lebensweltlichen Dialogräumen gut, in denen ein echtes Interesse an Meinungsaustausch und Information besteht.

---

**Eine demokratische Auseinandersetzung sollte marginalisierte und kaum öffentlich in Erscheinung tretende Gruppen in den Blick nehmen und als Akteur\*innen erst nehmen. Diese Maßgaben gelingen in kleineren, lebensweltlichen Dialogräumen gut, in denen ein echtes Interesse an Meinungsaustausch und Information besteht.**

---

Engagierte und Menschen, die vor Ort herausgefordert sind – Familienmitglieder, Lehrer\*innen, Bürgermeister\*innen, Verwaltungsmitarbeitende, zivilgesellschaftlich Engagierte – brauchen professionelle Unterstützung und Beratung vor Ort. Aus der Beratungspraxis der Mobilien Beratungsteams seit Pandemiebeginn wird deutlich: Die Verunsicherung bei Beratungsnehmenden ist ebenso groß wie der Unterstützungsbedarf, die Herausforderungen vor Ort unterscheiden sich hinsichtlich ihrer sozialräumlichen Rahmenbedingungen und reichen von psychosozialen Unterstützungsbedarfen bei Konflikten in der Familie oder im Kolleg\*innenkreis bis hin zur Begleitung von Gegenprotesten unter Infektionsschutzbedingungen. Verbindend ist das Gefühl der Überforderung bei denjenigen, die sich in ihrem Umfeld für eine plurale Demokratie einsetzen. Neben den privaten und beruflichen Belastungen der andauernden Krise sehen sie sich einer wachsenden Protestszene und deren Angriffen ausgesetzt. Stärkende soziale Netzwerke kommen nur noch digital zusammen, Engagement findet im Briefmarkenformat am heimischen Bildschirm statt. Der soziale Zusammenhalt im Dorf oder Kiez wird damit auf die Probe gestellt. Etablierte Orte für direkten Austausch, Debatte und demokratischen Streit können seit März 2020 nicht genutzt werden. Dieses Fehlen von nicht-virtuellen Diskursräumen wurde bislang wenig thematisiert, ist aber für viele Engagierte eine zunehmende Belastung. Nicht zuletzt verstärkt dieses Vakuum die bereits erwähnte „Debatten-Lücke“.

Menschen und Organisationen, die sich im Kontext der Corona-Proteste und darüber hinaus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine demokratische, plurale Alltagskultur einsetzen,

brauchen gerade jetzt Wertschätzung, Beratung und Unterstützung. Diese Aufgabe muss mehr als bisher als „systemrelevant“ wahrgenommen und nicht zuletzt durch finanzielle Unterstützung gestärkt werden, damit neue Formate für gesellschaftliche Debatte und Austausch auch „von unten“ ausprobiert werden können.

## Wie es gehen kann: Kritik an Protestbewegung und staatlichen Maßnahmen

Es gibt gelungene Beispiele, an denen sich eine von Coronaleugner\*innen abgrenzende und staatlichen Eindämmungsmaßnahmen konstruktiv-kritische begleitende zivilgesellschaftliche Debattenkultur orientieren kann. Im Herbst 2020 machten Kulturschaffende und Verbände der Veranstaltungsindustrie in Deutschland mit dem Hashtag „alarmstuferot“ in sozialen Medien und mit großen

---

**Es gibt gelungene Beispiele, an denen sich eine von Coronaleugner\*innen abgrenzende und staatlichen Eindämmungsmaßnahmen konstruktiv-kritische begleitende zivilgesellschaftliche Debattenkultur orientieren kann.**

---

Demos unter Einhaltung und Akzeptanz der jeweils gültigen Schutzmaßnahmen auf die Folgen der Einschränkungen für den Kultur- und Veranstaltungsbetrieb aufmerksam. Viele lokale Proteste für eine solidarische und demokratische Krisenbewältigung bauen auf der langjährigen Vernetzung zivilgesellschaftlicher Bündnisse auf. Diese versuchen, über einen reinen Gegenprotest hinaus eigene Themen zu setzen und den Fokus auf das Zusammenleben in und nach der Krise zu richten, um so staatliches Handeln und gesellschaftliche Macht- und Hierarchieverhältnisse zu kritisieren.

Insbesondere Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften weisen seit Beginn der Pandemie immer wieder auf die Lage prekär Beschäftigter und sozial schwacher Menschen oder Menschen mit Behinderungen hin. Im Januar 2021 forderten Vertreter\*innen von 36 bundesweiten Gewerkschaften und Verbänden „Soforthilfen für die Armen“ und warben dafür, „solidarisch für sozialen Zusammenhalt und gegen die Krise“ vorzugehen (Der Paritätische 2021). Verschiedene Projekte und Vereine, darunter netzpolitik.org oder das Komitee für Grundrechte und Demokratie, berichten und diskutieren zudem seit dem Frühjahr 2020 über demokratiethoretische und -praktische Probleme bei der Einschränkung von Grundrechten zum Infektionsschutz – ohne dabei mit Fragen wie „Auf dem Weg zur Corona-Diktatur?“ unterschwellig Deutungen der Protestbewegung anzuspielen (u. a.: Grundrechtekomitee 2021). Diese Beispiele zeigen: Eine kritische Thematisierung und Diskussion staatlicher Maßnahmen ohne antisemitische oder verschwörungsideologische Konnotation, ohne demokratie- oder wissenschaftsfeindliche Schlagseite ist möglich. Demokratische Akteur\*innen können die konstatierte Debatten-Lücke ohne bewusste oder unbewusste Anknüpfung an die beschriebenen Protestmilieus schließen.



**Friedemann Bringt**, Dr. phil., gründete 2001 die Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur gegen Rechtsextremismus im Kulturbüro Sachsen e.V. mit. Heute ist er Fachreferent für Qualitäts- und Berufsfeldentwicklung im Bundesverband Mobile Beratung e.V. Er wurde 2019 mit dem Thema „Umkämpfte Zivilgesellschaft. Wann wirkt Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit?“ an der Universität Bielefeld promoviert.

**Heiko Klare** ist Diplom-Pädagoge und hat seit 2008 die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW mit aufgebaut. Er ist heute Teil des Beratungsteams in Münster und seit 2015 Mitglied des Sprecher\*innenkreises im Bundesverband Mobile Beratung e.V.

## Literatur

- Bundesverband Mobile Beratung e.V. (2020a): Einschätzung: Extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus im Kontext der Corona-Pandemie. Online: [https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2020/05/2020-05-29\\_Einsch%C3%A4tzung-Corona.pdf](https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2020/05/2020-05-29_Einsch%C3%A4tzung-Corona.pdf) [17.2.2021].
- Bundesverband Mobile Beratung e.V. (2020b): Auseinandersetzung unterstützen. Analyse der Corona-Proteste und Empfehlungen für Politik und Verwaltung. Online: <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2020-12-13-bmb-policy-paper-auseinandersetzung-unterstuetzen/> [17.2.2021].
- Bundestagspräsident Frank Walter Steinmeier (2021): Dankesrede für drei Berliner Polizist\*innen. Online: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/steinmeier-zu-corona-demo-nicht-mit-neonazis-gemein-machen,S9FMx9o> [17.2.2021].
- Der Paritätische – Bundesverband (2021): Soforthilfen für die Armen – Jetzt! Solidarisch für sozialen Zusammenhalt und gegen die Krise. Online: [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Seiten/Presse/docs/Soforthilfen\\_fuer\\_die\\_Armen\\_Aufruf.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Seiten/Presse/docs/Soforthilfen_fuer_die_Armen_Aufruf.pdf) [17.2.2021].
- Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. (25.1.2021): Einige Gedanken des Grundrechtekomitees zur Kampagne #ZeroCovid. Online: <https://www.grundrechtekomitee.de/details/einige-gedanken-des-grundrechtekomitees-zur-kampagne-zeroCovid> [17.2.2021].
- Pau, Petra (2021): Kleine Anfragen zu antisemitischen Straftaten im Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität. Online: [https://www.petra-pau.de/19\\_bundestag/dok/down/2020\\_zf\\_antisemitische\\_straftaten.pdf](https://www.petra-pau.de/19_bundestag/dok/down/2020_zf_antisemitische_straftaten.pdf) [17.2.2021].



**RECHTSEXTREMISMUS,  
RECHTSPOPULISMUS  
UND  
MENSCHENFEINDLICHE  
GEWALT**

**„AUCH WENN DIE  
PROTESTBEWEGUNG  
IN THÜRINGEN UND  
DEUTSCHLAND NUR  
MINDERHEITEN MOBILISIERT  
UND ÜBERWIEGEND  
FRIEDLICH GEBLIEBEN IST:  
SIE ZEIGT DIE GEFAHR, DIE  
INSBESONDERE IN KRISEN  
VON ANTIDEMOKRATISCHEN  
RADIKALISIERUNGS-  
PROZESSEN FÜR DEN  
GESELLSCHAFTLICHEN  
ZUSAMMENHALT AUSGEHT.“**



CHRISTOPH RICHTER & AXEL SALHEISER

# Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa?

Christoph Richter & Axel Salheiser (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft)

---

Der Beitrag bietet einen Überblick zu den Positionen und Strategien der radikalen und extremen Rechten während der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020. Während für Thüringen und in Deutschland vor allem das Agieren der AfD, ihr Zusammenspiel mit der Protestbewegung der „Querdenker:innen“, „Corona-Rebell:innen“ und Maskenverweiger:innen sowie die dabei verbreiteten Narrative relevant sind, zeigt die europäische Perspektive charakteristische analoge Entwicklungen, aber auch einige divergierende Tendenzen auf. Die Muster radikal rechter Krisendeutung und -reaktion sind vor dem Hintergrund der potenziellen Destabilisierung liberaler europäischer Gesellschaften zu interpretieren: Die Pandemie ist ein Lackmus-Test für die Resilienz gegenüber Bestrebungen von Antidemokrat:innen, unter dem Deckmäntelchen der „Freiheit“ für die autoritäre Revolte zu mobilisieren.

---

## Empfohlene Zitierung:

Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2021): Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 76–87.

## Schlagwörter:

***Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, AfD, radikale Rechte, Corona, Protest, Verschwörungsideologie, Thüringen, Deutschland, Europa***

## Einleitung

Die Corona-Pandemie bot eine willkommene Gelegenheitsstruktur für die Propaganda und das Mainstreaming antiliberaler und antidemokratischer Narrative sowie für das Knüpfen neuer strategischer Allianzen radikaler und extremer Akteur:innen in Europa (vgl. Mulhall/Khan-Ruf 2021). Die Pandemie-Dynamik, die anhaltende Ungewissheit der Situation, die Verlängerung des „Ausnahmestandes“, verzögerte Entscheidungen, deren partielle Rücknahme sowie uneinheitliche und unbeständige, zum Teil schwer nachvollziehbare Regelungen stellten und stellen die Geduld der Bevölkerungen auf die Probe – sowie ihre Bereitschaft, Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung oder die Krisenpolitik insgesamt zu unterstützen. Insbesondere radikale und extreme Rechte in der Oppositionsrolle waren daher bedacht, das Krisenmanagement der Regierungen in ihrem Sinne als Lackmustest für die Funktionsfähigkeit der liberalen parlamentarischen Demokratie zu interpretieren und scharf zu kritisieren. In Deutschland und in Thüringen versuchte vor allem die AfD, aus der Krisensituation politisches Kapital zu schlagen (vgl. Salheiser/Richter 2020). So war sie erkennbar bemüht, sich als parlamentarisches Sprachrohr von skeptischen Teilen der Bevölkerung zu inszenieren, sich mit der Protestbewegung zu solidarisieren und Probleme und Defizite – wie die Beschränkungen von Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit – zu adressieren.

---

**Radikale und extreme Rechte in der Oppositionsrolle waren während der Corona-Pandemie bedacht, das Krisenmanagement der Regierungen in ihrem Sinne als Lackmustest für die Funktionsfähigkeit der liberalen parlamentarischen Demokratie zu interpretieren und scharf zu kritisieren.**

---

Jenseits dieser parteipolitischen Repräsentation formierten sich Zweckbündnisse zwischen Maskenverweiger:innen, Corona-Verharmloser:innen, Verschwörungsideolog:innen, Reichsbürger:innen, Neonazis und anderen Protagonist:innen einer Protestbewegung, die ihre Ideologie und Identitätskonstruktion vor allem in den sozialen Netzwerken betrieb und von dort auf die Straße brachte. Das Narrativ einer angeblichen „Corona-Diktatur“ und eines dagegen gerichteten „Widerstands“ war hierbei zentral. Nachfolgend wird diskutiert, inwieweit dies als ein weiterer Vormarsch der populistischen radikalen Rechten in Thüringen und Deutschland gewertet werden muss – und wie im Vergleich dazu die Entwicklung in anderen europäischen Ländern verlief.

## Ohne Maske: Die AfD in Thüringen und Deutschland

Während repräsentative Bevölkerungsbefragungen bis weit in die zweite Pandemiewelle 2020/21 ein Stimmungsbild zeichneten, wonach nicht nur die Befolgung der Hygieneregeln, sondern auch die Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie (trotz „Lockdowns“ usw.) mehrheitlich hoch war<sup>1</sup>, zeigte die Zufriedenheit mit der Krisenpolitik der Bundes- und Landesregierungen

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/> [22.02.2021].

lange Zeit keine ernsthafte Eintrübung.<sup>2</sup> Im Gegenteil dazu stieg zeitweise sogar das Institutionenvertrauen in die Exekutive beachtlich. Vor dem Hintergrund der Umfragewerte für die AfD, die seit Beginn der Pandemie auf relativ niedrigem Niveau verharren, kann das Agieren der Partei als Versuch gedeutet werden, die Krisensituation durch ihr typisches Framing als „systemkritische Oppositionspartei“ zu nutzen und sich in der medialen Öffentlichkeit zu profilieren. Der anfängliche Schlingerkurs der AfD – die vehementen Forderungen nach staatlicher Krisenintervention im März 2020, abgelöst durch das

Umschwenken zur (v.a. wirtschaftsnationalistischen und sozialstaatschauvinistischen) Kritik an Lockdown-Maßnahmen usw. im Mai 2020 – offenbart den Kern der rechtspopulistischen Politik der Partei: Wie bereits im Asyl- und Migrationsdiskurs war die AfD in Bezug auf die Corona-Pandemie bemüht, die in einer gesellschaftlich hochrelevanten, kontrovers diskutierten Sachfrage entstehende Polarisierung zu verstärken. Durch kontrafaktische Rede und Zuspitzungen markierte sie ihre „Anti-Establishment“-Position. Aus Sicht der AfD galt es, Signale an die anwachsende Protestbewegung auszusenden und diese für sich zu gewinnen. Dies zeigen u. a. der frühe Brückenschlag der Partei mit „Querdenken“ bzw. die Sympathiebekundungen von AfD-Politiker:innen für jene „basisdemokratischen“ Demonstrationen. Bezeichnend war die pauschale Verteidigung der Teilnehmenden gegenüber berechtigter Kritik, es gebe eine Unterwanderung oder gar maßgebliche Beteiligung durch Rechtsextreme. Die Feindbilder einer angeblich staatlich gesteuerten „Einheitspresse“ bzw. „Lügenmedien“ sowie einer „linksfaschistischen“ Antifa wurden auch 2020 kultiviert, um verschwörungsideologische, antisemitische, rassistische, nationalistische und antidemokratische Äußerungen als Akte „freier Meinungsäußerung“ zu legitimieren und die Partei als Schutzpatronin des „Volkes“ gegen eine vermeintlich übergriffige und diktatoriale Obrigkeit zu inszenieren.<sup>3</sup>

---

**Die AfD kultivierte auch 2020 Feindbilder einer angeblich staatlich gesteuerten „Einheitspresse“ bzw. „Lügenmedien“ sowie einer „linksfaschistischen“ Antifa, um die Partei als Schutzpatronin des „Volkes“ gegen eine vermeintlich übergriffige und diktatoriale Obrigkeit zu inszenieren.**

---

Da ein Stimmenzuwachs für die AfD ausblieb, ging es darum, das bestehende Unterstützungsmilieu der Partei mit antielitistischen und nationalistischen Narrativen bzw. Krisendeutungen zu binden, was – repräsentativen Umfragen nach – weitgehend zu gelingen schien,<sup>4</sup> allzumal AfD-Wähler:innen stärker für pandemiebezogenes Verschwörungsdenken empfänglich sind als Wähler:innen anderer Parteien (Decker et al. 2021). Parteineugründungen aus dem Anti-Corona-Protestmilieu („WIR 2020“ usw.) war kein Erfolg beschieden, was u. a. auf personelle und organisatorische Schwächen der Newcomer:innen zurückzuführen ist (Quent/Rathje 2020). Beispielhaft für die Corona-Strategie der AfD war Björn Höckes Rede in Altenburg im Juli 2020.<sup>5</sup> Höcke inszenierte sich wie üblich als

---

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.zdf.de/politik/politbarometer> sowie <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/> [22.02.2021].

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.afd.de/meinungsfreiheit/> [22.02.2021].

<sup>4</sup> Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 musste die AfD allerdings deutliche Verluste hinnehmen.

<sup>5</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=AtmTWGXmdR0> [29.03.2021].

„Stimme der Vernunft“ und verfolgte den wirtschaftspolitischen, wohlstandschauvinistischen Argumentationsstrang, der einst den Ruf der Lucke-AfD als vermeintliche Einthemenpartei begründete und bei der die EU-Finanztransfers gezeißelt wurden: „Das alles kostet uns Deutsche Billionen.“ Er sprach von „verantwortungsloser“ Neuverschuldung, die er mit der Alters- und Kinderarmut in Deutschland kontrastierte. Angesichts der Corona-Beschränkungen forderte er: „Wir wollen unsere Freiheit wiederhaben!“ Bemüht scharfsinnig fragte er: „Cui bono? Wem nützt es? Von welchem wirklich richtigen Ereignis wird hier wieder abgelenkt?“ Ohne es zu explizieren, schloss er damit vermutlich an die Behauptungen an, unter Corona käme alles zum Erliegen – außer der „illegalen Massenzuwanderung“. Dies entbehrte allerdings der faktischen Grundlage: 2020 ist ein deutlicher Rückgang der Asylerstanträge gegenüber den Vorjahren zu konstatieren (vgl. BAMF 2021).

Die AfD gerierte sich als Bastion gegen den „Alarmismus“ und das „Staatsversagen“ der Regierung, das „unser Land zugrunde richtet“. Sie griff dabei – mit Blick auf Mobilisierungspotenziale – nach und nach fast jedes „coronakritische“ Argument auf: von der Einschränkung der Grundrechte über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen bis hin zu vermuteten gesundheitlichen Gefahren durch das Maskentragen und einer angeblich drohenden Impfpflicht. Bereits im Mai 2020 beklagte die Thüringer AfD-Landtagsfraktion, es gebe bei der Politik zur Pandemieeindämmung „keine Orientierung mehr an den wissenschaftlichen Fakten“, und behauptete, „am 17. März [sei] bereits absehbar gewesen, dass die Pandemie automatisch abebben würde“<sup>6</sup>. Diese Argumentation setzte sich in Höckes MDR-Sommer-Interview vom 25. August 2020 fort. Dort erklärte er süffisant, Corona sei „beendet“ und komme „auch nicht wieder“.

## **„Freiheit“ und „Widerstand“: Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung**

Die seit dem Frühjahr 2020 entstandene Protestbewegung ist heterogen und hat Menschen aktiviert, die vorher politisch wenig in Erscheinung traten. Die Darstellung, dass es sich bei „Querdenken“ und ähnlichen Gruppen um eine breite und spektrenübergreifende basisdemokratische Sammlung handle, entspringt aber nur der propagandistischen Selbstinszenierung oder dem Wunschdenken der Protagonist:innen. Öffentliche Aufmerksamkeit erregten die Befunde der nicht-repräsentativen Befragungsstudie von Nachtwey et al. (2021), die Teilnehmenden an den Stuttgarter „Querdenken“-Demonstrationen oftmals eine Herkunft aus „linksgrünen“ oder „alternativen“ Milieus attestierten. Obwohl die Teilnahme esoterisch, spirituell oder anthroposophisch inspirierter „Sinnsuchender“, Mitglieder von „Freidenker“-Gemeinden usw. unbestritten ist, ist das markante Kennzeichen der Proteste ihre Rechtschaffenheit und Anschlussfähigkeit

---

**Die Darstellung, dass es sich bei „Querdenken“ und ähnlichen Gruppen um eine breite und spektrenübergreifende basisdemokratische Sammlung handle, entspringt der propagandistischen Selbstinszenierung oder dem Wunschdenken der Protagonist:innen.**

---

---

<sup>6</sup> „Blauer MUT“, 2. Ausgabe, Mai 2020, S. 3, <https://afd-thl.de/download/10131/> [29.03.2021].

für Personen aus dem Spektrum der sogenannten Reichsbürger:innen und Souveränist:innen, denen ein Mainstreaming ihrer Ideologeme und Symbolsprache gelungen ist. So fanden bereits Mitte 2020 auch in Thüringen Protestkundgebungen statt, bei denen die zentrale Zurschaustellung schwarz-weiß-roter Fahnen und die Verleugnung der Legitimität der BRD und ihrer Institutionen von den Anwesenden quasi normalisiert wurde. Im Internet – vor allem in sozialen Netzwerken wie YouTube und Telegram – schossen „coronaskeptische“ und „regierungskritische“ Kanäle und Gruppen wie Pilze aus dem Boden, doch schon länger aktive, radikal rechte Akteur:innen und die sogenannten „freien Medien“ (z. B. Compact, PI-News, eigentümlich frei usw.) hatten dabei eine wesentliche Multiplikatorfunktion und prägten den Diskurs mit ihren Inhalten.

Große Verbreitung fanden 2020 somit in Thüringen und Deutschland verschwörungsideologische Inhalte. So wurde die sektenähnliche QAnon-Bewegung (vgl. Rafael 2021) aus den USA erstmals in Deutschland einem breiteren Publikum bekannt und gewann zahlreiche neue Anhänger:innen. Auffällig bei der Agitation im Zusammenhang mit der

---

**Auffällig bei der Agitation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie war die Renaissance, die antisemitische Äußerungen erlebten.**

---

Corona-Pandemie war die Renaissance, die antisemitische Äußerungen erlebten, bzw. solche, die erkennbare Anleihen an die Argumentationsmuster antisemitischer Verschwörungsideologien nahmen. Bei einer AfD-Kundgebung in Gera am 16. Oktober 2020,<sup>7</sup> auf der u. a. die Bundestagsabgeordneten Brandner und Schlund sprachen, redete Frank Haußner (Zeulenroda-Triebes) von einer „Globalistenclique“, der BRD als „Staatssimulation“, die „seit 1945 zu keinem Zeitpunkt souverän“ gewesen sei, und „noch immer kein Friedensvertrag“ habe. Dem folgten Formulierungen wie „Lügenkonstrukt“, „Schuldskult“ und Ausführungen über eine „korrupte, hochkriminelle und satanische Parallelstruktur“, die „sich wie Krebsgeschwür“ über den ganzen Globus ausgebreitet“ habe und „die Menschheit in einer neuen digitalen Weltordnung versklaven“ wolle. Auch auf einer größeren Kundgebung in Erfurt am 23. Januar 2021 zog Haußner die Souveränität der Bundesrepublik in Zweifel, bezeichnete die Bundesregierung als „illegal im Amt“ und rief zum Widerstand gegen eine „Verschwörung“ durch eine „satanische Globalistenclique“ und „dunkle Mächte“ auf. Vom Publikum wurde er dafür euphorisch beklatscht. Ähnliche Sympathiebekundungen galten seiner Nachrednerin, einer homöopathischen Ärztin aus Thüringen, die behauptete, dass die Regierung beabsichtige, Kinder „krank- und totimpfen“ zu lassen. Redebeiträge wie jene zeigen: Bei einem relevanten Teil der Proteste in Thüringen und Deutschland hatte Kritik an den politischen Entscheidungen und Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung eine Türöffnerfunktion, um zu einer generalistischen, radikalen „Systemkritik“ mit erkennbar rechtsextremen und antisemitisch-verschwörungsideologischen Inhalten auszuholen. Auch auf etlichen kleineren Kundgebungen in der Thüringer Provinz wurden die Klage über Eintrübungen der wirtschaftlichen Situation, psychosoziale Beeinträchtigungen von Teilen der Bevölkerung, die Belastungen von Familien mit schulpflichtigen Kindern, die Maskenpflicht usw. als Argumente gegen eine vermeintlich in Gänze sinnlose und schädliche Politik angeführt. Begleitet wurde dies von Unterstellungen, dass die Regierung dem Wohl der Bevölkerung wohlwissend oder sogar intentional schade. Auf den Kundgebungen erfolgte die Inszenierung eines

---

<sup>7</sup> Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=zL80dt1ySjA> [29.03.2021].

keimenden „Volksaufstandes“ gegen das „System“, dessen Ende man kommen sieht, wünscht oder aktiv herbeiführen will und dessen Repräsentant:innen – allen voran Angela Merkel – man Bestrafung, Vertreibung oder Vernichtung anzugedeihen trachtet. Damit wurde bei den Anti-Corona-Protesten 2020 nahtlos an die asylfeindlichen

und rassistischen Massenmobilisierungen von 2015 und 2016 angeschlossen. Im November 2020 konstatierte Höcke in einem Kommentar zur Kritik an der Radikalisierung der „Querdenken“-Bewegung: „Denunziantentum und Diffamierung spalten unser Land! [...] Von Beginn an wurde durch Politik und Medien versucht, die Kritiker der Corona-Maßnahmen als ‚Coronaleugner‘, ‚Verschwörungstheoretiker‘, ‚Aluhüte‘ und natürlich als ‚Rechtsextremisten‘ zu diffamieren. [...] In einem Rechtsstaat, der noch immer das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit kennt, haben derart entstellende Behauptungen nichts zu suchen.“<sup>8</sup>

---

**Bei einem Teil der Proteste in Thüringen und Deutschland hatte Kritik an den politischen Entscheidungen und Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung eine Türöffnerfunktion, um zu einer generalistischen, radikalen „Systemkritik“ mit erkennbar rechtsextremen und antisemitisch-verschwörungsideologischen Inhalten auszuholen.**

---

Auch wenn die Protestbewegung in Thüringen und Deutschland nur Minderheiten mobilisiert und überwiegend friedlich geblieben ist: Sie zeigt die Gefahr, die insbesondere in Krisen von antidemokratischen Radikalisierungsprozessen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgeht. Es ließe sich konstatieren, dass eine zunehmende Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement und den Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung in Verbindung mit sozioökonomischen Einbußen bzw. Statusverlustängsten das Institutionenvertrauen und die Demokratieunzufriedenheit beeinträchtigt. Mittelfristig kann dies die Tendenz nach antidemokratischer Radikalisierung und die Unterstützung des „Rechtspopulismus“ begünstigen, allerdings gibt es derzeit keine ausreichende empirische Evidenz für einen weiteren „Rechtsruck“ über die AfD-Klientel hinaus. Vielmehr zeichnet sich ab, dass die negativen Entwicklungen, die mit der Pandemie verbunden sind, vor allem die in Ostdeutschland bereits längerfristig bestehende Distanz in einem antidemokratischen Protestmilieu der Frustrierten („Wutbürger:innen“) verstärken, weil die Pandemiefolgen – nach den gesellschaftlichen Transformationsschocks seit 1990, der „Asylkrise“ usw. – nur als weiterer Beleg für die angeblichen Unzulänglichkeiten des Systems bzw. demokratischer Governance gedeutet werden.

## Die europäische Rechte als Krisenprofiteur:in?

Die Ausgangsbedingungen, die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und die nationalen Handlungsbedingungen der Parteien der radikalen Rechten unterscheiden sich teilweise erheblich (Wondreys/Mudde 2020). Daher kann auch nicht von einer einheitlichen und synchronen Reaktion auf die Corona-Krise ausgegangen werden. Dennoch lassen sich einige Gemeinsamkeiten aufzeigen. Zu Beginn

---

<sup>8</sup> „Blauer MUT“, 5. Ausgabe: „Sonderausgabe zur Corona-Krise“, November 2020, S. 2, <https://afd-thl.de/download/19069/> [29.03.2021].

gab es vielfältige Versuche der Rechtsaußenparteien, die Pandemie im Sinne ihrer migrationsfeindlichen Agenda nutzbar zu machen. Unter Le Pen in Frankreich, Salvini in Italien, der rechtspopulistischen Fidesz-Regierung in Ungarn sowie von Vertreter:innen der AfD, FPÖ und SVP in Deutschland, Österreich und der Schweiz wurden Zusammenhänge zwischen dem Infektionsgeschehen und den globalen oder nationalen Migrationsdynamiken hergestellt. Vielerorts wurden Regierungsparteien für ihren „laschen“ Umgang mit der neuen Bedrohung und fehlenden Grenzsicherungen in der Anfangsphase der Krise attackiert. Allerdings wurde die radikale Rechte in ihren Forderungen bald von dem anlaufenden Krisenmanagement der Regierungen eingeholt. Mit steigenden Infektionszahlen, die zeitversetzt quer durch Europa in vielen Ländern in die Höhe schnellten, schlug die Stunde der Exekutive. Häufig in nationalen Alleingängen wurden Ländergrenzen geschlossen und eine Vielzahl unterschiedlicher Lockdown-Maßnahmen angeordnet. Viele Oppositionsparteien – auch einige aus dem Spektrum der radikalen Rechten – versammelten sich zumindest kurzfristig hinter den nationalen Lockdown-Strategien der jeweiligen Regierungen. Die radikale Rechte sah sich für kurze Zeit eines ihrer mobilisierungstärksten Themen beraubt, während neben den nationalen Regierungen auch die Wissenschaft und die etablierten Medien in das Zentrum politischer Auseinandersetzungen über den Umgang mit der Pandemie rückten.

Teilweise sofort, teilweise zeitversetzt schwenkten viele Rechtsaußenparteien auf eine radikale Kritik der nationalen Lockdown-Strategien ein (Wondreys/Mudde 2020), was einer bemerkenswerten Kehrtwende gleichkam.<sup>9</sup> In Italien, in der Schweiz, Österreich und Deutschland geißelten deren Protagonist:innen nun in steigendem Maße die politische „Inkompetenz“ der amtierenden Regierungen und die wirtschaftlichen Folgen der Lockdown-Maßnahmen, die sie bis vor Kurzem vehement eingefordert hatten.

Mitte April 2020 rief US-Präsident Trump zur „Befreiung“ US-amerikanischer Bundesstaaten von den Lockdown-Maßnahmen auf. Das Narrativ des „Freiheitskampfes“ gegen die staatlichen Maßnahmen entwickelte sich in rechten europäischen Social-Media-Plattformen und unter Vertreter:innen radikal rechter Parteien in der Folgezeit zum Dreh- und Angelpunkt ihrer „Krisenkritik“. Doch die ideologische Umdeutung von Solidarität und vom Schutz von Betroffenen zu „diktatorischen Maßnahmen“ und die Stilisierung der Missachtung dieser Maßnahmen zum „Freiheitskampf“ ist keine inhaltliche Neuausrichtung – bewegt sie sich doch im populistisch-autoritären und sozialdarwinistischen Gestus vieler dieser Parteien. Vielmehr handelt es sich um einen rhetorischen Anpassungsversuch an die veränderte politische Großwetterlage, um sich weiterhin als Opposition zum demokratischen „Mainstream“ zu positionieren. Eine Ausnahme sind Parteien der radikalen Rechten, die selbst die Regierung bilden oder ein Teil von ihr sind. Hier richtet sich ein

---

**Bei der ideologischen Umdeutung von Solidarität und vom Schutz von Betroffenen zu „diktatorischen Maßnahmen“ und bei der Stilisierung der Missachtung dieser Maßnahmen zum „Freiheitskampf“ handelt es sich um einen rhetorischen Anpassungsversuch der Rechtsaußenparteien an die veränderte politische Großwetterlage.**

---

---

<sup>9</sup> Das gilt nicht für alle Parteien der radikalen Rechten: Beispielsweise traten die „Schwedendemokraten“ längerfristig für die Maskenpflicht und für härtere staatliche Pandemiebekämpfungsmaßnahmen. Sie positionierten sich damit gegen die schwedische Regierungspolitik, die v.a. auf freiwillige Schutzmaßnahmen setzte (Jungar 2020).

Teil der Kritik stärker auf höher gelegene Instanzen, bspw. die EU, aus. Dass aber auch die Rolle der Opposition und der Regierungsverantwortung gleichzeitig von einer Partei übernommen werden kann, zeigt sich am Beispiel der Schweizer SVP (Betz 2020). Die populistische und verschwörungsauffine Fundamentalkritik der Krisenstrategien („Corona-Diktatur“), EU-Skepsis und die Gegnerschaft zur Globalisierung, Multilateralismus und Multikulturalismus, die als originäre Quellen der Krise gesehen werden, sind zentrale Elemente der „Corona-Politik“ von Rechtsaußen.

Ein Blick auf die Wahlprognosedaten von 30 europäischen Ländern (EU-27 zzgl. Schweiz, Norwegen und England) plausibilisiert den oben geschilderten Verlauf im Wesentlichen.<sup>10</sup> In der ersten Welle der Coronakrise<sup>11</sup> konnten viele Regierungsparteien in der Wähler:innengunst zunächst moderate Zuwächse verzeichnen oder stagnierten. Ausnahmen sind geringfügige Abwärtstrends in Spanien und England und stärkere in Rumänien. Die Parteien der radikalen Rechten konnten hingegen bis Anfang Juni 2020 kaum zulegen. Im Gegenteil fielen die Umfragewerte in den meisten Fällen eher moderat oder sie stagnierten rund um das Vorkrisenniveau.<sup>12</sup> Eine Ausnahme bildeten die Länder, in denen die radikale Rechte selbst an der Regierung beteiligt oder in alleiniger Regierungsverantwortung ist. Das betrifft neben Polen und Ungarn Regierungskoalitionen in sechs weiteren europäischen Staaten.<sup>13</sup> Hier konnten Regierungen und Regierungskoalitionen mehrheitlich geringe Zugewinne verzeichnen. Mit dem Fortlauf der Krise, steigender Unzufriedenheit mit den Krisenbewältigungsstrategien und der Überlagerung durch weitere innen- und außenpolitische Themen verändert sich dieses Bild in der zweiten Pandemie-Phase (Juni 2020–Februar 2021) deutlich. Während Regierungsparteien mehrheitlich wieder an Zustimmung verloren, stagnierten radikal rechte Oppositionsparteien in der Wähler:innengunst, teilweise stiegen sie wieder leicht an. Einige konnten sich sogar oberhalb ihres Vorkrisenniveaus stabilisieren. Dort, wo die radikale Rechte die Regierung stellte, verloren deren Parteien dagegen längerfristig an Zustimmung (Polen und Ungarn).

## Alte und neue Allianzen: Protest in den sozialen Medien und auf der Straße

Zwar variieren die Motive und soziostrukturellen Hintergründe der Protestteilnehmenden, dennoch fällt die Offenheit nach Rechtsaußen auf. Allgemeine Unzufriedenheit, populistische „Elitenskepsis“, die Kritik an demokratischen Institutionen wie den Parteien, Medien und Wissenschaft und die Absage an allgemeine Solidaritätsnormen fungieren in sozialen Medien und bei den Protesten auf der Straße als eine Art Brückenkopf zu Verschwörungsnarrativen und radikal

---

**Zwar variieren die Motive und soziostrukturellen Hintergründe der Protestteilnehmenden, dennoch fällt die Offenheit nach Rechtsaußen auf.**

---

---

<sup>10</sup> Quelle: <https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls>.

<sup>11</sup> Da die Ausbruchsphasen in der ersten Welle relativ stark variierten, haben wir uns für einen längeren Betrachtungszeitraum vom Vorkrisenzeitraum Anfang Februar 2020 bis zum langsamen Abklingen in vielen europäischen Ländern bis Anfang Juni 2020 entschieden.

<sup>12</sup> Veränderungen im Intervall von +1/-1 Prozentpunkten wurden als konstant bewertet.

<sup>13</sup> Bulgarien, Lettland, Estland (bis Anfang 2021), Slowenien, die Slowakei und Schweiz.

rechter Ideologie. Diesen Umstand hatte die radikale Rechte relativ früh für sich entdeckt<sup>14</sup> und strategisch den Schulterchluss zum Protest gesucht. Unübersehbar sind die Versuche europäischer Rechtsaußenparteien, die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung zu kanalisieren und sich als Spitze der außerparlamentarischen Protestbewegung gegen die Maßnahmen zu inszenieren, zumindest dort, wo sie nicht selbst Regierungsverantwortung trugen. Von Deutschland über England, die Niederlande, die Schweiz und Österreich bis nach Spanien, Italien und Rumänien fanden größere Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen unter Beteiligung oder Federführung der Protagonist:innen radikal rechter Parteien statt. Soziale Medien spielten dabei eine zentrale Rolle in der Mobilisierung, Vernetzung und Verbreitung von Falschinformationen, Verschwörungserzählungen und Protestevents rund um die Epidemie. Schon früh nach Bekanntwerden der ersten Fälle in China zeigen Untersuchungen im Zeitraum von Januar bis März 2020 einen deutlichen Anstieg an Desinformation und Falschinformationen rund um das Thema Corona in internationalen Beiträgen auf (auf 4Chan, Telegram, Gab, Facebook, Instagram usw.). Die Palette reicht von Kritik an den staatlichen Einschränkungsmaßnahmen bis hin zu den großen Verschwörungserzählungen, die teilweise mit rassistischen und antisemitischen Ressentiments aufgeladen werden (Velásquez et al. 2020). Ähnliche Befunde liefern internationale Analysen der Desinformationsnetzwerke auf Twitter (Smith et al. 2020). Besonders im deutschsprachigen Raum spielte Telegram eine große Rolle (Salheiser/Richter 2020): Telegramkanäle mit coronakritischen, rechtspopulistischen und verschwörerischen Inhalten konnten im Zeitraum von März bis Anfang Mai 2020 hohe Zuwächse der täglichen Aufrufzahlen verzeichnen.<sup>15</sup> Viele dieser Verschwörungserzählungen auf den unterschiedlichen Plattformen greifen antisemitische Erzählmuster auf und richten sich gegen Jüd:innen und andere Minderheiten als angebliche Drahtzieher:innen hinter dem Virus oder den Regierungsmaßnahmen (Rocha Dietz/Rathje 2020). Der QAnon-Kult, der im Lauf der Krise starke internationale Verbreitung erfahren hatte, wurde seit der Abwahl Trumps als populäres Leitnarrativ von der Verschwörungsgroßerzählung des „Great Reset“ abgelöst. Ursprung ist der Tagungstitel des jährlichen Davos-Treffens im Sommer 2020 und die dort vertretene These, die Corona-Pandemie müsse als Anstoß zur Neuorganisation der globalen Wirtschaft hinsichtlich der Klimakatastrophe gedacht werden. Obwohl die dort vertretenen Organisationen und Akteur\*innen bisher als wenig verdächtig galten, „Sozialismus“ und radikalen Klimaschutz zu propagieren, laufen seither neoliberale, libertäre und radikal rechte Netzwerke in den sozialen Medien Sturm und unterstellen einer „kleinen globalen Elite“ einen geheimen Plan zum weltweiten Umbau der Nationalstaaten im Sinne eines „Klima-Sozialismus“. Seit November 2020 ist die Nennung des „Great Reset“ auf den verschwörungsaffinen Kanälen der Plattform Telegram sprunghaft angestiegen.

---

**Allgemeine Unzufriedenheit, populistische „Elitenskepsis“, die Kritik an demokratischen Institutionen und die Absage an allgemeine Solidaritätsnormen fungieren in sozialen Medien und bei den Protesten auf der Straße als eine Art Brückenkopf zu Verschwörungsnarrativen und radikal rechter Ideologie.**

---

---

<sup>14</sup> Exemplarisch hierfür der Appell des österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner in der neurechten Zeitschrift „Sezession“: <https://sezession.de/63203/coronademos-proxythema-lucke-effekt> [15.03.2021].

<sup>15</sup> Joseph Holnburger: <https://twitter.com/holnburger/status/1274956380554825736> [10. 03. 2021].

## Fazit

Nach eher moderaten Einbrüchen während der ersten Krisenphase befinden sich radikal rechte (Oppositions-)Parteien 2021 in vielen europäischen Ländern wieder leicht im Aufwind, während Regierungsparteien eher mit sinkenden Prognosewerten zu kämpfen haben. Die bisher anhaltende Schwäche der AfD auf Bundesebene sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der ungewisse Ausgang und die Folgen der Pandemie längerfristig ein enormes Potenzial für gesellschaftliche Polarisierung und antidemokratische Mobilisierung bieten. Die vorübergehenden Anpassungsprobleme der radikalen Rechten während der Krise können als ein Beleg ihrer fortgeschrittenen Normalisierung betrachtet werden. Die reflexhaften nationalen Alleingänge in puncto Grenzsicherungen, die Debatten um die Finanzierung der europäischen Krisenmechanismen und die fehlgeleitete Impfkoordination offenbaren den desolaten Zustand der europäischen Solidargemeinschaft. Nicht-rechte Regierungen zahlreicher Mitgliedstaaten forcierten nationale Partikularinteressen gegen multilaterale europäische Kriseninterventionsstrategien ganz im Sinne der Agenda der radikalen Rechten – und auch Parteien des demokratischen Spektrums trieben Debatten über den Zusammenhang von Migration und Infektionsbedrohung voran (Stavrakakis et al. 2020). Daneben konnte die radikale Rechte, wo sie sich in Regierungsverantwortung befand, ihre illiberale und demokratiefeindliche Politik teilweise vorantreiben (Kim 2020; Wondreys/Mudde 2020). Schon seit Jahren, verstärkt aber in jüngster Zeit, rüstet die europäische Rechte rhetorisch für kommende Konfliktszenarien auf. Sie hat in vielen Ländern die Debatte um den Klimawandel zum Teil ihrer Agenda erklärt, ist in der Klimapolitik allerdings gespalten. Großerzählungen wie die des „Great Reset“ sind anschlussfähig und könnten ideologische Unterschiede zumindest oberflächlich überbrücken. In den Behauptungen, Corona sei eine Art „Probelauf“ für den „totalitären Umbau“ der globalen Gesellschaft, zeigt sich, wie eng radikal rechte Ideologie und Verschwörungsmentalität aufeinander bezogen sind.

---

**In den Behauptungen, Corona sei eine Art „Probelauf“ für den „totalitären Umbau“ der globalen Gesellschaft, zeigt sich, wie eng radikal rechte Ideologie und Verschwörungsmentalität aufeinander bezogen sind.**

---

**Christoph Richter** studierte Soziologie, Journalistik und Ethnologie. Seit 2020 ist Christoph Richter wissenschaftlicher Mitarbeiter am IDZ Jena und forscht im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) zum Zusammenhang von extrem rechter Mobilisierung und der globalen Klimakrise.

**Axel Salheiser**, Dr. phil., studierte Soziologie, Psychologie und Anglistik/Amerikanistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2012 ist er Co-Autor des THÜRINGEN-MONITORS, seit 2019 arbeitet er als wissenschaftlicher Referent am IDZ Jena. Er leitet dort den Bereich Rechtsextremismusforschung.

## Literatur

- BAMF (2021): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge [Hrsg]: Schlüsselzahlen Asyl 2020. Online: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/SchlüsselzahlenAsyl/flyer-schlüsselzahlen-asyl-2020.html?sessionid=140B-5D62C4921DD0C5E52C94982501E7.internet552> [29.03.2021].
- Betz, Hans-Georg (2020): The Swiss People's Party Versus COVID-19. The Fair Observer. Online unter: <https://www.fairobserver.com/region/europe/hans-georg-betz-christoph-blocher-svp-swiss-peoples-party-covid-19-switzerland-news-15271/> [29.03.2021].
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schliessler, Clara/Dilling, Marius/Hellweg, Nele/Brähler, Elmar (2021): Verschwörungsmentalität, COVID-19 und Parteipräferenz: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. EFBI Policy Paper 2021-1. Else-Frenkel-Brunswik-Institut: Leipzig. Online: [https://home.uni-leipzig.de/decker/policypaper\\_partei.pdf](https://home.uni-leipzig.de/decker/policypaper_partei.pdf) [29.03.2021].
- Jungar, Ann-Cathrine (2020): The Profiteers of Fear? Right-wing Populism and the COVID-19 Crisis in Europe. Sweden. Friedrich-Ebert-Stiftung: Rom/Paris. Online unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/stockholm/17021.pdf> [29.03.2021].
- Kim, Seongcheol (2021): Hungary. In: Stavrakakis, Yannis et al. [Hrsg.]: Populism and the Pandemic: A Collaborative Report. POPULISMUS Interventions No. 7 (Special Edition).
- Muhall, Joe/Khan-Ruf, Safya [Eds.](2021): State of Hate. Far-right extremism in Europe. Hope not Hate Charitable Trust, London. Online unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/02/ESOH-LOCKED-FINAL.pdf> [07.06.2021].
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. SocArXiv: doi:10.31235/osf.io/zyp3f.
- Quent, Matthias/Rathje, Jan (2020): Ein populistisches Strohfeuer. Zum Aufstieg und Fall der Internetbewegung Widerstand2020 – Eine Kurzanalyse. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin. Online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/16415.pdf> [22.02.2021].
- Rafael, Simone (2021): Conspiracy Theories during the Pandemic: The Rise of QAnon in Europe. Online: <https://www.hopenothate.org.uk/europeanstateofhate-the-rise-of-qanon/> [22.02.2021].
- Rocha Dietz, Rocío/Rathje, Jan (2020): Antisemitismus im Internet und den sozialen Medien. In Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Online unter: <https://m.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/321584/antisemitismus-im-internet-und-den-sozialen-medien> [29.03.2021].
- Salheiser, Axel / Christoph Richter (2020): Die Profiteure der Angst? Der Rechtspopulismus und die Covid-19-Pandemie in Europa: Deutschland. Gleichzeitig: The Profiteers of Fear? Right-Wing Populism and the COVID-19 Crisis in Europe: Germany. Gleichzeitig: Les profiteurs de la peur? Le populisme de droite et la crise du COVID-19 en Europe: Allemagne. Electronic edition. Paris: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/16928.pdf> [22.02.2021].
- Smith, Melanie/McAweeney, Erin/Ronzaud, Léa (2020): The COVID-19 "Infodemic". A Preliminary Analysis of the Online Conversation Surrounding the Coronavirus Pandemic. Online unter: [https://public-assets.graphika.com/reports/Graphika\\_Report\\_Covid19\\_Infodemic.pdf](https://public-assets.graphika.com/reports/Graphika_Report_Covid19_Infodemic.pdf) [29.03.2021].
- Stavrakakis, Yannis/Katsambekis, Giorgos/De Cleen, Benjamin/Goyvaerts, Jana/Zicman de Barros, Thomás/Galanopoulos, Antonis/Manucci, Luca et al. (2020): Populism and the Pandemic: A Collaborative Report. POPULISMUS Interventions No. 7 (Special Edition). Online unter: <https://repository.lboro.ac.uk/ndownloader/files/23348261/1> [09.06.2021].
- Velásquez, N. et al. (2020): Hate multiverse spreads malicious COVID-19 content online beyond individual platform control. Online unter: <https://arxiv.org/pdf/2004.00673v2> [29.03.2021].
- Wondreys, Jakob/Mudde, Cas (2020): Victims of the Pandemic? European Far-Right Parties and COVID-19. DOI: 10.1017/nps.2020.93.

**„FÜR NEONAZIS,  
ESOTERIKER\*INNEN,  
PREPPER\*INNEN UND  
VERSCHWÖRUNGS-  
IDEOLOG\*INNEN BOT DIE  
PANDEMIE BUNDESWEIT  
UND IN THÜRINGEN  
ANKNÜPFUNGSPUNKTE  
ZUR VERBREITUNG  
IHRER IDEOLOGIE.“**



MOBIT

# Die extreme Rechte in Thüringen und Corona: zwischen Nachbarschaftshilfe, Verschwörungsmythen und Pandemieleugnung

MOBIT

---

Corona war aufgrund der Dimension der Pandemie das bestimmende Thema der öffentlichen Debatten 2020. Für Neonazis, Esoteriker\*innen, Prepper\*innen und Verschwörungsideolog\*innen bundesweit und in Thüringen bot die Situation Anknüpfungspunkte zur Verbreitung ihrer Ideologie. Im vorliegenden Beitrag werden die Aktivitäten der extremen Rechten betrachtet und insbesondere ihre Rolle im Kontext der sogenannten Hygienedemos beleuchtet. Während die extreme Rechte zeitweise einen regelrechten Mobilisierungsschub zu erleben schien, stellte die Situation eine enorme Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft dar, deren Umgang damit abschließend betrachtet wird.

---

## Empfohlene Zitierung:

MOBIT (2021): Die extreme Rechte in Thüringen und Corona: zwischen Nachbarschaftshilfe, Verschwörungsmythen und Pandemieleugnung. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 88–97.

## Schlagwörter:

***Extreme Rechte, Thüringen, Verschwörungsmythen, Antisemitismus, Zivilgesellschaft, mobile Beratung***

## Verschwörungsmythen und „digitaler Faschismus“ als gemeinsamer Nenner

Seit Beginn der Ausbreitung des Corona-Virus veröffentlichten Akteur\*innen der extremen Rechten zahlreiche Beiträge, mit denen der Versuch unternommen wurde, die Situation zur Ideologieverbreitung und Mobilisierung auszunutzen (vgl. zur Protestdynamik: Virchow/Häusler 2020). Durch die eingeschränkte Versammlungsfreiheit spielte die digitale Welt hier die wichtigste Rolle (vgl. Weiß 2020). Im Frühjahr 2020 wurden die Deutungen extrem rechter Akteur\*innen vor allem über die sozialen Medien und Messenger verbreitet. Den zahlreichen verbreiteten Verschwörungsmythen zum Corona-Virus sind vor allem die dahinter liegenden antisemitischen Motive gemein (vgl. den Beitrag von Frindte in diesem Band). Im Verlauf des Jahres kam es aber immer wieder zu einer Anpassung der Erzählungen. Die Strategie der Verbreitung von Verschwörungsmythen und Untergangsszenarien über die sozialen Medien beschreiben Maik Fielitz und Holger Marcks als Kern des „digitalen Faschismus“: „Dabei ist es vor allem die Arbeit mit Bedrohungsmythen, die auffällt. Dass etwa ein nationaler Untergang beschworen wird, das war auch charakteristisch für die faschistische Mobilisierung in der Zwischenkriegszeit. Da wird eine existentielle Bedrohung herbeigeredet, um illiberale Maßnahmen zu rechtfertigen und Gewalt als Notwehr erscheinen zu lassen.“ (Rafael 2020) Es geht den extrem rechten Akteur\*innen darum, die Logik sozialer Medien zu nutzen, nach der sich negative und spektakuläre Meldungen rasanter verbreiten und durch mehr Klicks und Shares verstärkt werden, um die faschistische Haupterzählung zu verbreiten: Die Erzählung vom Niedergang der Nation (Fielitz/Marcks 2020). Durch die ständige Nutzung der Sozialen Medien und Messengerdienste werden viele Menschen permanent mit dieser Ideologie konfrontiert und durch sie beeinflusst.

Auch Thüringer Neonazis verbreiteten schon zu Beginn der Pandemie antisemitische Verschwörungserzählungen. So beispielsweise Ex-Thügida-Aktivist David Köckert: Er richtete sich bereits im März 2020 in einem Facebook-Video an seine Unterstützer\*innen: „Wir kennen den Virus schon seit Jahrzehnten und seit Jahrhunderten sprechen wir ihn an. Und dieser Virus ist der, der die Welt schon immer vergiftet hat.“<sup>1</sup> Der Greizer Neonazi ist sich seiner antisemitischen Anspielungen sehr wohl bewusst, so verweist er im Nachgang darauf, dass man ihm nun wieder eine „Volksverhetzung“ anlasten werde, um ihm zu „erklären“, dass er diese Äußerungen „auf irgendeine spezifische ethnische Minderheit reduziere“. Auch die Neonazistin Angela Schaller, die seit Jahren in Südthüringen den „Thing-Kreis“ organisierte, äußerte sich in einem Video zum Corona-Virus. Für Schaller ist klar, dass die Reaktionen der Behörden überzogen seien, da es „noch keinen einzigen Corona-Toten“ gegeben habe, „so wie es immer in der Zeitung steht“. Neben der Verbreitung von Falschinformationen diskreditiert die Neonazi-Aktivistin hier gleichzeitig „die Medien“, um diese als Informationsgrundlage zu delegitimieren.

---

### Thüringer Neonazis verbreiteten schon zu Beginn der Pandemie antisemitische Verschwörungserzählungen.

---

---

<sup>1</sup> Die im Folgenden aufgeführten extrem rechten Primärquellen werden aufgrund der Verbreitung dieser Inhalte nicht verlinkt. Außerdem sind viele der Videos nicht mehr online.

## Neonazi-Nachbarschaftshilfe

Besonders in der ersten Phase der Pandemie inszenierten sich extrem rechte Akteur\*innen in Thüringen als „Retter\*innen in der Not“. Neonazi-Aktivistin Schaller bot sich bei Ebay-Kleinanzeigen als „Einkaufshilfe“ für „ältere Leute“ im Raum Sonneberg an. Hilfen boten im Frühjahr auch verschiedene Neonazi-Organisationen an. Die Jungen Nationalisten, die Jugendorganisation der NPD,

verteilten in mehreren Regionen Plakate und propagierten damit ihre Unterstützung für „ältere Menschen“. In Thüringen war es vor allem die Neonazi-Kleinstpartei Der Dritte Weg, die mit sogenannten Nachbarschaftshilfen warb. Auf zahlreichen Flyern forderte die Partei – gemäß ihrem rassistischen Weltbild – „Solidarität für Deutsche“. Der Dritte Weg bewarb diese Aktion u. a. für Erfurt, Suhl und Gotha. In Gotha wurde diese Nachbarschaftshilfen auch auf den Plattformen des „Bündnis Zukunft Landkreis Gotha“ angeboten und dort über einen Kontakt zum Neonazi Marco Zint organisiert. Ähnliche Angebote wurden auch in den Geraer Neonazi-Netzwerken verbreitet. „In schweren Zeiten“ sei es wichtig, „dass wir als Volk, eine der größten natürlichen Einheiten, zusammenrücken [...]“, heißt es dort im Text. Hier handelt es sich ausdrücklich um rassistisch organisierte „Solidarität“. Hilfsangebote werden nach Maßgabe der extrem rechten Ideologie konstruiert.

---

**In Thüringen war es vor allem die Neonazi-Kleinstpartei Der Dritte Weg, die mit sogenannten Nachbarschaftshilfen warb.**

---

Zudem verbreiteten sich diverse Botschaften extrem rechter Prepper\*innen, welche die aktuelle Corona-Krise als Bestätigung ihrer wiederholten Warnungen vor dem „Zusammenbruch“ interpretierten. So wurden beispielsweise Videos zur Vorbereitung auf den angeblich bevorstehenden Ausnahmezustand verteilt, u. a. durch Axel Schlimper aus dem Landkreis Sonneberg, der schon in der Vergangenheit in Vorträgen Tipps zur „Krisenvorsorge“ gab. Der extrem rechte Verein „Deutscher Zivilschutz“ aus Altenburg warb für eine Veranstaltung, um sich auf mögliche Stromausfälle nach dem „Blackout“ vorzubereiten. Gleichzeitig bedauerte der Südthüringer Neonazi Tommy Frenck, dass ein Horten von Waffen, um sich wie in den USA auf „mögliche Probleme bei der Gewährung der öffentlichen Sicherheit ein[z]ustellen“, für „Deutsche“ nicht möglich sei.

Die genannten Beispiele zeigen die zahlreichen ideologischen Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte. Deren Akteur\*innen können erneut den Untergang des aktuellen politischen Systems propagieren und dies mit der Verbreitung von Angst vor „den Eliten“ verbinden, die die Einführung einer Diktatur planen würden. Damit sollen die aktuellen Regierungen als undemokratisch dargestellt und somit delegitimiert werden. Die Warnung vor der Einführung einer „Corona-Diktatur“ bringt gleichzeitig die Selbstbeschreibung der extremen Rechten als „wahre Demokraten“ mit sich, die auch bei den Pandemie-Leugner\*innen zu finden ist. Durch Nachbarschaftshilfen und andere Aktivitäten versucht man präsent zu sein, um sich als Alternative zu dem „nicht funktionierenden“ System zu konstruieren. Dabei spielen der Umfang und der Erfolg der beworbenen Aktionen kaum eine Rolle: Wichtig ist vor allem die Inszenierung in den sozialen Medien.

## Protestbewegung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen

Mit den Lockerungen im Frühjahr 2020 verlagerten sich die Proteste auf die Straße. Ende April führte die extrem rechte Gruppe „Erfurt zeigt Gesicht“ vor dem Erfurter Rathaus eine medial inszenierte Protestkundgebung gegen die Einschränkungen durch die Corona-Schutzmaßnahmen durch und streamte diese live. Über Social Media und Messengerdienste wurden Aufrufe zum gemeinsamen Eisessen, zu Autokorsos, „hygienischen Spaziergängen“ und öffentlichen Meditationen verbreitet. Dabei war nicht immer klar, welche Organisator\*innen hinter den Protesten standen. Waren es zunächst unangemeldete Aktionen, fanden mit der Rücknahme vieler Einschränkungen ab Frühsommer thüringenweit Demonstrationen statt. Die Neonazi-Szene rief von Anfang an zu den Demonstrationen auf und zeigte Präsenz, konnte aber insgesamt keine Führungsrolle übernehmen. Die Strategie, die hinter der Instrumentalisierung der „Hygienesdemos“ stand, brachte der Neonazi-Unternehmer Patrick Schröder auf den Punkt. Dieser rief in einem YouTube-Video dazu auf, die Demonstrationen zu nutzen, gerade weil extrem rechte Akteur\*innen wie er selbst nicht davon ausgeschlossen seien und man somit den Anschluss an bisher nicht erreichte Milieus finden könne. Konkret riet er, „die ganze Corona-Scheiße einfach mal sein lassen, sondern wirklich hier das als Widerstand gegen die Regierung [zu] sehen. [...] Und dann bringt ihr vielleicht das ein oder andere Weltbild dann zum Einbrechen.“

## Entwicklung der Pandemie-Leugner\*innen-Szene in Thüringen

Neben der quantitativ gering vertretenden Neonazi-Szene fand sich beim Protest ein breites Spektrum an rechten Teilnehmer\*innen. Von Reichsbürger\*innen über AfD-Klientel bis hin zu Anti-Moschee-Gruppierungen sammelte sich eine rechte Mischszene der Pandemie-Leugner\*innen in Thüringen. Der erste Mobilisierungshöhepunkt der Proteste fand im Mai 2020 statt. Am 18. Mai demonstrierten thüringenweit bei etwa 50 Veranstaltungen rund 2.900 Menschen gegen die Corona-Maßnahmen. Die größte Demonstration fand Anfang Mai in Gera mit 750 Teilnehmer\*innen statt. Neben Reichsbürger\*innen und Neonazis nahm auch der Vorsitzende des FDP-Landesverbandes und kurzzeitige Ministerpräsident Thomas Kemmerich teil. (Meisner/Starzmann 2020) Zu einer Kundgebung von „Hallo Meinung“ in Schmalkalden am Pfingstsonntag zogen szeneprominente Redner\*innen wie Peter Weber („Hallo Meinung“), Vera Lengsfeld und der Kabarettist Uwe Steimle rund 600 Teilnehmende aus ganz Thüringen an (Kellermann 2020). Die Veranstaltung wurde von der extrem rechten Gruppierung „Erfurt zeigt Gesicht“ durch eine Live-Übertragung unterstützt.

---

**Von Reichsbürger\*innen über AfD-Klientel bis hin zu Anti-Moschee-Gruppierungen sammelte sich eine rechte Mischszene der Pandemie-Leugner\*innen in Thüringen.**

---

Im weiteren Verlauf gründeten sich meist regionale Gruppen wie „Mut zur Wahrheit Meiningen“, „Der Neue Schmalkaldische Bund“, „Sonneberg zeigt Gesicht“ oder die „Salzunger Montagsspaziergänge“, um die Proteste zu organisieren. In Erfurt agierten zeitweise mehrere Gruppen parallel. Nach der Gründung der Erfurter „Querdenker 361“-Gruppe folgten weitere „Querdenker“-Ableger

u. a. in Jena, Saalfeld oder Bad Lobenstein. Lokale Gruppen schlossen sich zur gegenseitigen Unterstützung in Netzwerke zusammen und besuchten wechselseitig Veranstaltungen als Teilnehmende und Redner\*innen. AfD- Funktionär\*innen und Mitarbeitende begleiteten und unterstützten die Proteste in ganz Thüringen. Auch wenn die Partei sich nicht demonstrativ an die Spitze des Protestes stellte, wie etwa 2015 bei den asylfeindlichen Demonstrationen in Thüringen, verstand sich die AfD als Sprachrohr und parlamentarischer Arm des „Widerstands“ (vgl. den Beitrag von Richter und Salheiser in diesem Band).

## Ideologie und Radikalisierung

Mit den Lockerungen im Sommer nahmen die Teilnehmendenzahlen bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen ab. Gleichzeitig wurde der Ton auf den Demonstrationen und in den einschlägigen Telegram-Gruppen deutlich radikaler. Antisemitische Verschwörungserzählungen, Aufrufe zum Umsturz und Bedrohungen nahmen zu.

Verschwörungsmythen und der dahinterliegende Antisemitismus waren eine inhaltliche Klammer zwischen den Demonstrant\*innen. Wurden Verschwörungsmythen zu Beginn des Protestes noch eher vereinzelt und chiffriert auf Plakaten verbreitet, trat der Antisemitismus im Verlauf des Protestgeschehens immer deutlicher zutage. Sowohl auf Plakaten, Kleidungsstücken und in Reden, wie auf einer Rede des Anmelders einer Demonstration von „Querdenken“ am 08. August in Erfurt, wurden antisemitische Feindbilder geschürt: „Die üblichen Verdächtigen in unserer derzeitigen Welt, diese Psychopathen deren Namen immer wieder auftauchen, heißen Rockefeller, Rothschild, Gates, Soros, Clinton, Obama und Co. [...] Sie müssen aus dem menschlichen Verkehr gezogen werden!“ Auch Umsturzfantasien und Kriegsmetaphorik konnten, ohne Störungen oder Einschreiten, offen geäußert werden wie Mitte September bei einer Veranstaltung des „Neuen Schmalkaldischen Bund“ und später bei „Querdenken“ in Erfurt: „[...] nur wir, als das deutsche Volks selbst, sind in der Lage, uns aus diesem Schlamassel, in dem wir uns befinden, zu befreien. Und deswegen frage ich nicht danach, wer neben mir im Schützengraben liegt und schießt [...]. Es ist relevant, dass wir gemeinsam im Schützengraben in die gleiche Richtung schießen [...].“ Diese Ausführungen stehen stellvertretend für die Szene der Pandemie-Leugner\*innen: Es gab und gibt keine Distanz zu antidemokratischen Ideologien und Gruppierungen.

---

**Im Verlauf des Protestgeschehens trat der Antisemitismus immer deutlicher zu tage.**

---

Nicht nur die Rhetorik verschärfte sich, auch die Aktionsformen wurden radikaler. Nach dem Vorbild der Reichsbürger\*innen-Szene wurden beispielsweise Gesundheitsämter, Schulen oder Politiker\*innen mit Schriftstücken konfrontiert, mitunter auf Grundlage bundesweit kursierender Vorlagen. In ganz Deutschland agierende Organisationen wie „Freiheitsboten“ oder „Eltern stehen auf“ stellten Material zur Verfügung, damit lokale Gruppen – auch in Thüringen – in ihren Wohnorten Propagandamaterial verteilen konnten. Diejenigen, welche die Hygiene-Maßnahmen verteidigten, gerieten ins Visier der Pandemie-Leugner\*innen. Die privaten Daten eines Ilmenauer Schulleiters

wurden veröffentlicht, woraufhin er Morddrohungen erhielt (Haak 2020). Es folgten weitere Drohungen gegen Politiker\*innen und Journalist\*innen (Fromm/Ulrich 2021), die auch in den öffentlichen „Querdenken“-Kanälen bei Telegram verbreitet wurden.

## Die bundesweite Vernetzung gegen „das System“

Thüringen war ein Ort bundesweiter Vernetzung der Pandemie-Leugner\*innen-Gruppen: Der bekannte HNO-Arzt Bodo Schiffmann aus Baden-Württemberg stoppte bei seiner bundesweiten Bustour Mitte Oktober in Eisenach und November in Suhl. Michael Ballweg, Gründer der Stuttgarter Initiative „Querdenken 0711“ und Führungsfigur von „Querdenken“, sprach am 03.10.2020 in Erfurt und reiste Mitte November zu einem bundesweiten Strategietreffen zwischen der „Querdenken“-Initiative und der Reichsbürger\*innen-Szene nach Saalfeld (Berg 2020). Hier traf er u. a. auf den bekannten Reichsbürger Peter Fitzek aus Sachsen-Anhalt, um gemeinsame Strategien zu erörtern (Bergholz 2021). Thüringer Gruppen nahmen auch an bundesweiten Großdemonstrationen in Berlin und Leipzig teil. Am 29.08.2020 filmte sich u. a. ein Mitglied der extrem rechten Gruppe „Patriotischer Widerstand Deutschland – Sachsen/Thüringen“ vor der Treppe des Reichstagsgebäudes, nachdem in den sozialen Medien bundesweit zu dessen „Sturm“ mobilisiert wurde. Der Thüringer NPD-Kader Patrick David Wieschke aus Eisenach, der an zahlreichen lokalen und überregionalen Demonstrationen teilnahm, rief im Vorfeld der großen Querdenken-Demonstration im August 2020 in Berlin in einem Post zur Revolution auf: „DAS SYSTEM MUSS KIPPEN! BERLIN – WIR KOMMEN! [...] Für die Revolution auf nach Berlin.“

Die Erfurter „Querdenken 361“-Gruppe beteiligte sich mit einem eigenen gestalteten LKW an der Demonstration. Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgten die Schilder der „Patrioten Ostthüringen“ und des Thüringer AfD-Kreisverbandes Saale-Orla mit Fotos von u. a. Politiker\*innen und Journalist\*innen in Sträflingskleidung. Auch der Landeschef der Thüringer

---

**Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgten die Schilder der „Patrioten Ostthüringen“ und der Thüringer AfD mit Fotos von u. a. Politiker\*innen und Journalist\*innen in Sträflingskleidung.**

---

AfD, Björn Höcke, war in Berlin vor Ort. In einem von der extrem rechten Initiative „Ein Prozent“ verbreiteten Video skizzierte er seine Phantasien einer völkischen Erweckung, auf die er angesichts der Proteste wohl hoffte: „Ich bin heute hier in Berlin, weil ich das Gefühl habe, dass hier und heute in Berlin Geschichte geschrieben wird. [...] Und sie [die Protestierenden] erleben hier heute etwas, das die alten Kräfte in diesem Lande jahrelang und jahrzehntelang nicht zugelassen haben: Sie erleben Gemeinschaft, sie erleben ein Zusammengehörigkeitsgefühl, dass man uns Deutschen viele, viele Jahre jetzt vorenthalten hat. Und das ist das, wovon ich hoffe, dass es nachhaltig wirken wird.“

Wie schon die Neonazis Wieschke und Schröder versuchte Höcke den Protest der Pandemie-Leugner\*innen im Sinne der AfD zu instrumentalisieren und als grundsätzlichen Protest gegen „die alten Kräfte“ zu deuten. Nach dem Erfolg bei den Großdemonstrationen in Berlin nahmen Thüringer Gruppen am 7. November an der Demonstration in Leipzig teil. Eine der Führungsfiguren der

Gruppe „Querdenken361“ rief per Megaphon dazu auf, die polizeilichen Absperrungen zu durchbrechen. Daneben waren in Leipzig – wie schon in Berlin – auch wieder Neonazis aus Eisenach und Funktionäre der Thüringer AfD vor Ort.

## Die Pandemie als Herausforderung für zivilgesellschaftliches Engagement

Neben all den Herausforderungen, mit denen sich zivilgesellschaftliche Akteur\*innen im Zuge der Lockdown-Maßnahmen gesamtgesellschaftlich konfrontiert sahen, stieg der Handlungsdruck, aktiv auf Problemlagen hinzuweisen. So war mit den Infektionsschutzmaßnahmen auch das Grundrecht auf Asyl faktisch ausgesetzt. Gleichzeitig lag für den 1. Mai 2020 in Erfurt bereits seit längerem eine Anmeldung für eine Kundgebung der neonazistischen Kleinstpartei Der Dritte Weg mit bundesweiter Mobilisierung vor. Letztlich wurde die Veranstaltung der Neonazis abgesagt. Die Abwägung zwischen der Notwendigkeit demokratischen Protests auf der einen und dem Einhalten der Infektionsschutzmaßnahmen auf der anderen Seite stellte für die demokratische Zivilgesellschaft eine enorme Herausforderung dar. Eine der ersten Initiativen, die das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit einforderte, war die Initiative Seebrücke. Bereits am 21. April 2020 demonstrierten Aktivist\*innen in Jena unter dem Motto #LeaveNoOneBehind unter selbst auferlegten Infektionsschutzmaßnahmen, um auf die Situation Geflüchteter aufmerksam zu machen. Es folgten weitere Demonstrationen am 25. April 2020 in Erfurt und Weimar. Während die sogenannten Hygienedemos Anfang Mai trotz anfänglich niedriger Teilnehmerszahlen sehr präsent in der Berichterstattung auftauchten, fanden die Aktionen demokratischer Akteur\*innen, die tatsächlich für Demonstrationsfreiheit und die Einhaltung von Grundrechten stritten, wenig mediale Beachtung. Auch der polizeiliche Umgang mit Demonstrationen während des ersten Lockdowns war unterschiedlich: Während die Ordnungsbehörden bei den Protesten der Pandemie-Leugner\*innen von Beginn an auf eine Deeskalationsstrategie setzte, wurde zum Beispiel die Demonstration der Initiative Seebrücke am 21. April aufgelöst (DPA 2020).

---

**Der Lockdown stellt zivilgesellschaftliche Akteur\*innen vor enorme Herausforderungen.**

---

Mit den Lockerungen der Einschränkungen und dem flächendeckenden Auftreten der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen stellte sich spätestens ab Mai zunehmend die Frage der Einordnung dieser Proteste und wirksamer Gegenstrategien. Vor allem die anfängliche Heterogenität des Protests und die unklaren Hintergründe der Initiator\*innen erschwerten die Debatte zum Umgang damit. Nachdem im Laufe des Protestgeschehens deutlicher wurde, wie stark die Proteste von Anfang an durch antidemokratische Ideologien und Akteur\*innen geprägt waren, fanden vereinzelt Gegenproteste statt. Neben klassischen Gegendemonstrationen unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen wurden auch alternative und künstlerische Protestformen erprobt. Mehrere Thüringer Städte nahmen an der bundesweiten Aktion #SoGehtSolidarisch teil und bildeten Menschenketten um Solidarität mit denjenigen zu üben, die besonders von den Folgen der Pandemie betroffen sind. Mit einer Kunstinstallation in Form von Grabsteinen gedachte das Aktionsbündnis Zaurüttlär aus Arnstadt der Corona-Toten und blockierte gleichzeitig den Platz, den die Pandemieleugner\*innen

sonst für ihre nicht angemeldeten Kundgebungen in Arnstadt genutzt hätten. Durch verschiedene Formen von Öffentlichkeitsarbeit machten zivilgesellschaftliche Akteur\*innen auf die Radikalisierungstendenzen der Pandemieleugner\*innen-Szene aufmerksam. Diese zahlreichen Hinweise und die sich daraus ergebenden Gefahren wurden von den Ordnungs- und Sicherheitsbehörden lange unterschätzt. Beobachter\*innen der Proteste berichteten mehrfach davon, dass Ordnungsbehörden die bewussten Verstöße gegen Auflagen toleriert hätten (Carl 2020).

## Fazit

Die extreme Rechte in Deutschland war 2020 so aktiv wie lange nicht. Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, die im Kern nur der Vorwand für den Versuch einer antidemokratischen Revolte sind, haben bundesweit eine extrem rechte Mischszene in der Aktionseinheit auf der Straße zusammengebracht. Die Proteste dieses sehr heterogenen Spektrums aus Pandemie-Leugner\*innen hat seine Wurzeln im digitalen Raum, wo zahlreich Fakenews, faschistische Untergangserzählungen und Diktatur-Gleichsetzungen verbreitet werden. Dennoch ist dieser Protest nicht im digitalen Raum verblieben, sondern fand sehr früh seinen Weg auf die Straße. Im Herbst 2020 wurden diese dann durch die Querdenken-Bewegung zentralisiert und mit bundesweiten Kundgebungen in Berlin oder Leipzig zusammengefasst. Das teils inkonsequente Vorgehen der Behörden hat dabei auch ermutigende Effekte auf die Demonstrant\*innen gehabt. Die klassische Neonazi-Szene hat keine Führungsrolle bei den Protesten, versucht diese aber zu nutzen. Neben Neonazis finden sich Reichsbürger\*innen, Verschwörungsideolog\*innen, rechte Esoteriker\*innen in der Querdenken-Bewegung wieder. Bedeutender als die Straßenproteste scheint die v.a. digitale Verbreitung extrem rechter Ideologien in der Krise zu sein. Besonders Diktaturvergleiche und Antisemitismus sind weit verbreitet. Zugleich nimmt die gesellschaftliche Polarisierung zu: Die strategischen Diskussionen der Neuen Rechten fokussieren die Ausnutzung einer wirtschaftlichen Krise im Nachgang der Pandemie. Den darauf bezogenen Agitations- und Mobilisierungsversuchen sollte perspektivisch besondere Aufmerksamkeit gelten.

---

**Bedeutender als die Straßenproteste scheint allerdings die vor allem digitale Verbreitung extrem rechter Ideologien in der Krise zu sein.**

---

**Autor:innenteam MOBIT:** MOBIT, Mobile Beratung in Thüringen: Für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, berät und unterstützt seit 2001 alle, die sich in Thüringen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für demokratische Werte engagieren wollen.

**Beratungsteam MOBIT:** Schillerstraße 44 • 99096 Erfurt  
mail@mobit.org • 0361 21 92 694 • www.mobit.org

## Literatur

- Balzer, Erika (2020): Neue Verschwörungserzählung: „The Great Reset“ – Angst vor digitaler Gesundheitsdiktatur. Online: <https://www.belltower.news/neue-verschwoerungserzaehlung-the-great-reset-angst-vor-digitaler-gesundheitsdiktatur-108059/> [20.03.2020].
- Berg, Guido (2020): Wie „König Peter I.“ Querdenken-Vertreter in Saalfeld trifft. Online: <https://www.otz.de/regionen/saalfeld/koenig-peter-i-peter-fitzek-traf-querdenken-vertreter-michael-ballweg-in-saalfeld-id230927214.html> [20.12.2020].
- Bergholz, Andreas (2021): „Querdenken“-Chef Ballweg: Nach Reichsbürger-Treffen jetzt Konto bei Reichsbürgerbank. Online: <https://www.volksverpetzer.de/aufklarer/querdenken-ballweg-reichsbuerger/> [29.03.2021].
- Carl, Casjen (2020): Vorwurf: Kein Einschreiten in Erfurt bei Verstoß gegen die Corona-Regeln. Online: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/vorwurf-kein-einschreiten-bei-verstoss-gegen-corona-regeln-id230883854.html> [29.03.2021].
- DPA-Meldung (2020): Anti-Corona-Bestimmungen: Polizei löst Demonstration auf. Online: <https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-jena-anti-corona-bestimmungen-polizei-loest-demonstration-auf-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200422-99-797250> [29.03.2020].
- Fromm, Anne/Ulrich, Sarah (2021): Unter Druck. Pressefreiheit in Gefahr. Online: <https://taz.de/Pressefreiheit-in-Gefahr/!5758599/> [29.03.2021].
- Haak, Sebastian (2020): Geht gar nicht: Corona-Leugner bedrohen Schulleiter. Online: <https://www.insuedthue-ringen.de/inhalt.thueringen-geht-gar-nicht-corona-leugner-bedrohen-schulleiter.a764050c-628d-4c9e-8c2d-65d6d4127232.html> [20.12.2020].
- Kellermann, Eike (2020): „Die Maske muss weg“. In: Freies Wort Thüringen vom 02. Juni 2020.
- Meißner, Matthias/Starzmann, Paul (2020): Thüringens FDP-Chef Kemmerich teilt sich Bühne mit Corona-Leugnern in Gera. Online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/unterstuetzt-von-stadtbekanntem-rechtsradikalen-thueringens-fdp-chef-kemmerich-teilt-sich-buehne-mit-corona-leugnern-in-gera/25816246.html> [20.12.2020].
- Rafael, Simone (2020): Interview zum Buch „Digitaler Faschismus“ „Wer fällt auf die Inszenierung herein?“. Online: <https://www.belltower.news/interview-zum-buch-digitaler-faschismus-wer-faellt-auf-die-inszenierung-herin-105349/> [20.12.2020].
- Virchow, Fabian/Häusler, Alexander (2020): Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen. Online: [https://www.bicc.de/uploads/tx\\_bicctools/CoRE\\_Kurzgutachten3\\_2020.pdf](https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE_Kurzgutachten3_2020.pdf) [29.03.2021].
- Weiß, Volker (2020): Wenn Rechte für die ‚Freiheit‘ kämpfen. Corona-Politik der AfD. Online: <https://www.zeit.de/2020/48/corona-politik-afd-rechtspopulismus-querdenken-positionierung> [20.12.2020].

**„DER ERFURTER  
STADTTEIL HERRENBERG  
STEHT EXEMPLARISCH  
FÜR EIN ERSTARKEN  
RECHTSEXTREMER  
KRÄFTE IN THÜRINGEN –  
ERMÖGLICHT DURCH  
EINE STRATEGISCHE  
FLEXIBILITÄT DER SZENE  
UND SICH LANGFRISTIG  
ENTWICKELNDE SITUATIVE  
UND STANDORTBEZOGENE  
FAKTOREN.“**



FRANZISKA SCHMIDTKE & LUKAS BENEDIKT HOFFMANN

# „Ich traue mich nicht mehr auf die Straße“ – Neonazistischer Alltag im Erfurter Herrenberg und seine Bekämpfung

Franziska Schmidtke (Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen) & Lukas Benedikt Hoffmann (Universität von Amsterdam)

---

Der Ortsteil Herrenberg im Erfurter Südosten ist ein Beispiel für neonazistische Geländegewinne. Seit Anfang der 2010er-Jahre verfügen Rechtsextremist\*innen über Räumlichkeiten und Immobilien, die sie als Treffpunkt und Veranstaltungsort nutzen (Best et al. 2017: 53f.). Im Laufe der Jahre haben sich Agitationsformen, Strukturen und Vorgehen immer wieder den veränderten Bedingungen angepasst. In den letzten Jahren regte sich aber zunehmend Widerstand gegen diesen Zustand. Zivilgesellschaftliche und staatliche Interventionsformen führten nach jahrelangen Auseinandersetzungen nun zur Schließung der rechtsextremen Agitationsräume.

---

## Empfohlene Zitierung:

Schmidtke, Franziska/Hoffmann, Lukas Benedikt (2021): „Ich traue mich nicht mehr auf die Straße“ – Neonazistischer Alltag im Erfurter Herrenberg und seine Bekämpfung. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 98–107.

## Schlagwörter:

***Rechtsextremismus, neonazistische Geländegewinne, Zivilgesellschaft, Intervention, aktive Stadtteilarbeit***

## Einleitung

Im Erfurter Stadtteil Herrenberg verdeutlichen sich rechtsextreme Strategiemuster und eine Normalisierung der rechtsextremen „Erlebniswelt“. Neben klassischen Parteiveranstaltungen sprechen Freizeit- und Sportangebote seit Jahren junge Menschen an und führen sie an die Strukturen und die Gedankenwelt der Rechtsextremen heran. Die Normalisierung der neonazistischen Akteure ist damit weit vorangeschritten, der Stadtteil „Angstzone“ für mögliche Opfer rechter Gewalt (Quent 2013). Ermöglicht wurde diese Entwicklung *auch* durch eine mangelhafte soziale Infrastruktur und wenig Widerspruch. Seit einigen Jahren allerdings sind zivilgesellschaftlicher Widerspruch und staatliche Reaktionen deutlicher zu hören und kulminieren nunmehr im Entzug zweier Agitationsräume. Vor diesem Grund rekapituliert der Artikel rechtsextreme Geländegewinne und die damit einhergehenden Transformationsprozesse in der Szene. Im zweiten Teil fokussiert der Artikel sodann die demokratischen Gegenbewegungen und zeigt auf, wie eine aktive Stadteilarbeit und der Entzug der Immobilien zur aktuellen Situation führen. Am Schluss steht eine kritische Bilanz, die davor warnt, nun die Geschehnisse im Stadtteil wieder aus den Augen zu verlieren.

---

**Seit einigen Jahren sind im Erfurter Stadtteil Herrenberg zivilgesellschaftlicher Widerspruch und staatliche Reaktionen deutlicher zu hören und kulminieren im Entzug zweier Agitationsräume.**

---

## Rechtsextremismus im Erfurter Herrenberg seit 1990

Probleme mit Rechtsextremismus am Herrenberg sind über die Stadtgrenzen Erfurts hinaus bekannt (siehe u. a. UNGLEICH magazin 2019). Der Stadtteil steht exemplarisch für ein Erstarken rechtsextremer Kräfte in Thüringen, ermöglicht durch strategische Flexibilität der Szene und sich langfristig entwickelnde situative und standortbezogene Faktoren. Bis Ende der 1980er-Jahre war der Herrenberg mit seinen Neubauten ein beliebtes und belebtes Stadtviertel mit diversen Angeboten, von Geschäften über Freizeitgestaltung bis hin zu einem regen gesellschaftlichen Miteinander. In den 1990er- und 2000er-Jahren zogen jedoch viele Anwohner\*innen fort, mit den Jahren verschwanden die Freizeitangebote und das gesellschaftliche Miteinander kam zum Erliegen. Solche Abwertungen von Stadtteilen in den Jahrzehnten nach der Wende bereiten den Nährboden für das Erstarken der rechtsextremen Szene an verschiedenen Standorten. Der Herrenberg entwickelte sich schließlich Ende der 2000er-Jahre durch die Kneipe „Kammwegklause“ zu einem wichtigen Standort für die rechtsextreme Szene. In den Räumlichkeiten fanden Konzerte mit Neonazibands statt, sie wurden zudem als NPD-Bürgerbüro und Bekleidungsgeschäft der Szene genutzt. 2015 mieteten sich die Akteure mit dem neu gegründeten Verein „Volksgemeinschaft Erfurt“ (später als „Neue Stärke“) in einer ehemaligen Kaufhalle ein, die im Laufe der Jahre auch von der rechtsextremen Kleinstpartei Der III. Weg genutzt wurde.

Während Ende der 2000er-Jahre klassische rechtsextreme Strategien wie Parteiaktivitäten, Demonstrationen und Konzerte zentral waren, vollzog die Szene in den folgenden Jahren einen

Strategiewechsel. So verstärkte man die Ansiedlung einflussreicher Neonazikader (Klein 2020), was sich im Fall des Erfurter Herrenbergs u. a. in der Präsenz der Rechtsextremen Enrico Biczysko und Michel Fischer zeigte. Beide sind führende Personen der Vereine vor Ort, Biczysko ist bekannt durch seine wechselnde Aktivität in verschiedenen rechtsextremen Parteien und sein Mitte

der 2010er-Jahre für die NPD errungenes Stadtratsmandat (UNGLEICH magazin 2019; Mobit 2019). Darüber hinaus forcierte man eine Etablierung „sozialer“ Angebote, die bereits von der Enquete-Kommission Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierung in Thüringen (2017) beschrieben wurde. Dieses vermeintlich bürgerliche Auftreten ist besonders in Gegenden erfolgreich, in denen die rechtsextreme Szene auf geringe zivilgesellschaftliche Gegenwehr trifft (ebd.: 147). Auch die sogenannte „Volksgemeinschaft“ versuchte mit Angeboten wie Kraft- und Kampfsport, einer abendlichen Öffnung ihrer Immobilie für Bar- und Partybetrieb sowie Hausaufgabenbetreuung und Musikunterricht insbesondere Jugendliche und Kinder anzusprechen, über die schließlich ganze Familien erreicht wurden (Hessenauer 2020). Darüber hinaus bot der Verein kostenlos Unterstützung bei Amtsgängen und zuletzt Einkaufshilfen in der Corona-Pandemie sowie die einzige Bibliothek im Stadtteil an (ebd.). So wurden mit den Angeboten Menschen aller Altersklassen auch in der Mitte der Gesellschaft erreicht. Während sich einige Besucher\*innen des rechtsextremen Hintergrundes der Angebote nicht bewusst waren oder diesem gleichgültig gegenüberstanden, resultierte für viele (vor allem Jugendliche) ein sukzessiver Einstieg in die rechtsextreme Szene. Diese pflegte nach innen ein starkes soziales Miteinander und schürte nach außen ein Klima der Angst. So wurden Außenstehende unter Druck gesetzt und soziale Alternativangebote, wie das Stadtteilzentrum, Opfer rechtsextremer Angriffe, die bis hin zum Einsatz von Reizgas gegenüber Schulsozialarbeiter\*innen reichten (Hessenauer 2020).

---

**Während Ende der 2000er-Jahre klassische rechtsextreme Strategien wie Parteiaktivitäten, Demonstrationen und Konzerte zentral waren, vollzog die Szene in den folgenden Jahren einen Strategiewechsel: Sie siedelte einflussreiche Neonazikader an und etablierte „soziale“ Angebote.**

---

Sozialstrukturelle Kennziffern wie die Arbeitslosenquote, die Quote der Empfänger\*innen von staatlichen Transferleistungen und die Armutsquote sind am Herrenberg gegenüber dem Stadtdurchschnitt erhöht (ebd.). Ein solches Sozialprofil steht häufig im Zusammenhang mit ausgeprägten rassistischen und rechtsextremen Ressentiments (Michelsen et al. 2017), es sollte jedoch nicht als Ursache rechtsextremer Strukturen fehlinterpretiert werden. Die Strukturschwäche des Herrenbergs ist vergleichbar mit anderen Randbezirken Thüringer Städte, die keine vergleichbaren rechtsextremen Strukturen aufweisen. Daher scheinen andere Standortfaktoren entscheidender. Hier ist einerseits eine Stigmatisierung des Herrenbergs und eine Vernachlässigung durch politische Akteur\*innen zentral, verbunden mit hoher Politikverdrossenheit und geringer Wahlbeteiligung. Andererseits haben der Abbau sozialer Infrastruktur und das mangelnde gesellschaftliche Miteinander Angebotslücken entstehen lassen, die Rechtsextremist\*innen besetzen konnten (Michelsen et al. 2017: 135ff.). So konnte sich die Szene als „sozialer Kümmerer“ (Hessenauer 2020) inszenieren und über Jahre eine Normalisierung von Rechtsextremismus im Stadtteil fördern (Quent 2013: 59ff.). Gerade in den 1990er- und 2000er-Jahren wurde es versäumt, dem entgegenzutreten und

durch Alternativangebote ein gesellschaftliches Miteinander wieder zu stärken. Wie der Vergleich mit anderen Wohnquartiere mit erhöhten sozialen Problemlagen deutlich zeigt, kann eben dies entscheidend für den Erfolg in der Stadtteilarbeit gegen rechts sein (ebd.). Die Normalisierung der Szene macht es zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen bedeutend schwerer, ihre sozialen Angebote erfolgreich umzusetzen und mit ihnen die Menschen aus dem Einflussbereich der extremen Rechten zurückzuholen.

## Reaktionsweisen

„Vor ein paar Jahren fing das an, da zogen immer mehr so in die Gegend. Das hat man schon gemerkt, da haben wir uns schon ein bisschen bedroht gefühlt, wenn so viele Nazis hier in der Gegend wohnen.“ (ARD 2020) Das Zitat einer Anwohnerin verdeutlicht die beklemmende Situation im Quartier. Es zeigt Angst und Einschüchterung, aber auch den Mut der Anwohnerin, öffentlich darüber zu sprechen. In der Tat haben sich in den letzten Jahren zivilgesellschaftliche und zunehmend staatliche Akteure aufgemacht, gegen die Normalisierung der rechtsextremen Szene im Erfurter Herrenberg anzugehen. Zwei zentrale Handlungsfelder, die die Auseinandersetzung am Herrenberg charakterisieren, beschreiben die folgenden Abschnitte.

### Aktive Stadtteilarbeit: Quartiersmanagement und Jugend- und Sozialarbeit

Normalisierungsgewinne rechtsextremer Strukturen gelingen vor allem dort, wo es an demokratischen Strukturen fehlt, wo sich staatliche Institutionen, Jugend- und Sozialarbeit sowie Kulturangebote zurückziehen und rechtsextreme Deutungsangebote unwidersprochen bleiben. Im Quartier ist soziale Infrastruktur durchaus vorhanden, allerdings nicht immer in ausreichendem Maße, in optimaler Qualität bzw. in einer für die Anwohner\*innen attraktiven Form. Soziale Träger sind mit Einrichtungen vor Ort und einige Vereine sind hier angesiedelt. Auffällig ist aber der schlechte bauliche Zustand der städtischen Einrichtungen (Entwicklungskonzept: 32ff.), der dazu führte, dass die Bibliothek 2012 geschlossen werden musste, und die fehlende Heterogenität der Angebote (Hessenau 2020).

---

**Normalisierungsgewinne rechtsextremer Strukturen gelingen vor allem dort, wo es an demokratischen Strukturen fehlt, wo sich staatliche Institutionen, Jugend- und Sozialarbeit sowie Kulturangebote zurückziehen und rechtsextreme Deutungsangebote unwidersprochen bleiben.**

---

Diese strukturellen Problemlagen sowie die seit vielen Jahren bekannten Auseinandersetzungen mit organisierten Rechtsextremist\*innen im Stadtteil führten zu einigen kurz- und langfristigen Veränderungen in der Stadtteilarbeit. 2013 entschied der Erfurter Stadtrat, ein gemeinwesenorientiertes Stadtteilzentrum am Herrenberg zu etablieren. Im daraufhin folgenden Interessenbekundungsverfahren erhielt Plattform e.V. den Zuschlag und etablierte Mitte 2014 das Stadtteilzentrum (STZ), das für Kinder, Jugendliche und Erwachsene Raum zur Entfaltung sozialer und kultureller Projekte bietet. Seit seiner Gründung hat sich das STZ als Anlaufstelle und sozialer Ort des Erfurter

Südosten etabliert. Die Sachberichte der Einrichtung weisen jährlich wachsende Besucher\*innenzahlen aus und zeigen, dass das Zentrum bereits früh zu einer Anlaufstelle für von rechtsextremen Aktivitäten eingeschüchterte Bürger\*innen wurde (Plattform e.V. 2015: 16f.).

---

**Strukturelle Problemlagen und die seit vielen Jahren bekannten Auseinandersetzungen mit organisierten Rechtsextremist\*innen im Stadtteil führten zu kurz- und langfristigen Veränderungen in der Stadtteilarbeit.**

---

Als weitere Maßnahme beantragte die Stadt Erfurt 2015 die Aufnahme ins Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Nach erfolgreicher Beantragung stehen dem Erfurter Südosten Fördermittel zur Verfügung. Auch das Quartiersmanagement in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt (AWO) wird seitdem durch das Programm unterstützt. Einen weiteren Part der aktiven Stadtteilarbeit nimmt seit vielen Jahren die Stadtteilkonferenz ein, ein Netzwerk professioneller Akteur\*innen, die „sich gemeinsam für das Wohl und die Weiterentwicklung des Erfurter Südostens einsetzen“. Das Netzwerk engagiert sich zunächst allgemein für die Weiterentwicklung des Quartiers, zugleich zeigt die Mitwirkung von Akteuren wie ezra, der mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, dass hier auch eine Problembehandlung stattfindet. Die Konferenz setzt zudem Arbeitsgemeinschaften für Themen ein, die eine dauerhafte Bearbeitung bedürfen – so die AG „Werte und Haltung“, die eine rassismuskritische Entwicklung des Stadtteils in den Blick nimmt.

Hier zeigt sich eine Problemauseinandersetzung, die langfristig, lokal und unter Inanspruchnahme von externen Expert\*innen stattfindet. Damit wird ein weiterhin nicht uneingeschränkt, aber sich dennoch positiv entwickelndes Gesamtbild deutlich: Die soziale Infrastruktur hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Es ist gelungen, soziale Angebote für Bewohner\*innen des Stadtviertels zu verbessern. STZ, Quartiersmanagement und Stadtteilkonferenz sind Akteure vor Ort, die explizit für eine demokratische, rassismuskritische Entwicklung eintreten. Damit haben sich Netzwerke und sichtbare Akteure etabliert, die für eine demokratische Entwicklung des Stadtteils eintreten und diese gegenüber lokalen und regionalen politischen Eliten einfordern.

### **Interventionen gegen rechtsextreme Immobiliennutzung**

Der Zugriff auf Räume und Immobilien ist für die rechtsextreme Szene nach wie vor von nicht zu unterschätzender Bedeutung (Best et al. 2017). Dementsprechend gibt es bundesweit zahlreiche Erfahrungen, wie rechtsextreme Raumnutzung verhindert werden kann (siehe etwa Koch 2009). Gerade staatlichen Strukturen kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Für Thüringen attestiert MOBIT, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, zwar ein deutlicheres Vorgehen der Behörden in den letzten Jahren, wenngleich das Engagement nicht in allen Fällen von gleicher Intensität sei (Fieber 2020). Erschwerend für die Arbeit der Behörden sind irreführende Ankündigungen von Rechtsextremist\*innen und der gerade bei privatrechtlichen Immobiliengeschäften beschränkte Handlungsspielraum. Das Thüringer Innenministerium hat vor diesem Hintergrund eine Broschüre herausgegeben, die kommunale Entscheidungsträger\*innen beim Umgang mit rechtsextremen Aktivitäten unterstützen soll (Thüringer Innenministerium 2018). Auch die Förderung von Mobit und anderen Strukturen kann als Teil einer staatlichen Strategie verstanden werden, die präventive,

intervenierende und repressive Anteile miteinander verbindet. Dennoch bleibt der Umgang mit rechtsextremen Immobilien eine überregionale Herausforderung, die durch den Austausch von Erfahrungen und die Kommunikation von guter Praxis verbessert werden kann. In diesem Sinne soll nachfolgend die mehrjährige Auseinandersetzung am Erfurter Herrenberg skizziert werden.

---

**Der Umgang mit rechtsextremen Immobilien bleibt eine überregionale Herausforderung, die durch den Austausch von Erfahrungen und die Kommunikation von guter Praxis verbessert werden kann.**

---

### **Fall 1: Die Kammwegklause**

Seit Anfang der 2010er-Jahre organisierten Antifaschist\*innen und Bürgerinitiativen Proteste vor der rechtsextrem genutzten Kammwegklause. Sie wiesen öffentlich auf die regelmäßig stattfindenden Konzerte und Veranstaltungen hin und trugen zu einem wachsenden Problembewusstsein bei. Zugleich gab es verschiedentliche Bemühungen, die rechtsextreme Nutzung der Kammwegklause dauerhaft zu beenden. So forderte die Antifaschistische Koordination Erfurt den Vermieter des Gebäudes auf, den Mieter\*innen zu kündigen. Die Forderung verhallte. Zwar zeigte sich der Vermieter gesprächsbereit, wollte aber ohne eine Nachmietung des Gebäudes keine Kündigung aussprechen (Thüringische Landeszeitung 2014). Ein Jahr später verhandelte die Stadt Erfurt mit dem Immobilienbesitzer über einen Gebäudetausch (Thüringer Allgemeine 2015). Die Auseinandersetzung sprach aber weniger für die demokratische Verantwortung des Vermieters, sondern mehr für die Priorisierung seiner ökonomischen Interessen. Erst im Herbst 2020 kam es zu einer Lösung: Die Stadt Erfurt gab bekannt, dass die Räumlichkeit nunmehr als Ort der Jugend- und Sozialarbeit genutzt werden soll (Stadt Erfurt 2020). Mittlerweile hat die TAG, eine örtliche Wohnungsgenossenschaft, die Immobilie übernommen und einen langfristigen Mietvertrag mit der Stadt vereinbart.

### **Fall 2: Nutzung der ehemaligen Kaufhalle**

Auch im Fall der ehemaligen Kaufhalle ist die rechtsextreme Nutzung bereits seit Jahren dokumentiert. Berichte über Bedrohungen und Übergriffe im Umfeld der Immobilie wurden immer wieder öffentlich (InSuedthuringen.de 2020). Zuletzt wurden im August 2020 drei Männer direkt vor der Immobilie brutal angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Um die Raumnutzung durch die „Neue Stärke Erfurt“ zu beenden, appellierten, ähnlich wie im Fall der Kammwegklause, immer wieder verschiedene Akteur\*innen an die Immobilienfirma, die das Gebäude besitzt. 2020 wollte sich die Firma schließlich von ihren rechtsextremen Mieter\*innen trennen und den geschlossenen Zeitmietvertrag beenden. Dafür musste sie zunächst einen Rechtsstreit für sich entscheiden (MDR 2020a). Zur vorgesehenen Räumung im Herbst kam es nicht; die Immobilienfirma räumte den Mieter\*innen eine Übergangsfrist ein (Thüringer Allgemeine 2020). Nach diesem Entgegenkommen wurde die Erfurter Zivilgesellschaft erneut aktiv. Das Bündnis „Auf die Plätze“ wandte sich mit einem offenen Brief an die Vermieter\*innen. Schließlich endete die Präsenz des „Neue Stärke Erfurt“ e.V. im Dezember 2020 kurz vor der Zwangsräumung. Nach Aussagen des Ortsteilbürgermeisters Hans-Jürgen Czentarra stehe der Verkauf der Immobilie unmittelbar bevor, für die künftige Nutzung sei ein Betreiber von Pflegeeinrichtungen interessiert (Thüringer Allgemeine 2020). Thüringens Innenminister

Georg Maier und Erfurts Bürgermeister Andreas Bausewein kündigten bei ihrem Besuch im Stadtteil die Gründung eines Demokratienetzwerks an (MDR 2020b). Bis Ende des Jahres 2020 wurden dazu jedoch keine weiteren Informationen öffentlich.

Damit ist auch die zweite Immobilie im Stadtteil Herrenberg der Nutzung durch Rechtsextremist\*innen entzogen. Wie die Schilderungen verdeutlichen, waren in beiden Fällen jahrelange Verhandlungen und vor allem Druck der Zivilgesellschaft notwendig, um die Situation schließlich zu verändern. Zum Teil schalteten sich Kommunalpolitiker\*innen wie der Ortsteilbürgermeister in die Verhandlungen ein. Auch die Stadt Erfurt beteiligte sich an der Suche nach neuen Mieter\*innen. Dennoch äußerten sich Akteur\*innen des Stadtteils immer wieder enttäuscht bezüglich der Unterstützungsleistung aus der Lokal- und Landespolitik. Ein Vertreter von Mobit wies etwa darauf hin, dass erst öffentlichkeitswirksame Vorfälle 2017 kommunalpolitische Aufmerksamkeit auf sich zogen und zu gezielten Maßnahmen führten (UNGLEICH magazin 2019).

## Fazit: aktuelle Herausforderungen und Lernprozesse

Die Situation am Erfurter Herrenberg beschreibt die langfristige Entwicklung eines Stadtteils mit rechts-extremen Raumgewinnen. Den Boden dafür bereitete u. a. die mangelhafte soziale Infrastruktur und städtische Jugend- und Sozialarbeit sowie eine noch relativ schwache Zivilgesellschaft. Das Auftreten der Rechtsextremist\*innen zeigte sich exemplarisch für eine in ihrer Strategie flexibler werdenden Szene, die sich verstärkt durch soziale Angebote in einem bürgerlichen Milieu zu profilieren versuchte. Ab den 2010er-Jahren sind vermehrte Bemühungen der Auseinandersetzung und Intervention dokumentiert. Sie verdeutlichen ein spannungsreiches und langwieriges Zusammenwirken zivilgesellschaftlicher und staatlicher Maßnahmen. Ende 2020 ist die viele Jahre andauernde Präsenz rechtsextremer Strukturen am Erfurter Herrenberg zunächst beendet. Damit schwindet die Bedeutung der Szene im Quartier. Gleichwohl darf nicht davon ausgegangen werden, dass die jahrelange Aktivität folgenlos bleibt. Vor allem dürfen die Wunden bei Anwohner\*innen und Betroffenen nicht aus dem Fokus geraten, die unter jahrelanger Einschüchterung gelebt haben und für die die Bedrohung nicht allein durch die Immobiliennutzung beendet sein dürfte. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Situation weiterhin dauerhaft im Auge zu behalten und nachhaltige Präventions- und Interventionsstrukturen zu verankern. Die aktivere Stadtteilpolitik der letzten Jahre ist ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Unterstützungsleistungen und vor allem eine kontinuierliche Umsetzung von angekündigten Maßnahmen müssen folgen. Nur so kann der Erfurter Herrenberg nicht nur als ein deutschlandweites Beispiel für die Normalisierungsgewinne von agilen Rechtsextremist\*innen gelten, sondern auch als ein Beispiel für die Rückeroberung des Sozialraums für die Demokratie.

---

**Es gilt, den Stadtteil Herrenberg dauerhaft im Auge zu behalten und nachhaltige Präventions- und Interventionsstrukturen zu verankern. Die aktivere Stadtteilpolitik der letzten Jahre ist ein Schritt in die richtige Richtung.**

---

**Franziska Schmidtke**, Dr. phil, ist Politikwissenschaftlerin und leitet das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Thüringen. Zuvor war sie am KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der FSU Jena als Geschäftsführerin tätig. Sie hat vor allem zu staatlichen Präventions- und Interventionsstrategien gegen Rechtsextremismus gearbeitet.

**Lukas Benedikt Hoffmann** ist Student der Kommunikationsforschung an der Universität von Amsterdam. Dort beschäftigt er sich mit sozialem Kapital und gesellschaftlicher Solidarität. Er hat in Erfurt Kommunikationswissenschaft studiert und veröffentlichte im Rahmen seiner Abschlussarbeit das Werk „Medialer Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu sozialer Kohäsion in Thüringen“. Zudem ist er Mitgründer des Erfurter UNGLEICH magazins.

## Literatur

- ARD (2020): Erfurt-Herrenberg: Kampf gegen Rechtsextremismus. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=Ce-kehekY64> [30.12.2020].
- Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Schmidtke, Franziska/Vogel, Lars/Busch, Rahel/Miehke, Marius (2017): Topografie und regionalisierte Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen. Projektbericht. KomRex: Jena. Online: [https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/projektbericht\\_topografie\\_dez2017.pdf](https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/projektbericht_topografie_dez2017.pdf) [23.02.2021].
- Fieber, Marco (2020): „Wie Thüringen gegen Immobilienkäufe durch Rechtsextremisten ankämpft“. Online: <https://web.de/magazine/politik/thueringen-immobilienkaeufe-rechtsextremismus-neonazis-34847106> [30.12.2020].
- Hessenauer, Jonas (2020): Ich traue mich nicht mehr auf die Straße – Über den Umgang mit rechtsextremen Akteuren am Herrenberg. (Vortrag, Erfurt, 15.09.2020).
- InSuedthueringen.de (2020): Maier zu Erfurt: „Wir haben im Blick, was hier passiert“. Online: <https://www.insuedthueringen.de/inhalt.thueringen-rechtsextremismus-in-erfurt-bausewein-weist-vorwuerfe-zu-rueck.02d9d69b-fbf4-4736-ac63-cd2ed2c3d6df.html>. [30.12.2020].
- Koch, Reinhard (2009): Der Umgang mit rechtsextremen Immobiliengeschäften. In: Molthagen, D./Korgel L. [Hrsg.]: Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Friedrich Ebert Stiftung: Berlin.
- MDR (2020a): Urteil rechtskräftig: Neonazi-Verein muss Immobilie am Herrenberg räumen. Online: <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/rechtsextremer-verein-muss-immobilie-am-herrenberg-in-erfurt-raeu-men-100.html> [30.12.2020].
- MDR (2020b): Nach Angriff am Herrenberg: Debatte um Rechtsextremismus in Erfurt. Online: <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/herrenberg-rechtsextremismus-100.html> [30.12.2020].
- Michelsen, Danny/Przybilla-Voß, Marika/Lühmann, Michael (2017): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren. Göttinger Institut für Demokratieforschung: Göttingen. Online: [https://www.jung-im-bistum-magdeburg.de/media/modelfield\\_files/dokumente/dokument/datei/5.1.\\_studie-rechtsextremismus-in-ostdeutschland-kurzfassung\\_offiziell.pdf](https://www.jung-im-bistum-magdeburg.de/media/modelfield_files/dokumente/dokument/datei/5.1._studie-rechtsextremismus-in-ostdeutschland-kurzfassung_offiziell.pdf) [30.12.2020].
- Mobit (2019): Dokumentation der extrem rechten Aktionen rund um die Immobilie am Erfurter Herrenberg: Erfurt. Online: <https://mobit.org/dokumentation-extrem-rechte-aktionen-erfurt-herrenberg/> [04.04.2021].

- Neues Deutschland (2020): Nazis siedeln vom Westen in den Osten. Rechtsextreme Initiative wirbt Kader für neue Bundesländer an – Dortmunder Nazis sind bereits in Chemnitz. Online: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1145926.chemnitz-nazis-siedeln-vom-westen-in-den-osten.html> [30.12.2020].
- Plattform e. V. (2015): STZ – Stadtteilzentrum am Herrenberg. Ergebnisbericht und Entwicklungskonzept für die Umsetzung eines gemeinwesenorientierten Stadtteilzentrums am Herrenberg. Erfurt.
- Quent, Matthias (2013): Zwischen Symbolwirkung und alltäglichen Raumpkämpfen: manifester Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliche Gegenbewegung in Erfurt: Situations- und Ressourcenanalyse für die Thüringer Landeshauptstadt. Online: [https://denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2015/12/Druckversion-Situations\\_-und-Ressourcenanalyse-f%C3%BCr-die-Th%C3%BCringer-Landeshauptstadt-Stand-20\\_11\\_2013.pdf](https://denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2015/12/Druckversion-Situations_-und-Ressourcenanalyse-f%C3%BCr-die-Th%C3%BCringer-Landeshauptstadt-Stand-20_11_2013.pdf) [30.12.2020].
- Stadt Erfurt (2020): Pressemitteilung „Engagement in der Tungerstraße – Jugendhaus und Streetwork zieht ein.“ Online: <https://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/pm/2020/136527.html> [30.12.2020].
- Thüringer Allgemeine (2015): Eigentümer der Kammwegklausen will Objekt loswerden. Online: <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermischtes/eigentuemer-der-kammwegklausen-will-objekt-loswerden-id221229757.html> [30.12.2020].
- Thüringer Allgemeine (2020a): „Mut und Bereitschaft haben mich beeindruckt“. Bundesjustizministerin Christine Lambrecht besucht Erfurter Herrenberg und das THW. Online: <https://www.pressreader.com/germany/thueringer-allgemeine-erfurt/20201014/282020444767698> [30.12.2020].
- Thüringer Allgemeine (2020b): Vor Zwangsräumung: Rechtsradikale verlassen ehemaliges Einkaufszentrum „Großer Herrenberg“ in Erfurt. Online: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/rechtsradikale-verlassen-ex-einkaufszentrum-in-erfurt-id231146510.html> [30.12.2020].
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2018): Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger zum Umgang mit Rechtsextremisten. Online: [https://www.thueringen.de/mam/th3/tim/2018/handlungsleitfaden\\_interaktiv\\_2018.pdf](https://www.thueringen.de/mam/th3/tim/2018/handlungsleitfaden_interaktiv_2018.pdf) [30.12.2020].
- Thüringische Landeszeitung (2014): Besitzer des Erfurter Neonazi-Treffs Kammwegklausen in der Klemme. Online: <https://www.tlz.de/politik/besitzer-des-erfurter-neonazi-treffs-kammwegklausen-in-der-klemme-id219863531.html> [30.12.2020].
- UNGLEICH magazin (2019): Herrenberg. Online: <https://www.ungleich-magazin.de/tag/herrenberg/> [30.12.2020].

**„VULNERABLE GRUPPEN  
SIND VON DEN  
AUSWIRKUNGEN DER  
COVID-19-PANDEMIE  
BESONDERS BETROFFEN.  
SIE BERICHTETEN VON  
ANTI-ASIATISCHEM  
RASSISMUS UND  
EINER ZUNAHME  
VON ATTACKEN UND  
ANGRIFFEN.“**



HERESA LAUSS & FRANZISKA SCHESTAK-HAASE

# Rassismus und sekundäre Viktimisierung in der COVID-19-Pandemie – besondere Herausforderungen im Arbeitsfeld der spezialisierten Opferberatung

Theresa Lauß & Franziska Schestak-Haase (ezra)

---

Der vorliegende Beitrag betrachtet die besonderen Herausforderungen im Arbeitsfeld der fachspezifischen Opferberatung unter Einfluss der COVID-19-Pandemie in Thüringen und versucht, aktuelle demokratiegefährdende Tendenzen sichtbar zu machen. Im Konkreten wird eine zunehmende Normalisierung von Rassismus und Antisemitismus anhand von Ereignissen im Jahr 2020 aus Betroffenenperspektive nachgezeichnet, die einer Eskalation in Form von rechter Gewalt vorausgeht. Dargestellt werden des Weiteren Herausforderungen in den Bewältigungsstrategien Betroffener sowie Hindernisse, die durch pandemiebedingte Maßnahmen verursacht wurden. Über die neue Intensität spezifischer Anfeindungen im Zusammenhang mit COVID-19 berichtet Sinbi, deren Erfahrungen erstmals in der Jenaer Hochschulzeitung Akrützel zu lesen waren (Gruhne 2020). Der Beitrag schließt mit einer kritischen Betrachtung von Formen sekundärer Viktimisierung durch die Arbeit von Thüringer Ermittlungsbehörden und Justiz im Rahmen der Pandemie.

---

## Empfohlene Zitierung:

Lauß, Theresa/Schestak-Haase, Franziska (2021): Rassismus und sekundäre Viktimisierung in der COVID19-Pandemie – besondere Herausforderungen im Arbeitsfeld der spezialisierten Opferberatung. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 108–119.

## Schlagwörter:

*Opferberatung, Betroffenenperspektive, Beratungsstellen, Rassismus, sekundäre Viktimisierung*

## Normalisierung und Eskalation von Rassismus und Antisemitismus – Ungleichwertigkeitsideologien im Rahmen der Corona-Pandemie

Die folgende verdichtete Darstellung von Ereignissen und Entwicklungen im Jahr 2020 fußt auf Betroffenenperspektiven. Die Wahrnehmung beinhaltet dabei immer das Wissen von vorangegangenen Angriffen, Verletzungen und Ereignissen.

Am 2. März 2020 informierte das Thüringer Gesundheitsministerium über den ersten bestätigten Fall einer COVID-19-Infektion in Thüringen (TMSGFF 2020). Im Freistaat bereitete ein Koordinierungsstab bereits seit Januar die Umsetzung des Pandemieplans vor. Der Ernstfall stand bevor – und das kurz nach der Regierungskrise in Folge der Landtagswahl und der Wahl des Ministerpräsidenten Anfang Februar 2020. Die politische Erschütterung der parlamentarischen Demokratie durch die Kooperation von Thüringer CDU und FDP zugunsten der AfD verunsicherte weite Teile der Zivilgesellschaft und insbesondere Menschen, die von Rassismus betroffen waren. Die Botschaft lautete, ein autoritär geführtes Thüringen, wesentlich gestützt von einem „Faschisten“ (Björn Höcke), ist möglich und im höchsten Thüringer Parlament mehrheitsfähig. Politische Kräfte auf Landes- und Bundesebene intervenierten, Tausende protestierten auf den Straßen; letztlich bemühte sich eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung in Kooperation mit der CDU um Stabilität. Kurze Zeit später wurde die AfD-interne und in Thüringen besonders stark vertretene Vereinigung Der Flügel von den Sicherheitsbehörden offiziell als „rechtsextrem“ eingestuft (MDR Thüringen 2020a). Das gesellschaftliche Klima spitzte sich für von rechter Gewalt Betroffene im Jahr 2020 stetig zu. Die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung zu ihrer Eindämmung seit März 2020 fußten damit bereits auf einer thüringenspezifischen Krise der politischen Legitimation und Exekutive.

---

**Die Wahl eines FDP-Ministerpräsidenten mit den Stimmen von AfD und CDU im Februar 2020 zeigte: Ein autoritär geführtes Thüringen ist möglich.**

---

Die sogenannten „HygienesDemonstrationen“, „-spaziergänge“ oder „Corona-Proteste“ etablierten sich ab April 2020, setzten sich aus unterschiedlichen Milieus zusammen und fanden im November 2020 einen Kulminationspunkt in großen Demonstrationen in Berlin und Leipzig (BMB 2020: 2). Die dort gerufenen „Widerstand“-Parolen waren auch thüringenweit zu vernehmen, erst auf unangemeldeten „Spaziergängen“, dann auf Versammlungen, deren Akteur\*innen sich in regional verankerten Gruppen oder als lokale Ableger der bundesweit agierenden „Querdenker“ organisierten.

Neonazis, AfD-Parteifunktionäre, Reichsbürger und andere bilden dabei eine „rechte Mischszene“ (Mobit 2020; vgl. Beitrag von Mobit in diesem Band). Die Argumentationen der „Corona-Leugner\*innen“ sind geprägt von verschwörungsideologischen, sozialchauvinistischen, teils rassistischen, autoritären und antisemitischen Vorstellungen (Mobit/IDZ 2020). Bedrohungen gegen Politiker\*innen nahmen im Laufe des Jahres 2020 zu, auch Verwaltungsangestellte und Beamte\*innen erfuhren Anfeindungen bis hin zu offenen Morddrohungen. Hier zeigt sich die gestiegene Gefährdungslage in der Pandemie: Mitunter wurden Drohschreiben mit dem Namen rechtsterroristischer Gruppierungen wie Combat 18 unterzeichnet. Die Hemmschwelle, solche Gewaltandrohungen auch in

die Tat umzusetzen, war gesunken (ezra 2020a). In Messenger-Diensten kursierten sogenannte „Feindeslisten“, aufgeführt waren neben Politiker\*innen, politischen Gegner\*innen und Wissenschaftler\*innen auch Journalist\*innen, die bei den Demonstrationen und Kundgebungen vermehrt bedroht und angegriffen wurden.

Antisemitische Elemente finden sich in vielfältiger Form bei den Corona-Protesten wieder: Verschwörungsideologische Argumentationen schreiben die Verantwortung für die Pandemie und die Einschränkung von Grundrechten dem planhaften Handeln einer „internationalen Elite“ zu, die zum Teil explizit mit den Namen jüdischer Personen (Rothschild, Soros) identifiziert wird (vgl. den Beitrag von Frindte in diesem Band). Zu vernehmen sind außerdem verschiedene Elemente der Shoa-Verharmlosung oder -relativierung, beispielsweise wenn die Selbststilisierung der Demonstrierenden zu Diktatur-Opfern im Versuch einer Gleichsetzung mit verfolgten Jüd\*innen während der NS-Zeit gipfelt. Der Bundesverband RIAS erfasste in seinem Monitoring für den Zeitraum März bis Juni 2020 mit Bezug auf die COVID-19-Pandemie bundesweit verschiedene antisemitische Artikulations- und Erscheinungsformen und resümierte „eine immense Dynamik, die zu einer Vielzahl antisemitischer Äußerungen im öffentlichen Raum führte“ (RIAS 2020: 15). Die Dokumentation erfasste nur einzelne Vorfälle in Thüringen. Mit dem Projektbeginn von RIAS Thüringen 2020 sind perspektivisch spezifischere Erkenntnisse über die Entwicklung, Ausbreitung und Qualität des Antisemitismus im Freistaat zu erwarten (Thiele/Ben-Yehoshua 2021). Einen ersten Überblick enthielt der Bericht „Antisemitismus während der Corona-Krise in Thüringen“ des Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen (2020: 6f.). Die aktuellen Entwicklungen und das Wissen sowie die Trauer um den antisemitischen Terroranschlag in Halle zu Jom Kippur am 9. Oktober 2019 ließen Reinhard Schramm, den Vorsitzenden der jüdischen Landesgemeinde, vor Nationalismus und wachsendem Antisemitismus warnen. Die Sicherheitsvorkehrungen um und an der Erfurter Synagoge wurden verstärkt (Löhr 2020).

Verunsicherung aufgrund der Normalisierung und Eskalation von Rassismus existiert auch unter Rassismusbetroffenen in Thüringen: Der rassistische Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 schien das Werk eines einzelnen Täters zu sein, doch das Vertrauen in die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden ist gering und hält sich nicht an die Grenzen der Bundesländer. Das Wissen um die mangelnde Mitwirkung und Aufklärung im NSU-Komplex auch in Thüringen ist weiterhin präsent. Die Mitverantwortung von Behörden wird in den Communitys diskutiert. Diese Erfahrung teilen viele Betroffene rechter Gewalt auch in Thüringen: Sie werden nicht ernstgenommen. Nachdem der Schwarze US-Amerikaner Georg Floyd am 25. Mai 2020 in Minneapolis von einem Polizeibeamten getötet wurde, gingen in Thüringen Tausende unter dem Motto „Black Lives Matter“ auf die Straße. Demonstriert wurde unter Einhaltung des Infektionsschutzes, das Bedürfnis nach einem gemeinsamen Ausdruck von Trauer und Wut war groß.

---

**Verunsicherung aufgrund der Normalisierung und Eskalation von Rassismus existiert auch unter Rassismusbetroffenen in Thüringen.**

---

Am 18. Juli 2020 griffen Neonazis vor der Thüringer Staatskanzlei in Erfurt mehrere Menschen brutal an, keiner der festgestellten mutmaßlichen Täter kam in Untersuchungshaft. Zwei Wochen später eskalierte die rassistische Gewalt im Erfurter Südosten: Im Stadtteil Herrenberg (vgl. den Beitrag von

Schmidtke & Hoffmann in diesem Band) griffen Neonazis in der Nähe einer von ihnen gemieteten Immobilie drei junge Männer aus Guinea an. Einer von ihnen schwebte daraufhin in Lebensgefahr. Auch hier wurde keiner der Angreifer\*innen in Untersuchungshaft genommen. Die Lokalgruppe Thüringen der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) sprach eine Warnung für People of Colour und Schwarze Personen für den Stadtteil aus. Gemeinsam mit ezra wurden deutliche Signale seitens des Rechtsstaates unter Anerkennung der rechten, rassistischen Tatmotive gefordert (ezra 2020b). Im Januar 2021 erklärte die Staatsanwaltschaft Erfurt, dass sich das rechte Tatmotiv in den Ermittlungen in Bezug auf den Angriff vor der Staatskanzlei nicht erhärtet habe (dpa/th 2021). Gegen einen Betroffenen vom Herrenberg wird unterdessen, aufgrund der Aussagen eines mutmaßlichen Täters, auch als Beschuldigter ermittelt (MDR Thüringen 2020b). ezra bewertet dies als häufig vorkommende Form der *sekundären Viktimisierung* von Betroffenen rassistischer Gewalt.

Die besonderen gesellschaftlichen Ereignisse des Jahres 2020 in Thüringen (Landtagswahl-Erfolg AfD, Ministerpräsidentenwahl Kemmerich, Entstehung Minderheitsregierung), der rassistische Anschlag von Hanau, der rechte Angriff vor der Thüringer Staatskanzlei, der rassistische Angriff am Erfurter Herrenberg und die Corona-Proteste mit einer Zunahme antisemitischer Äußerungen im öffentlichen Raum sowie der Tod von George Floyd in den USA führten zu einer wahrgenommenen Normalisierung von Rassismus und bedeuteten zugleich eine Eskalation rechter Gewalt.

---

**Die besonderen gesellschaftlichen Ereignisse des Jahres 2020 führten zu einer wahrgenommenen Normalisierung von Rassismus und bedeuteten zugleich eine Eskalation rechter Gewalt.**

---

## **Bewältigungsstrategien vulnerabler Gruppen und pandemiebedingte Hindernisse**

Durch die weitere Normalisierung sowie Eskalation von Rassismus und Antisemitismus werden – wie bereits in einigen Beispielen ausgeführt – weiterhin Menschen aus rechten, rassistischen und antisemitischen Motiven beleidigt, bedroht und körperlich angegriffen. Die im Rahmen der Pandemie getroffenen Maßnahmen, z. B. Kontaktbeschränkungen oder die Schließung von Beratungsstellen, führten und führen dazu, dass Betroffene für sich neue Bewältigungsstrategien erwerben und erproben müssen.

Vulnerable Gruppen, die institutionellem und strukturellem Rassismus ausgesetzt sind, alltägliche Diskriminierungserfahrungen machen und oft keinen adäquaten Zugang zu Hilfesystemen oder Gesundheitsversorgung haben, verloren in der Pandemie auch noch gewohnte, regelmäßige soziale Kontakte und den niedrigschwelligen Zugang zu Unterstützungsangeboten. Dies betraf insbesondere die Verarbeitung psychischer Folgen rechter Angriffe durch Psychotherapien oder Empowerment-Angebote, aber auch die medizinische Behandlung körperlicher Verletzungen. Besonders bei geflüchteten Menschen besteht generell ein hoher Bedarf an psychotherapeutischen Behandlungsangeboten, an denen es in Thüringen jedoch generell mangelt. Aufgrund von Fluchterfahrungen kann sich ein Angriff retraumatisierend auswirken, hinzu kommt oftmals die Belastungssituation

angesichts eines unsicheren Aufenthaltsstatus. Neben der Verarbeitung der unmittelbaren psychischen und physischen Tatfolgen haben Kontaktbeschränkungen dazu geführt, dass Betroffene nicht wie gewohnt ihr soziales Umfeld heranziehen können, um über Erlebtes zu sprechen. Auch Telefonate oder Videoanrufe als Alternativen waren aufgrund der fehlenden physischen Nähe unbefriedigend für viele Betroffene. Begleitungen zu Arzt- oder Polizeivernehmungsterminen wurden erschwert oder verhindert. Oftmals mussten Betroffene diese ohne die notwendige Unterstützung alleine bestreiten, da bei mehr als zwei anwesenden Personen u.U. Abstände und Hygieneregeln nicht eingehalten werden konnten.

Verlässliche Alltagsstrukturen im Leben der Betroffenen, die auch maßgeblich die Verarbeitung individueller Tatfolgen beeinflussen, haben sich im Rahmen der Pandemie verändert. Rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten stellen für Betroffene eine Ausnahmesituation dar, in der selbst kleine Veränderungen zur Verstärkung psychischer Folgen führen können. Die wenigen Gegebenheiten, die hier noch den Alltag strukturieren und Sicherheit vermitteln, sind deshalb von enormer Bedeutung. Beispielsweise kann der Wegfall eines Arbeitsplatzes, der neben dem eigentlichen Angriff einen zusätzlichen Kontrollverlust darstellt, dazu führen, dass Betroffene sich vermehrt zu Hause aufhalten, vereinsamen und mit dem Erlebten allein bleiben – dies kann dazu führen, dass sich Traumata manifestieren: Betroffene durchleben bspw. in sogenannten „Flashbacks“ die Tat erneut oder meiden auch langfristig bestimmte Orte oder Situationen. Finden Angriffe und Bedrohungen im Wohnumfeld statt, wird der sichere Ort, den die eigene Wohnung bietet, oftmals selbst auch zu einem Angstraum, dem die Betroffenen nur schwer entkommen können. Der ständige Kontakt zu den Täter\*innen und andauernde Bedrohungslagen vermindern das nach einem Angriff ohnehin kaum vorhandene Sicherheitsgefühl. Lösungsansätze von Betroffenen, die beispielsweise einen Umzug oder kurze Reisen vorsehen, sind durch die pandemische Lage nur bedingt realisierbar gewesen.

---

**Verlässliche Alltagsstrukturen im Leben der Betroffenen, die auch maßgeblich die Verarbeitung individueller Tatfolgen beeinflussen, haben sich im Rahmen der Pandemie verändert. Rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten stellen für Betroffene eine Ausnahmesituation dar, in der selbst kleine Veränderungen zur Verstärkung psychischer Folgen führen können.**

---

Insgesamt wird die Aufarbeitung individueller psychischer und physischer Tatfolgen durch die verschiedenen Auswirkungen und Eindämmungsmaßnahmen einer Pandemie erheblich beeinträchtigt. Betroffene und insbesondere Angehörige vulnerabler Gruppen, die kontinuierlich von (struktureller) Diskriminierung betroffen sind, sahen sich in Folge der Covid-19-Pandemie mit zusätzlichen Problemen konfrontiert.

## **Erfahrungsbericht von Sinbi<sup>1</sup>, einer Betroffenen von antiasiatischem Rassismus**

*„Mein Name ist Sinbi und ich lebe in Jena. Ich lebe gerne hier, aber aufgrund der Erfahrungen, die ich gemacht habe, bin ich nicht gern allein unterwegs, denn Attacken passieren eigentlich fast nur, wenn man allein ist. Mit der COVID-19-Pandemie hat sich der antiasiatische Rassismus, den ich kenne, noch einmal verändert. Er drückt sich in der Studierendenstadt Jena für mich häufig in verbalen Attacken in Beschimpfungen oder bspw. Kung-Fu-Gesten aus. Das erlebe ich fast wöchentlich im Vorbeilaufen von fremden Menschen. Auch kleine Kinder tun das, wenn ihre Eltern dabei sind, die wiederum nicht reagieren. Zur Fußball-WM im Jahr 2018, als Deutschland gegen Korea verlor, versuchten mich zwei Menschen anzugreifen. Dies fand im Stadtzentrum mitten am Tag statt. Die Angreifer versuchten mich festzuhalten und zu schlagen, sie bedrohten und beschimpften mich. Seitdem versuche ich, vor allem Gruppen von Männern zu meiden, ich wechsele dann die Straßenseite und wenn das nicht geht, wappne ich mich präventiv.*

*In der Anfangszeit der Pandemie und auch im Sommer 2020 haben die verbalen Attacken deutlich zugenommen. Menschen sagen, ich sei ein Virus oder dass ich es zumindest habe. Durch oder wegen Corona gab es eine körperliche Attacke auf mich im März. Da kam ein Mann auf mich zu, hat mich angeschrien, dass ich und ‚meine Viren‘ sich ‚verpissen‘, aus dem Land gehen sollen. Er hat mich am Arm gepackt, daran gezerrt und ich empfand, dass er gleich ausholen wird, um mich zu schlagen. Doch ich reagierte schnell, habe es nicht soweit kommen lassen, ihm den Arm verdreht, von mir weggeschubst und bin dann weggelaufen. Das war nachmittags am Holzmarkt. Trotz vieler anwesender Passant\*innen war ich auf mich allein gestellt. Ich hätte mir gewünscht, dass zumindest jemand etwas gesagt hätte. Eine Anzeige zu erstatten, habe ich abgewogen, mich aber dagegen entschieden. Als ich jünger war und Polizeibeamten von einem Angriff erzählte, haben sie mich nicht ernstgenommen. Es ist wichtig, dass Angreifer auch Konsequenzen erfahren, aber andererseits ist es wirklich kräftezehrend, sich damit zu beschäftigen – vor allem wenn dann am Ende das rassistische Motiv nicht anerkannt wird. Davon liest man ja auch viel. Es ist nicht gerade motivierend, das wirklich durchzumachen.*

*Auch als ich jünger war, habe ich diesen antiasiatischen Rassismus erlebt, aber ihn verdrängt oder schöner geredet. Das machen sehr viele Betroffene von antiasiatischem Rassismus. Es gibt immer noch Diskussionen darum, ob es sich überhaupt um Rassismus handelt, denn Asiat\*innen sind nicht*

---

<sup>1</sup> Sinbi ist 23 Jahre und studiert Erziehungswissenschaft.

*Schwarz. Es ist wichtig, diesen Rassismus als Rassismus anzuerkennen und sich ein unterstützendes Umfeld zu schaffen: Menschen, die wirklich zuhören, versuchen nachzuvollziehen, aufmerksam nachfragen und sich um einen kümmern. In einem Freundeskreis, in dem fast alle weiß sind, ist das manchmal sehr schwer. Manche bekommen es nicht hin, sie hören nicht zu und das ist traurig.*

*Die Attacken erlebe ich als sehr anstrengend. Es kommt immer darauf an, wie ich mich gerade fühle. In manchen Momenten würde ich gern zurückschlagen, irgendetwas brüllen, aber manchmal will ich einfach schnell weitergehen und es vergessen. Wenn ich genug Energie habe und den Eindruck habe, dass es wirklich nur eine dumme Reaktion ist, dann spreche ich Menschen – meistens Jugendliche – auch direkt darauf an und manchmal entschuldigen sie sich.*

*Es ist gut, dass das Thema ‚antiasiatischer Rassismus‘ jetzt viel Aufmerksamkeit bekommt, denn er existiert und das nicht zu wenig. Besonders die alltäglichen Formen empfinde ich als schwierig, sie kommen von allen Seiten. Körperliche Angriffe werden in der Regel verurteilt, doch bei Alltagsrassismus stellen sich die meisten quer. Das Gehör und Verständnis dafür fehlen, obwohl er, verglichen mit körperlichen Attacken, viel häufiger vorkommt. Die meisten fühlen sich angegriffen, verweisen die Verantwortung zurück an Betroffene. Was ich mir insgesamt wünschen würde, ist, dass man Kritik mehr annimmt.“*

## **Die Mühlen mahlen langsamer – Auswirkungen der Pandemie auf Ermittlungsbehörden und Justiz**

Die Situation unter COVID-19 und die damit verbundenen Einschränkungen erschweren nicht nur die Bewältigung individueller Tatfolgen durch die Betroffenen, sondern auch die juristische Aufarbeitung durch Ermittlungsbehörden und Justiz.

Dass Verfahren in den Thüringer Gerichten verschleppt werden, zeigte sich bereits in den letzten Jahren – beispielsweise im Ballstädt-Verfahren, in dem sieben Jahre nach der Tat und nach einem 44-tägigen Gerichtsprozess in den Jahren 2015/16 immer noch kein rechtskräftiges Urteil gesprochen wurde (ezra 2021). Die Dauer vieler Verfahren wird durch die teilweise uneinheitlichen Sicherheitsbestimmungen in den Gerichten noch weiter hinausgezögert. Dies beginnt bereits bei polizeilichen Vernehmungen, für die zu wenige und zu kleine Räume zur Verfügung stehen, um unter Abstands- und Hygienemaßnahmen adäquat durchgeführt zu werden. Warum aber durch die pandemische Lage insbesondere die Dauer der Strafprozesse im Gericht hinausgezögert werden, soll im folgenden Abschnitt anhand einiger Beispiele deutlich gemacht werden.

---

**Die Pandemie hat die juristische Aufarbeitung von rassistischen und rechten Gewalttaten zusätzlich verzögert.**

---

Im April und Mai 2020 sollte am Erfurter Amtsgericht der Angriff auf das Autonome Jugendzentrum Erfurt aus dem Mai 2016 verhandelt werden. Eine Gruppe von Neonazis stürmte damals den Hof des Hauses, setzte Steine, Flaschen und Pfefferspray als Waffen ein und verletzte einige der Besucher\*innen. Aufgrund der unsicheren pandemischen Lage wurde das Verfahren auf unbestimmte Zeit verschoben und schließlich im November 2020 eröffnet. Der nach drei Verhandlungstagen mit Freispruch und Einstellung beendete Prozess war für geladene Zeug\*innen und Betroffene des Angriffs von Unsicherheit und Intransparenz gekennzeichnet: Kurzfristige Abladungen, nicht erschienene Täterzeug\*innen und eine hohe Anzahl von Sitzungsunterbrechungen (durch Absprachen der Verfahrensbeteiligten oder pandemiebedingte Lüftungspausen) sind hier als Beispiele zu nennen. Zahlreiche Menschen, die ihre Solidarität zeigen wollten und zur kritischen Prozessbeobachtung kamen, konnten aufgrund der Abstandsregelungen nicht in den Gerichtssaal gelangen.

Eine ähnliche Situation bot sich beim Prozess gegen den Neonazi Felix R. am Amtsgericht Rudolstadt im Sommer 2020. Betroffene, Zeug\*innen und kritische Beobachter\*innen warteten zusammen mit den Unterstützer\*innen des Angeklagten mehrere Stunden dicht gedrängt vor dem Gerichtsgebäude, da auch hier nur eine begrenzte Anzahl von Sitzplätzen zur Verfügung stand. Die ohnehin schon belastende Situation wurde von Beleidigungen und Bedrohungen durch die anwesenden Neonazis verstärkt. Die Teilnahme an organisierten Solidaritätskundgebungen im Vorfeld der Prozesse kam nur für Menschen in Betracht, die keiner Risikogruppe angehörten und nicht in Kontakt mit Risikogruppen-Angehörigen standen. Hier schwingt immer das Dilemma mit, an einer Versammlung teilzunehmen und sich solidarisch zu zeigen, aber nicht das Virus zu verbreiten.

Ein zusätzliches Problem besteht in Gerichtsprozessen mit Angeklagten in Untersuchungshaft, in denen eine Verzögerung des Verfahrens zur Freilassung führen könnte. Insbesondere bei organisierten Neonazis bzw. Angeklagten, die vermutlich aus rechten, rassistischen oder antisemitischen Motiven handelten, ist dies hochproblematisch und gefährlich. Im Falle des organisierten Neonazis Felix R. in Saalfeld

aber, der für eine Vielzahl körperlicher Angriffe auf politisch engagierte Menschen verantwortlich ist, kam das Amtsgericht seiner Verantwortung nach. Noch im Rahmen der Fristen wurde der in Untersuchungshaft genommene Neonazi im Juli 2020 zu einer Haftstrafe verurteilt, sodass es nicht zu einer vorzeitigen Entlassung kam.<sup>2</sup> Im Frühjahr 2021 wurde auch das Verfahren zum Angriff auf die beiden Journalisten am 29. April 2018 in Fretterode weiter verschleppt. Der Prozess, der fast drei Jahre nach der brutalen Tat beginnen sollte, wurde zunächst von Januar auf März, dann Juni und schließlich in den September 2021 verschoben. Die Betroffenen solcher Angriffe warten auch ohne Pandemie oftmals vergeblich auf eine angemessene Verurteilung der Täter\*innen – die zusätzlichen pandemiebedingten Verschleppungen nutzen am Ende nur Letzteren.

---

**Eine kritische Prozessbegleitung und organisierte Solidaritätskundgebungen im Vorfeld der Prozesse sind während der Pandemie schwieriger geworden.**

---

---

<sup>2</sup> Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, dass das Urteil der Berufungsinstanz vom Bundesgerichtshof wegen Formfehlern aufgehoben wurde und sich Felix R. zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Beitrags (Anfang Mai 2021) wieder auf freiem Fuß befand. Ein Termin für die erneute Verhandlung vor dem Landgericht Gera wurde bis dahin nicht bekannt gegeben.

## Fazit

Abschließend ist festzuhalten, dass vulnerable Gruppen von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie besonders betroffen sind. Betroffene berichteten u. a. von anti-asiatischem Rassismus und einer Zunahme von Attacken und Angriffen. Rassistische Übergriffe oder Gewalt gegen politische Gegner\*innen und Journalist\*innen wurden während der Pandemie durch COVID-19-bezogene Agitation legitimiert. Darüber hinaus wurden die gesellschaftlichen Ereignisse in Thüringen, Hanau, Halle und Minneapolis im Jahr 2020 von (potenziell) Betroffenen als Normalisierung von Rassismus und als eine Eskalation rechter Gewalt erlebt. Hinzu kamen willkürlich anmutende Entscheidungen von Thüringer Ermittlungs- und Justizbehörden, die im Rahmen von Strafverfahren getroffen wurden und zur weiteren Verzögerung der Aufarbeitung und Ahndung der Taten führten.

Die ohnehin hohe Gefahr sekundärer Viktimisierung nach rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten und die Tatfolgen können infolge der coronabedingten Einschränkungen schlechter durch das soziale Umfeld und spezialisierte, professionelle Unterstützungsangebote aufgefangen werden. Die im Rahmen des Infektionsschutzes verstärkte soziale Isolation vulnerabler Gruppen (z. B. Geflüchtete, Menschen mit chronischen Erkrankungen oder post-traumatischer Belastungsstörung) hat einen negativen Einfluss auf den individuellen Handlungsspielraum und somit auch auf die Bewältigungsstrategien der Betroffenen. Neben der Manifestierung physischer und psychischer Tatfolgen erleben sie ein erhöhtes Unsicherheitsgefühl aufgrund der andauernden pandemischen Ausnahmesituation, die es noch zusätzlich zu bewältigen gilt. Die für viele Betroffene wichtige Erwartung eines „Abschlusses“ der individuellen Gewalterfahrung mit einer Verurteilung der Täter\*innen im Rahmen eines Strafprozesses wird durch verschleppte Verfahren nicht erfüllt. Solidarisierungsprozesse, die zur individuellen Aufarbeitung beitragen können, werden allerdings durch Hygienemaßnahmen in den Gerichten stark beschnitten. Kundgebungen und kritische Prozessbeobachtungen sind aufgrund von Sitzplatzbegrenzungen, Versammlungsaufgaben und dem Anspruch, Infektionsschutzmaßnahmen einzuhalten, nur eingeschränkt möglich. Die fachspezifische Opferberatung reagiert auf die hier geschilderten erhöhten Bedarfe und bietet insbesondere Menschen, die im Zuge der „Corona-Proteste“ von rechten Angriffen betroffen sind, Unterstützung an.

---

**Die ohnehin hohe Gefahr sekundärer Viktimisierung nach rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten kann infolge der coronabedingten Einschränkungen schlechter aufgefangen werden.**

---

**Theresa Lauß** ist Soziologin und seit 2015 Beraterin bei ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen. Dort ist sie u. a. für Dokumentation und Monitoring zuständig.

**Franziska Schestak-Haase** arbeitet seit 2018 als Beraterin bei ezra. Sie beschäftigt sich zudem mit der anstehenden wissenschaftlichen Überprüfung der Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen seit 1990.

## Literatur

- Beauftragter für jüdisches Leben in Thüringen (2020): Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus. Online: [https://corona.thueringen.de/fileadmin/user\\_upload/TSK/Themen/1215\\_Antisemitismusbericht\\_final\\_korrigiert\\_POE.pdf](https://corona.thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/Themen/1215_Antisemitismusbericht_final_korrigiert_POE.pdf) [04.02.2021].
- Bundesverband Mobile Beratung (2020): Auseinandersetzung unterstützen. Dezember 2020. Online: <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2020/12/2020-12-13-BMB-Policy-Paper-%E2%80%93-Auseinandersetzung-unter%C3%BCtzen.pdf> [03.02.2021].
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (2020): Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie. Online: [https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08\\_Rias-bund\\_Antisemitismus\\_im\\_Kontext\\_von\\_covid-19.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf) [02.02.2021].
- dpa/th (2021): Staatsanwaltschaft. Motiv für Staatskanzlei-Angriff unklar. Süddeutsche Zeitung, 12.01.2021. Online: <https://www.sueddeutsche.de/panorama/kriminalitaet-erfurt-staatsanwaltschaft-motiv-fuer-staatskanzlei-angriff-unklar-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210112-99-988712> [04.02.2021].
- ezra (2020a): Pressemitteilung: Morddrohung gegen Bodo Ramelow. Ezra fordert gesellschaftliche Solidarität und entschlossenes Handeln der Strafverfolgungsbehörden. Online: <https://ezra.de/morddrohung-gegen-bodo-ramelow-ezra-fordert-gesellschaftliche-solidaritaet-und-entschlossenes-handeln-der-strafverfolgungsbehoerden/> [02.02.2021].
- ezra (2020b): Pressemitteilung: Opferberatung ezra und ISD Thüringen fordern nach brutalem rassistischen Angriff in Erfurt konsequente Bekämpfung von Rassismus, rechter Gewalt und Neonazismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Online: <https://ezra.de/opferberatung-ezra-und-isd-thueringen-fordern-nach-brutalem-rassistischen-angriff-in-erfurt-konsequente-bekaempfung-von-rassismus-rechter-gewalt-und-neonazismus-auf-allen-gesellschaftlichen-ebenen/> [03.02.2020].
- ezra (2021): Pressemitteilung: Sieben Jahre nach brutalem Neonazi-Angriff in Ballstädt: Kein ‚Schlussstrich‘ zu Lasten der Betroffenen – Thüringer Justiz soll rechtsstaatlicher Verantwortung nachkommen. Online: <https://ezra.de/sieben-jahre-nach-brutalem-neonazi-angriff-in-ballstaedt-kein-schlussstrich-zu-lasten-der-betroffenen-thueringer-justiz-soll-rechtsstaatlicher-verantwortung-nachkommen/> [11.02.2021].
- Gruhne, Robert (2020): Corona ist nicht kulturunterscheidend. Akkrüzel, 19.03.2020. Link: <https://www.akruetzel.de/2020/03/19/corona-rassismus/> [02.02.2021].
- Löhr, Dirk (2020): Reinhard Schramm über jüdisches Leben, den Schock nach dem Anschlag von Halle und eine große Hoffnung. Jüdische Allgemeine, 24.09.2020. Online: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/wir-juden-haben-ueber-jahrhunderte-hier-gelebt/> [03.02.2021].
- MDR Thüringen (2020a): Verfassungsschutz. AfD-, ‚Flügel‘ von Höcke jetzt Beobachtungsobjekt, 12.03.2020. Online: <https://www.mdr.de/thueringen/verfassungsschutz-hoecke-beobachtungsfall-afd-100.html> [04.02.2021].
- MDR Thüringen (2020b): Nach Angriff am Herrenberg. Debatte um Rechtsextremismus in Erfurt, 08.08.2020. Online: <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/herrenberg-rechtsextremismus-100.html> [04.02.2021].
- Mobit/IDZ (2020): Presseerklärung. Sandro Witt und Matthias Quent warnen vor rechtsextremen Vereinnahmung der Corona-Krise, 04.05.2020. Online: [https://mobit.org/presseerklaerung/mobit\\_idz-rechtsextreme-vereinnahmung-der-corona-krise/](https://mobit.org/presseerklaerung/mobit_idz-rechtsextreme-vereinnahmung-der-corona-krise/) [04.02.2021].
- Mobit (2020): Jahresrückblick 2020 Thüringen. Belltower News, 22.12.2020. Online: [https://www.belltower.news/jahresueckblick-2020-thueringen-109063/?fbclid=IwAR3N4g8SaAoOJ03cv25YzbeCH5FQoUbuFrawqS9L3wsC2C5Z-Xu\\_aPQQWFYg](https://www.belltower.news/jahresueckblick-2020-thueringen-109063/?fbclid=IwAR3N4g8SaAoOJ03cv25YzbeCH5FQoUbuFrawqS9L3wsC2C5Z-Xu_aPQQWFYg) [02.02.2021].
- Thiele, Anja/Ben-Yehoshua, Joël (2021): Antisemitismus in Thüringen. Erste Erkenntnisse der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen (2021). In: Wissen schafft Demokratie 8. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 116–131. Online: [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/PDFS\\_WSD8/WsD8\\_Beitrag\\_Anja\\_Thiele\\_und\\_Joel\\_Ben-Yehoshua.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/WsD8_Beitrag_Anja_Thiele_und_Joel_Ben-Yehoshua.pdf) [11.03.2021].
- TMASGFF (2020): Pressemitteilung: Erster bestätigter Fall einer COVID-19-Infektion in Thüringen. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, 02.03.2020. Online: <https://www.tmasgff.de/medienservice/artikel/erster-bestaetigter-fall-einer-covid-19-infektion-in-thueringen> [02.02.2021].

**„NEBEN DER  
MANIFESTIERUNG  
PHYSISCHER UND  
PSYCHISCHER TATFOLGEN  
ERLEBEN VULNERABLE  
GRUPPEN EIN ERHÖHTES  
UNSICHERHEITSGEFÜHL  
AUFGRUND DER  
ANDAUERNDEN  
PANDEMISCHEN  
AUSNAHMESITUATION.“**



THERESA LAUSS & FRANZISKA SCHESTAK-HAASE

**„EXTREM RECHTE  
POLITIKER\*INNEN WIE  
BJÖRN HÖCKE KÖNNEN  
MIT NATIONALISTISCH-  
CHAUVINISTISCHEN  
LOBGESÄNGEN UND  
MENSCHENFEINDLICHEN  
HASSTIRADEN ERHEBLICH  
ZU GESELLSCHAFTLICHEN  
SPALTUNGSPOTENZIALEN  
BEITRAGEN.“**



CLAUDIA TUTINO & VALENTIN SCHILLIG

# Von Lobgesängen und Hasstiraden. Eine Analyse rechtsextremer Hassrede am Beispiel der thüringischen Landtagsreden von Björn Höcke

Claudia Tutino & Valentin Schillig (Westfälische Wilhelms-Universität  
Münster)

---

Dieser Beitrag untersucht die parlamentarischen Redebeiträge des thüringischen Landesvorsitzenden der Alternative für Deutschland (AfD) Björn Höcke aus den Jahren 2015/16 sowie 2019/2020. Höcke fiel bereits 2015/16 durch seine fremdenfeindliche Sprache auf. Während er Geflüchtete und Migrant\*innen explizit abwertet, wertet er autochthone, also „alteingesessene Deutsche“ auf. Es zeigt sich, dass dies im Sinne des Soziologen Norbert Elias eine Kommunikationsstrategie darstellt, die etablierte Gruppen zur Machtsicherung nutzen. Wir legen mit der Analyse von Höckes Redebeiträgen explizit dar, wie er rechtsextreme Hassrede im Thüringer Landtag betreibt, demokratische Grundwerte missachtet und damit eine Ideologie der Ungleichwertigkeit untermauert.

---

## Empfohlene Zitierung:

Tutino, Claudia/Schillig, Valentin (2021): Von Lobgesängen und Hasstiraden. Eine Analyse rechtsextremer Hassrede am Beispiel der thüringischen Landtagsreden von Björn Höcke. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratieförderungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 120–133.

## Schlagwörter:

***Rechtsextremismus in der Politik, Etablierte und Außenseiter, Björn Höcke, Hassrede, gesellschaftliche Spaltung***

## Einleitung

Die AfD inszeniert sich selbst als liberal-konservative Partei. In ihren Reihen lassen sich aber auch extrem rechte Funktionär\*innen feststellen, die die Partei entscheidend prägen. Eine der wohl bekanntesten Figuren am rechten Rand der AfD ist Björn Höcke, seit 2014 Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag und einer der einflussreichsten Politiker innerhalb der Partei (Jahnen 2018: 129f.). Der von ihm geführte rechtsextreme „Flügel“ war seit 2019 Beobachtungsobjekt vom Bundesamt für Verfassungsschutz (2020a). Dieses konnte „fortlaufend neue Verstöße von Funktionären und Anhängern des ‚Flügel‘ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und deren Wesensmerkmale der Menschenwürde sowie des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip“ (ebd.) feststellen. Wenngleich „Der Flügel“ sich 2020 auf Geheiß des AfD Bundesvorstandes auflöste, blieben doch „die Werte, die mit dem Flügel verbunden sind, [erhalten]“ (tagesschau.de 2020).

Höcke zufolge müsse man Deutschland „vor einem Kultur- und Zivilisationsbruch historischen Ausmaßes, ja, einer kulturellen Kernschmelze“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020b), hervorgerufen durch Migration, bewahren. Neben kulturrassistischen Äußerungen lässt sich eine Vielzahl von rechten Bezügen in Höckes Rede- und Wortbeiträgen aus dem Thüringer Landesparlament nachweisen. Höckes rechtsextreme Kommunikation im Thüringer Landtag, so unsere Hypothese, ist exemplarisch für rechtsextreme „Hassrede“<sup>1</sup> (Meibauer 2012). Sie basiert in einem Großteil der Fälle auf Fremdenfeindlichkeit und zielt unseres Erachtens auf gesellschaftliche Spaltungs- und Radikalisierungsprozesse ab. Die Abwertung von gesellschaftlichen „Außenseitern“ bei gleichzeitiger Aufwertung der eigenen „etablierten Gruppe“ (Elias/Scotson 1993 [1965]) interpretieren wir folglich als konkrete Strategie extremer Rechter. Sie dient der Aufrechterhaltung einer Ideologie der Ungleichwertigkeit sowie Macht gegenüber Geflüchteten und Migrant\*innen.<sup>2</sup> Untersuchungen, die sich der Sprache der AfD bzw. Höckes annehmen, analysieren beispielsweise seine demagogische Rhetorik aus sprachwissenschaftlicher Perspektive (Schulz 2015). Eine systematische und damit kategoriengeleitete Untersuchung von Höckes rechtsextremer Hassrede im Thüringer Landtag liegt bislang nicht vor und bildet daher den Kern dieses Beitrages. Wir werten hierfür die Jahre 2015/16 und 2019/20 aus, um Veränderungen seiner Reden in den Blick zu nehmen.

---

**Eine systematische und damit kategoriengeleitete Untersuchung von Höckes rechtsextremer Hassrede im Thüringer Landtag liegt bislang nicht vor und bildet daher den Kern dieses Beitrages.**

---

---

<sup>1</sup> Unter Hassrede ist der „sprachliche Ausdruck von Hass [...], insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken, die der Herabsetzung und Verunglimpfung von Bevölkerungsgruppen“ (Meibauer 2012: 1) dienen, zu verstehen. Das „muss nicht bedeuten, dass jeder Hassredner auch subjektiv immer Hass empfindet. Hassrede kann auch konventionalisiert sein, wie [...] im rassistischen Diskurs“ (ebd.: 3). Rassistische Hassrede richtet sich gegen Personen oder Gruppen, die bspw. aufgrund von Herkunft, Glaube oder sexueller Orientierung beleidigt oder bedroht werden und ist von strafrechtlicher Relevanz, so z. B. Volksverhetzung (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 2021).

<sup>2</sup> Auch Zick et al. (2019: 63) verweisen auf die Anschlussfähigkeit von Elias und Scotson (1993 [1965]) bei der Erforschung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechter Einstellungen und beziehen sich dabei auf Etabliertenvorrechte.

## Etablierte und Außenseiter in pluralen Migrationsgesellschaften

Norbert Elias bietet mit seiner Etablierten- und Außenseiterfiguration einen besonders geeigneten Analyserahmen für gesellschaftliche Machtverhältnisse<sup>3</sup> (Elias/Scotson 1993 [1965]): „Lobklatsch“ beschreibt nach Elias einen sprachlichen Mechanismus der Aufwertung etablierter Gruppen, „Schimpfklatsch“ meint hingegen die Abwertung marginalisierter Gruppen (ebd.; Elias/Jentges 2014). „Andere Gruppen als minderwertig abzustempeln, ist eine der Waffen, die überlegene Gruppen in einem Machtbalance-Kampf verwenden, zur Behauptung ihrer sozialen Überlegenheit“ (Treibel-Illian 2017: 14). Im Kontext unserer Analyse werden die „Deutschen“ bzw. die Thüringer\*innen als *Etablierte* und hinzugezogene Geflüchtete und Migrant\*innen als von Rechten konstruierte *Außenseiter* betrachtet.

---

**Norbert Elias bietet mit seiner Etablierten- und Außenseiterfiguration einen geeigneten Analyserahmen für gesellschaftliche Machtverhältnisse: „Lobklatsch“ beschreibt nach Elias einen sprachlichen Mechanismus der Aufwertung etablierter Gruppen, „Schimpfklatsch“ meint die Abwertung marginalisierter Gruppen.**

---

Elias' Konzept wird stetig aktualisiert und auf neue Forschungsgebiete adaptiert (Treibel-Illian 2017; Ernst/Korte 2017). So bietet es heute eine analytische Grundlage zur Erforschung pluraler Migrationsgesellschaften, in welchen u. a. „Deutsche“ versuchen, „ihre Machtposition notfalls mit den Machtmitteln Hetze, Gewalt und Terror zu verteidigen“ (Treibel-Illian 2017: 159). Rechtsextreme Hassrede ist im Folgenden als spezifische Form des Schimpfklatsches zu verstehen. Gleichzeitig zeigt der Artikel die Erweiterungspotenziale des theoretischen Konzeptes Elias' hinsichtlich der Anwendbarkeit in pluralen Migrationsgesellschaften. Um seine Redebeiträge entsprechend zu analysieren, haben wir die Plenarprotokolle des Thüringer Landtages herangezogen.

## Daten und Methode

Grundlage unserer Ergebnisse bildet eine inhaltsanalytische Auswertung (Schreier 2012; Mayring 2015) von 76 Plenarprotokollen, in denen Rede- und Wortbeiträge Höckes im Thüringer Parlament enthalten sind. Als Analysezeitraum wurden die Jahre 2015/16 (41 Protokolle) gewählt, die v. a. durch die Themen Migration und Zuwanderung bestimmt waren, sowie die Jahre 2019/20 (35 Protokolle). Ziel dieser Gegenüberstellung ist es, Veränderungen von rechtsextremen Kommunikationsstrategien prozessual in den Blick zu nehmen. Wir orientierten uns bei der deduktiven Kategorienbildung an den Items der Langzeituntersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen von Zick et al. (2019), die auf „rechtsextreme Einstellungen“ (ebd.: 121f.; vgl. Auswertung I) und „neurechte Mentalitäten“ (ebd.: 162–163, vgl. Auswertung II) verweisen. Die Zuordnung von Höckes Redebeiträgen zu den jeweiligen Dimensionen ermöglicht eine differenzierte Betrachtung seiner rechtsextremen Kommunikation.

---

<sup>3</sup> Figurationen und damit einhergehende Machtbalancen sind stets wandelbar, „Figurationen sind Beziehungsgeflechte von Menschen, die wechselseitig voneinander abhängig sind“ (Treibel 2009: 139).

## Kommunikation rechtsextremer Inhalte

Abbildung 1 zeigt die Übersicht der Dimensionen und Codings zu rechtsextremen Inhalten.<sup>4</sup> Es fällt auf, dass Höcke in seinen Reden am häufigsten Aussagen tätigt, die der Dimension *Fremdenfeindlichkeit* zugeordnet werden können. Auch nationaler *Chauvinismus* sowie vereinzelt *sozialdarwinistische* Bezüge können belegt werden. Inhalte, die auf *Verharmlosungen einer rechtsgerichteten Diktatur* sowie des *Nationalsozialismus* hinweisen, können in den analysierten Zeiträumen nicht belegt werden. Bezüge zu *Antisemitismus* lassen sich in keiner der Reden finden.

Rechtsextremismus: Übersicht der codierten Textstellen nach Kategorien  
nach den Dimensionen von Zick et al. (2019)

	1.1 Verharmlosung einer rechtsgerichteten Diktatur	0
	1.2 Fremdenfeindlichkeit	71
	1.3 Verharmlosung des Nationalsozialismus	0
	1.4 Chauvinismus	11
	1.5 Antisemitismus	0
	1.6 Sozialdarwinismus	4

Datengrundlage: 76 Plenarprotokolle des Thüringer Landtages aus den Jahren 2015/2016 und 2019/2020

Abbildung 1: Rechtsextremismus: Übersicht der codierten Textstellen nach Kategorien

Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus treten bei Höckes Redebeiträgen häufig in kombinierter Form auf, wie folgendes Zitat offenbart:

„Allein 56 Millionen Euro sind für die Versorgung von angeblich minderjährigen Flüchtlingen eingestellt. Nach [...] Untersuchungen sind etwa 80 Prozent dieser jungen Männer gar nicht minderjährig [...]. Eine einfache Röntgenaufnahme der Handwurzelknochen könnte darüber Auskunft geben. Anstelle von 5.000 Euro im Monat müsste der Thüringer Steuerzahler dann nur etwa 1.000 Euro für die illegalen Einwanderer ausgeben. [...] Wenn wir in Regierungsverantwortung sind, wird das die erste Maßnahme einer blaubeteiligten Landesregierung sein, diese Routineuntersuchungen durchzuführen, die eben nicht menschenunwürdig sind, die keinen Eingriff in die Menschenwürde darstellen, denn uns geht es vor allen Dingen darum, die Interessen des eigenen Landes, die Interessen der Thüringer zu vertreten. (Thüringer Landtag 2019: 21)“

<sup>4</sup> Die sechs genannten Dimensionen basieren auf der sogenannten Konsensdefinition Rechtsextremismus (Stöss 2005: 57) und dienen neben der Operationalisierung v.a. der Vergleichbarkeit von Rechtsextremismusforschung. Wir halten die damit einhergehende Anschlussfähigkeit, die diese Definition mit sich bringt, für gewinnbringend. Daher arbeiten wir mit diesen Dimensionen.

Dieses Zitat zeigt, dass es Höcke um die „Interessen des eigenen Landes“ und „der Thüringer“ geht und diese über die Bedarfe Schutzsuchender stellt. Er beschreibt die Aufnahme Geflüchteter als „Import von Millionen potenzieller Sozialhilfeempfänger“ (Thüringer Landtag (THL)<sup>5</sup> 2019: 33). Dies belegt den von ihm konstruierten, auf Fremdenfeindlichkeit basierenden Verteilungskampf zwischen bedürftigen Deutschen und Geflüchteten. Im Zuge dessen kritisiert er insbesondere die migrationspolitische Agenda der SPD: „Sie lassen Millionen in unsere sozialen Sicherungssysteme einwandern, während Sie Millionen eigene Landsleute in die Altersarmut schicken“ (THL 2019: 29). Die Aufnahme und Rettung Geflüchteter, die er als Folge der „Multikulti-Ideologie“ abtut, hält er für eine Bürde und ein „irrationales Experiment“ (THL 2015d: 33). Dabei kreiert er eine Opferrolle der „Deutschen“, um das Narrativ der migrantischen Ausnutzung des deutschen Sozialstaates weiter zu nähren. Indem behauptet wird, dass keine realen Fluchtgründe bestünden und es sich folglich um massenhaften Betrug handle, wird die Verweigerung von Solidarität legitimiert. Des Weiteren wird die Aufnahme von Geflüchteten auf die Bewertung ihrer Leistung und Nützlichkeit reduziert: „Wer Einwanderung ohne Nützlichkeitsprüfung zulässt, der verrät die Interessen des eigenen Landes“ (THL 2015a: 18). „Diese Menschen [...] sind keine Bereicherung, sie sind eine Belastung für uns, finanziell und den Zusammenhalt unseres Staatswesens betreffend.“ (THL 2015f.: 10)

Des Weiteren behauptet Höcke, Geflüchtete würden generell ein Gesundheitsrisiko für Thüringen und Deutschland bedeuten. So äußerte er gegenüber Ministerpräsident Ramelow:

*Sagen [...] Sie unseren Kindern, deren Eltern und sagen Sie unseren Senioren, dass sich Tuberkulose, dass sich Masern, dass sich Windpocken, dass sich Krätze wieder in Thüringen ausbreiten. Und sagen Sie allen, dass Sie für die Lüge von der Bereicherung durch eine multikulturelle Gesellschaft auch noch bezahlen müssen. (THL 2015e: 35)*

An dieser Stelle wird Höckes fremdenfeindliche und chauvinistische Haltung besonders deutlich, indem er Migrant\*innen pauschal als Kranke abstempelt, die für die deutsche Gesellschaft lediglich Gefahren bergen würden. In der Analyse fiel besonders die Dimension der Fremdenfeindlichkeit mit 71 codierten Äußerungen ins Gewicht. Die systematische und gruppenbezogene Degradierung von Geflüchteten und Migrant\*innen konnte deutlich nachgewiesen werden. Diese Erkenntnis zeigt sich auch mit unserer theoretischen Grundlage anschlussfähig: Elias legte dar, dass die schlechtesten Eigenschaften Einzelner auf alle Außenseiter übertragen werden (Elias/Scotson 1993 [1965]: 13).

---

**Migrant\*innen werden in Höckes Reden pauschal als Kranke abstempelt, die für die deutsche Gesellschaft lediglich Gefahren bergen würden. Hier wird seine fremdenfeindliche und chauvinistische Haltung besonders deutlich.**

---

---

<sup>5</sup> THL steht im Folgenden für „Thüringer Landtag“.

## Kommunikation neurechter Inhalte

Abbildung 2 bietet eine Übersicht und Zählungen der Codings zu neurechten Inhalten, die in Höckes Reden nachzuweisen sind.<sup>6</sup>

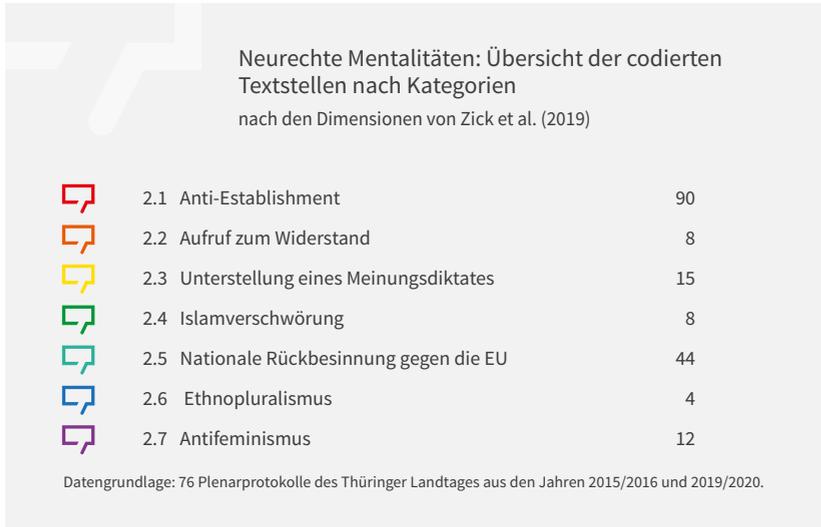


Abbildung 2: Neurechte Mentalitäten: Übersicht der codierten Textstellen nach Kategorien

Die Kategorie *Anti-Establishment* hat die Kritik an Regierungsparteien zum Mittelpunkt.<sup>7</sup> Höckes Missmut richtet sich mehrheitlich gegen die Thüringer Landesregierung. Besonders Bodo Ramelow wird in seinen Beiträgen häufig verbal angegangen: „Dieser Ministerpräsident ist eine bedauernswerte Lachnummer. Ich fordere Herrn Ramelow zum Rücktritt auf und er soll sein Kindergartenkabinett bitte direkt mitnehmen.“ (THL 2015f.: 11) Die Kritik am politischen Establishment ist in der Analyse eng verwoben mit der Kategorie der *Unterstellung eines Meinungsdictates*. Höcke beklagt u. a., man könne die Wahrheit aufgrund der „Herrschaft der politischen Korrektheit“ (THL 2019d: 36) nicht mehr äußern: „Seit Rot-Rot-Grün in Thüringen regiert, werden alle Andersdenkenden und Kritiker als Rechtsextreme, Nazis und Rassisten diffamiert“ (THL 2015g: 46).

<sup>6</sup> Die Dimensionen der „neurechten Mentalitäten“ basieren im Gegensatz zu den rechtsextremen Dimensionen nicht auf abschließender Einheitlichkeit oder gar definitorischem Konsens. Gewiss lässt sich darüber diskutieren, inwieweit die Dimensionen Inhalte der „neuen Rechten“ überhaupt abbilden. Wir möchten die einzelnen Dimensionen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) dennoch beleuchten, da sie u.E. bedeutsame thematische Überschneidungen in aktuelle Argumentationsstrategien und Themenfelder der extremen Rechten bilden.

<sup>7</sup> Die Dimension Anti-Establishment wird im wissenschaftlichen Diskurs v.a. mit dem Thema Populismus in Zusammenhang gebracht. Zeitgleich umschreibt Establishmentkritik eine originäre Aufgabe politischer Oppositionen. Dass die Dimension aber auch Bezüge zur extremen Rechten einnehmen kann, belegen Ausarbeitungen zum exkludierenden Rechtspopulismus (Priester 2016), insbesondere zum ethno-nationalistischen Typ (ebd.: 547). Hier zeigt sich die Abgrenzungsproblematik zwischen Rechtspopulismus und -extremismus besonders deutlich.

*Aufruf zum Widerstand* zeigt sich in Höckes Reden u. a. in der Rechtfertigung, Bürger\*innenwehren zu bilden. Diese würden sich aus „pure[r] Not“ (THL 2015c: 16) bilden. Dass Höcke die Flüchtlingspolitik als Staatsversagen deutet, trägt zum Aufruf zur Selbstjustiz bei (Quent 2015). Von Aussagen wie diesen können sich insbesondere gewaltbereite Menschen dazu aufgerufen fühlen, sich Bürger\*innenwehren anzuschließen oder neue zu gründen.<sup>8</sup> Die Destabilisierungspotenziale hinsichtlich des Staates und seines Gewaltmonopols (Schmidt-Lux 2013) sowie die Gefahren, die im Sinne politisch rechts motivierter Gewalt für bestimmte Personengruppen einhergehen (Quent 2015), liegen auf der Hand. Die *nationale Rückbesinnung* gegen die EU ist eine der meistkodierten Dimensionen neurechter Attributionen. Es fällt auf, dass Höcke diese häufig mit finanzpolitischen Argumenten gegen die europäische Währungsunion begründet. So beklagt er, dass man die „stabilste Währung der Welt, d[ie] D-Mark, ohne Not hingegeben“ und damit „währungspolitische Souveränität“ eingebüßt habe (THL 2016a: 124). Die Politiken der EU bezeichnet er als „Vergemeinschaftungswahn“ (ebd.: 125).

---

**Die nationale Rückbesinnung gegen die EU ist eine der meistkodierten Dimensionen neurechter Attributionen. Es fällt auf, dass Höcke diese häufig mit finanzpolitischen Argumenten gegen die europäische Währungsunion begründet.**

---

*Die EU [...] ist Gleichmacherei und Uniformierung, ist Gängelung, Bevormundung und Fremdbestimmung. Das ist die Tyrannei der Werte [...] und die Herrschaft der Beamten ohne demokratische Kontrolle. Sie ist eine riesige Umverteilungsmechanik. [...] Für uns [...] Deutsche ist sie tatsächlich ein gigantisches Mittelstands- und Wohlstandsvernichtungsprogramm.*  
(THL 2019c: 66)

Man sollte dabei bedenken, dass die EU nicht nur Währungsunion, sondern eine für Deutschland profitable Wirtschaftsunion ist. EU-Mitgliedsstaaten profitieren vom europäischen Binnenmarkt, so auch Deutschland und Thüringen, das durch eine stark exportabhängige Wirtschaft geprägt ist. „Für Deutschland beziffern sich die jährlichen Einkommenszuwächse pro Person auf 1.046 Euro. [...] Zusammengerechnet erzielt Deutschland mit insgesamt 86 Milliarden Euro pro Jahr die höchsten Einkommensgewinne im europäischen Ländervergleich“ (Bertelsmann Stiftung 2019). Dass von Höcke mehrheitlich Nachteile und nicht etwa Vorteile hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft benannt werden, verwundert kaum, entspricht dies doch dem seit 2013 bestehenden originären Markenkern der AfD-Agenda. Die nationalstaatliche Rückbesinnung kann nationales Denken und Abschottung gegenüber anderen Staaten befördern.

Weitere gesellschaftliche Spaltungspotenziale gehen in Höckes Reden von ethnopluralistischem Denken aus. Das Konzept des *Ethnopluralismus* (Völkervielfalt) kann dabei als „rechte Antwort auf den linken Multikulturalismus“ (Virchow et al. 2016: 540) der 1970er-Jahre verstanden werden. Er

---

<sup>8</sup> Aus einer Kleinen Anfrage geht hervor, dass der Landesregierung im September 2018 vier Bürger\*innenwehren bekannt waren. „Sie gründeten sich mutmaßlich als Protestbewegung gegen die bestehende Sicherheits- bzw. Flüchtlings- und Asylpolitik. Die [...] Gruppierungen weisen Bezüge zum rechtsextremistischen Spektrum auf.“ (THL 2018).

zielt auf kulturelle Differenzen, ethnische Separation sowie Abschottung und ist daher dem „kulturalistischen Rassismus“ (vgl. ebd.: 144) zuzuordnen. Ethnopluralismus bietet darüber hinaus inhaltliche Anschlusspotenziale an völkisch-nationale Homogenitätstheorien (vgl. ebd.: 541). Höcke spricht sich beispielsweise gegen „multikulturalisierte Jungmännergesellschaften“ (THL 2015e: 35) aus. Die Aufnahme von Geflüchteten beschreibt Höcke als „Zwangsmultikulturalisierung gegen den Mehrheitswillen der Menschen“ (THL 2019: 21) und schürt damit Ausgrenzung und Hass gegen Schutzsuchende. Dass er eine heterogene und vielfältige Gesellschaft ablehnt, wird in letzterem Zitat („Zwangsmultikulturalisierung“) deutlich.

Höcke reproduziert ein stereotypes Bild von Geflüchteten als „jung, männlich und muslimisch“ (THL 2015f: 10). Der Islam ist ein wiederkehrendes Thema seiner Reden. Wenn gleich er den politischen Islam, die Scharia und den Dschihad von der „individuellen Religionsausübung“ (THL 2016b: 15) vordergründig trennt, (re-)produziert er Narrative der *Islamverschwörung*. Höcke äußert sich kritisch gegenüber dem Bau von Moscheen und begründet dies mit einem Zitat von Recep Erdogan

---

**Höcke reproduziert ein stereotypes Bild von Geflüchteten. Der Islam ist ein wiederkehrendes Thema seiner Reden. Wenn gleich er den politischen Islam, die Scharia und den Dschihad von der „individuellen Religionsausübung“ vordergründig trennt, (re-)produziert er Narrative der Islamverschwörung.**

---

aus dem Jahr 1997: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette [...] und die Gläubigen unsere Soldaten.“ (Ebd.) Höckes Schlussfolgerung: „Dieses Zitat belegt, [...] der Islam ist nicht in der Lage, Religion und Politik zu trennen“ (ebd.). Er beschwört damit das Bild einer „islamischen Invasion“, welches exemplarisch für islamophobe Hassrede ist. Argumentationsmuster wie diese werden dann aufgegriffen, wenn es beispielsweise um die Einschränkung der Religionsfreiheit geht. Was er auslöst: Das Zitat geht zurück auf ein Gedicht des türkisch-nationalistischen Ziya Gökalp aus dem Jahr 1912. Erdogan wurde nach dieser Rezitation wegen religiöser Hetze zu einer Haftstrafe verurteilt und bekam ein mehrjähriges Politikverbot (Sen 2007). Diese juristischen Konsequenzen sind exemplarisch für die Trennung von Politik und Religion, wenn gleich die politische Debatte um die Säkularisierung in der Türkei anhält (Dreßler 2017).

Höcke bedient auch die Dimension des *Antifeminismus*. „Frauen brauchen keine Quote“, so sein Credo (THL 2019b: 81). Er spricht von einer „pauschale[n] Diskriminierung männlichen Personals an deutschen bzw. thüringischen Universitäten“ und bezeichnet arbeitsmarktpolitische Geschlechtergerechtigkeit als „Ausfluss einer vollkommen verqueren und an der Lebenswirklichkeit vorbeigehenden Quotenpolitik“ (THL 2015b: 46). Genderpolitiken seien „Propagandaprogramm“ und ihre Befürworter würden die „Zerstörung der Familie“ vorantreiben (THL 2019c: 64).

Wir können in den Reden und Beiträgen Höckes Belege für alle Dimensionen finden, die in Bezug zu neurechten Mentalitäten stehen.

## Diskussion

Die Analyse verdeutlicht, dass Höcke zwischen positiv überhöht dargestellten Deutschen bzw. Thüringer\*innen und negativ stigmatisierten Migrant\*innen differenziert. Dass er vornehmlich gegen Geflüchtete und Migrant\*innen hetzt, folgt dabei einer spezifischen Funktionslogik der Macht. Extreme Rechte fordern durch nationale Homogenitätsvorstellungen getragene Etabliertenvorrechte ein, indem sie vor allem Zugewanderte und Geflüchtete als Bedrohung des „deutschen Volkes“ inszenieren. Auf theoretischer Ebene sind diese Erkenntnisse anschlussfähig an die Etablierten-Außenseiter-Figuration Elias' und machen dessen Anwendbarkeit in heterogenen Migrationsgesellschaften deutlich. Mit rechtsextremen Hasstiraden schüren Hassredner\*innen ein Klima exkludierender Solidarität (Flecker et al. 2018) und befeuern damit Macht- und Verteilungskämpfe. Gleichzeitig offenbart sich, dass extrem rechte Politiker\*innen wie Höcke mit nationalistisch-chauvinistischen Lobgesängen und menschenfeindlichen Hasstiraden erheblich zu gesellschaftlichen Spaltungspotenzialen beitragen können.

---

**Die Analyse zeigt, dass Höcke zwischen positiv überhöht dargestellten Deutschen bzw. Thüringer\*innen und negativ stigmatisierten Migrant\*innen differenziert. Dass er vornehmlich gegen Geflüchtete und Migrant\*innen hetzt, folgt einer spezifischen Funktionslogik der Macht: Extreme Rechte fordern durch nationale Homogenitätsvorstellungen getragene Etabliertenvorrechte ein.**

---

Es bleibt festzuhalten: Höcke verbreitet Inhalte, die inhaltlich rechtsextremen Dimensionen zuzuordnen sind und auf neurechte Ideologien verweisen. Quantitativ überwiegen neurechte Bezüge. Eine Übersicht der Codierungen (vgl. Tabelle 1) zeigt, dass die sprachlichen Reproduktionen der Inhalte der rechtsextremen Dimensionen in den Jahren 2019/20 um circa ein Fünftel zurückgingen. Besonders die fremdenfeindlichen und chauvinistischen Bezüge nahmen deutlich ab. Dass keine Bezüge zu den Dimensionen *Verharmlosung einer rechtsgerichteten Diktatur*, *Verharmlosung des Nationalsozialismus* und *Antisemitismus* nachgewiesen werden können, verwundert aufgrund des formellen Rahmens nur wenig.<sup>9</sup>

Dieser Befund weist eine interessante Überschneidung zu aktuellen Ergebnissen der Einstellungsforschung auf. Decker und Brähler (2020: 49) konnten in ihrer aktuellen Untersuchung in den Dimensionen Fremdenfeindlichkeit (16,5 %) und Chauvinismus (14,1 %) die höchsten Zustimmungswerte feststellen. Auch die Ergebnisse des Thüringen-Monitors verweisen auf hohe Zustimmungswerte im Bereich von Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit (Reiser et al. 2019: 52 sowie vgl. den Beitrag von Reiser et al. in diesem Band). Dass Höcke genau diese Dimensionen des Rechtsextremen mehrheitlich bedient, könnte ihm, was den Rückhalt in der Bevölkerung sowie die Wahlerfolge bei der anstehenden Landtagswahl betrifft, weiterhin zuträglich sein.

---

<sup>9</sup> An dieser Stelle sei auf bestimmte *Vertarnungsstrategien* verwiesen, wie sie bspw. Ackermann (2017) am Beispiel des Antisemitismus der AfD ausdifferenzierte.

Übersicht der codierten Textstellen und prozentualen Anteile nach Jahren und Dimensionen von Zick et al. (2019).

Dimensionen des Rechtsextremismus	Gesamt		2015/2016		2019/2020	
	Anzahl der codierten Textstellen	Prozent	Anzahl der codierten Textstellen	Prozent	Anzahl der codierten Textstellen	Prozent
Verharmlosung einer rechtsgerichteten Diktatur	–	–	–	–	–	–
Fremdenfeindlichkeit	71	26,6 %	56	32,6 %	15	15,8 %
Verharmlosung des Nationalsozialismus	–	–	–	–	–	–
Chauvinismus	11	4,1 %	9	5,2 %	2	2,1 %
Antisemitismus	–	–	–	–	–	–
Sozialdarwinismus	4	1,5 %	4	2,3 %	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>86</b>	<b>32,2 %</b> (von Total)	<b>69</b>	<b>40,1 %</b> (von Total)	<b>17</b>	<b>17,9 %</b> (von Total)
<b>Dimensionen der neurechten Mentalitäten</b>						
Anti-Establishment	90	33,7 %	45	26,2 %	45	47,4 %
Aufruf zum Widerstand	8	3,0 %	8	4,7 %	–	–
Unterstellung eines Meinungsdictates	15	5,6 %	9	5,2 %	6	6,3 %
Islamverschwörung	8	3,0 %	8	4,7 %	–	–
Nationale Rückbesinnung gegen die EU	44	16,5 %	25	14,5 %	19	20,0 %
Ethnopluralismus	4	1,5 %	3	1,7 %	1	1,1 %
Antifeminismus	12	4,5 %	5	2,9 %	7	7,4 %
<b>Gesamt</b>	<b>181</b>	<b>67,8 %</b> (von Total)	<b>103</b>	<b>59,9 %</b> (von Total)	<b>78</b>	<b>82,1 %</b> (von Total)
<b>Total</b>	<b>267</b>	<b>100 %</b>	<b>172</b>	<b>100 %</b>	<b>95</b>	<b>100 %</b>
<i>Anzahl der ausgewerteten Plenarprotokolle</i>	76		41		35	

Tabelle 1: Übersicht der codierten Textstellen und prozentualen Anteile nach Jahren und Dimensionen

Tabelle 1 zeigt, dass sich Höcke bereits in den Jahren 2015/16 mehrheitlich auf neurechte Inhalte bezog, mehr noch in den Jahren 2019/20. Inhalte bzgl. einer *Islamverschwörung* oder *Aufruf zum Widerstand* geraten in diesen Jahren gänzlich in den Hintergrund. Eine nationale Rückbesinnung gegen die EU sowie *Anti-Establishment*-Bezüge waren 2015/2016 und bleiben auch 2019/20 Kern der von Höcke reproduzierten neurechten Kommunikation. Dieser Befund könnte einerseits dafür sprechen, dass die Beobachtung des Verfassungsschutzes sowie das Auflösungs-gesuch des Bundesvorstandes der AfD des „Flügels“ zu einer (zumindest sprachlichen) Mäßigung Höckes im Parlament beigetragen haben könnte. Ein trügerischer Erfolg, bleibt seine Gesinnung doch weiter rechtsextrem – wie die Qualität seiner Aussagen 2019/20 sowie seine Auftritte außerhalb des Parlamentes (z. B. beim Jugendverbandstreffen der „Jungen Alternativen“ in Dresden 2017) belegen. Der Rückgang von beispielsweise fremdenfeindlichen Aussagen könnte andererseits

darauf zurückzuführen sein, dass die AfD 2015/16 aufgrund des Schwerpunktthemas Migration im Parlament<sup>10</sup> entsprechend häufiger die Möglichkeit hatte, sich fremdenfeindlich zu äußern. Wir interpretieren die vordergründige Mäßigung im Parlament als Anpassungsstrategie. Denn die Ausrichtung an gesellschaftspolitische Wandlungsprozesse ist für politische Akteure von Bedeutung. Diesbezüglich lässt sich auf die Salonfähigkeit neurechter Ressentiments verweisen, die auch in konservativen Kreisen Anklang findet. Sie ist als „bedenkliche Erosion der Abgrenzung [zu deuten], die eigentlich zwischen demokratischen Konservativen und extremistischen Rechten vorhanden sein sollte“ (Pfahl-Traugher 2019: 33).

Mithilfe des kategoriengeleiteten Auswertungsverfahrens konnten prozessuale Veränderungen rechtsextremer Hassrede im Thüringer Landtag systematisch beleuchtet werden. Zugleich ermöglicht das Vorgehen Anschlussfähigkeit an weitere Forschung. Die Befunde bezeugen die Notwendigkeit, rechtsextreme Hassrede insbesondere auch außerhalb von

Parlamenten verstärkt in den Blick zu nehmen, denn Höckes außerparlamentarische Auftritte zeigen seine rechtsextreme Einstellung mehr als deutlich. Ein Parlamentarier wie er gefährdet nicht nur demokratische Grundwerte, er befördert ein Klima der Angst, des Hasses und der Abschottung. Wirkungsvolle Strategien für den Umgang mit Rechtsextremen in Parlamenten zu entwickeln, bleibt weiterhin eine starke Herausforderung für die Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Die Thüringer\*innen werden bei der Landtagswahl im Herbst 2021 selbst entscheiden können, ob sie ihre wertvolle Stimme der AfD und damit dem rechtsextremen Höcke geben wollen – oder nicht.

---

**Wirkungsvolle Strategien für den Umgang mit Rechtsextremen in Parlamenten zu entwickeln, bleibt weiterhin eine Herausforderung für Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik.**

---

**Claudia Tutino**, M. A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie (Prof. Dr. Stefanie Ernst) der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Sie ist Stipendiatin der Nachwuchsforschungsgruppe „RExDel“, die an der Ruhr-Universität Bochum (Prof. Dr. Tobias Singelnstein) angesiedelt ist. Sie promoviert zum Thema „Polizeiliche Wahrnehmung und Bewertung rechtsextremer Gewaltdelinquenz in deutschen Großstädten“.

**Valentin Schillig**, B. A., studiert Politikwissenschaft im Master an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. In seiner empirisch angelegten Bachelorarbeit, die an der Professur für Arbeit und Wissen (Prof. Dr. Stefanie Ernst) entstand, setzte er sich figurationssoziologisch mit Björn Höckes Redebeiträgen im Thüringer Landtag auseinander.

---

<sup>10</sup> Auch die Argumentation, Krisen seien als begünstigenden Faktor für die Wahlerfolge rechte Parteien zu interpretieren (Heitmeyer 2018a: 89ff.; 2018b: 121), ist anschlussfähig.

## Literatur

- Ackermann, Tim (2017): Der Antisemitismus der AfD. In: Allmendinger, Björn/Fährmann, Joachim/Tietze, Klaudia [Hrsg.]: Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft. VSA: Hamburg, S. 52–63.
- Bertelsmann Stiftung (2019): EU-Binnenmarkt erhöht Pro-Kopf-Einkommen der Deutschen um 1.000 Euro jährlich - Bertelsmann Stiftung. Online: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/mai/eu-binnenmarkt-erhoeht-pro-kopf-einkommen-der-deutschen-um-1000-euro-jaehrlich/> [27.12.2020].
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2020a): Bundesamt für Verfassungsschutz stuft AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein (2020). Online: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/pressemitteilung-2020-1.html> [22.03.2021].
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2020b): BfV-Pressekonferenz vom 12. März 2020 zum Stand der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Online: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/reden/DE/2020/statement-haldenwang-presekonferenz-stand-der-bekaempfung-des-rechtsextremismus.html> [22.03.2021].
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2021): Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität. Online: [https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Bekaempfung\\_Rechtsextremismus\\_Hasskriminalitaet.html](https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Bekaempfung_Rechtsextremismus_Hasskriminalitaet.html) [22.03.2021].
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar [Hrsg.] (2020): Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. Heinrich Böll Stiftung. Psychosozial-Verlag: Gießen.
- Elias, Norbert/Jentges, Erik (2014): Gruppencharisma und Gruppenschande. Deutsche Schillergesellschaft: Marbach am Neckar.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (1993 [1965]): Etablierte und Außenseiter. Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Ernst, Stefanie/Korte, Hermann [Hrsg.] (2017): Gesellschaftsprozesse und individuelle Praxis. Vorlesungsreihe zur Erinnerung an Norbert Elias. Springer VS: Wiesbaden.
- Flecker, Jörg/Altreiter, Carina/Schindler, Saskja (2018): Erfolg des Rechtspopulismus durch exkludierende Solidarität? Das Beispiel Österreich. In: Becken, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter [Hrsg.]: Arbeiterbewegung von Rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Campus: Frankfurt a.M., S. 245–255.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018a): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Suhrkamp: Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018b): Autoritärer Nationalradikalismus: Ein neuer politischer Erfolgstypus zwischen konservativem Rechtspopulismus und gewaltförmigem Rechtsextremismus. In: Becken, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter [Hrsg.]: Arbeiterbewegung von Rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Campus: Frankfurt a.M., S. 117–136.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II. Suhrkamp: Berlin.
- Jahnen, Verena (2019): Die Sprache der AfD und wie sie sich verändert. In: Walther, Eva/Isemann, Simon [Hrsg.]: Die AfD – psychologisch betrachtet. Springer: Wiesbaden.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Beltz: Weinheim.
- Meibauer, Jörg (2013): Hassrede – von der Sprache zur Politik. Online: [http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2013/9251/pdf/HassredeMeibauer\\_2013.pdf](http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2013/9251/pdf/HassredeMeibauer_2013.pdf) [22.03.2021].
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Priester, Karin (2016): Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander [Hrsg.]: Handbuch Rechtsextremismus. Springer VS: Wiesbaden.
- Quent, Matthias (2015): Neuer Vigilantismus in der Alten Welt. Bürgerwehren, Gewalt gegen Flüchtlinge und die Ambivalenz des rechten Terrors. Online: [https://www.academia.edu/20006359/Neuer\\_Vigilantismus\\_in\\_der\\_Alten\\_Welt\\_B%C3%BCrgerwehren\\_Gewalt\\_gegen\\_Fl%C3%BCchtlinge\\_und\\_die\\_Ambivalenz\\_des\\_rechten\\_Terrors](https://www.academia.edu/20006359/Neuer_Vigilantismus_in_der_Alten_Welt_B%C3%BCrgerwehren_Gewalt_gegen_Fl%C3%BCchtlinge_und_die_Ambivalenz_des_rechten_Terrors) [28.12.2020].
- Reiser, Marion/Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Fürnberg, Ossip/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2019): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tm2019.pdf> [22.03.2021].
- Schmidt-Lux, Thomas (2013): Vigilantismus als politische Gewalt. Eine Typologie. In: Behemoth, 6, Heft 1, S. 98–117.

- Schreier, Margrit (2012): *Qualitative content analysis in practice*. SAGE: Los Angeles, London, Melbourne, New Delhi, Singapore, Washington DC.
- Schulz, Irene (2015): Die demagogische Rederhetorik des Björn Höcke. In: *sprechen*. Zeitschrift für Sprechwissenschaft, 34, Heft 66, S. 50–61.
- Sen, Faruk (2007): Kommentar: Recep Tayyip Erdogan: Der Islamist als Modernisierer. Online: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article6068757/Recep-Tayyip-Erdogan-Der-Islamist-als-Modernisierer.html> [09.12.2020].
- Stöss, Richard (2005): *Rechtsextremismus im Wandel*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin. Online: <https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf> [22.03.2021].
- tagesschau.de (2020): AfD-„Flügel“ löst sich auf. Online: <https://www.tagesschau.de/inland/afd-fluegel-123.html> [27.12.2020].
- Thüringer Landtag (2015a): Plenarprotokoll 6/06 vom 25.02.2015. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/54455/6\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/54455/6_plenarsitzung.pdf) [22.05.2020].
- Thüringer Landtag (2015b): Plenarprotokoll 6/11 vom 27.03.2015. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/54541/11\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/54541/11_plenarsitzung.pdf) [22.05.2020].
- Thüringer Landtag (2015c): Plenarprotokoll 6/17 vom 17.06.2015. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55177/17\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55177/17_plenarsitzung.pdf) [22.05.2020].
- Thüringer Landtag (2015d): Plenarprotokoll 6/18 vom 18.06.2015. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55178/18\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55178/18_plenarsitzung.pdf) [22.05.2020].
- Thüringer Landtag (2015e): Plenarprotokoll 6/23 vom 24.08.2015. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55606/23\\_plenarsitzung\\_sondersitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55606/23_plenarsitzung_sondersitzung.pdf) [22.05.2020].
- Thüringer Landtag (2015f): Plenarprotokoll 6/24 vom 09.09.2015. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55782/24\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55782/24_plenarsitzung.pdf) [22.05.2020].
- Thüringer Landtag (2015g): Plenarprotokoll 6/34 vom 26.11.2015. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/56608/34\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/56608/34_plenarsitzung.pdf) [22.05.2020].
- Thüringer Landtag (2016a): Plenarprotokoll 6/40 vom 28.01.2016. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/57212/40\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/57212/40_plenarsitzung.pdf) [22.05.2020].
- Thüringer Landtag (2016b): Plenarprotokoll 6/49 vom 18.05.2016. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/58372/49\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/58372/49_plenarsitzung.pdf) [22.05.2020].
- Thüringer Landtag (2018): Kleine Anfrage des Abgeordneten Walk. Drucksache 6/5837 vom 13.06.2018. Online: <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/67537/erkenntnisse-zu-b%C3%BCrgerwehren-im-frei-staat-th%C3%BCr-ingen-aktueller-stand.pdf> [22.03.2021].
- Thüringer Landtag (2019a): Plenarprotokoll 6/136 vom 30.01.2019. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/69903/136\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/69903/136_plenarsitzung.pdf) [22.12.2020].
- Thüringer Landtag (2019b): Plenarprotokoll 6/143 vom 28.03.2019. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/70623/143\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/70623/143_plenarsitzung.pdf) [22.12.2020].
- Thüringer Landtag (2019c): Plenarprotokoll 6/147 vom 10.05.2019. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/71064/147\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/71064/147_plenarsitzung.pdf) [22.12.2020].
- Thüringer Landtag (2019d): Plenarprotokoll 7/03 vom 12.12.2019. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/72818/3\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/72818/3_plenarsitzung.pdf) [22.12.2020].
- Thüringer Landtag (THL) (2019): Plenarprotokoll 6/151 vom 14.06.2019. Online: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/71435/151\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/71435/151_plenarsitzung.pdf) [22.12.2020].
- Treibel, Annette (2009): *Figurations- und Prozesstheorie*. In: Kneer, Georg/Schroer, Markus [Hrsg.]: *Handbuch Soziologische Theorien*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 133–160.
- Treibel-Illian, Annette (2017): *Neue Machtverhältnisse im Einwanderungsland Deutschland?* In: Ernst, Stefanie/Korte, Hermann [Hrsg.]: *Gesellschaftsprozesse und individuelle Praxis. Vorlesungsreihe zur Erinnerung an Norbert Elias*. Springer VS: Wiesbaden, S. 145–165.
- Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander [Hrsg.] (2016): *Handbuch Rechtsextremismus*. Springer VS: Wiesbaden.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): *Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Dietz: Bonn.





# **POLITISCHE KULTUR UND DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT**

**„DER THÜRINGEN-MONITOR  
MISST IM JAHR 2020 EINE  
SEHR HOHE UNTERSTÜTZUNG  
DER DEMOKRATIE. 87 %  
STIMMTEN DER AUSSAGE ZU,  
DASS DIE DEMOKRATIE DIE  
BESTE ALLER STAATSIDEEN  
IST. DIE ZUFRIEDENHEIT  
MIT DER PRAXIS DER  
DEMOKRATIE ERREICHTE 2020  
MIT 68 % DEN BISHERIGEN  
REKORDWERT SEIT BEGINN  
DER ERHEBUNG.“**



MARION REISER, ANNE KÜPPERS, JÖRG HEBENSTREIT,  
LARS VOGEL & AXEL SALHEISER

# Politische Einstellungen während der Corona-Pandemie: Befunde des THÜRINGEN-MONITORS 2020

Marion Reiser, Anne Küppers, Jörg Hebenstreit, Lars Vogel & Axel Salheiser

---

Der THÜRINGEN-MONITOR, die jährliche Bevölkerungsbefragung zu politischen Einstellungen im Auftrag der Thüringer Landesregierung, stand 2020 im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Abgefragt wurde u. a. die Betroffenheit und die Risikowahrnehmung der Thüringer\*innen, ihre Einstellungen gegenüber den Strategien zur Pandemiebewältigung sowie „Corona-Skepsis“ und pandemiebezogenes Verschwörungsdenken. Wie jedes Jahr wurden auch die allgemeinen Einstellungen zur Demokratie sowie die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen gemessen, außerdem die Zustimmung zu Aussagen über Minderheiten. Besonders relevant war, inwiefern sich jene Einstellungen in der Pandemie-Situation verändert hatten oder sich Trends der Vorjahre fortsetzten.

---

## Empfohlene Zitierung:

Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars/Salheiser, Axel (2021): Politische Einstellungen während der Corona-Pandemie: Befunde des THÜRINGEN-MONITORS 2020. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratieverstärkungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 136–147.

## Schlagwörter:

***THÜRINGEN-MONITOR 2020, politische Einstellungen, Demokratie, Pandemiebewältigung***

## Einleitung

Das Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORs 2020 (Reiser et al. 2021) war die Corona-Pandemie in Thüringen. Seit dem Frühjahr 2020 wird das Leben aller Einwohner\*innen Thüringens ebenso wie die öffentliche Debatte von der Pandemie, ihren Folgen sowie den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung beherrscht. Viele dieser Maßnahmen wurden und werden kontrovers diskutiert. Daher standen im THÜRINGEN-MONITOR die Sorgen und Einstellungen der Thüringer\*innen bezüglich des Corona-Virus, die Bewertung der Maßnahmen ebenso wie die Folgen der Pandemie für sie selbst, das Gesundheitssystem, die Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie im Zentrum. In den differenzierten Einschätzungen und Bewertungen der Befragten spiegeln sich dabei auch die großen Herausforderungen für die Politik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen wider.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass der Befragungszeitraum im September und Oktober 2020 in eine Periode bundes- und thüringenweit niedriger Fallzahlen fiel. Zudem war Thüringen – im bundesdeutschen Vergleich – von der ersten Welle nur schwach betroffen. Daher waren bis zum Zeitpunkt der Befragung nur 12 % der befragten Thüringer\*innen entweder selbst betroffen oder hatten am Virus erkrankte Personen in ihrem persönlichen Umfeld. Das dramatische Infektionsgeschehen der zweiten Welle, in der Thüringen zu den am stärksten betroffenen Regionen Deutschlands gehörte, setzte erst nach Abschluss der Befragung ein. Dies dürfte das Antwortverhalten der Befragten beeinflusst haben, sodass alle Ergebnisse vor diesem Hintergrund interpretiert werden müssen.

## Die Corona-Pandemie in Thüringen: Herausforderung für die Demokratie?

Die gesundheitliche Gefahr durch das Corona-Virus wurde in Thüringen zum Befragungszeitpunkt im September und Oktober 2020 als vergleichsweise gering eingeschätzt: So sah eine deutliche Mehrheit von 72 % der Befragten durch das Virus keine Gefahr für ihre eigene Gesundheit. Ein deutlich höheres gesundheitliches Risiko sahen, den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechend, vor allem jene Thüringer\*innen, die über 60 Jahre alt waren und die sich aufgrund von Vorerkrankungen einer Risikogruppe zuordneten. Des Weiteren nahmen diejenigen das Virus verstärkt als gesundheitliche Bedrohung wahr, die selbst oder in ihrem persönlichen Umfeld vom Virus betroffen waren. Da auch andere Studien (Dryhurst et al. 2020) einen signifikanten Zusammenhang zwischen der persönlichen Betroffenheit und einer erhöhten Risikowahrnehmung feststellen, ist anzunehmen, dass durch das dramatische Infektionsgeschehen in der zweiten Welle die Risikowahrnehmung der Thüringer\*innen deutlich angestiegen ist.

---

**Die gesundheitliche Gefahr durch das Corona-Virus wurde in Thüringen zum Befragungszeitpunkt im September und Oktober 2020 als vergleichsweise gering eingeschätzt: Eine deutliche Mehrheit von 72 % der Befragten sah keine Gefahr für die eigene Gesundheit.**

---

Auf die offene Frage, was ihnen bei der Bewältigung der Corona-Krise insgesamt am wichtigsten sei, dominierten insbesondere zwei Themen die spontanen Antworten der befragten Thüringer\*innen: die Pandemiebekämpfung und der Wunsch nach Gesundheit für sich selbst, aber auch für andere. Außerdem wurde wiederholt die Hoffnung auf eine Rückkehr zur „Normalität“ und auf einen bald verfügbaren Impfstoff gegen das Virus geäußert. Mit Blick auf die Pandemiebekämpfung war die mit Abstand häufigste Forderung, dass die Mitmenschen die zahlreichen Regeln einhalten sollten. Hingegen wurde Kritik an Maßnahmen oder die Forderung nach einer Lockerung deutlich seltener geäußert.

Dies spiegelt sich auch in der insgesamt hohen Akzeptanz der Thüringer\*innen für die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wider. So hielten 83 % die Maskenpflicht und 74 % die Kontaktbeschränkungen für sinnvoll bzw. sogar für sehr sinnvoll. Schul- und Kitaschließungen sowie die Schließung von Läden und Restaurants wurden zwar kritischer gesehen, aber dennoch von einer Mehrheit der Thüringer\*innen als sinnvoll bewertet. 70 % der befragten Thüringer\*innen befürworteten auch generell die Einschränkung von Grundrechten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Diese insgesamt hohe Akzeptanz der Maßnahmen deckt sich mit den Ergebnissen bundesweiter Umfragen und dürfte mit einer hohen Bereitschaft einhergehen, den Regeln auch Folge zu leisten.

Eine geringere Zustimmung erhielt zum Zeitpunkt der Befragung die Impfung als zentrale Maßnahme der Pandemiebekämpfung: Nur knapp die Hälfte der befragten Thüringer\*innen gab an, sich impfen lassen zu wollen, während dies knapp ein Fünftel vehement ablehnte. Diese vehementen Impfgegner\*innen („auf keinen Fall impfen“) unterschieden sich von den anderen Befragten insbesondere dadurch, dass sie das Virus eher als Grippe verharmlosten und ein deutlich erhöhtes Misstrauen in die zentralen Institutionen – wie das Robert Koch-Institut, die Wissenschaft und die Regierung – hatten. Hingegen speiste sich eine zurückhaltende Einstellung („bin mir unsicher“ und „eher nicht impfen“), die ein Viertel der Befragten äußerte, nicht aus diesen Corona-verharmlosenden Einstellungen. Stattdessen scheint sich diese Zurückhaltung auf Ängste und Unwissenheit über die eingesetzten Impfstoffe zurückführen zu lassen.

Die Belastungen durch die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus sind jedoch in der Thüringer Bevölkerung ungleich verteilt: Für 15 % der Befragten hatte sich die persönliche wirtschaftliche Situation zum Zeitpunkt der Befragung bereits stark verschlechtert, ein Fünftel der Befragten sah eine (sehr) große Gefahr für die eigene ökonomische Lage. Neben Selbstständigen waren insbesondere Arbeiter\*innen, Arbeitslose und Personen mit formal niedriger Bildung häufiger betroffen. Damit bestätigten sich auch im THÜRINGEN-MONITOR Befunde, die auf eine Verstärkung bestehender sozialer Ungleichheiten hinweisen. Für ein gutes Drittel der Thüringer\*innen war die Pandemie eine Belastung für das Familienleben. Dies trifft insbesondere auf Familien mit Kindern zu. Hinsichtlich der

---

**Die Belastungen durch die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus sind jedoch in der Thüringer Bevölkerung ungleich verteilt: Für 15 % der Befragten hatte sich die persönliche wirtschaftliche Situation zum Zeitpunkt der Befragung bereits stark verschlechtert.**

---

befürchteten Folgen der Corona-Krise dominierte bereits zum Zeitpunkt der Befragung die Sorge der Thüringer\*innen vor den wirtschaftlichen Folgen von Pandemie und Shutdown, die mehr als 80 % der Thüringer\*innen teilten. Etwas mehr als die Hälfte der Thüringer\*innen sah Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und 40 % für das Gesundheitssystem. Etwa ein Drittel der Thüringer\*innen befürchtete angesichts der größten Einschränkungen der Grundrechte seit Inkrafttreten des Grundgesetzes in Thüringen große oder sehr große Gefahren für die Demokratie (Abb. 1).

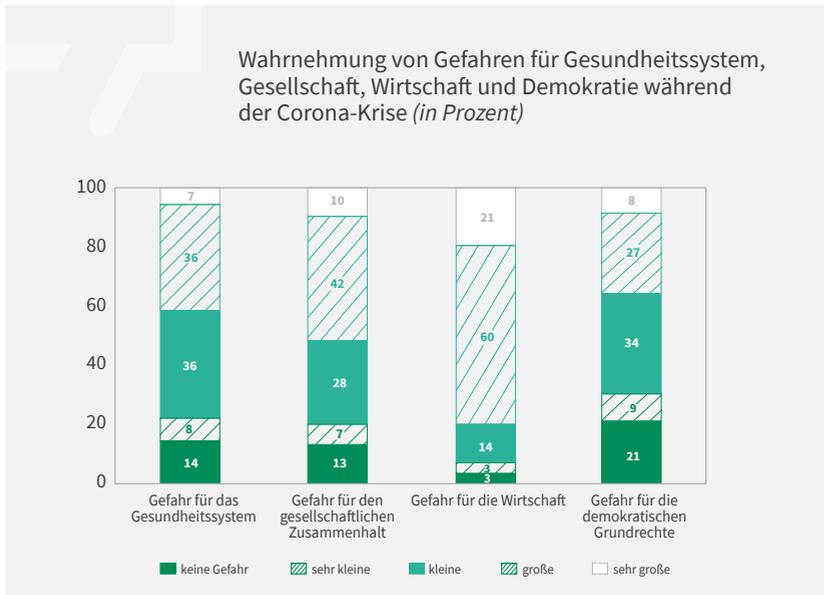


Abb. 1: Wahrnehmung von Gefahren für Gesundheitssystem, Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie während der Corona-Krise (in %)

Insgesamt bestand somit eine hohe Akzeptanz der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in der Thüringer Bevölkerung. Trotz der Sorgen um die Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie zeigte sich eine hohe Zufriedenheit mit den handelnden Politiker\*innen. Dies ist angesichts der z. T. drastischen Maßnahmen sowie der Einschränkung zahlreicher Grund- und Freiheitsrechte bemerkenswert und zeigt, dass die Thüringer\*innen – zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im September/Oktober 2020 – zu sehr großen Teilen hinter dem von Politik und Verwaltung eingeschlagenen Weg zur Eindämmung des Virus standen.

Trotz dieser insgesamt hohen Unterstützung äußerte ein nicht unerheblicher Anteil an Thüringer\*innen Corona-skeptische Einstellungen: So hielten 35 % der Befragten „das Virus für nicht schlimmer als eine Grippe“. Ein beachtlicher Anteil von 43 % gab an, dass sie ihren Gefühlen mehr vertrauen als Expert\*innen. Zudem bewertete eine knappe Mehrheit von 53 % der Thüringer\*innen die Medienberichterstattung über das Corona-Virus als „stark übertrieben“. Dass diese Wahrnehmung in Thüringen stärker vertreten wurde als im Bundesdurchschnitt, könnte möglicherweise auch an der geringen Betroffenheit Thüringens während der ersten Welle liegen.

Corona-Skeptiker\*innen (d. h. Befragte, die das Virus für nicht schlimmer als eine gewöhnliche Grippe hielten) unterschieden sich in ihren Sorgen und Bewertungen systematisch von den übrigen Thüringer\*innen: Sie bewerteten das Virus signifikant seltener als gefährlich (Abb. 2) und akzeptierten auch die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung deutlich seltener. Während die übrigen Befragten zu 87 % die Kontaktbeschränkungen und zu 96 % die Maskenpflicht für (sehr) sinnvoll hielten, lag dieser Anteil bei den Corona-Skeptiker\*innen bei lediglich 48 % bzw. 59 %. Dies bedeutet jedoch gleichzeitig: Obwohl die Maske für die Teilnehmer\*innen der Anti-Corona-Kundgebungen einen gewissen symbolischen Charakter hat, fand dennoch eine Mehrheit der befragten Corona-Skeptiker\*innen die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes sinnvoll.

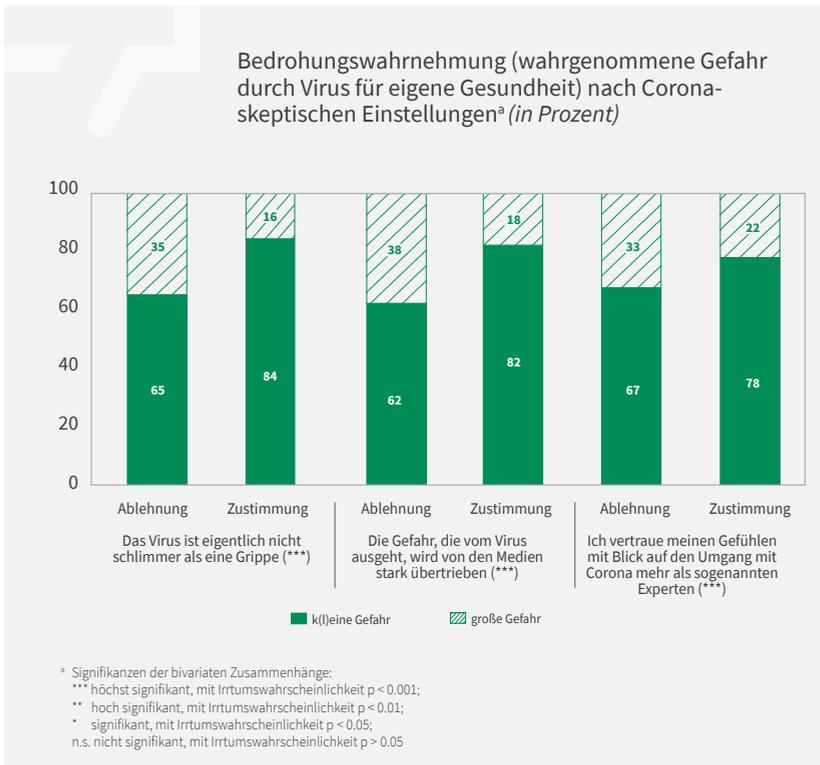


Abb. 2: Bedrohungswahrnehmung (wahrgenommene Gefahr durch Virus für eigene Gesundheit) nach Corona-skeptischen Einstellungen (in %)

Fast die Hälfte der Corona-Skeptiker\*innen glaubte an die pandemiebezogene Verschwörungserzählung, dass „geheime Organisationen“ während der Corona-Krise „großen Einfluss auf die Politik“ haben. Dieses Verschwörungsdenken wurde auch unter Nicht-Corona-Skeptiker\*innen von einem erheblichen Anteil der Befragten geteilt. Außerdem sahen Personen mit Corona-skeptischen Einstellungen verstärkt die demokratischen Grundrechte gefährdet, vertraten häufiger die Auffassung, dass es an der Zeit sei, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten, und fühlten sich überdurchschnittlich oft in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt. Sie waren auch eher bereit, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen und für die Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anzuwenden.

Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS verweisen auf eine deutliche Überlappung von pandemieskeptischen und rechtsextremen Einstellungen: Von den rechtsextrem eingestellten Befragten (s. u.) waren knapp zwei Drittel gleichzeitig auch Corona-Skeptiker\*innen. Von den Corona-Skeptiker\*innen wiederum war ein Drittel rechtsextrem eingestellt, im Vergleich zu 9 % bei den übrigen nicht-skeptischen Thüringer\*innen. Auch wenn die Gruppe der Corona-Skeptiker\*innen politisch heterogen ist und sie sich selbst auf der politischen Links-Rechts-Achse von ganz links bis ganz rechts verorteten, ist somit die Verharmlosung des Corona-Virus auch in Thüringen besonders stark im politisch rechten Spektrum verbreitet. Diese Verknüpfung von rechtsextremen und Corona-skeptischen Einstellungen stellt also eine besondere Herausforderung für die Demokratie in Zeiten der Pandemie dar.

---

**Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS verweisen auf eine deutliche Überlappung von pandemieskeptischen und rechtsextremen Einstellungen: Von den rechtsextrem eingestellten Befragten waren knapp zwei Drittel auch Corona-Skeptiker\*innen.**

---

Corona-skeptische Einstellungen fanden sich einerseits verstärkt bei Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung weder selbst noch im Umfeld vom Virus betroffen waren. Andererseits zeigten sich jedoch auch tieferliegende Gründe. So war die Unzufriedenheit mit dem politischen System und ein Misstrauen gegenüber den Institutionen und politischen Akteur\*innen bei Corona-Skeptiker\*innen besonders stark ausgeprägt. Insofern scheinen sich pandemieskeptische Haltungen insbesondere aus wahrgenommenen Repräsentationsdefiziten sowie einem Gefühl der politischen Einflusslosigkeit zu speisen.

## **Allgemeine Einstellungen zur Demokratie, zum Institutionenvertrauen und zur politischen Teilhabe**

Trotz dieser beunruhigenden Tendenzen zeigte die Langzeituntersuchung im THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2020 eine weiterhin sehr hohe Unterstützung der Demokratie. 87 % stimmten der Aussage zu, dass „die Demokratie die beste aller Staatsideen“ ist. Die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie erreichte 2020 mit 68 % sogar den bisherigen Rekordwert seit Beginn der Erhebung im Jahr 2001. Wie in den Vorjahren waren Personen, die sich in einer als gut befundenen persönlichen finanziellen Situation befanden und ein hohes Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung hatten, zufriedener mit der Praxis der Demokratie. Doch auch eine zum Befragungszeitpunkt (im Herbst 2020) sehr positive Bewertung der Corona-Politik auf Bundes- und Landesebene erhöhte die Demokratiezufriedenheit der Befragten.

Derselbe positive Trend zeigte sich beim Vertrauen in die zentralen Institutionen des politischen Systems. Insbesondere dem Robert Koch-Institut und der Wissenschaft, die beide in der Corona-Pandemie eine hohe Bedeutung haben, wurde ein sehr hohes Vertrauen entgegengebracht. Lediglich das Vertrauen in die Medien lag auf niedrigem Niveau, da ihnen nur jede\*r Vierte vertraute. Bemerkenswert war vor allem ein sprunghafter Anstieg des Vertrauens in die Landes- und

Bundesregierung, die jeweils Rekordwerte erreichten: Der Landesregierung vertrauten 53 % der Befragten (2019: 43 %), der Bundesregierung 44 % (2019: 29 %). Dies war vor dem Hintergrund der Regierungskrise im Frühjahr ein überraschendes Ergebnis. Allerdings gelten Krisen gemeinhin als Stunde der Exekutive. Entsprechend ist dieser Anstieg daher nach den Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS und in Übereinstimmung mit deutschlandweiten Untersuchungen (Bertelsmann Stiftung 2020) vermutlich auf den Einfluss der Corona-Krise zurückzuführen. Damit verbunden sank auch der Anteil der Befragten, die ihre Anliegen nicht mehr wirksam vertreten sahen, deutlich um 15 Prozentpunkte auf 57 %. Dennoch sahen weiterhin viele Thüringer\*innen erhebliche Repräsentationsdefizite. So gaben nach wie vor zwei Drittel an, dass sich die Parteien nicht für den Wählerwillen interessieren und sie selbst keinen Einfluss auf das Regierungshandeln hätten.

---

**Ein positiver Trend zeigte sich beim Vertrauen in die zentralen Institutionen des politischen Systems. Dem Robert Koch-Institut und der Wissenschaft, die beide in der Corona-Pandemie eine hohe Bedeutung haben, wurde ein sehr hohes Vertrauen entgegengebracht.**

---

Letztlich bleibt es somit beim bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN diskutierten Paradoxon: Einerseits gab es eine deutliche Mehrheit der Bürger\*innen, die das politische System nicht als responsiv einschätzen und den Eindruck haben, mit ihrem Handeln keinen Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. Andererseits gab es ein sehr hohes Maß an Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen sowie eine sehr hohe Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der politischen Akteure – zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2020.

Auch die politische Partizipation der Bürger\*innen scheint in hohem Maße von der Corona-Pandemie beeinflusst zu sein. So ist die politische Beteiligung im Vergleich zur letzten Erhebung durchgehend und zum Teil sogar erheblich zurückgegangen. Bei fast allen Formen der Beteiligung wurde der bislang niedrigste Wert seit der erstmaligen Erhebung im THÜRINGEN-MONITOR gemessen. Insbesondere Personen, welche die Gefahr durch die Corona-Krise für ihre eigene Gesundheit als groß oder sehr groß bewerteten, waren deutlich seltener bereit, sich politisch zu beteiligen. Wie ausgeführt, wiesen jedoch Personen mit Corona-skeptischen Einstellungen eine erhöhte Bereitschaft zur Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen und zur Gewaltanwendung auf.

## Rechtsextreme Einstellungen

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen 2020 gegenüber 2019 deutlich gesunken. So zeigte das auf der sogenannten Konsensdefinition des Rechtsextremismus aufbauende Messinstrument mit seinen zwei Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 24 % auf 17 % rechtsextrem eingestellter Befragter (Abb. 3). Alle Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen fanden im Jahr 2020 weniger – z. T. sogar deutlich weniger – Unterstützung als noch 2019 (Reiser et al. 2019: 52). Die stärksten Rückgänge gab es zum einen hinsichtlich der Verharmlosung des Nationalsozialismus. So ging

die Zustimmung zur Aussage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ von 26 auf 14 % zurück. Zum anderen halbierte sich auch die Zustimmung zur antisemitischen Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, von 16 auf 8 % (s. u.). Damit waren im langfristigen Vergleich Tiefststände der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen erreicht, ohne sie jedoch zu unterschreiten.

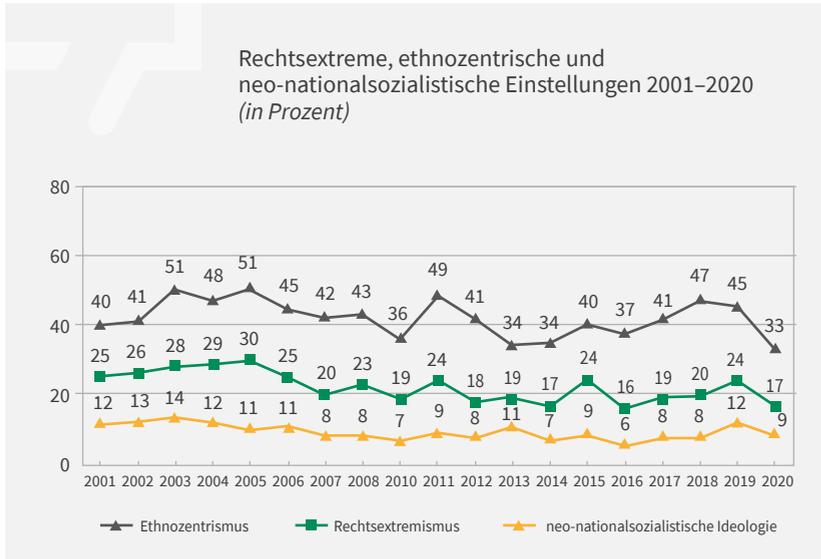


Abb. 3: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2020<sup>1</sup> (in %)

Dieser Rückgang macht deutlich, dass insbesondere ethnozentrische Einstellungen externen und situativen Einflüssen unterliegen und entsprechend durch die öffentliche und politische Auseinandersetzung geprägt werden. Mitentscheidend für den Rückgang dürfte einerseits sein, dass die Themen Migration und Integration durch Regierungs- und Corona-Krise eine deutlich verringerte öffentliche Aufmerksamkeit erhielten. Andererseits wurden die Betroffenheit und die Bewältigungsstrategien in der Pandemie zum Befragungszeitpunkt nicht als Verteilungskämpfe zwischen Eigen- und Fremdgruppen wahrgenommen – eine Wahrnehmung, die ein zentraler Erklärungsfaktor ethnozentrischer Einstellungen ist. Die im Jahr 2020 weiterhin rechtsextrem eingestellten Thüringer\*innen beurteilten v.a. die politische Bewältigung der Corona-Pandemie deutlich negativer als die übrigen Bürger\*innen. Insbesondere die politischen Aspekte beurteilten sie noch etwas negativer als die Corona-Skeptiker\*innen ohne rechtsextreme Einstellungen. Diese kritischere bis ablehnende Haltung ist v.a. durch deren schon vor der Corona-Pandemie bestehendes größeres Misstrauen in die Demokratie mit ihren Institutionen und Akteur\*innen bedingt. Solche Befragte allerdings, die rechtsextrem eingestellt waren, aber das Corona-Virus als gefährlich einschätzten, bewerteten die politischen Maßnahmen durchaus positiver. Auch wenn diese Gruppe sehr klein war, zeigt sie doch, dass auch rechtsextrem eingestellte Thüringer\*innen politisches Handeln nicht nur ideologisch motiviert wahrnehmen. Ob sich daraus eine insgesamt positivere Beurteilung der

<sup>1</sup> Im Jahr 2009 wurde kein THÜRINGEN-MONITOR erstellt.

demokratischen Institutionen und Akteur\*innen entwickeln kann, die wiederum rechtsextreme Einstellungen reduziert, wird sich erst auf längere Sicht erweisen.

## Einstellungen zu ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten

Übereinstimmend mit dem Rückgang der rechtsextremen Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung sind auch hinsichtlich der Aussagen über ethnische, soziale und kulturelle Minderheitsgruppen bemerkenswerte Veränderungen festzustellen. Negativen Aussagen über Migrant\*innen, Jüdinnen und Juden sowie Sinti\*zze und Rom\*nja wurde seltener zugestimmt als 2019. Die generalisierte Haltung zum Verhältnis von Minderheiten und Bevölkerungsmehrheit veränderte sich ebenfalls: 58 % der Befragten meinten 2020: „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern“. 2019 meinten dies noch 66 %. Insgesamt verblieben die Einstellungen gegenüber Minderheiten ambivalent: Einige Zustimmungswerte, bspw. zu Asylsuchenden, verharrten auf vergleichsweise hohem Niveau. Bei einigen Aussagen – wie jenen über Jüdinnen und Juden – stimmten zwar nur Minderheiten zu, aber doch bis zu einem Viertel der Befragten (u. a. israelbezogener Antisemitismus). Bemerkenswert ist der Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu pandemiebezogenen Verschwörungsaussagen und der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen (Abb. 4).

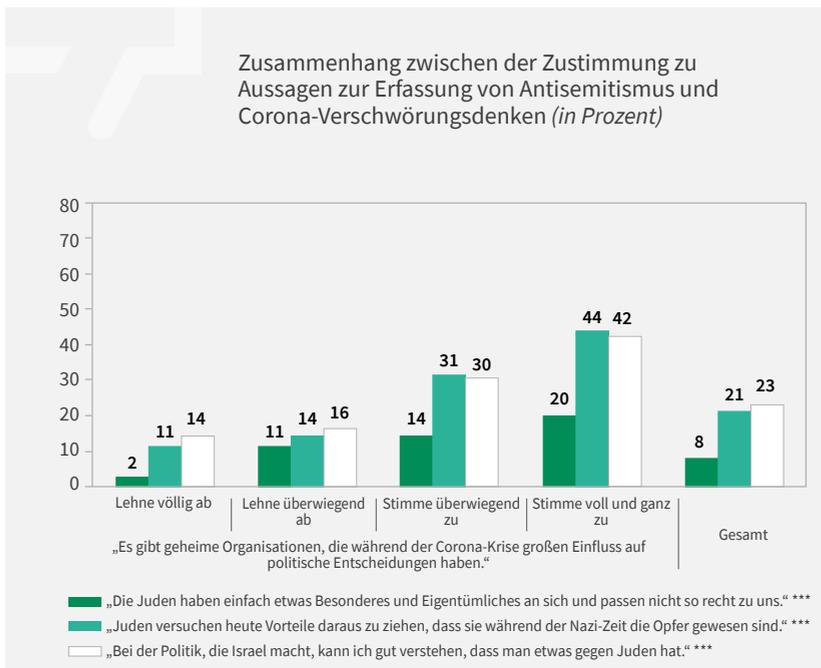


Abb. 4: Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus und Corona-Verschwörungsdenken (in %)

Aus diesem Zusammenhang kann nicht geschlussfolgert werden, dass entsprechende Befragte tatsächlich „den Juden“ (bzw. einer „jüdischen Verschwörung“) eine Schuld an der Pandemie zugewiesen hätten. Allerdings besteht der Anfangsverdacht, dass für das Antwortverhalten zumindest eine strukturelle Ähnlichkeit bzw. Wesensverwandtschaft von antisemitischen Verschwörungslegenden und pandemiebezogenen Spekulationen und Behauptungen ursächlich war.

Der (vorläufige) Rückgang einiger Zustimmungswerte bezüglich ethnischer, kultureller und sozialer Minderheiten im Jahr 2020 ist erfreulich und lässt auf die Umkehr von Trends hoffen, die in früheren THÜRINGEN-MONITOREn beobachtet werden mussten. Dennoch bleibt festzuhalten: In Thüringen besteht weiterhin erheblicher Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Akzeptanz von Diversität und des Abbaus von Ressentiments gegenüber „Fremden“.

## Fazit

Insgesamt zeigten die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020 deutliche Verschiebungen in den politischen Einstellungen der Thüringer\*innen zu Demokratie, Partizipation, Rechtsextremismus und Diversität. Neben den positiven Trends – Anstieg der Demokratiezufriedenheit und des Institutionenvertrauens sowie Rückgang rechtsex-

temer Einstellungen – stellen die Corona-Skeptikerin\*innen in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft im Freistaat Thüringen dar: Erstens gefährdet die geringere Akzeptanz der Schutzmaßnahmen die erfolgreiche Bewältigung der Pandemie, da sich dafür möglichst viele Menschen an die Maßnahmen halten müssen. Zweitens ist die festgestellte deutliche Überlappung von Corona-skeptischen und rechtsextremen Einstellungen auffällig. Drittens spiegelt sich in der Verharmlosung des Virus und im Verschwörungsdenken ein tieferliegendes Misstrauen in die Demokratie mit ihren zentralen Institutionen und Akteuren sowie Deprivationserfahrungen wider. Insofern ist dies auch ein Symptom der von einem Teil der Thüringer\*innen wahrgenommenen Repräsentationskrise. Die Analysen zeigen, dass die Corona-Pandemie, die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sowie die (befürchteten) Folgen für Wirtschaft, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt die Perspektiven und Positionen der Thüringer\*innen in hohem Maße beeinflusst haben. Zu beachten ist dabei: Die Thüringer\*innen waren zum Zeitpunkt der Befragung nur in einem vergleichsweise geringen Ausmaß durch die Krankheit betroffen. Es bleibt daher abzuwarten, wie sich das dramatische Infektionsgeschehen und seine Folgen in Thüringen in der zweiten (und dritten) Welle auf die Sorgen und Bewertungen der Thüringer\*innen auswirken. Wie hoch der „Corona-Effekt“ auf die politische Kultur im Freistaat mittel- und langfristig sein wird und inwiefern sich die positiven Ergebnisse zu einem generellen Trend verstetigen, werden erst zukünftige THÜRINGEN-MONITORE zeigen.

---

**Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020 zeigen auch positive Trends: den Anstieg der Demokratiezufriedenheit und des Institutionenvertrauens sowie den Rückgang rechtsextemer Einstellungen.**

---



**Marion Reiser**, Prof. Dr., ist Professorin für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und seit 2018 wissenschaftliche Leiterin des THÜRINGEN-MONITORS.

**Anne Küppers** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und seit Mitte 2020 Koordinatorin des THÜRINGEN-MONITORS.

**Jörg Hebenstreit**, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

**Lars Vogel**, Dr. phil., ist seit 2016 Co-Autor des THÜRINGEN-MONITORS. Er leitet den Arbeitsbereich Empirische Methoden und Politische Soziologie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig.

**Axel Salheiser**, Dr. phil., ist Soziologe und seit 2012 Co-Autor des THÜRINGEN-MONITORS. Seit 2019 arbeitet er als wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena. Er leitet dort den Bereich Rechtsextremismusforschung.

## Literatur

- Bertelsmann Stiftung (2020): Regierungsvertrauen nach erster Phase der Pandemie erreicht Höchstwerte, 13.05.2020. Online: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/monitoring-der-demokratie/projektnachrichten/regierungsvertrauen-nach-erster-phase-der-pandemie-erreicht-hoechstwerte> [12.03.2021].
- Dryhurst, Sarah/Schneider, Claudia/Kerr, John/Freeman, Alexandra/Recchia, Gabriel/van der Bles, Anne Marthe/Spiegelhalter, David/van der Linden, Sander (2020): Risk perceptions of COVID-19 around the world. In: *Journal of Risk Research* 23 (7–8), S. 994–1006.
- Reiser, Marion/Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Fürnberg, Ossip/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2019): Politische Kultur im Freistaat Thüringen: Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tm2019.pdf> [12.03.2021].
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2021): Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tm2020.pdf> [02.06.2021].

**„DIE PANDEMIE HAT DURCH  
DIE NOTWENDIGERWEISE  
AUFERLEGTE  
BESCHRÄNKUNGEN,  
ABER AUCH DURCH DEN  
ZUM NACHDENKEN  
ZWINGENDEN LOCKDOWN  
GELEGENHEIT GEGEBEN,  
DIE ZIVILGESELLSCHAFT  
SCHÄRFER ALS BISHER  
NORMATIV IN DEN BLICK  
ZU NEHMEN.“**



SIRI HUMMEL, MALTE SCHRADER & RUPERT GRAF STRACHWITZ

# Demokratie und Zivilgesellschaft in der COVID-19-Pandemie

Siri Hummel, Malte Schrader & Rupert Graf Strachwitz (Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft)

---

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit dem Zusammenhang von Demokratie und Zivilgesellschaft in der COVID-19-Pandemie auseinander. Während zwischen Demokratie und Zivilgesellschaft traditionell ein starker Zusammenhang gesehen wird, mehren sich die Anzeichen, dass dieser Zusammenhang fragiler ist als angenommen. In der Covid-19-Pandemie zeigt sich diese Entwicklung verstärkt: Auf der einen Seite ist die Zivilgesellschaft, die für Menschen- und Bürgerrechte eintritt, durch behördliche Anordnungen massiven Einschränkungen ausgesetzt. Auf der anderen Seite organisieren sich Initiativen, die den gesellschaftlichen Konsens zur solidarischen Hygiene strapazieren, von demokratiefeindlichen Bewegungen gekapert werden und ein demokratiegefährdendes Potenzial bergen.

---

## Empfohlene Zitierung:

Hummel, Siri/Schrader, Malte/Strachwitz, Rupert Graf (2021): Demokratie und Zivilgesellschaft in der COVID-19-Pandemie. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 148–159.

## Schlagwörter:

**Zivilgesellschaft, Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte, soziales Kapitel, Corona-Krise**

## Zivilgesellschaft als Schule der Demokratie

Zivilgesellschaft lässt sich als Arena kollektiven öffentlichen Handelns definieren (Strachwitz et al. 2020: 4), die analytisch von Staat und Markt abgrenzbar ist. Ihr gehören in Deutschland rund 800.000 organisierte Bewegungen, Organisationen und Institutionen an, die zwar im Hinblick auf Größe, Funktion und Ziele sehr unterschiedlich sind, die aber gemeinsame Merkmale aufweisen, welche sie von staatlichen und gewinnorientierten Organismen unterscheiden. So sind sie auf Selbstermächtigung und Selbstorganisation gegründet, nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und nehmen keine staatlichen im Sinne von hoheitlichen Aufgaben wahr. Subjektiv verfolgen sie Ziele des Gemeinwohls.

---

**Zivilgesellschaft lässt sich als Arena kollektiven öffentlichen Handelns definieren, die analytisch von Staat und Markt abgrenzbar ist. Ihr gehören in Deutschland rund 800.000 organisierte Bewegungen, Organisationen und Institutionen an.**

---

Mit dem Konzept gehen in der öffentlichen Wahrnehmung normative Erwartungshaltungen einher: So wird häufig nicht nur die gemeinschaftsbildende Funktion der Zivilgesellschaft betont; sie wird auch als Voraussetzung für Demokratisierungsprozesse in Gesellschaften oder deren progressive Entwicklung zu einer gerechteren Welt gesehen. Dies hat ideengeschichtlich eine lange Tradition, die bis Aristoteles zurückreicht, für die Moderne aber insbesondere auf Alexis de Tocqueville (1835/1840) und seine Beschreibung der Demokratie in den USA zurückgeht. Robert Putnam (1993) und andere führten diese Idee mit dem Begriff des Sozialkapitals erneut in die Diskussion ein (s. vergleichend Braun 2002). Anhand empirischer Untersuchungen stellte Putnam fest, dass sich im Assoziationswesen einer Gesellschaft Sozialkapital bildet, das aus Netzwerken, Vertrauen und Normenbildung besteht und Koordination und gemeinschaftliches Handeln ermöglicht. Im Verein, so Putnams These, lernen die Mitglieder Kooperation und gegenseitiges Vertrauen; er bildet die Schule der Demokratie. Je stärker eine Zivilgesellschaft, umso robuster ist demgemäß das demokratische System, indem die sozialen Normen und Fähigkeiten, die in der Zivilgesellschaft gefördert werden, ebenso prodemokratisches Verhalten hervorbringen. Folgerichtig sieht Putnam (1995, 2000) im Niedergang des Vereinswesens in den USA durch die zunehmende Individualisierung seit den 1960er-Jahren eine Gefährdung der dortigen Demokratie.

Ein zweiter Traditionsstrang der Verknüpfung von Demokratie und Zivilgesellschaft geht von Joseph M. Bessette (1994), Jürgen Habermas (1992a) und anderen aus. Habermas (1992b) formuliert die Verhandlung von pluralistischen Interessen in der Öffentlichkeit als demokratieförderlichen Aspekt von Zivilgesellschaft. Hier kommen unterschiedliche Meinungen zu Wort und können miteinander verhandelt werden. Zivilgesellschaft stellt damit Artikulationsventile für unterschiedliche Sozialgruppen bereit, die in der Summe alle Vorstellungen und Wertegemeinschaften einer Gesellschaft abbilden können. In dieser Arena können sie aggregiert und in den politisch-parlamentarischen Entscheidungsprozess eingebracht werden. Habermas sieht den Wert der zivilgesellschaftlichen Organisationen vor allem darin, soziale Probleme wahrzunehmen und diese öffentlich zu artikulieren. Dazu bedarf es hinreichender Verfahren der Meinungs- und Willensbildung; in der deliberativen

Demokratie nach Habermas (Habermas 1992b: 368), in der alle relevanten Argumente ungehindert in öffentlichen Debatten vorgetragen werden sollen, können sich alle Mitglieder eines politischen Gemeinwesens daran beteiligen (Habermas 1992b: 443).

Direktere Formen der Demokratie und der Präferenzartikulation entsprechen als Alternative und Ergänzung zum Wahlgang dem heutigen Demokratieverständnis besser als die rein repräsentative Form, die einen drastischen Vertrauensschwund erlebt hat. Damit zeigen sich zwei Integrationsfunktionen der Zivilgesellschaft: die individuelle soziale Integration und die Integration und Artikulation von Gruppenpräferenzen. Jedoch haben beide Annahmen Kritik hervorgerufen. So wurde insbesondere an Putnam infrage gestellt, ob die Bildung von Vertrauen durch den Vereinsbesuch per se zur Erhöhung eines generalisierbaren sozialen Vertrauens führt (s. bspw. Westle/Gabriel 2008). Empirisch lässt sich der Zusammenhang zwischen Mikro- und Makroebene, die Übertragung von Vertrauen in einer kleinen Gruppe auf das Vertrauen in politische oder gesellschaftliche Institutionen, nicht ohne Einschränkungen bestätigen.

## Zivilgesellschaft gegen Demokratie

Die Annahme einer unbedingten Bildung prodemokratischer Tugenden durch zivilgesellschaftliches Engagement wird beispielsweise mit Blick auf Pegida oder die Identitäre Bewegung bezweifelt. Offenkundig gibt es Vereinigungen, die sich explizit exkludierend verstehen und durch eine Wir-Die-Abgrenzung „unsoziales“ Kapital hervorbringen können (Roth 2004; Levi 2006), indem sie zwar für ihre Mitglieder Strukturen gegenseitigen Vertrauens, Unterstützung und Loyalität bilden und dadurch soziales Kapital schaffen, dabei aber demokratische Werte wie Respekt, Pluralität, Gleichheit oder Gewaltfreiheit ablehnen. Dadurch kann das so generierte Sozialkapital nicht für die Gesellschaft insgesamt Wirkung entfalten. Oft sind diese Organisationen überdies von einer starken Kultur der Hierarchisierung und Autorität geprägt, und die Ausgrenzung anderer bildet die Voraussetzung für die eigene Gruppenbildung. Rechtsradikale Bewegungen, ebenso islamistische Gruppierungen sind hierfür beispielhaft. Putnam, der sich mit der Kritik des unsozialen Kapitals auseinandergesetzt hat, unterscheidet deswegen exkludierende Formen von Netzwerken (*bonding*) von inkludierenden (*bridging*), ohne damit einzugestehen, dass das erstere in radikaler Form in der Zivilgesellschaft vorkommt.

James Coleman (1991), der sich auf einen Rational-Choice-Ansatz im Sozialkapital stützt, betont die sogenannten *strong ties* in Vereinigungen, die für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt potenziell gefährdend sein können. *Strong ties* können zu einem fehlenden Interesse an der umgebenden Gesellschaft oder noch extremerer Abschottung führen, da sie auf blindem Vertrauen oder der Erwartung eines direkten Nutzens der

---

**Die Annahme einer unbedingten Bildung prodemokratischer Tugenden durch zivilgesellschaftliches Engagement wird beispielsweise mit Blick auf Pegida oder die Identitäre Bewegung bezweifelt. Offenkundig gibt es Vereinigungen, die sich explizit exkludierend verstehen und durch eine Wir-Die-Abgrenzung „unsoziales“ Kapital hervorbringen können.**

---

Gruppenmitglieder untereinander aufbauen. *Weak ties* hingegen, also losere Vertrauensverhältnisse, fördern eher die konstruktive Auseinandersetzung und bergen damit jenes kritische Potenzial, auf das demokratische Verfahren angewiesen sind.

Auch in der Habermas'schen Lesart der Zivilgesellschaft ergeben sich Probleme, wenn Ungleichgewichte und Verzerrungen von Meinungen stattfinden. Soziologinnen diagnostizieren im postindustriellen Zeitalter neue Konfliktlinien – sogenannte *cleavages* – zwischen einer neuen kosmopolitischen Mittelschicht und einer alten konservativ-kommunitaristischen Mittelschicht sowie zwischen einem neuen Prekariat und einer immer exklusiveren und reicher werdenden Oberschicht (Reckwitz 2019). Im Diskurs, sei es über Migration oder die Klimakatastrophe, scheinen sich diese Gesellschaftsgruppen immer unversöhnlicher gegenüberzustehen. Die Medien gewähren extremen Positionen im öffentlichen Diskurs überproportional Gehör, sodass schrille Stimmen die Debattenkultur beschädigen. In einer Krise von der Größenordnung der Covid-19-Pandemie schaffen diese Effekte Trennlinien und Gräben zu aktuell zu diskutierenden Themen und verschärfen jene sozialen Ungleichheiten, die bereits vorher spaltend wirkten.

## Zivilgesellschaft in der Pandemie

Nicht zuletzt angesichts eklatanter Erscheinungsformen in autokratischen Gesellschaften wird schon seit einigen Jahren gefragt, ob und inwieweit auch in demokratischen Gesellschaften das politische System versucht, die Zivilgesellschaft zu bedrängen und den Raum bürgerschaftlichen Handelns einzuschränken (Alscher et al. 2017; Ayvazyan 2019; Wachsmann/Bouchet 2019; Hummel 2020). In der Pandemie, in der die Zivilgesellschaft vor ebenso große Herausforderungen gestellt ist wie alle anderen gesellschaftlichen Akteure, bedrohen staatliche Vorgaben, fehlende Planungssicherheit und eine unklare Einnahmenentwicklung auch ihre Handlungsfähigkeit oder sogar ihre Existenz (Schrader 2021). Der Zugang zu staatlichen Hilfsangeboten ist dabei durch spezifische Voraussetzungen im Vergleich zu anderen wesentlich erschwert (Schrader et al. 2020).

Darüber hinaus haben die staatlichen Eingriffe und Verordnungen zivilgesellschaftlichem Handeln im Laufe der Covid-19-Pandemie in mehreren Bereichen besondere Herausforderungen beschert. Beispielsweise wurden das Versammlungs- und Demonstrationsrecht eingeschränkt (Kube/Weller 2020). Politisch agierende Organisationen und Bewegungen konnten nur unter regulierenden

Auflagen in der Öffentlichkeit für ihre Themen Aufmerksamkeit und Zustimmung generieren, für diese demonstrieren oder Protestaktionen durchführen. Protestbewegungen wie Black Live Matter hielten sich meist strikt und solidarisch an Hygienevorgaben und begrenzte Teilnehmerzahlen, was ihre öffentliche Reichweite stark einschränkte. Fridays for Future konnte zum Beispiel mit

---

**In der Pandemie, in der die Zivilgesellschaft vor ebenso große Herausforderungen gestellt ist wie alle anderen gesellschaftlichen Akteure, bedrohen staatliche Vorgaben, fehlende Planungssicherheit und eine unklare Einnahmenentwicklung auch ihre Handlungsfähigkeit oder sogar ihre Existenz.**

---

Online-Kampagnen nicht annähernd so viel Momentum generieren wie mit den Großdemonstrationen. Zudem wurden sie von Anti-Corona-Großveranstaltungen aus der medialen Wahrnehmung verdrängt (Schrader et al. 2020: 46).

Neue Technologien beinhalteten zusätzliche Risiken, da diese eine bessere Überwachung ermöglichen und die Gefahr des Datenmissbrauchs erhöhen. So wurden in der Türkei und in Hongkong nachweislich Corona-Tracing-Apps missbräuchlich gegen oppositionelle Gruppen eingesetzt (Civicus 2020). Aus Deutschland sind hierfür bisher keine Fälle bekannt. Dennoch löste die Entwicklung einer App zur Verfolgung von Covid-19-Infektionsketten eine breite Debatte aus und war höchst umstritten. Nach heftigem Protest von Organisationen der Zivilgesellschaft, beispielsweise dem Chaos Computer Club, wurden Verbesserungen bei den Rückverfolgungsmethoden und der Datenspeicherung programmiert und der Quellcode öffentlich gemacht. Eine weitere problematische Einschränkung zivilgesellschaftlichen Handelns ergibt sich aus den teils sehr beschleunigten Gesetzgebungsverfahren und der Politikgestaltung mittels Verordnungen, die die Klage- und Kontrollmöglichkeiten sowie die politischen Beratungsmöglichkeiten vonseiten der Zivilgesellschaft erheblich eingeschränkt hat. Des ungeachtet versuchen die zivilgesellschaftlichen Organisationen die Folgen der Pandemie zu mildern (Brase/Klein 2020: 15). Sie entwickelten, wie beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz in Tübingen, alternative Handlungsmodelle, boten sie zur Skalierung an und fühlten sich aufgerufen, trotz *social distancing* ein Gemeinschaftsgefühl aufrechtzuerhalten (Schrader 2021). Gleichzeitig begleiteten zivilgesellschaftliche Akteure kritisch staatliche Maßnahmen und überprüften die Verhältnismäßigkeit der Einschränkungen (Strachwitz 2020: 1).

Durch die Pandemie ist die Zivilgesellschaft insgesamt in ein multiples Dilemma geraten. Musste und wollte sie einerseits ihre Gemeinwohlorientierung durch strikte Beachtung gesetzlicher Auflagen unter Beweis stellen, musste sie andererseits ihre Wächteraufgabe ernst nehmen und darauf achten, dass staatliche Beschränkungen weder das notwendige Maß überschritten, noch dauerhaft etabliert werden. Sie musste also einerseits ihre Themenwaltsfunktion wahrnehmen und für Bürger- und Menschenrechte eintreten, zugleich aber deutlich machen, dass sie mit verschwörungsideologischen Narrativen und Versuchen, die Krise zur Bekämpfung oder gar Beseitigung des demokratischen und pluralistischen Systems zu nutzen, nichts gemein haben wollte. „Mit Pandemien entstehen Unsicherheitsräume, die gefüllt werden wollen. Dies kann durch wissenschaftlich gestützte Aufklärung, aber auch durch Leugnung oder regressive Ideenwelten und Verschwörungsfantasien gepaart mit Aggressionen gegen vermeintliche Verursacher geschehen.“ (Roth 2020: 6) So auch in der Corona-Pandemie: Seit dem Frühjahr 2020 kam es insbesondere in Berlin, Leipzig und Stuttgart zu Protestbewegungen, die die Freiheitsbeschränkungen in Zweifel zogen, grundsätzlich die Existenz des Virus bestritten oder verharmlosten oder einen

---

**Durch die Pandemie ist die Zivilgesellschaft insgesamt in ein multiples Dilemma geraten. Musste und wollte sie einerseits ihre Gemeinwohlorientierung durch strikte Beachtung gesetzlicher Auflagen unter Beweis stellen, musste sie andererseits ihre Wächteraufgabe ernst nehmen und darauf achten, dass staatliche Beschränkungen weder das notwendige Maß überschritten noch dauerhaft etabliert werden.**

---

geheimen Komplott hinter der Pandemie vermuteten (Amadeu Antonio Stiftung 2020: 10ff.; vgl. den Beitrag von Richter & Salheiser in diesem Band). Vielen DemonstrantInnen erkannten der parlamentarischen Demokratie und den etablierten Parteien die Legitimation ab, ebenso den Medien und der Wissenschaft. Dabei wurde der eigene Widerstand gegen etablierte Autoritäten und Diskurse als ehrenvoller Akt der Selbstaufopferung, aber auch als ostentative Distinktion inszeniert; etablierte Autoritäten wurden durch alternative Autoritäten ersetzt. So entstand eine Dichotomisierung zwischen innen und außen, die für die Gemeinschaftsbildung innerhalb der Proteste charakteristisch ist (Nachtwey et al. 2020: 56ff.). Protestbewegungen wie die Stuttgarter Initiative Querdenken 711 versuchten, durch Verschwörungsnarrative in der Öffentlichkeit die Deutungshoheit zu gewinnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen zu denunzieren und mit ihrem Gegendiskurs Zweifel an den Pandemie-Maßnahmen in der Bevölkerung zu streuen. Anfällig für diese Narrative waren insbesondere Menschen, denen eine generelle Verschwörungsmentalität eigen ist, die dem Konventionalismus zuneigen, dem politischen System keine Legitimation zusprechen, eine autoritäre Persönlichkeit aufweisen oder abergläubisch sind (Schließer et al. 2020: 303). Insbesondere Menschen, die sich selbst als „rechts“ oder „rechts außen“ einschätzen, AfD-WählerInnen und Nichtwählende zeigten diesbezüglich hohe Zustimmungswerte (ebd.: 289).

Beteiligte verorteten sich innerhalb dieser Fragmentierung naturgemäß selbst auf der Seite der „Guten“ und wandten stark vereinfachte, in der Regel sehr einseitige, emotionale und nicht differenzierende Richtig-Falsch-Schemata an, um die komplexen und womöglich widersprüchlichen Phänomene der Pandemie zu erklären und das eigene Handeln zu legitimieren (Amadeu Antonio Stiftung 2020: 24ff.). Die pandemiebedingten Unsicherheiten wurden in neu geschaffenen Gemeinschaften aufgelöst, indem eine Trennungslinie zu den Unwissenden („Schlafschafe“) und der feindlich verstandenen Gesellschaft gezogen wurde (Nachtwey et al. 2020: 57) und man sich dieser unversöhnlich entgegenstellte. „Die offene Form der Mobilisierung, die ein virulentes und verunsicherndes Thema aufgreift [...] politisiert Gruppen, die vorher nicht aktiv waren; ein manichäisches Deutungsangebot öffnet zugleich den Raum für antisemitische und rechtsextreme Sinnstiftungen.“ (Teune 2021: 117) So stellen die Demonstrationen gegen die Covid-19-Verordnungen ein eindrucksvolles Beispiel der Kaperung dar, bei der eine zunehmende Besetzung der Bewegung durch rechtsradikale Mobilisierung zu beobachten ist. Inzwischen geht auch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz von einer Radikalisierung großer Teile der Bewegung aus (Deutschlandfunk Kultur 2020). Durch die geteilte Mentalität ist die Bewegung miteinander verbunden, sodass mehrere, häufig disparate Sozialgruppen (FriedensaktivistInnen, EsoterikerInnen, fundamentalistische ChristInnen, ReichsbürgerInnen, Neonazis und ImpfkritikerInnen) zusammen agieren. Es gibt Hinweise darauf, dass die GegnerInnen der Corona-Politik, insbesondere rund um die Stuttgarter Initiative Querdenken 711, ein breites heterogenes Milieu abbilden, welches allerdings eher aus einem „linken“ Spektrum kommt und zunehmend nach rechts rückt. Eine Mehrheit hält die AfD für eine normale Partei; rund 27 % wollen bei der

---

**Anfällig für Verschwörungsnarrative waren insbesondere Menschen, denen eine generelle Verschwörungsmentalität eigen ist, die dem Konventionalismus zuneigen, dem politischen System keine Legitimation zusprechen, eine autoritäre Persönlichkeit aufweisen oder abergläubisch sind.**

---

nächsten Bundestagswahl ihre Stimme der AFD geben. Auch halten Mitglieder die Aufregung über Reichskriegsflaggen auf Demonstrationen für übertrieben. Anders als populistische Initiativen wie Pegida ist die Bewegung dabei tendenziell nicht ausgesprochen fremden- oder islamfeindlich; sie erscheint eher anti-autoritär und neigt der Anthroposophie zu (Nachtwey et al. 2020: 51ff.).

Es kann keinen Zweifel geben: Dies alles ist Zivilgesellschaft (Strachwitz et al. 2020: 314ff.). Zu versuchen, diese ebenso wie ältere autoritäre Bewegungen und Organisationen definitorisch aus der Zivilgesellschaft auszusondern, führt zu unüberwindbaren methodologischen und analytischen Dilemmata. Zwei seien genannt: Zum einen macht eine Einengung des Begriffs auf politisch zuträglich Kriterien diesen fast unbegrenzt politisch manipulierbar. Die Tatsache, dass größere politische Parteien Akteure der Zivilgesellschaft, die ihnen politisch nicht passen, als Empörung- oder Mitleid-industrie diffamieren oder ihnen die Teilnahme an politischer Mitgestaltung verweigern, sollte ein warnendes Beispiel sein. Zum anderen lassen sich keineswegs alle Kriterien einer mehrheitlich als „gut“ zu bezeichnenden Zivilgesellschaft an alle Akteure vollständig anlegen. Wo wäre die Grenze des Akzeptablen zu ziehen?

## Was tun, Zivilgesellschaft?

Die Feststellung, dass Zivilgesellschaft nicht immer „gut“ ist – will heißen, nicht jederzeit in jeder Ausdrucksform und Konkretisierung jedem passt – ist keine Kapitulation vor denen, die tatsächlich ihren Handlungsraum beschneiden oder andererseits trotz fundamentaler Gegensätze als zivilgesellschaftliche Akteure akzeptiert werden wollen. Eine breite Koalition von Gleichgesinnten vermag sehr wohl zu beschreiben, was eine gute Zivilgesellschaft ausmacht, um in und mit dieser Koalition die Arena der Zivilgesellschaft im Wettstreit mit den Arenen des Staates und des Marktes zu dominieren. Respekt vor jedem Menschen in seiner unverwechselbaren Würde, ein Bekenntnis zur Herrschaft des Rechts, zu den Menschen- und Bürgerrechten, insbesondere zur Demokratie und zu einer pluralistischen, kosmopolitischen Gesellschaft sind zentrale Kriterien dieser Beschreibung.

---

**Eine breite Koalition von Gleichgesinnten vermag sehr wohl zu beschreiben, was eine gute Zivilgesellschaft ausmacht, um in und mit dieser Koalition die Arena der Zivilgesellschaft im Wettstreit mit den Arenen des Staates und des Marktes zu dominieren.**

---

Die Pandemie hat durch die notwendigerweise auferlegten Beschränkungen, aber auch durch den zum Nachdenken zwingenden Lockdown Gelegenheit gegeben, diese Zivilgesellschaft schärfer als bisher normativ in den Blick zu nehmen. Sie hat als gesellschaftsgestaltende Kraft in den letzten Jahrzehnten eine starke Aufwertung erfahren; ihre demokratiefördernde Wirkung wurde stark rezipiert. Die Corona-Pandemie stellt sie vor große Herausforderungen. Nicht zuletzt die auftretenden Phänomene einer unzivilen Seite von Zivilgesellschaft zwingen ihre Akteure, den positiven Zusammenhang von Zivilgesellschaft und Demokratie zu überprüfen.

Durch die individuelle soziale Integration in inkludierende Vereinigungen abseits der Corona-Thematik können, so hat sich wieder gezeigt, Menschen Dichotomien durchbrechen, pluralistische Abbildungen diverser Lebensstile in der Gesellschaft erfahren und soziale Bindungen adressieren. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer Gesellschaft wird wesentlich durch die Qualität dieser Bindungen, den Grad der Verbundenheit und der Orientierung am Allgemeinwohl definiert. Er stellt zugleich einen politisch-sozialen Prozess dar, der von sozialen, prinzipiellen, weltanschaulichen und lebensweltlichen Einstellungen und Verhaltensweisen getragen wird (Brand et al. 2020: 16). Dieser Prozess ist zwar beeinflussbar, aber prinzipiell nicht steuerbar und konfliktbeladen. Akteure der Zivilgesellschaft können es sich zur Aufgabe machen, diese Konflikte respektvoll auszutragen und gerade dadurch der Fragmentierung entgegenarbeiten.

---

**Durch die individuelle soziale Integration in inkludierende Vereinigungen abseits der Corona-Thematik können Menschen Dichotomien durchbrechen, pluralistische Abbildungen diverser Lebensstile in der Gesellschaft erfahren und soziale Bindungen adressieren.**

---



**Siri Hummel**, Dr. phil., ist Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin und stellvertretende Direktorin des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Zivilgesellschaft sowie Gleichstellung in der Zivilgesellschaft und Stiftungsforschung. Zusätzlich ist sie Lehrbeauftragte im Studiengang Nonprofit Management and Public Governance an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

**Malte Schrader**, M.A., ist Soziologe und Religionswissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin. Er forscht schwerpunktmäßig zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zivilgesellschaft und zur muslimischen Philanthropie in Deutschland.

**Rupert Graf Strachwitz**, Dr. phil., ist Politikwissenschaftler und Historiker und Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin. Er befasst sich seit mehr als 30 Jahren ehren- und hauptamtlich, beratend, forschend und lehrend mit der Zivilgesellschaft. Neben Vortragstätigkeiten im In- und Ausland nimmt er Lehraufträge an mehreren deutschen Hochschulen wahr und hat rund 650 Publikationen vorgelegt.

## Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (2020): Wissen, was wirklich gespielt wird: Krise, Corona und Verschwörungserzählungen. Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/wissen-was-wirklich-gespielt-wird-2/> [26.02.2021].
- Alscher, Mareike/Priller, Eckhard/Ratka, Susanne/Strachwitz, Rupert Graf (2017): The Space for Civil Society – Shrinking? Growing? Changing? Maecenata (Opusculum Nr. 104): Berlin.
- Ayvazyan, Karen (2019): Shrinking Space of Civil Society. A Report on trends, Responses, and the Role of Donors. Maecenata (Opusculum Nr. 128): Berlin.
- Bessette, Joseph M. (1994): The Mild Voice of Reason. Deliberative Democracy & American National Government. University of Chicago Press: Chicago.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard [Hrsg.]: Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2). Schwartz: Göttingen, S. 183–198.
- Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Online: <https://www.berntelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2020> [26.02.2021].
- Brase, Willi/Klein, Ansgar (2020): Ohne uns geht's nicht: Zivilgesellschaft und Systemrelevanz. Engagementpolitische Herausforderungen und Handlungsbedarfe. Online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/16367.pdf> [26.02.2021].
- Braun, Sebastian (2002): Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (APuZ B 29-30/2002).
- Coleman, James R. (1991): Grundlagen der Sozialtheorie. Oldenbourg: München.
- Civicus (2020): Civicus State of Civil Society Report. Online: <https://www.civicus.org/index.php/state-of-civil-society-report-2020> [26.02.2021].
- Deutschlandfunk Kultur: „Diese Bewegung radikalisiert sich zunehmend. Verfassungsschützer Stephan Kramer über „Querdenken“. Stephan Kramer im Gespräch mit Axel Rahmlow. Online: [https://www.deutschlandfunkkultur.de/verfassungsschuetzer-stephan-kramer-ueber-querdenken-diese.1008.de.html?dram:article\\_id=487519](https://www.deutschlandfunkkultur.de/verfassungsschuetzer-stephan-kramer-ueber-querdenken-diese.1008.de.html?dram:article_id=487519) [01.03.2021].
- Habermas, Jürgen (1992a): Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie. In: Münkler, Herfried [Hrsg.]: Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. Piper: München/Zürich, S. 11–24.
- Habermas, Jürgen (1992b): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Hummel, Siri (2020). Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 33(3), S. 649–670.
- Kube, Vivian/Weller, Pauline (2020): Shrinking Space in Deutschland, Shrinking Space in Europa. Warum die politisch aktive Zivilgesellschaft die Voraussetzung für eine starke Demokratie ist und was Deutschland jetzt tun muss um sie zu schützen. Online: [https://freiheitsrechte.org/home/wp-content/uploads/2020/12/201204\\_Paper\\_Layout.pdf](https://freiheitsrechte.org/home/wp-content/uploads/2020/12/201204_Paper_Layout.pdf) [26.02.2021].
- Levi, Margaret (1996): Social and Unsocial Capital: A Review Essay on Robert Putnam's Making Democracy Work. In: Politics and Society, 24(1).
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona. Grundausswertung 17. Dezember. Online: <https://idw-online.de/de/attachmentdata85376> [26.02.2021].
- Putnam, Robert (1993): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton University Press.
- Putnam, Robert (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. Journal of Democracy, 6(1), S. 65–78.
- Putnam, Robert (2000): Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community. Simon and Schuster: New York.
- Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Suhrkamp: Berlin.

- Roth, Roland (2020): Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten von COVID-19. Maecenata (Opusculum Nr. 141): Berlin.
- Roth, Roland (2004): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft – Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria [Hrsg.]: Zivilgesellschaft und Sozialkapital – Herausforderungen politischer und sozialer Integration. VS-Verlag: Wiesbaden, S. 41–65.
- Schließer, Clara/Hellweg, Nele/Decker, Oliver (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar [Hrsg.]: Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Psychosozial-Verlag: Gießen, S. 283–310.
- Schrader, Malte (2021): Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie – Bedarfe – Angebote – Potenziale. Maecenata (Opusculum Nr. 149): Berlin.
- Schrader, Malte/Roth, Johannes/Strachwitz, Rupert Graf (2020): Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft? Eine explorative Studie zu Potenzialen, Bedarfen und Angeboten in und nach der COVID-19 Krise. Maecenata (Opusculum Nr. 144): Berlin.
- Strachwitz, Rupert Graf (2020): Die Corona-Krise: Was bleibt? Was muss sich ändern? Oder: Was hat die Krise mit dem Shrinking Space zu tun? Maecenata (Observatorium Nr. 40): Berlin.
- Strachwitz, Rupert Graf/Priller, Eckhard/Triebe, Benjamin (2020): Handbuch Zivilgesellschaft. De Gruyter: Berlin/Boston.
- Tocqueville, Alexis de (1956 [1835/1840]): Über die Demokratie in Amerika. Fischer: Frankfurt a.M.
- Teune, Simon (2021): Zusammen statt nebeneinander. Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen und die extreme Rechte. In: Becker, Reiner/Bohn, Irina/Dürr-Oberlik, Tina/ Hafeneger, Benno/ Küpper, Beate/Reinfrank, Timo [Hrsg.]: Megatrend Klimawandel. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (Heft 2/2020). Wochenschau Verlag: Schwalbach, S. 114–118.
- Wachsmann, Inga/Bouchet, Nicolas (2019): Se préoccuper du rétrécissement de l'espace civique en Europe occidentale, une sage précaution. Maecenata (Observatorium Nr. 30 (engl.: Nr. 31)): Berlin.
- Westle, Bettina / Gabriel, Oscar W. (2008): Sozialkapital: Eine Einführung. Nomos: Baden-Baden.

**„DIE FESTSTELLUNG, DASS  
ZIVILGESELLSCHAFT NICHT  
IMMER ‚GUT‘ IST, IST  
KEINE KAPITULATION VOR  
DENEN, DIE TATSÄCHLICH  
IHREN HANDLUNGSRAUM  
BESCHNEIDEN ODER  
ANDERERSEITS TROTZ  
FUNDAMENTALER  
GEGENSÄTZE ALS  
ZIVILGESELLSCHAFTLICHE  
AKTEURE AKZEPTIERT  
WERDEN WOLLEN.“**



SIRI HUMMEL, MALTE SCHRADER & RUPERT GRAF STRACHWITZ

**„IN THÜRINGEN MUSS  
EINE VERNÜNFTIGE  
IMPFSTRATEGIE FÜR DIE  
GRUPPE DER GEFLÜCHTETEN  
ERARBEITET WERDEN. ES  
BESTEHT EINE BESONDERE  
GEFAHRENSITUATION IN  
SAMMELUNTERKÜNFEN  
– UND DAS HABEN NICHT  
DIE MENSCHEN SELBST ZU  
VERANTWORTEN, SONDERN  
DER STAAT, DER SIE DORT  
HINEINSETZT.“**



MARTIN ARNOLD

# „Das zentrale Problem ist die Zwangsvergemeinschaftung in Sammelunterkünften“

Martin Arnold (Flüchtlingsrat Thüringen) im Interview mit Anne Tahirovic (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft)

---

Die Corona-Pandemie hat die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Geflüchtete waren und sind von der Coronakrise besonders betroffen, schließlich sind viele schutzsuchende Menschen auch in Thüringen häufig in Sammelunterkünften untergebracht. In diesen Gemeinschaftsunterkünften ist COVID-19 für Geflüchtete eine besondere Gefahr, denn hier leben viele Menschen auf engem Raum zusammen. Martin Arnold vom Flüchtlingsrat Thüringen schildert im Interview mit Anne Tahirovic die besondere Situation von Geflüchteten in Thüringen während der ersten und zweiten Welle der Pandemie im Jahr 2020. Das Interview wurde im April 2021 geführt.

---

## Empfohlene Zitierung:

Arnold, Martin (2021): „Das zentrale Problem ist die Zwangsvergemeinschaftung in Sammelunterkünften“. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 160–173.

## Schlagwörter:

***Flüchtlingsrat, Thüringen, Engagement, Geflüchtete, Rassismus, Bildung, Abschiebungen***

**Anne Tahirovic:**

Schön, dass es heute geklappt hat. Ich möchte Dich bitten, Dich kurz vorzustellen.

**Martin Arnold:**

Ich bin Martin Arnold, seit 7 Jahren Mitarbeiter in einem Projekt beim Flüchtlingsrat Thüringen und ich freue mich, dass wir als Flüchtlingsrat etwas zum Thema sagen und so auch etwas zur Schriftenreihe beitragen können.

**Anne Tahirovic:**

Danke, dann steigen wir in das Themenfeld ein: Wie hat die Corona-Pandemie die Situation von Geflüchteten und Asylsuchenden allgemein beeinflusst?

**Martin Arnold:**

Grundsätzlich kann man sagen, dass die Pandemie diskriminierende Strukturen verstärkt hat, auch in Thüringen. Die pandemische Situation potenziert bereits vorhandene Problemlagen. Da können wir gern noch mal ins Detail gehen: Das betrifft zum Beispiel die Bereiche des Wohnens, des Ankommens. Das betrifft auch ganz sensible Bereiche, wo es um die Durchsetzung von Rechtsansprüchen geht, also die Arbeit der Ausländerbehörden, die Arbeit der Botschaften. Es betrifft auch den Bereich der Unterstützung beim Ankommen und beim Bleiben, was Ehrenamt, Bildung und Integration angeht.

**Anne Tahirovic:**

Ich würde zunächst gern auf die Unterbringungssituation eingehen, die Du eben angesprochen hast. Viele Geflüchtete sind in Sammelunterkünften untergebracht. Welche Risiken birgt das?

**Martin Arnold:**

Wir haben bereits im April 2020 eine Umfrage gemacht, inwiefern die Unterbringungssituation in Thüringen sich ändert. Seitdem liegt uns kein aktuelles Datenmaterial vor. Aber wir arbeiten natürlich sehr viel an Einzelfällen, die uns aufzeigen, dass das zentrale Problem die Zwangsvergemeinschaftung in Sammelunterkünften ist. Geflüchtete leben in Thüringen – und das betrifft über 50 % – in Sammelunterkünften. Das bedeutet, sie leben auf engstem Raum; ihnen stehen 6 m<sup>2</sup> pro Person zu; es gibt häufig Mehrbettzimmer und es gibt gemeinschaftlich genutzte Aufenthaltsräume, Sanitärräume und Küchen. Das macht das private „auf-sich-Achten“ und „aus-dem-Weg-Gehen“ fast unmöglich. Entzerrungen fanden nicht überall statt, teilweise wurde sogar Ende 2020 wieder verdichtet. Es gibt Unterkünfte, da wurden selbst Menschen aus Risikogruppen nicht in Einzelunterbringungen herausgenommen, sondern verblieben dort. Und so können wir mittlerweile einige Sammelunterkünfte aufzählen, in denen es Corona-Infektionen gab und die mitunter nicht gestoppt werden konnten, also wo es dann wirklich Dutzende Infizierte gab. Auch jetzt ganz aktuell im April 2021 gibt

---

**Geflüchtete leben in Thüringen – und das betrifft über 50 % – in Sammelunterkünften. Das bedeutet, sie leben auf engstem Raum. Das macht das private „auf-sich-Achten“ und „aus-dem-Weg-Gehen“ fast unmöglich.**

---

es beispielsweise in Meiningen, Wernshausen und Breitungen Fälle in Sammelunterkünften. Eine besondere Rolle im negativen Sinne spielt dabei auch die Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Suhl. Dort kam es über viele Wochen zu Kettenquarantänen. Was dabei deutlich wurde: Der Alltag der Geflüchteten vor Ort ist stark fremdbestimmt. Es gibt quasi keine Möglichkeit, selbst die Wäsche zu waschen; es gibt keine Möglichkeit, selbst Essen zuzubereiten. Das führt in einer Quarantänesituation, nicht nur in der Erstaufnahmeeinrichtung, sondern auch in anderen Sammelunterkünften dazu, dass prekäre Versorgungssituationen entstehen. In der Erstaufnahmeeinrichtung gab es mitunter keine Hygieneartikel, keine kleinkindspezifischen Artikel. Das wurde dann teilweise durch Ehrenamtliche organisiert. Das ist nun alles schon über ein dreiviertel Jahr her. Wir erleben dennoch in Sammelunterkünften, dass sich das im Detail wiederholt: Menschen müssen dann Einkaufslisten schreiben und sind darauf angewiesen, dass der soziale Dienst vor Ort das irgendwie organisiert. Dabei spielt besonders eine Situation eine Rolle: Die Leute sind ausgeliefert und haben oftmals keine Informationen zur Hand. Das heißt, es gab in Erstaufnahmeeinrichtungen, aber auch bei den ersten Quarantänen in Sammelunterkünften nahezu keine mehrsprachigen Informationen, was konkret nicht nur Corona bedeutet, sondern insbesondere die Quarantäne. Was darf ich? Was darf ich nicht? Bin ich jetzt selbst erkrankt? Warum darf ich das Gebäude nicht verlassen? Das hat unglaublich zur Verunsicherung beigetragen und die Probleme bei der Kommunikation, die ziehen sich bis jetzt.

---

**Der Alltag der  
Geflüchteten vor Ort  
ist stark fremdbestimmt.**

---

**Anne Tahirovic:**

Und wie erleben Geflüchtete allgemein den Lockdown?

**Martin Arnold:**

Für Geflüchtete ist es insofern ein großes Problem, dass die Unterstützungsstrukturen wegbrechen. Das heißt, Geflüchtete, vor allem in Sammelunterkünften, leben ja auch außerhalb von pandemischen Zeiten sehr isoliert, sind vielleicht am Ortsrand untergebracht. Sie sind zwangsvergemeinschaftet und so eine Sammelunterkunft selbst ist kein Ort des öffentlichen Lebens im klassischen Sinne. Das heißt also: Die Leute sind auf Integrationskurse, Sprachkurse, anderes ehrenamtliches Angebot angewiesen. Das alles gibt es momentan nicht. Und da kommen wir dann zum Punkt Homeschooling, was so auch überhaupt nicht funktioniert. Es gibt da eine ganz interessante Studie, die sagt, dass momentan nur 1/3 der Kinder in Sammelunterkünften in ganz Deutschland überhaupt einen eigenen Schreibtisch besitzen. Nur 56 % haben einen Zugang zum Internet. Das ist eine Studie des ifo-Schnelldienstes vom Dezember 2020. Das deckt sich mit unseren Erfahrungen in Thüringen. Ich würde sogar sagen, dass in Thüringen die Zahlen noch schlechter aussehen. Die Leute sind auf engstem Raum isoliert und Unterstützungsangebote fallen weg. Das sind psychosoziale Belastungssituationen, die dabei entstehen. Und an der psychosozialen Belastung, die die Menschen aufgrund ihrer Flucht mitbringen, kann momentan nur bedingt gearbeitet werden. Soziale Beratungsstellen arbeiten oft nur sehr eingeschränkt im Präsenzbetrieb und der Zugang zu Unterstützung, zu einem offenen Ohr usw. ist oft nicht gegeben.

**Anne Tahirovic:**

Welche Maßnahmen wurden zum Schutz der Bewohner\*innen getroffen?

**Martin Arnold:**

Das ist leider sehr unterschiedlich gewesen, da die Unterbringung in Thüringen Sache der Landkreise und kreisfreien Städte ist. In einigen Orten wurde entzerrt, das heißt, die Sammelunterkünfte, die es bisher gab, waren ohnehin nicht voll ausgelastet. Man hat dann also Mehrbettzimmer reduziert. Es gab aber nicht oft dezidiert die Versuche, zum Beispiel Wohnungsanmietungen auszubauen. Die Landesregierung selbst hat zum Abfangen der Folgen von Corona und auch der Bekämpfung von Corona ein Sonderfinanzprogramm eingerichtet. Da waren 13 Millionen Euro für die Unterbringung von Geflüchteten und die Versorgung innerhalb des Landes zur Verbesserung der Situation vorgesehen. Uns liegt eine erste Anfrage aus dem Kommunalparlament des Wartburgkreises vor, die zeigt, dass das Geld abgerufen wurde, aber ganz offensichtlich nicht dazu führte, dass mehr einzelne Wohnungen angemietet wurden. Wenn wir die jährliche Unterbringungsstatistik in Thüringen anschauen, können wir keine nennenswerte Entzerrung erkennen. Im Zweifelsfall mussten und müssen die Leute in den Sammelunterkünften einfach versuchen, die Pandemie zu durchstehen und hoffen, dass sie selbst nicht erkranken.

**Anne Tahirovic:**

Wie geht das Sozialmanagement innerhalb der Kommunen mit dem Thema um?

**Martin Arnold:**

Das ist auch sehr unterschiedlich. Es gibt sicherlich sehr engagierte Menschen vor Ort, die versuchen, mehrsprachig zu informieren, über die Gefahren, aber auch über die Nützlichkeit von Impfungen. Es gibt aber in ganz Thüringen keine einheitliche Strategie oder eine Art Weisung, was die Kommunen dezidiert zu tun haben, um auf Impfungen und mögliche Folgen hinzuweisen. Wir hatten vor einigen Tagen ein Austauschtreffen der Landesflüchtlingsräte. Es bestätigt sich leider, dass das bundesweit ein Problem ist. Einzig bekannt ist uns Bayern, das eine zentrale Weisungslage für Kommunen veröffentlicht hat, wo Zuständigkeiten geklärt werden und festgelegt wurde, wie informiert werden muss. In Thüringen gibt es aus einzelnen Kommunen dann die Rückmeldung, dass die Impfbereitschaft nicht sonderlich hoch sei. Doch ob im Vorfeld überhaupt ausreichend informiert wurde, ist unklar. Bundesweit gibt es momentan keine ausreichenden mehrsprachigen Informationen zum Thema Impfung. Mit so einer Ausgangssituation braucht man sich nicht wundern, dass die Verunsicherung und der Frust groß sind, die Impfbereitschaft aber niedrig ist.

---

**Bundesweit gibt es momentan keine ausreichenden mehrsprachigen Informationen zum Thema Impfung. Mit so einer Ausgangssituation braucht man sich nicht wundern, dass die Verunsicherung und der Frust groß sind, die Impfbereitschaft aber niedrig ist.**

---

**Anne Tahirovic:**

Werden Geflüchtete insoweit erfasst, als dass zum Beispiel Menschen mit Vorerkrankungen oder mit Kontakt zu Risikopersonen etc. in der Impfprioritätenliste relativ weit oben sind?

**Martin Arnold:**

Sie sind aufgrund der Unterbringung in Sammelunterkünften weiter oben, auch Angestellte in Sammelunterkünften lassen sich bereits impfen. Interessierte müssen sich freiwillig melden, wenn sie Interesse an einer Impfung haben. Nach unseren Informationen gibt es relativ wenig Rückmeldung momentan, was aber auch klar ist, wenn man darüber nicht informiert und das Impfprozedere nur in deutscher Sprache ist. Es gibt das Konzept der krankenkassenärztlichen Vereinigung in Thüringen, mobile Impfteams aufzustellen. Das sei wohl nach wie vor in Vorbereitung. Die sind aber nicht für Sammelunterkünfte von Geflüchteten vorgesehen. Es ist dringend notwendig, dass dieses Impfangebot auch für Sammelunterkünfte aufgestellt wird. An diesem Thema arbeiten wir aktuell. Wie also geimpft wird, wie das organisiert wird und wie im Vorfeld informiert wird, ist im Zweifelsfall Entscheidung der Kommune und liegt bisher am Engagement der Beschäftigten vor Ort.

---

**Es ist dringend notwendig, dass es Impfangebote auch für Sammelunterkünfte gibt. Wie geimpft wird, wie das organisiert wird und wie im Vorfeld informiert wird, ist im Zweifelsfall Entscheidung der Kommune und liegt bisher am Engagement der Beschäftigten vor Ort.**

---

**Anne Tahirovic:**

Gibt es aus Deiner Sicht weitere Problemlagen?

**Martin Arnold:**

Ja, besonders herauszustellen ist das Abhängigkeitsverhältnis von Geflüchteten in dieser Zwangsgemeinschaftung. Alleinstehende Geflüchtete werden in Sammelunterkünften als Bedarfsgemeinschaft gesehen und bekommen entsprechend weniger Geld. Jetzt haben wir Corona und sie dürfen sich nicht begegnen. Bedarfsgemeinschaft ist ohnehin sehr zweifelhaft, das so festzustellen. Diese Regelung wurde zum Beispiel nicht gekippt, nach wie vor werden also Menschen, die alleinstehend sind, in Sammelunterkünften sanktioniert. Sie bekommen weniger Geld, weil man ihnen eine Bedarfsgemeinschaft unterstellt. Dann gibt es ein zweites Abhängigkeitsverhältnis: die massive Abhängigkeit von Behörden. Beratungstermine bei den Ausländerbehörden gibt es mancherorts nahezu keine. Es gibt unterschiedliche Lösungen mit Online-Termin-Vergabesystemen, telefonische Terminvereinbarung usw. Alles nützt natürlich nichts, die Quantität der persönlichen Beratungstermine ist enorm zurückgegangen. Geflüchtete haben aber einen sehr hohen Beratungsbedarf. Sie durchlaufen komplexe Verfahren mit vielen Hürden, auch die Informationspflicht der Behörden wäre also enorm hoch. Wir hatten dazu im Jahresübergang 2020/2021 viele geschlossene Botschaften, zum Beispiel die nigerianische Botschaft. Das ist wiederum für Geflüchtete ein Problem, weil sie ihren rechtlichen Mitwirkungspflichten nicht ausreichend gerecht werden können. Sie müssen sich gültige Dokumente, Pässe beschaffen. Sie sind darauf angewiesen, Visa-Anträge zu stellen, wenn es darum geht, die Kernfamilie nachzuholen. All das ist zeitlich enorm verschleppt worden. Es gibt momentan die Regelung, dass diese Visa-Erteilungen nachgeholt werden können, also Neu-Visierungen bei Nachzug von Familie oder unbegleiteten Minderjährigen möglich ist. Allerdings sind da enge Fristen von einem Monat zur Neubearbeitung der abgelaufenen Visa vorgesehen. Viele werden dabei hinten runterfallen und es wird Familien geben, die durch Corona so schnell nicht zueinanderfinden.

Dann geht es noch um die Arbeit der Behörden hier in Deutschland, wenn es zum Beispiel um die Verlängerung von Aufenthaltspapieren geht. Dies ist wichtig. Viele Geflüchtete müssen das alle paar Monate machen. Es gab in einigen Kommunen ganz unterschiedliche Papiere, die man per Post geschickt bekommen hat, wo sinngemäß draufstand: „Mit diesen Zettel ist ihr Dokument automatisch verlängert.“ Das haben allerdings Arbeitgeber\*innen oder Ausbildungsstätten mitunter nicht akzeptiert, teilweise gab es Probleme bei Vertragsabschlüssen. Das hat viele Monate gedauert und erst jetzt gibt es vom Bundesministerium des Inneren konkrete Hinweise, dass Aufenthaltspapiere sehr einfach und unkompliziert verlängert werden müssen. Wir werden sehen, wie das die Thüringer Kommunen im Einzelnen handhaben.

In Thüringen gibt es ein weiteres Phänomen, das uns sehr gewundert hat. Wir haben Ausländerbehörden, die sehr am Limit arbeiten und momentan kaum zu sprechen sind. Allerdings organisieren sie Abschiebungen. In nahezu allen Kommunen in Thüringen sind die Abschiebungen stark zurückgegangen. Das verwundert nicht, wenn man überlegt, dass viele Gebiete, wie zum Beispiel auch im Westbalkan, Risikogebiete sind. Allerdings gab es Landkreise, die ihre Abschiebungsbemühungen ausgebaut haben. Dazu gehört die Stadt Erfurt, die sich zum Beispiel an Sammelabschiebungen in Risikogebiete des Westbalkans beteiligt hat. Bei diesen Abschiebungen, die ohnehin bei einer weltweiten pandemischen Lage sehr zweifelhaft sind, wurden in Thüringen unserer Einschätzung nach grundrechtliche Standards verletzt, zum Beispiel der Schutz der Einheit der Familie oder Familien wurden getrennt. Wir hatten eine Abschiebung unmittelbar nach einer Eheschließung vor dem Standesamt. Es kam auch zu einem Abschiebungsversuch aus einem Krankenhaus, das ein besonderer Schutzraum ist. All das sind Dinge, die uns sehr verwundern – also dass es trotz pandemischer Zeit und den großen Hürden, die es für Abschiebungen gibt, bei einigen Ausländerbehörden so viele Ressourcen dafür gebündelt werden und es dann noch so katastrophale Fehlritte gibt.

---

**In Thüringen gibt es ein weiteres Phänomen, das uns sehr gewundert hat. Wir haben Ausländerbehörden, die sehr am Limit arbeiten und momentan kaum zu sprechen sind. Allerdings organisieren sie Abschiebungen.**

---

Dann noch ein weiterer Punkt: Es gibt in Thüringen eine Härtefallkommission. Wie der Name schon sagt: Menschen, die hier um Aufenthaltsrecht oder Bleiberecht kämpfen und einer besonderen Härte ausgesetzt sind, haben die Möglichkeit, sich an diese Kommission zu wenden. Die Kommission selbst konnte sich nicht mehr so ausreichend treffen aufgrund der Pandemie. So wurden Sitzungen ausgesetzt und bestimmte Fälle ziehen sich weiter hin.

Zudem gibt es große Probleme beim Homeschooling bzw. dem Zugang zu Bildung. Homeschooling ist, wenn es um Sammelunterkünfte, aber eben auch um alleinwohnende Geflüchtete, faktisch gescheitert. Es gibt enge Belegungen, keine Schreibtische. Es gibt oft keine IT-Infrastruktur. Und Ehrenamtliche, die Hausaufgabenhilfe machen, gibt es erst recht nicht. Viele haben vielleicht mitbekommen, dass die digitalen Endgeräte fehlen, auch bei deutschen Kindern aus ärmeren Familien, und bei Geflüchteten ist es oft erst recht so. Es hat fast ein Jahr gedauert, bis klargestellt wurde, dass digitale Endgeräte für Homeschooling-Kinder von Geflüchteten über die Asylbewerberleistungen

durchaus beschaffbar sind. Aber was bleibt, ist ein äußerst schlechtes Lernumfeld und eine zusätzliche Isolation in den Sammelunterkünften. Die Integrations- und Sprachkurse, aber auch andere Kurse, die das Ankommen und Orientieren in Deutschland erleichtern sollen, finden seit nun mehr fast einem Jahr nicht mehr statt.

**Anne Tahirovic:**

Auch nicht digital?

**Martin Arnold:**

Fortführende Sprach- und Integrationskurse finden auch digital statt. Aber Alphabetisierungskurse und Einstiegskurse werden in der Fläche nicht durch digitale Angebote ersetzt. Das ist auch nur schwer möglich, da digitale Formate hochschwelliger sind und dabei nicht immer Alle mitgenommen werden können. Durchaus gibt es beispielsweise bei Maßnahmen des Arbeitsamtes auch digitalen Einzelunterricht. Allerdings sagen uns die Bildungsstätten, dass das allgemeine Sprachniveau zurückgegangen ist und dass es da sehr viel Nachholbedarf gibt für die Zukunft.

**Anne Tahirovic:**

Du hattest von den katastrophalen Fehlritten in Hinblick auf Sammelabschiebungen gesprochen, die der Flüchtlingsrat beobachtet hat. Wie ist das zu erklären?

**Martin Arnold:**

Die Dimension von Abschiebungen und potenziellen Rechtsbrüchen hat sich über die Jahre verändert. Das hat sicherlich etwas mit politischen Debatten zu tun, den sogenannten Abschiebungsdefiziten, die als politischer Kampfbegriff durch die Medien schwirrten. Man hat sehr stark auf Statistiken geschaut. Man wollte mehr abschieben, ohne anzuerkennen, dass Abschiebungen nun mal sehr schwierig und problematisch sind – nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für den Rechtsstaat, der dafür sorgen muss, dass den Abgeschobenen im Herkunftsland kein Leid passiert usw. In Zeiten von Corona kristallisiert sich heraus, welche Landkreise mit einer besonderen Motivation am Thema Abschiebung arbeiten, weil viele Landkreise gemerkt haben, dass sie andere Herausforderungen haben, als die Abschiebung Einzelner zu organisieren.

---

**In Zeiten von Corona kristallisiert sich heraus, welche Landkreise mit einer besonderen Motivation am Thema Abschiebung arbeiten, weil viele Landkreise gemerkt haben, dass sie andere Herausforderungen haben, als die Abschiebung Einzelner zu organisieren.**

---

Fakt ist: Es gibt in Thüringen Erlasslagen – das Land Thüringen versucht darüber genauer zu definieren, unter welchen Bedingungen eine Abschiebung stattzufinden hat, und da gibt es einige Fälle, bei denen wir der Ansicht sind, dass die Erlasse missachtet wurden. Wir stehen in Kontakt mit dem zuständigen Ministerium. Es ist aber beispielsweise nicht erklärbar, warum ein Abschiebeversuch aus einem Krankenhaus stattgefunden hat, während doch ein Krankenhaus als Schutzraum gilt und Abschiebungen dort gar nicht stattfinden sollen. Oder zu den Familientrennungen zum Beispiel: Wir

haben in Deutschland ein Grundgesetz und das Grundgesetz ist für alle Menschen in Deutschland da. Wir unterscheiden nicht zwischen Herkunftsdeutschen und allen anderen. Und es gibt einen besonderen Schutz der Familie und der Einheit der Familie in Deutschland. Wenn man aber Teile von Familien abschiebt und minderjährige Kinder ohne Mutter oder ohne Vater zurückbleiben, dann ist das ein massiver Grundrechtseingriff. So etwas muss aufgearbeitet werden und insbesondere müssen alle Akteure und Akteurinnen von Abschiebungen vor Ort die Situation richtig einschätzen; im Zweifelsfall muss dann eine Polizei sagen: „Nein, halt stopp. An der Stelle unterstützen wir nicht weiter diesen Prozess der Abschiebung, weil wir hier eine Grundrechtsverletzung sehen.“ Das ist ja eigentlich das, was die Polizei machen muss. Denn letztlich ist die Polizei vor Ort ebenso dafür verantwortlich, dass grundrechtliche Standards gewahrt werden. Wir dokumentieren und recherchieren diese Fälle, stellen Anfragen im Landesparlament dazu und hoffen, das soweit aufarbeiten zu können, dass man den Ausländerbehörden klarmacht, wo die Grenze überschritten ist.

### **Anne Tahirovic:**

Wie gestaltete sich das geflüchteten-solidarische Engagement in der Corona-Pandemie und was waren oder sind vielleicht immer noch besondere Herausforderungen?

### **Martin Arnold:**

Auch hier verlagerte sich vieles an Unterstützung und Protest in den Raum des Digitalen. Und, das bringt vielleicht etwas, wenn wir uns vorstellen, es geht um Protest und um Signale innerhalb unserer Gesellschaft. Wir wollen Meinungsbilder repräsentieren, wir wollen aufklären. Dann kann das alles funktionieren. Aber jede Online-Protestveranstaltung oder jedes Symbol des Protests bringt im konkreten Einzelfall dem

Betroffenen erstmal nichts, d. h., das ist noch lange keine Hausaufgabenhilfe, kein ehrenamtlicher Sprachkurs und keine Behördenbegleitung oder Ähnliches, was in der Orientierung im Alltag für Geflüchtete enorm wichtig ist. Das ist nicht ersetzbar und funktioniert momentan nicht. Es gibt Begegnungsräume, die geschlossen sind seit einem Jahr. Es gibt bestimmte Tandemkonstellationen, also ehrenamtliche Partnerschaften zwischen Familien, die momentan überhaupt nicht gelebt werden können. Da kann man nur hoffen, dass Impf- und Teststrategien dazu führen, dass das wieder leichter möglich ist. Aber da ist sehr viel integratives Potenzial verloren gegangen. Und, ja, dann hat Corona natürlich noch einen anderen Effekt. Jede Schlagzeile, in der Corona steht, bedeutet eine Schlagzeile für andere Themen weniger. Die Situation in den Geflüchteten-camps in den Balkanländern oder in Griechenland ist unverändert grauenvoll und es gibt weiter monatlich Tote im Mittelmeer und in der Ägäis. Dies durch Protest und Engagement wieder in den Fokus zu holen, ist wichtig und trotz Corona durch Onlinekampagnen und Pressearbeit möglich.

---

**Jede Schlagzeile, in der Corona steht, bedeutet eine Schlagzeile für andere Themen weniger. Die Situation in den Geflüchteten-camps in den Balkanländern oder in Griechenland ist unverändert grauenvoll. Dies durch Protest und Engagement wieder in den Fokus zu holen, ist wichtig und trotz Corona durch Onlinekampagnen und Pressearbeit möglich.**

---

**Anne Tahirovic:**

Nun noch mal zu einem anderen Punkt, den Du bereits angerissen hast. Du hast am Anfang von einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis gesprochen. Kannst du das ausführen?

**Martin Arnold:**

Ja, dazu möchte ich einen kleinen Exkurs machen. Ein Mensch, der nach Europa kommt, kann sich im Zweifelsfall nicht das Land in Europa aussuchen. Wenn er irgendwie das Glück hat und es nach Deutschland schafft und nicht in ein anderes EU-Land rücküberstellt wird, das hat etwas mit dem Dublin-Abkommen zu tun, dann kann sich dieser Mensch innerhalb von Deutschland auch das Bundesland nicht aussuchen und innerhalb des Bundeslandes kann er sich auch

seinen Unterbringungsort nicht aussuchen. Dieser Mensch wird tatsächlich zugeteilt und zugelost und landet in einer Sammelunterkunft, in der er sich nicht einmal mehr seine Bettnachbar\*innen aussuchen kann. Das ist das erste Zwangsverhältnis. Dann gibt es in den Unterkünften Hausordnungen, die das tägliche Leben definieren. Es gibt in der Erstaufnahmeeinrichtung zum Beispiel für Geflüchtete keine Möglichkeit, verderbliches Essen aufzubewahren; es gibt keine Möglichkeit, sich selbst Essen zuzubereiten; es gibt keine Teeküchen etc. Wenn dann noch eine Quarantänesituation hinzukommt, hat dieser Mensch keine Möglichkeit, zum Beispiel abends noch Zigaretten zu holen oder irgendetwas zu machen. Auch was Informationen angeht, ist er auf andere angewiesen. In vielen Punkten des täglichen Lebens sind die Menschen in den Unterkünften von anderen abhängig. Es gibt Sammelunterkünfte zum Beispiel, da muss man die Wäsche gegen Gebühr abgeben und kann nicht selbst waschen. Das hat sich im Rahmen von Quarantänen noch mal enorm zuspitzt, weil oft nicht einmal die Minimalversorgung funktioniert hat. Und so sind natürlich abends Leute in der Erstaufnahmeeinrichtung trotz Quarantäne über Zäune geklettert, weil es ihnen an grundsätzlichen Dingen fehlte/mangelte und sie sich das selbst besorgen wollten.

---

**In vielen Punkten des täglichen Lebens sind die Menschen in den Unterkünften von anderen abhängig. Es gibt Sammelunterkünfte zum Beispiel, da muss man die Wäsche gegen Gebühr abgeben und kann nicht selbst waschen. Das hat sich im Rahmen von Quarantänen noch mal enorm zuspitzt, weil oft nicht einmal die Minimalversorgung funktioniert hat.**

---

Oder nehmen wir das Beispiel Impfen: Wir diskutieren in Deutschland sehr viel über die Vor- und Nachteile des Impfens, über Impfstrategien und wie gefährlich Corona ist. Wir führen diese Diskussion komplett auf Deutsch – alle Menschen, die nicht Deutsch sprechen, haben keinen Zugang zu eben diesen Diskussionen und Informationen. Da nützt es also nichts, ob wir täglich Nachrichten schauen, Radio hören, in die Zeitung blicken. Das sind Informationen, die vielen Menschen nicht zugehen. Wenn dann eben auch noch der private Kontakt zu neuen Nachbar\*innen fehlt, bleiben diese Informationen gänzlich verwehrt. Das ist ein weiterer Punkt, bei dem die Menschen abhängig vom Handeln anderer sind.

Auch das Arbeiten ist reglementiert. Es gibt Menschen, die haben Arbeitsverbote. Es gibt Menschen, die würden gern in andere Bundesländer oder Landkreise ziehen, um eine Ausbildung oder Arbeit

anzutreten. Das müssen sie bei der Behörde beantragen. Nun war bzw. ist die Behörde während der Corona-Zeit aber nicht oder schwerer ansprechbar dafür. Es verzögert sich. Das alles sind Punkte, die zugespitzt wurden durch Corona, die allerdings in pandemiefreien Zeiten grundsätzlich genauso veranlagt sind: diskriminierende Strukturen, die schon immer da waren und in der Corona-Zeit noch sichtbarer werden.

---

**Viele Probleme wurden durch Corona zugespitzt, sind allerdings in pandemiefreien Zeiten grundsätzlich genauso veranlagt: diskriminierende Strukturen, die schon immer da waren und in der Corona-Zeit noch sichtbarer werden.**

---

**Anne Tahirovic:**

Kommen wir auf die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu sprechen. Wie war die Situation insgesamt? Wie haben Unbegleitete den Lockdown erlebt?

**Martin Arnold:**

Das ist analog zu allen Einrichtungen, in denen Kinder in Deutschland leben. Ein Lockdown führt natürlich zu zusätzlicher Isolation. Das größere Problem ist, dass die behördlichen Schritte zu einer Familienzusammenführung auf unbestimmte Zeit verschoben sind. Das ist für viele ein großes Problem, weil die Hoffnung, hier im sicheren Land irgendwann wieder Vater, Mutter, Geschwister begegnen zu können, ins Ungewisse verschwand. Dann gibt es ein weiteres Problem: Unbegleitete Minderjährige genießen gewisse Sonderrechte, solange sie minderjährig sind. Nun können sie bestimmte Rechte wie Familiennachzug aufgrund der Pandemie vielleicht über viele Monate nicht geltend machen. Wenn sie dann allerdings in dieser Zeit in die Volljährigkeit kommen, verfallen diese Rechte ein Stück weit. Deswegen ist es jetzt an der Zeit, dass die Botschaften wieder vernünftig arbeiten, sehr unbürokratisch die Visa ausgestellt werden und die Leute unkompliziert einreisen können.

**Anne Tahirovic:**

Ein weiterer wichtiger Punkt, der das Ganze rahmt, ist der politische Bereich: Wie wurde die deutsche bzw. thüringische Asylpolitik während der Corona-Pandemie gestaltet? Gab es Veränderungen?

**Martin Arnold:**

Es gibt wichtige Projekte, die leider nicht vorangetrieben wurden: Also, erinnern wir uns zum Beispiel an das Elendslager Moria, das abgebrannt ist. Daraufhin hat Deutschland vollmundig versprochen, besonders schutzbedürftige Menschen nach einer Prüfung unkompliziert nach Deutschland zu holen. Thüringen hat sich mit Berlin zusammen auf den Weg gemacht und wollte eigene Landesaufnahmeprogramme schaffen. Das hat allerdings der Bundesinnenminister Horst Seehofer verweigert. Er muss seine Zustimmung zu geben. Gegen diese Zustimmungspflicht selbst klagt das Land Berlin. Es gibt momentan eine Petition, dass auch die Landesregierung in Thüringen diesen Klageweg gehen soll.

Dann gibt es die Abschiebungen in Deutschland: Deutschland schiebt, Thüringen hält sich da noch etwas zurück, obwohl es auch Ausnahmefälle gibt, zum Beispiel in das Kriegsland Afghanistan ab,

was von Corona besonders hart getroffen ist. Es gibt kaum eine medizinische Infrastruktur, die überhaupt die Last einer Pandemie dort abfedern kann. In dieses Land schiebt man trotzdem ab. Da gibt es Protest, da gibt es natürlich auch von bestimmten politischen Lagern die Bemühungen, dass diese Abschiebungen eingestellt werden. Aber all das wird momentan auf innenministerieller Ebene nicht weiter diskutiert.

Dann die Bemühungen, ein gemeinsames europäisches Asylsystem voranzutreiben: Aber auch da stellen sich bestimmte Länder wie Polen und Ungarn quer, die nicht mehr Solidarität und Verteilung haben möchten. Ich werde zudem den Eindruck nicht los, dass andere Länder das Chaos an den europäischen Grenzen, das Zuständigkeitschaos einfach weiterhin aussitzen.

### **Anne Tahirovic:**

Welche Forderungen an die Thüringer Landesregierung gibt es vonseiten des Flüchtlingsrates?

### **Martin Arnold:**

Zum einen werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass es eine dichte und zuverlässige Erlasslage gibt, wenn es um Abschiebungen geht. Wir wollen, dass in diesem Land geregelt ist, wann Abschiebungen nicht möglich sind, damit der Terror gegenüber diesen von Abschiebung betroffenen Menschen aufhört – insbesondere Sammelabschiebungen, Familientrennungen etc. Der zweite Punkt ist die Unterbringungssituation in Thüringen: Es

---

**Der Flüchtlingsrat wird sich weiter dafür einsetzen, dass es eine dichte und zuverlässige Erlasslage gibt, wenn es um Abschiebungen geht. Wir wollen, dass in diesem Land geregelt ist, wann Abschiebungen nicht möglich sind, damit der Terror gegenüber diesen von Abschiebung betroffenen Menschen aufhört.**

---

gab immer schon Bemühungen von uns, dass diese Sammelunterbringungen ein Ende haben müssen, damit Menschen selbstbestimmt leben können. Genau darum geht es auch in der Corona-Pandemie, immer der Appell der Politik, selbstbestimmt zu sein und auf sich und das Umfeld zu achten. Doch all das können die Menschen in einer Sammelunterkunft nicht machen. Hier müssten Investitionsprogramme getätigt werden, die den Kommunen einen Anreiz bieten, Wohnraum zu schaffen. Es gibt in Thüringen vielerorts freien Wohnraum. Wir sind nicht angewiesen auf marode Sammelunterkünfte, ehemalige Turnhallen, die zu Flüchtlingsunterkünften umgebaut werden.

Wir können in Thüringen ein besseres Aufnahmesystem gestalten und auch das fordern wir von der Politik. Dazu braucht es Anreize, damit die Kommunen sich nicht im Zweifelsfall lange leer stehende, marode Gebäude finanzieren lassen, sondern sich auf den Weg machen, städtische Wohnungen zu sanieren und herzurichten.

Was kurzfristig natürlich ein Wunsch von uns ist: dass in Thüringen eine vernünftige Impfstrategie für die Gruppe der Geflüchteten erarbeitet wird. Es besteht eine besondere Gefahrensituation in Sammelunterkünften – und das haben die Menschen selbst nicht zu verantworten, sondern der Staat, der sie dort hineinsetzt. Der Staat ist dafür verantwortlich, mehrsprachig zu informieren und

die Menschen zu bewegen, sich impfen zu lassen. Das bedeutet: mobile Impfteams und vor allen Dingen eine mehrsprachige Informationskampagne und einen verbindlichen Ablaufplan von der Landesregierung für die Kommunen.

**Anne Tahirovic:**

Abschließend möchte ich den Blick auf ein anderes Themenfeld richten: Welche Formen von Alltagsrassismus müssen Geflüchtete erleben und hat das zugenommen oder gibt es da kaum Veränderungen?

**Martin Arnold:**

Die Bundesstatistik zeigt, dass die Übergriffe auf Geflüchtetenunterkünften und Geflüchtete selbst leicht zurückgegangen ist. Wir sind aber immer noch bei einem hohen Wert, der seit 2015 enorm an Fahrt gewonnen hat. Wir können sagen, dass fast 4 geflüchtete Menschen pro Tag von politisch rechts motivierten Straftaten betroffen sind. Wir können jedoch nicht einschätzen, inwiefern die pandemische Situation sich darauf auswirkt. Jedenfalls ist politische Gewalt nicht auf Begegnung angewiesen, denn es werden gezielt Flüchtlingsunterkünfte aufgesucht oder eben ausländisch gelesene Menschen angegriffen. Da spielt es keine Rolle, ob es Corona gibt oder eben nicht.

2021 sind wir im Wahljahr. Es gibt viele Wahlen und bestimmte politische Lager, Rechtsaußen-Lager, tun sich mit dem Corona-Thema schwer. Also werden sie wohl alles daransetzen, das Migrationsthema wieder auf das Tableau zu bringen oder die Themen Corona und Migration zu verbinden. Ich gehe stark davon aus, dass die rassistische Hetze im Land wieder deutlicher

an die Oberfläche kommt. Derzeit ist viel mediale Aufmerksamkeit mit Corona verbunden. Das bedeutet aber nicht, dass rassistische Gewalt und Hetze nicht stattfindet, insbesondere wenn man bedenkt, dass rechtsterroristische Morde in der unmittelbaren Vergangenheit stattgefunden haben und eben nicht Jahre zurückliegen.

---

**Derzeit ist viel mediale Aufmerksamkeit mit Corona verbunden. Das bedeutet aber nicht, dass rassistische Gewalt und Hetze nicht stattfindet, insbesondere wenn man bedenkt, dass rechtsterroristische Morde in der unmittelbaren Vergangenheit stattgefunden haben und eben nicht Jahre zurückliegen.**

---



**Martin Arnold**, Soziologe, Mitarbeiter des Flüchtlingsrat Thüringen e. V. und tätig im Kooperationsprojekt mit dem DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. „[CoRa] – contra Rassismus, pro Migration und Asyl“.

**Flüchtlingsrat Thüringen e. V.:** Schillerstraße 44 • 99096 Erfurt  
info@fluechtlingsrat-thr.de • 0361 51 80 51 25 • www.fluechtlingsrat-thr.de

**„SAMMEL-  
UNTERBRINGUNGEN IN  
THÜRINGEN MÜSSEN  
EIN ENDE HABEN,  
DAMIT MENSCHEN  
SELBSTBESTIMMT  
LEBEN KÖNNEN.“**



MARTIN ARNOLD

**„IN DER  
AUSEINANDERSETZUNG MIT  
DEN GESELLSCHAFTLICHEN  
DYNAMIKEN BEI HIV/  
AIDS SOWIE COVID-19  
WIRD DEUTLICH: VIREN  
KÖNNEN GESELLSCHAFTEN  
DEN SPIEGEL VORHALTEN  
UND ZU EINER  
ZERREISSPROBE FÜR DEN  
GESELLSCHAFTLICHEN  
ZUSAMMENHALT WERDEN.“**



FRANZISKA HARTUNG, MARIE-THERES PIENING  
& JANINE DIECKMANN

# Gesellschaftspolitische Dimensionen von Viruspandemien – HIV und Corona im Vergleich

Franziska Hartung, Marie-Theres Piening & Janine Dieckmann (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft)

---

Gesundheit ist nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein gesellschaftliches und politisches Thema. Das zeigt sich aktuell in aller Deutlichkeit. Die COVID-19-Pandemie stellt demokratische Gesellschaften und ihren Zusammenhalt vor große Herausforderungen. Momentan erinnern u. a. die HIV-Community sowie Queer-Aktivist\*innen vielfach an das Aufkommen der Immunschwächeerkrankung Aids (Acquired Immune Deficiency Syndrome) in den 1980er-Jahren. Herausgestellt werden Parallelen, aber auch Unterschiede zwischen den Infektionskrankheiten, den gesellschaftlichen Reaktionen sowie dem gesundheitspolitischen Umgang (z. B. Thiele/Ketelhut 2020; Schock 2020). Der vorliegende Beitrag knüpft an diese Erfahrungen aus der HIV/Aids-Krise an und geht auf gesellschaftspolitische Dimensionen ein, die für eine Analyse der COVID-19-Pandemie und ihre Auswirkungen gewinnbringend sein können.

---

## Empfohlene Zitierung:

Hartung, Franziska/Piening, Marie-Theres/Dieckmann, Janine (2021): Gesellschaftspolitische Dimensionen von Viruspandemien – HIV und Corona im Vergleich. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 174–185.

## Schlagwörter:

*HIV/Aids, Corona, Infektionskrankheiten, Stigmatisierung, Diskriminierung*

Zunächst lässt sich festhalten, dass sich beide Infektionskrankheiten in Betroffenheit, Verbreitung, Sterblichkeitsrate, Infektiosität und Übertragungswegen maßgeblich unterscheiden.<sup>1</sup> HIV ist ein vorrangig sexuell und – entgegen der Annahmen vieler – schwer übertragbares Virus, welches epidemiologisch im globalen Norden vor allem Männer, die Sex mit Männern haben, betrifft (RKI 2020). Eine HIV-Infektion hatte bis zur Einführung der wirksamen Kombinationstherapie in den 1990er-Jahren in der Regel eine Aids-Erkrankung zur Folge, welche unbehandelt tödlich verläuft. Da es bis heute keine Impfung gegen HIV gibt und eine Heilung bisher nicht möglich ist, gilt HIV heutzutage als chronische Infektion. Die erfolgreiche Therapie von HIV führt mittlerweile dazu, dass Menschen mit HIV eine durchschnittliche Lebenserwartung haben. Durch die Therapie wird das Virus zudem so weit unterdrückt, dass es nicht mehr nachweisbar und somit auch nicht mehr übertragbar ist. Diese Schutzwirkung stellt neben dem Kondom eine neue Präventionsmaßnahme dar, die als „Schutz durch Therapie“ bezeichnet wird. Seit Ende 2019 ist in Deutschland zudem die „PrEP“ (Prä-Expositions-Prophylaxe) eine Leistung der gesetzlichen Krankenkassen. Diese schützt HIV-negative Menschen durch eine präventive Tabletteneinnahme vor HIV.

---

**Die erfolgreiche Therapie von HIV führt mittlerweile dazu, dass Menschen mit HIV eine durchschnittliche Lebenserwartung haben. Durch die Therapie wird das Virus zudem so weit unterdrückt, dass es nicht mehr nachweisbar und somit auch nicht mehr übertragbar ist.**

---

SARS-CoV-2 ist hingegen ein sehr leicht und im Alltag auf vielfältigen Wegen übertragbares Virus. Eine COVID-19-Erkrankung bedroht potenziell jede\*n, heilt in der Regel aus, kann jedoch auch schwere Langzeitfolgen nach sich ziehen oder tödlich verlaufen. Risikogruppen für einen schweren oder tödlichen Verlauf sind insbesondere Menschen im hohen Lebensalter und/oder mit bestimmten Vorerkrankungen. Als Präventionsmaßnahmen stehen neben „physical distancing“, hygienischen Maßnahmen und dem Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes mittlerweile auch eine Impfung zur Verfügung.

## **Schuldzuweisung und Stigmatisierung als Reaktion auf neue Infektionskrankheiten am Beispiel HIV**

Ähnlich wie zu Beginn der COVID-19-Pandemie heute, wussten Mediziner\*innen und Wissenschaftler\*innen damals nur wenig über die neue Infektionskrankheit, die 1981 in den USA beschrieben wurde und ein Jahr später auch im geteilten Deutschland aufkam. Schnell breitete sich starke Verunsicherung in der Bevölkerung aus, welche durch medial vermittelte Bedrohungsdiskurse geschürt wurde. Aids war in den ersten Jahren nicht nur eine tödliche Ansteckungskrankheit, sondern eine „Bedeutungsepidemie“ (Weingart 2002: 7). Sie wurde mit verschiedensten Sinnzuweisungen aufgeladen und dadurch als Vehikel für bestimmte Vorurteile und Stigmatisierung genutzt (v.a. für

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag bezieht sich sowohl in Bezug auf HIV/Aids als auch COVID-19 gesellschaftsanalytisch und epidemiologisch auf Deutschland und entstand in einer äußerst dynamischen Pandemie-Situation im Januar 2021.

Homosexuellenfeindlichkeit). Kennzeichnend für die Medienberichterstattung war die Konstruktion von Aids als Bedrohung apokalyptischen Ausmaßes, wie beispielsweise die Vergleiche mit Hiroshima verdeutlichen (DER SPIEGEL 1987; Halter 1987). Die Reproduktion von Seuchen-, Pest- und Kriegsszenarien trug weiter zur Dramatisierung und Mystifizierung von Aids bei (Tümmers 2017; Wießner 2003). Nach Sontag (2003) konstruieren insbesondere Pest- und Kriegsmetaphern eine „Krankheit der Anderen“ – sei es in Bezug auf den mutmaßlichen Krankheitserreger, die Herkunft des Virus oder potenzielle „Risikogruppen“. Dabei werden insbesondere Narrative von Schuld und Strafe transportiert. Sontag stellt in ihrem Werk „Aids als Metapher“ fest: „Krankheit als Strafe für begangene Schuld zu begreifen, ist der älteste Versuch, die Ursache von Krankheit zu begreifen“ (Sontag 2003: 110). Als deutlich wurde, dass die Infektion insbesondere homosexuelle Männer betrifft, wurde sie zunächst mit dem Kurzwort „GRID“ belegt, was für „Gay Related Immune Deficiency Syndrome“ stand – im Volksmund abwertend: „Schwulenpest“.

Gesellschaftliche Gruppen, die schon vor HIV/Aids stigmatisiert wurden – wie Homosexuelle, Sexarbeiter\*innen, Drogenkonsument\*innen – wurden nun als „Risikogruppen“ gelabelt, aber als „Gefahrengruppen“ verstanden und für die Verbreitung der „Lustseuche“ (DER SPIEGEL 1982) verantwortlich gemacht. Insbesondere die sexuelle Übertragbarkeit bot sich dabei für Schuldzuschreibungen und Stigmatisierung an (Wießner 2003; Weingart 2002). HIV/Aids wurde so nicht mit Leiden, sondern mit „gerechter Strafe“ für „ausschweifendes“ Leben verbunden, wobei die Opfer der Krankheit zu Täter\*innen wurden (Wießner 2003). Neben gesellschaftlichen Schuldzuweisungen kursierten rund um Aids eine Reihe Ursprungs- und Verschwörungsmythen. Die Spannweite reichte von der Leugnung der Existenz des Virus oder des Zusammenhangs zwischen HIV und Aids bis hin zur Theorie einer gezielten Herstellung des Virus im Labor durch CIA oder KGB, je nach ideologischer Positionierung (DAH 2014a; Lemmen 2003).

Wie die hier kurz umrissenen gesellschaftlichen Reaktionen auf HIV/Aids verdeutlichen, lösen unerklärliche und bedrohliche Krankheiten in besonderem Maße sowohl individuelle als auch kollektive Ängste aus. Die in der Folge aufgetretenen Schuldzuweisungen, Stigmatisierungsdynamiken und Verschwörungsmythen erfüllen dabei die (kontraproduktive) Funktion, die Komplexität eines Ereignisses zu reduzieren, um so eine vermeintlich sinnhafte Bewältigung zu ermöglichen. Dadurch werden Wirklichkeiten geschaffen, die auf einfachen Antworten beruhen: der Benennung und Ächtung von „Sündenböcken“. Auch heute noch werden Menschen mit HIV stigmatisiert und insbesondere im Gesundheitswesen und im Sexleben diskriminiert, wie die Ergebnisse des Forschungsprojektes „positive stimmen 2.0“ verdeutlichen (DAH 2014b; IDZ 2020).

---

**Unerklärliche und bedrohliche Krankheiten lösen in besonderem Maße sowohl individuelle als auch kollektive Ängste aus. Die in der Folge aufgetretenen Schuldzuweisungen, Stigmatisierungsdynamiken und Verschwörungsmythen erfüllen dabei die (kontraproduktive) Funktion, die Komplexität eines Ereignisses zu reduzieren, um so eine vermeintlich sinnhafte Bewältigung zu ermöglichen.**

---

## Schuldzuweisung und Stigmatisierung im Kontext der aktuellen COVID-19-Pandemie

Die beschriebenen negativen gesellschaftlichen Dynamiken lassen sich in ähnlicher Weise aktuell auch in der COVID-19-Pandemie beobachten. So konstatiert bspw. Martin Thiele: „Aktuell erleben wir eine Zunahme von Verschwörungstheorien, die ich als Versuche verstehe, etwas Unbeherrschbares beherrschbar zu machen, indem man versucht, Erklärungsmuster zu entwickeln und Instanzen zu finden, denen man Verantwortung oder Schuld daran zuschreiben kann“ (Thiele/Ketelhut 2020). Beschleunigt durch die Digitalisierung gesellschaftlicher Informationsprozesse werden Falschinformationen, Verschwörungsmythen sowie stigmatisierende und diskriminierende Botschaften insbesondere in sozialen Netzwerken verbreitet, wobei sie häufig populistische, rechtsradikale und antisemitische Deutungen enthalten (Islam et al. 2020 sowie die Beiträge von Frindte und Bringt/Klare in diesem Band). Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnte bereits zu Beginn der Infektion vor einer „Infodemie“ – dem Überangebot an pandemiebezogenen Informationen, von denen manche irreführend oder sogar schädlich sein können (WHO 2020). Wenngleich die mediale Berichterstattung in Bezug auf Corona heute längst nicht so skandalisierend und moralisierend ist, wie es in den 1980er-Jahren bei HIV/Aids als sexuell übertragbare Infektion der Fall war, stehen auch heute Medien (z. B. öffentlich-rechtliche Fernsehsender, etablierte Zeitungen) in der Kritik, nicht differenziert genug zu berichten und „Bildwelten apokalyptischer Endzeiterzählungen“ (Gräf/Henning 2020) zu transportieren. Zudem finden sich auch im Sprechen über Corona Bedeutungsrahmen, die Schuldzuweisungen enthalten, Sündenböcke benennen und Pest- sowie Kriegsszenarien entwerfen. So sprach Trump vom „Chinesische Virus“, einer Seuche oder Plage, einem „kompromisslosen Krieg, um das Virus zu besiegen“ und rief zum „Kampf gegen einen unsichtbaren Feind“ auf (Fiedler 2020; Tagesspiegel 2020). Auch DER SPIEGEL schließt mit seinem Titel „Corona-Virus: Made in China“ an altbekannte Muster der Aids-Berichterstattung an (DER SPIEGEL 2020).

Mittlerweile kann auch ein „COVID-19-Stigma“ (Logie 2020; Vertovec 2020) beobachtet werden. Corona-bezogene Stigmatisierungsprozesse äußern sich beispielsweise in der (häufig rassistischen) Verknüpfung von zugeschriebenem Verhalten und dem Ausbrechen oder Verbreiten der Infektion. Wenn zum Beispiel medial insbesondere marginalisierte Gruppen als „Infektionsherde“ und/oder „Superspreader“ bezeichnet werden, kann das Diskriminierung gegen diese Gruppen befördern. Insbesondere zu Beginn der Infektion waren vor allem asiatisch-gelesene Menschen betroffen (ADS Bund 2020; vgl. den Beitrag von Lauß/Schestak-Haase in diesem Band). Später erweiterte sich diese auch auf andere Gruppen, wie Geflüchtete in Massenunterkünften, Arbeiter\*innen in Großfabriken (z. B. fleischverarbeitende Industrie), (Groß-)Familien, Sint\*izze und Rom\*nja sowie muslimisch- oder türkisch-gelesene Menschen, aber auch Jugendliche, Sexarbeiter\*innen und die queere Community (ADS Bund 2020; Aertel/Rieß 2020; Queer.de 2020a, 2020b; Vertovec 2020). Die stigmatisierende Verknüpfung einer

---

**Mittlerweile kann ein „COVID-19-Stigma“ beobachtet werden. Corona-bezogene Stigmatisierungsprozesse äußern sich beispielsweise in der (häufig rassistischen) Verknüpfung von zugeschriebenem Verhalten und dem Ausbrechen oder Verbreiten der Infektion.**

---

Corona-Infektion mit „abweichendem Verhalten“ oder einem unvorsichtigen, unverantwortlichen Lebensstil kann ebenso zur Abwertung von Infizierten führen. So berichten vermehrt Betroffene von „Corona-Shaming“, weil sie von ihren Mitmenschen als unverantwortlich bezeichnet werden, ihnen die Schuld an der Verbreitung des Virus gegeben wird und sie gemieden werden, auch nachdem sie längst schon als genesen gelten (Klovert 2020; Zoidl 2020).

## **Solidarität statt neoliberaler „Eigenverantwortung“**

Der gesellschaftliche und gesundheitspolitische Umgang mit HIV/Aids war – insbesondere zu Beginn der Epidemie – hart umkämpft. In einem gesellschaftlichen Klima, das von Stigmatisierung und Bestrafungswünschen geprägt war, wurden autoritär-repressive Maßnahmen gefordert und diskutiert, etwa eine Zwangstestung von „Risikogruppen“, Einreiseverbote für und Internierung von HIV-Positiven sowie die Anwendung des damaligen Bundeseseuchenschutzgesetzes. Diese Maßnahmen konnten in dieser Form glücklicherweise nicht um- und durchgesetzt werden (Tümmers 2017: 224ff.). Ein Zusammenschluss aus Institutionen, Betroffenen- und Berufsgruppen erkämpfte gemeinsam mit der damaligen Gesundheitsministerin Rita Süßmuth die bis heute gültigen Standards der HIV/Aids-Politik: Information, Aufklärung, non-direktive Beratung sowie freiwillige und anonyme HIV-Testung. Damit geht das Konzept der „strukturellen Prävention“ einher. Basierend auf der Einsicht, dass Stigmatisierung die Gesundheitschancen und ein gesundheitsförderndes Verhalten stark beeinträchtigen kann, hat die strukturelle Prävention von HIV/Aids die Destigmatisierung, Antidiskriminierung und Entkriminalisierung sozialer Randgruppen zum Ziel. Sie setzt den Fokus damit nicht nur auf individuelle Verhaltensanpassungen, sondern ebenso auf die Veränderung der sozialen Verhältnisse und Strukturen (Drewes et al. 2010). Die liberale Strategie in Form einer strukturellen, communitybasierten Prävention hat sich bewährt. So weist Deutschland unter den Industrieländern eine der niedrigsten HIV-Infektionsraten auf (Marcus 2007). Dennoch führt auch in Deutschland die nach wie vor bestehende Stigmatisierung zu Angst vor einem HIV-Test und somit zu einer hohen Zahl von Personen, die nichts von ihrer Infektion wissen (DAH 2020, 2019).<sup>2</sup>

Wenngleich die HIV-Prävention insbesondere in der Anfangszeit auf einer demokratisch-solidarischen Strategie beruhte, ist diese nicht gefeit vor neoliberalen Einflüssen und dem Diktum der selbstaktiven Eigenverantwortung. In der heutigen HIV-Prävention ist – analog zu den Entwicklungen in der Gesellschaft – eine Verschiebung der Risiko- und Sicherheitsverantwortung ins Private und Individuelle wahrnehmbar. So ist beispielsweise das Konzept des „individuellen Risikomanagements“ aus der Einsicht entstanden, dass in Zeiten einer erfolgreichen HIV-Therapie die sich manchmal widersprechenden Wünsche nach Schutz vor einer Infektion sowie Lust und Rausch individuell aus-

---

**In der heutigen HIV-Prävention ist – analog zu den Entwicklungen in der Gesellschaft – eine Verschiebung der Risiko- und Sicherheitsverantwortung ins Private und Individuelle wahrnehmbar.**

---

---

<sup>2</sup> Zu aktuellen Zahlen und der epidemiologischen Entwicklung zu HIV in Deutschland: RKI 2020.

gehandelt werden müssen. Das kann auch die Inkaufnahme einer Infektion einschließen. Das vorherrschende gesundheitspolitische Postulat der Eigenverantwortung und ein leistungsorientiertes Verständnis von Gesundheit (Schmidt 2010, 2008) führen jedoch dazu, dass eine HIV-Infektion heute als ein individuelles Versagen gedeutet wird. Dies lässt auf eine Subjektivierung des Schuld-Stigmas schließen, welches sich in den Schuldgefühlen bei Menschen mit HIV sowie bei Personen, die ein vermeintliches HIV-Risiko eingegangen sind, manifestiert (Hartung 2020). Zudem impliziert der Fokus auf ein individuelles Risikomanagement eine vermeintliche Gleichheit an Lebens- und Gesundheitschancen sowie Möglichkeiten sich zu schützen, wobei die sozialen Verhältnisse mehr und mehr aus dem Blick geraten (Langer 2010; Schmidt 2010). Der Gedanke gesellschaftlicher Solidarität und der besondere Schutz von vulnerablen Gruppen gehen dabei verloren. Dies zeigt sich z. B. an der Verteilung der HIV-Neuinfektionen in den USA, wo eine neoliberale Präventionsstrategie vorherrscht: Hier liegt der Anteil der HIV-Neuinfektionen bei Black and People of Color höher als im Rest der Bevölkerung (Schaffar 2020).

Die gesundheitspolitischen Herausforderungen in der aktuellen Corona-Situation bestehen ebenso darin, zwischen notwendigen politischen Maßnahmen und der Beschneidung von Grundrechten und individueller Freiheit abzuwägen, um die Verbreitung des Virus zu verhindern. Es finden sich sowohl autoritäre als auch (neo-)liberale Bestrebungen und Strategien, die auf Eigenverantwortung setzen (Schaffar 2020). Während HIV vor allem bereits stigmatisierte „Risikogruppen“ betraf und die HIV-Community in der Anfangszeit hart für gesellschaftliche

Solidarität kämpfen musste, steht heute die „Solidarität“ als Schlagwort von Beginn an im Zentrum politischer und zivilgesellschaftlicher Präventionsbemühungen. So zeigt sich in der aktuellen COVID-19-Pandemie ein hohes Maß an solidarischem Verhalten in der Bevölkerung, das sich an der Eindämmung des Virus orientiert: Über 90 % der Bevölkerung halten sich an die empfohlenen Maßnahmen und über 85 % an die Lockdown-Regeln.<sup>3</sup> Je länger jedoch die Einschränkungen andauern, desto höher ist die Gefahr, dass die zunehmende Pandemiemüdigkeit und das sinkende Vertrauen in die Regierung zur Verringerung der Maßnahmenakzeptanz sowie des Schutzverhaltens führen. Es setzen sich zunehmend (neo-)liberale Strategien durch, die sich insbesondere an wirtschaftlichen Interessen orientieren und mit einer Zunahme von sozialer Ungleichheiten einhergehen. So sind vulnerable Gruppen wie Wohnungslose, Sexarbeiter\*innen, Geflüchtete in Massenunterkünften oder prekär Beschäftigte ungleich härter von der Infektion betroffen und werden von politischen Maßnahmen nicht adäquat berücksichtigt (Hövermann 2020).

---

**Es setzen sich zunehmend (neo-)liberale Strategien durch, die sich insbesondere an wirtschaftlichen Interessen orientieren und mit einer Zunahme von sozialen Ungleichheiten einhergehen. So sind vulnerable Gruppen wie Wohnungslose, Sexarbeiter\*innen, Geflüchtete in Massenunterkünften oder prekär Beschäftigte ungleich härter von der Infektion betroffen und werden von politischen Maßnahmen nicht adäquat berücksichtigt.**

---

---

<sup>3</sup> Ergebnisse der COSMO-Befragung Januar 2021 (KW 04, Stand 29.01.21) online unter <https://dfncloud.uni-erfurt.de/s/izLRePpZi85tQRX#pdfviewer>.

## Lehren aus dem gesellschaftlichen Umgang mit HIV/Aids für die aktuelle Pandemie

Auch wenn die HIV-Politik nicht unkritisch betrachtet werden darf, bieten Erkenntnisse aus der HIV/Aids-Krise Möglichkeiten, einen solidarischen und diskriminierungssensiblen Weg aus der aktuellen Pandemie aufzuzeigen. Die Erfolge der HIV-Prävention hierbei lediglich auf die Eigenverantwortung zu reduzieren (wie bspw. Ludigs 2020), würde dabei jedoch zu kurz greifen.

Wie bereits deutlich wurde und es zahlreiche Studien belegen, können Stigmatisierung, Diskriminierung und soziale Ungleichheit Gesundheitschancen und – in Bezug auf Viruspandemien – erfolgreiche Prävention verhindern (UNAIDS 2020). Daher sollte in der aktuellen COVID-19-Situation (neben hygienischen Präventionsmaßnahmen) auch Stigmatisierungsdynamiken entgegengewirkt werden – sowohl strukturell durch Politik und Medien als auch individuell durch jede\*n Einzelne\*n. In Bezug auf die Destigmatisierung von COVID-19 empfehlen Frontline Aids (2020) und die WHO (2020) auf die Wirkmacht der Sprache zu achten, da diese stigmatisierende Botschaften senden kann. So sollte bspw. vermieden werden von „Krieg“ oder „Kampf“ zu sprechen. Begriffe wie „Infektionsherde“ oder „Superspreader“ sollten nicht genutzt werden, um bestimmte Menschen(gruppen) moralisch abzuwerten oder ihnen Schuld zuzuschreiben. In Bezug auf die Entwicklung wirksamer Präventionsstrategien hat sich in der HIV-Prävention bewährt, transdisziplinäres Wissen einzubeziehen. So wurde neben akademischem (z. B. aus Medizin, Sexualwissenschaft) auch lebensweltliches Wissen von Menschen mit HIV sowie HIV/Aids- und Queer-Aktivist\*innen einbezogen und ernst genommen. Zudem wurden im Rahmen der öffentlichen Debatte das Für und Wider verschiedener Präventionsstrategien, ihre Kosten und Nutzen sowie ihre Folgen nicht nur in Bezug auf eine Infektionsvermeidung, sondern auch in Bezug auf Menschenrechte und sexuelle Freiheit diskutiert. Darüber hinaus fanden gegenseitige Solidarität und Reziprozität ihren Ausdruck in Safer-Sex-Regeln für alle – unabhängig vom Infektionsstatus. Hierdurch wurden insbesondere vulnerable Communitys geschützt (Schaffar 2020). Auch die UN-Organisation UNAIDS formuliert in Bezug auf die aktuelle COVID-19-Pandemie die Forderung an politisch Verantwortliche und Entscheidungsträger\*innen, zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und betroffene, besonders vulnerable Communitys in den Mittelpunkt der Maßnahmen zu stellen und diese an Menschenrechten und Gleichstellung auszurichten. Hierbei sollte ein besonderes Augenmerk „[...] auf die Beseitigung sanktionierender, willkürlicher und diskriminierender rechtlicher und politischer Maßnahmen [...], die die Marginalisierung erhöhen und den Zugang zu wesentlichen Präventions- und Behandlungsdiensten untergraben“, gerichtet werden (UNAIDS 2020, Übersetzung der Autorinnen). Zudem sollten effektive Strategien zur Eindämmung von COVID-19 mit allgemeinen Unterstützungsmaßnahmen verbunden sein, welche neben der Viruseindämmung den Abbau bestehender sozialer und struktureller Ungleichheiten zum Ziel haben (ebd.).

---

**Begriffe wie „Infektionsherde“ oder „Superspreader“ sollten nicht genutzt werden, um bestimmte Menschen(gruppen) moralisch abzuwerten oder ihnen Schuld zuzuschreiben.**

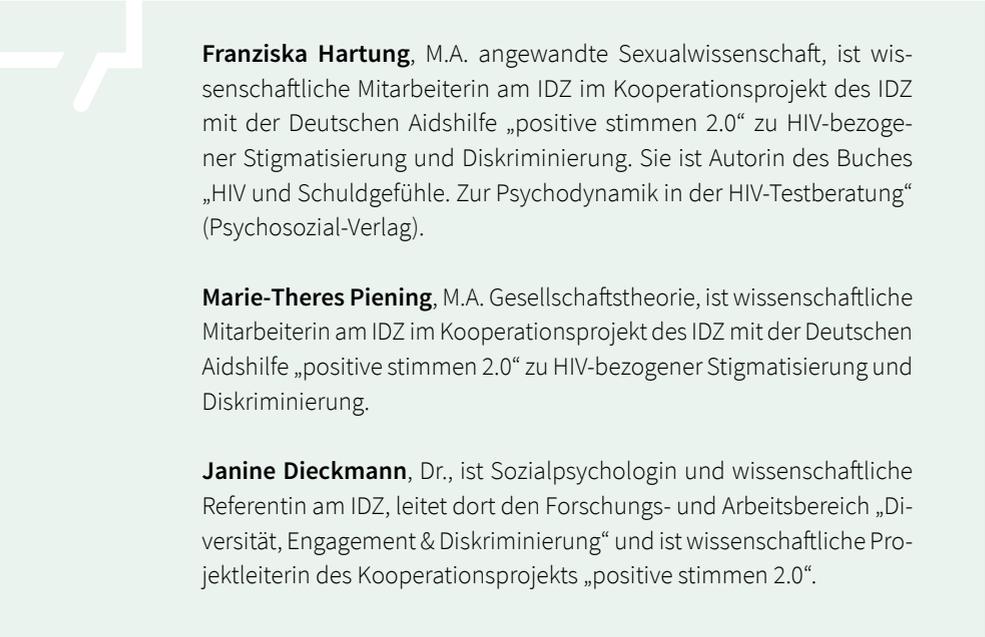
---

In der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Dynamiken bei HIV/Aids sowie COVID-19 wird deutlich, dass Viren Gesellschaften den Spiegel vorhalten und zu einer Zerreißprobe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden können. Daher ist es wichtig, den Umgang mit (pandemischen) Viruserkrankungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen und dieses Verständnis allen zu vermitteln (Ntontis/Rocha 2020). Hierfür braucht es eine gesellschaftliche Solidarität, die alle einschließt. Aus den Erfahrungen mit HIV wissen wir hierfür um die Wichtigkeit des Schutzes insbesondere marginalisierter und vulnerabler Gruppen und die Herstellung von strukturellen Bedingungen, die dies möglich machen.

---

**Es ist wichtig, den Umgang mit (pandemischen) Viruserkrankungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen und dieses Verständnis allen zu vermitteln**

---



**Franziska Hartung**, M.A. angewandte Sexualwissenschaft, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IDZ im Kooperationsprojekt des IDZ mit der Deutschen Aidshilfe „positive stimmen 2.0“ zu HIV-bezogener Stigmatisierung und Diskriminierung. Sie ist Autorin des Buches „HIV und Schuldgefühle. Zur Psychodynamik in der HIV-Testberatung“ (Psychosozial-Verlag).

**Marie-Theres Piening**, M.A. Gesellschaftstheorie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IDZ im Kooperationsprojekt des IDZ mit der Deutschen Aidshilfe „positive stimmen 2.0“ zu HIV-bezogener Stigmatisierung und Diskriminierung.

**Janine Dieckmann**, Dr., ist Sozialpsychologin und wissenschaftliche Referentin am IDZ, leitet dort den Forschungs- und Arbeitsbereich „Diversität, Engagement & Diskriminierung“ und ist wissenschaftliche Projektleiterin des Kooperationsprojekts „positive stimmen 2.0“.

## Literatur

Aertel, Karolin/Rieß, Martin (2020): Corona und Diskriminierung in Magdeburg. Online: <https://www.volksstimme.de/lokal/magdeburg/diskussion-corona-und-diskriminierung-in-magdeburg> [29.01.2021].

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS Bund) (2020): Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise. Online: [https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ThemenUndForschung/Corona/Corona\\_node.html](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ThemenUndForschung/Corona/Corona_node.html) [29.01.2021].

DER SPIEGEL (2020): Made in China. CORONA-VIRUS. Wenn die Globalisierung zur tödlichen Gefahr wird. Online: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2020-6.html> [29.01.2021].

DER SPIEGEL (1987): Jenseits des Flusses. Online: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521879.html> [29.01.2021].

DER SPIEGEL (1982): Schreck von drüben. Online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14338963.html> [29.01.2021].

- Deutsche Aidshilfe (DAH) (2020): HIV-Zahlen: Deutsche Aidshilfe warnt vor Versorgungslücken – auch durch Corona. Online: <https://www.aidshilfe.de/meldung/hiv-zahlen-deutsche-aidshilfe-warnt-versorgungsluecken-corona> [29.01.2021].
- Deutsche Aidshilfe (DAH) (2019): Deutsche Aidshilfe zu HIV-Infektionszahlen: Erfolg ausbauen, Lücken schließen. Online: <https://www.aidshilfe.de/meldung/hiv-zahlen-deutsche-aidshilfe-warnt-versorgungsluecken-corona> [29.01.2021].
- Deutsche Aidshilfe (DAH) (2014a): HIV: Nichts gegen eine gute Verschwörungstheorie, aber ... Online: <https://magazin.hiv/2014/08/19/hiv-nichts-gegen-eine-gute-verschwoerungstheorie-aber/> [29.01.2021].
- Deutsche Aidshilfe (DAH) [Hrsg.] (2014b): positive stimmen. Ergebnisbericht des PLHIV Stigma Index Deutschland. Online: <https://www.aidshilfe.de/sites/default/files/documents/positive%20stimmen%20Ergebnisbericht.pdf> [29.01.2021].
- Drewes, Jochen/ Gusy, Burkhard/Kraschl, Christoph/Kleiber, Dieter (2010): Strukturelle Prävention – eine Betrachtung aus gesundheitswissenschaftlicher Perspektive. In: Drewes, Jochen/Sweers, Holger [Hrsg.]: Strukturelle Prävention und Gesundheitsförderung im Kontext von HIV. AIDS-Forum DAH, 57, Berlin, S. 13–26.
- Fiedler, Maria (2020): Die Worte der Krise – und wie sie wirken. Das Virus ist eine „Plage“, der Kampf dagegen ein „Krieg“. Online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-worte-der-krise-und-wie-sie-wirken-das-virus-ist-eine-plage-der-kampf-dagegen-ein-krieg/25768460.html> [29.01.2021].
- Frontline AIDS (2020): Six ways to stand against COVID-19 stigma: lessons from the HIV response. Online: <https://frontlineaids.org/six-ways-to-stand-against-covid-19-stigma-lessons-from-the-hiv-response/> [29.01.2021].
- Gräf, Dennis/Henning, Martin (2020): Die Verengung der Welt Zur medialen Konstruktion Deutschlands unter Covid-19 anhand der Formate ARD Extra – Die Coronalage und ZDF Spezial. Online: [https://www.researchgate.net/publication/343736403\\_Die\\_Verengung\\_der\\_Welt\\_Zur\\_medialen\\_Konstruktion\\_Deutschlands\\_unter\\_Covid-19\\_anhand\\_der\\_Formate\\_ARD\\_Extra\\_-Die\\_Coronalage\\_und\\_ZDF\\_Spezial](https://www.researchgate.net/publication/343736403_Die_Verengung_der_Welt_Zur_medialen_Konstruktion_Deutschlands_unter_Covid-19_anhand_der_Formate_ARD_Extra_-Die_Coronalage_und_ZDF_Spezial) [29.01.2021].
- Halter, Hans (1987): Das Virus muss noch fliegen lernen. Online: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13526361.html> [29.01.2021].
- Hartung, Franziska (2020): HIV und Schuldgefühle. Zur Psychodynamik in der HIV-Testberatung. Psychosozial-Verlag: Gießen.
- Hövermann, Andreas (2020): Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona – Auswirkungen für Erwerbstätige. Policy Brief WSI Nr. 44. Online: [https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-007724](https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007724) [29.01.2021].
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (2020): HIV: Diskriminierung macht vielen Menschen das Leben schwer – Erste Ergebnisse unserer Studie. Online: <https://www.idz-jena.de/newsdet/hiv-diskriminierung-macht-vielen-menschen-das-leben-schwer-erste-ergebnisse-unserer-studie/> [29.01.2021].
- Islam, Saiful/Sarkar, Tonmoy/Khan, Sazzad Hossain/ Mostofa Kamal, Abu-Hena / Hasan, S. M. Murshid/ Kabir, Alamgir/ Yeasmin, Dalia/ Islam, Mohammad Ariful/Chowdhury, Kamal Ibne Amin/ Anwar, Kazi Selim/Chughtai, Abrar Ahmad/ Seale, Holly (2020): COVID-19–Related Infodemic and Its Impact on Public Health: A Global Social Media Analysis. In: American Journal of Tropical Medicine and Hygiene, 103, Heft 4, S. 1621–1629.
- Klovert, Heike (2020): Stigma Coronavirus. „Menschen werfen uns offenbar vor, wir hätten die Krankheit ins Dorf gebracht“. Online: <https://www.spiegel.de/psychologie/stigma-coronavirus-wie-covid-19-die-beziehung-zu-freunden-und-kollegen-veraendern-kann-a-d76839ad-d25b-4063-8f55-884bc86824cf> [29.01.2021].
- Langer, Phil C. (2010): Sieben Thesen zur Strukturellen Prävention. In: Drewes, Jochen/Sweers, Holger [Hrsg.]: Strukturelle Prävention und Gesundheitsförderung im Kontext von HIV. AIDS-Forum DAH, 57, Berlin, S. 321–348.
- Lemmen, Karl (2003): „Nicht HIV verursacht AIDS“-Argumente der AIDS-Kritik. In: Höpfner, Christine/Sweers, Holger [Hrsg.]: AIDS im Wandel der Zeiten. AIDS-Forum DAH, 47, Berlin, S. 81–91.
- Logie, Carmen H (2020): Lessons learned from HIV can inform our approach to COVID-19 stigma. In: Journal of the International AIDS Society, 23(5).
- Ludigs, Dirk (2020): Was die Aids-Pandemie für Covid-19 lehrt. Online: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/was-die-aids-pandemie-fuer-covid-19-lehrt-langfristig-schuetzt-bei-corona-nur-die-eigenverantwortung/25817350.html> [29.01.2021].

- Marcus, Ulrich (2007): Präventionsstrategien zur Eindämmung der HIV-Epidemie. Erfolge, Probleme und Perspektiven. Online: <https://edoc.rki.de/handle/176904/558> [29.01.2021].
- Ntontis, Evangelos/Rocha, Caroline (2020): Solidarity. In: Jetten, Jolanda/Reicher, Stephen D./Haslam, S. Alexander/Cruwys, Tegan [Hrsg.]: Together Apart: The Psychology of COVID-19. SAGE: : Melbourne, London u. a.
- Queer.de (2020a): Gauweiler 2.0? Die Linke.queer empört über Vorstoß zum Verbot von Sexarbeit. Online: [https://www.queer.de/detail.php?article\\_id=36160](https://www.queer.de/detail.php?article_id=36160) [29.01.2021].
- Queer.de (2020b): Streit um Corona-Auflagen. Aufregung um Auflösung einer „Fetischparty“ in Berlin. Online: [https://www.queer.de/detail.php?article\\_id=37387](https://www.queer.de/detail.php?article_id=37387) [29.01.2021].
- RKI (2020): Epidemiologisches Bulletin 48/2020. Schätzung der Zahl der HIV-Neuinfektionen und der Gesamtzahl von Menschen mit HIV in Deutschland. Online: [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/48\\_20.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/48_20.pdf?__blob=publicationFile) [29.01.2021].
- Schmidt, Bettina (2010): Völlig gesund und vollends verantwortlich. Die Gesundheitsförderung in der Gesundheitsförderung. In: Drewes, Jochen/Sweers, Holger [Hrsg.]: Strukturelle Prävention und Gesundheitsförderung im Kontext von HIV. AIDS-Forum DAH, 57, Berlin, S. 5770.
- Schmidt, Bettina (2008): Eigenverantwortung haben immer die Anderen. Der Verantwortungsdiskurs im Gesundheitswesen. Huber: Bern.
- Schock, Axel (2020): Corona und HIV: (K)Ein Virus für alle. Online: <https://magazin.hiv/2020/05/07/corona-und-hiv/> [29.01.2021].
- Sontag, Susan (2003): Krankheit als Metapher. Fischer-Taschenbuch-Verlag: Frankfurt a. M.
- Tagesspiegel (2020) „Kriegspräsident“ gegen Coronavirus. Trump im Kampf gegen den „unsichtbaren Feind“. Online: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/kriegspraesident-gegen-coronavirus-trump-im-kampf-gegen-den-unsichtbaren-feind/25711810.html> [29.01.2021].
- Thiele, Martin/Ketelhut, Klemens (2020): Solidarität in pandemischen Zeiten. Ein Gespräch. Online: <https://coronamonitor.noblogs.org/tag/martin-thiele/> [29.01.2021].
- Tümmers, Henning (2017): AIDS: Autopsie einer Bedrohung im geteilten Deutschland. Wallstein-Verlag: Göttingen.
- UNAIDS (2020): COVID-19 and HIV: 1 Moment, 2 Epidemics, 3 Opportunities. Online: [https://www.unaids.org/sites/default/files/media\\_asset/20200909\\_Lessons-HIV-COVID19.pdf](https://www.unaids.org/sites/default/files/media_asset/20200909_Lessons-HIV-COVID19.pdf) [29.01.2021].
- Vertovec, Steven (2020): Covid-19 und ein Stigma, das bleibt. Die Corona-Pandemie verstärkt weltweit Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. Online: <https://www.mpg.de/14741396/covid-19-und-ein-stigma-das-bleibt> [29.01.2021].
- WHO (2020): Gemeinsam gegen die Infodemie. Online: <https://www.euro.who.int/de/health-topics/Health-systems/digital-health/news/news/2020/6/working-together-to-tackle-the-infodemic> [29.01.2021].
- Wießner, Peter (2003): AIDS als moderner Mythos. In: Höpfner, Christine/Sweers, Holger [Hrsg.]: AIDS im Wandel der Zeiten. AIDS-Forum DAH, 47, Berlin, S. 19–72.
- Zoidl, Franziska (2020): Corona-Shaming: Wenn Genesene gemieden werden. Online: <https://www.derstandard.de/story/2000119645913/corona-shaming-wenn-genesene-gemieden-werden> [29.01.2021].

**„IN DER AKTUELLEN  
COVID-19-  
SITUATION SOLLTE  
STIGMATISIERUNGS-  
DYNAMIKEN  
ENTGEGENGEWIRKT  
WERDEN – SOWOHL  
STRUKTURELL DURCH  
POLITIK UND MEDIEN ALS  
AUCH INDIVIDUELL DURCH  
JEDE\*N EINZELNE\*N.“**



FRANZISKA HARTUNG, MARIE-THERES PIENING  
& JANINE DIECKMANN

**„ES IST EINE POLITISCHE  
UND GESELLSCHAFTLICHE  
AUFGABE, ARBEITSPLÄTZE  
ZU TRANSFORMIEREN  
UND SOZIALE NORMEN  
ZU ENTWICKELN,  
DIE MENSCHEN  
UNTERSCHIEDLICHEN  
GESCHLECHTS EINE  
GLEICHBERECHTIGTE  
TEILHABE ERMÖGLICHEN.“**



NICOLE HARTH

# Geschlechtsstereotype und Rollenkonflikte während der Coronapandemie: eine psychologische Betrachtung

Nicole Harth (Ernst-Abbe-Hochschule Jena)

---

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, welche Auswirkungen der Coronapandemie auf Menschen unterschiedlichen Geschlechts, hier insbesondere auf Cis-Männer und Cis-Frauen, beobachtet werden. Ausgangspunkt bildet der demokratische Anspruch, Menschen unterschiedlichen Geschlechts gleiche Behandlung, Teilhabe und Chancen zu ermöglichen. Auf Grundlage einer aktuellen Querschnittsstudie sowie unter Bezugnahme grundlegender sozialpsychologischer Forschung werden geschlechtsspezifische Unterschiede während der Coronapandemie besonders deutlich. Insbesondere Eltern werden in der Krise verstärkt mit klassischen Erwartungen an ihre Geschlechterrolle konfrontiert. Annahmen darüber, wie Erwerbsarbeit, finanzielle Absicherung sowie die Kinderbetreuung aufgeteilt werden sollen, hängen auch in der modernen demokratischen Gesellschaft stark mit traditionellen Geschlechtsstereotypen zusammen. Sowohl psychologische Folgen als auch strukturelle Aspekte dieser Stereotype werden diskutiert.

---

## Empfohlene Zitierung:

Harth, Nicole (2021): Geschlechtsstereotype und Rollenkonflikte während der Coronapandemie: eine psychologische Betrachtung. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 186–195.

## Schlagwörter:

***Sozialpsychologie, Soziale Rollentheorie, Rollenkonflikte, Geschlechtsstereotype, soziale Ungleichheit***

## Soziale Ungleichheiten und die Coronapandemie

Moderne demokratische Gesellschaften legen großen Wert auf die Gleichstellung der Geschlechter. Der demokratische Anspruch ist, Menschen unterschiedlichen Geschlechts gleiche Chancen auf Teilhabe und die Gestaltung der Gesellschaft zu ermöglichen. Es geht also nicht nur um materielle (Un-)Gleichheiten wie beispielsweise das Einkommen, sondern auch um die Frage danach, wer die Möglichkeit hat, sich und seinen Bedürfnisse Gehör zu verschaffen und sich in gesellschaftliche Debatten aktiv einzubringen (Rosenthal 2016). Dabei kann die Geschlechtergerechtigkeit als ein Gradmesser für Demokratie verstanden werden, bei der die Frage im Raum steht, ob die Interessen von Männern, Frauen und Menschen, die sich nicht diesen Kategorien zuordnen, gleichermaßen Berücksichtigung finden. Dass mit zur Verfügung stehenden sozioökonomischen Ressourcen auch politische Partizipation steigt, ist ein robuster Befund sozialwissenschaftlicher Forschung (Schäfer 2010).

---

**Geschlechtergerechtigkeit kann als ein Gradmesser für Demokratie verstanden werden, bei der die Frage im Raum steht, ob die Interessen von Männern, Frauen und Menschen, die sich nicht diesen Kategorien zuordnen, gleichermaßen Berücksichtigung finden.**

---

Seit Beginn der Coronapandemie wurde untersucht und diskutiert, ob die Krise Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter verstärkt. Schnell zeigt sich in ersten Studien, dass Menschen mit geringem Einkommen, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen oder engem Wohnraum verstärkt unter der Krise zu leiden haben (z. B. Kohlrausch/Zucco 2020). Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene wurden Frauen, insbesondere Mütter, in den sozialen Medien und Tageszeitungen als „Verliererinnen der Krise“ (Gesterkamp 2020; Pfund 2020) bezeichnet. Zwei Aspekte stehen dabei vorrangig im Mittelpunkt: zum einen die Schutzbedürftigkeit von Frauen, die während der Pandemie zu Hause einem erhöhten Risiko an Gewalt durch ihre Lebenspartner ausgesetzt sind, zum anderen die beruflichen Einbußen und der erhöhte Betreuungsbedarf der Kinder während des Lockdowns von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen.

In diesem Beitrag wird ein psychologischer Blick auf die Situation geworfen und der Frage nachgegangen, wie es Menschen im Lockdown ergeht, vor allem im Homeoffice, mit den unterschiedlichen Anforderungen seitens der Familie und des Berufs. Dabei werden die sozialen Rollen, also die unterschiedlichen Erwartungen, mit denen Frauen und Männern konfrontiert werden, besonders in den Blick genommen.

## Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Trotz der gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte hin zu mehr Geschlechtergleichheit im öffentlichen Leben und auf dem Arbeitsmarkt verteilen sich Männer und Frauen immer noch ungleich auf verschiedene Berufszweige (z. B. Cortes/Pan 2017). Konkret bedeutet dies beispielsweise, dass insbesondere Frauen in Berufsausbildungen wie Erzieherinnen, Kranken- und

Altenpflegerinnen stark überrepräsentiert sind, während Männer eher gehäuft in technischen Berufen vertreten sind. Diese ungleiche Verteilung an sich stellt nicht notwendigerweise ein Problem dar (Kessler/Harth 2020). Gleichheit (z. B. eine 50:50-Aufteilung) wird nicht zwingend als gerecht und erstrebenswert erachtet. Die Vielzahl an Berufsmöglichkeiten wird unterschiedlichen Talenten und Interessen sogar eher gerecht. Zum Problem wird Ungleichheit dann, wenn die Wahl des Berufs an einen unfairen Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen der Gesellschaft gekoppelt ist (ebd.). Konkret werden soziale Berufe, in denen Frauen häufiger vertreten sind, im Durchschnitt schlechter bezahlt. Auch die Möglichkeit zum Homeoffice oder eine flexible Arbeitszeitgestaltung, insbesondere während der Coronapandemie, ist in manchen Berufen nicht denk- oder realisierbar. In der Coronakrise wurden bestimmte Berufsgruppen und Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens durch die Politik als *systemrelevant* betitelt. Dazu zählen beispielsweise das Gesundheitswesen, auch das Pflegepersonal, die innere Sicherheit, die Grund- und Lebensmittelversorgung sowie Lehrkräfte und Erzieher\*innen. Die große Mehrheit der als systemrelevant definierten Berufe und Tätigkeiten wird von Frauen ausgeübt und weist außerhalb von Krisenzeiten, wie oben erwähnt, ein geringes gesellschaftliches Ansehen sowie eine unterdurchschnittliche Bezahlung auf. Darüber hinaus haben die Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten den Bedarf an heimischer Kinderbetreuung massiv erhöht, was sich mit hoher Wahrscheinlichkeit besonders stark auf berufstätige Mütter auswirkte. Diskussionen um die gesellschaftliche Unverzichtbarkeit der Menschen, die in sogenannten systemrelevanten Bereichen tätig sind sowie um deren Entlohnung und um allgemeine Erwartungen an soziale Geschlechterrollen haben zu einigen Fragen angeregt: Wie beeinflusst die Coronapandemie Menschen unterschiedlichen Geschlechts? Findet tatsächlich eine Retardierung der Geschlechtsstereotype statt und fallen Männer und Frauen in ihre traditionellen Rollen zurück? Welche psychischen und sozialen Folgen sind mit den unterschiedlichen Erwartungen verbunden?

---

**Die große Mehrheit der in der Coronakrise als systemrelevant definierten Berufe und Tätigkeiten wird von Frauen ausgeübt und weist außerhalb von Krisenzeiten ein geringes gesellschaftliches Ansehen sowie eine unterdurchschnittliche Bezahlung auf.**

---

Die Frage nach Geschlechter(un)gleichheit kann am Beispiel der Bezahlung veranschaulicht werden. Nach wie vor werden Frauen bei vergleichbarer Tätigkeiten in vielen Berufen schlechter bezahlt als Männer (Statistisches Bundesamt 2020). Dieses Phänomen wird als *Gender Pay Gap* bezeichnet und lässt sich nicht nur darüber erklären, dass Frauen und Männer unterschiedliche Berufe ergreifen. Der Unterschied lag zwischen 2006 und 2015 relativ konstant bei 21 %. Dieser unbereinigte Wert zeigt zunächst den durchschnittlichen Unterschied im Brutto-Stundenlohn von Frauen und Männern im Allgemeinen an. Die sogenannte bereinigte Lohnlücke, bei der tatsächlich nur die Höhe des Unterschieds im Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern mit vergleichbaren Berufen und Qualifikationen einfließt, liegt bei geschätzten 6 % (ebd.). Im Sachbericht der Bundesregierung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017) werden neben Unterschieden in der Entlohnung schlechtere Aussichten auf Karrierechancen ebenso erwähnt wie der Sachverhalt, dass Frauen beim Wiedereinstieg nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung Stellen angeboten werden, für die sie formal überqualifiziert sind. Für die ungleiche Verteilung ist nicht ein

einzigster Faktor verantwortlich, sondern es liegen multiple Gründe vor, die miteinander verwoben sind. In der Literatur werden individuelle Faktoren (geschlechtsspezifische Präferenzen, z. B. Cortes/Pan 2017), soziale Faktoren (Stereotype, z. B. Eagly/Wood 2012; Fröhlich et al. 2020) und strukturelle Faktoren (Rahmenbedingungen, Pološki Vokić 2019) diskutiert.

Insgesamt fanden sich während des Lockdowns im Frühjahr 2020 viele Menschen in ungewohnten Situationen wieder. Einige berichteten über mehr freie Zeit als zuvor; Entschleunigung galt als positiver Nebeneffekt dieser Pandemie (Gerold/Geiger 2020). Für andere war die Situation höchst anspruchsvoll, speziell für Eltern, die von zu Hause aus arbeiteten und gleichzeitig versuchten, ihre Kinder zu Hause zu betreuen, zu unterrichten, sich um den Haushalt zu kümmern und sich somit in einem permanenten Spannungsfeld befanden. Allein in Deutschland waren davon mehr als 14 Millionen Eltern betroffen (Bujard et al. 2020). Die Frage lag nahe, wie sich dieser Rollenkonflikt, d. h. die widersprüchlichen Anforderungen an unterschiedliche soziale Rollen (z. B. Elternschaft, Arbeitnehmer\*in), auf die Bewertung der Krise und das psychische Wohlbefinden auswirken würde (siehe Kahn et al. 1964; Harth/Mitte 2020). Basierend auf den ungleichen sozialen und ökonomischen Voraussetzungen von Frauen und Männern wurde angenommen, dass die Maßnahmen der Coronapandemie verschiedene psychologische Auswirkungen haben würden. Wir testeten die Hypothese, dass Frauen einen stärkeren inneren Rollenkonflikt und damit einhergehend eine höhere emotionale Belastung während des Lockdowns aufweisen würden als Männer.

---

**Insgesamt fanden sich während des Lockdowns im Frühjahr 2020 viele Menschen in ungewohnten Situationen wieder. Einige berichteten über mehr freie Zeit als zuvor, für andere war die Situation höchst anspruchsvoll, speziell für Eltern.**

---

## Soziale Rollen und Geschlechtsstereotype

Selbst in modernen liberalen Gesellschaften sind traditionelle Geschlechterrollen sichtbar; viele Aufgaben werden auf der Grundlage des Geschlechts aufgeteilt (Bear/Glick 2017). Das Stereotyp der Mutterschaft beinhaltet immer noch die Vorstellung, unersetzlich und die Hauptversorgerin der Kinder zu sein (Elvin-Nowak/Thomsson 2001). Historisch gesehen übernahmen Frauen und Männer in der Gesellschaft bestimmte Aufgaben. Nach der Sozialen Rollentheorie (Eagly/Wood 2012) haben sich daraus Vorstellungen und Erwartungen entwickelt, worin Männer und Frauen typischerweise gut sind, z. B. dass Frauen emotionaler und besser dafür geeignet sind, sich um andere Menschen zu kümmern. Heute ist diese Aufteilung nicht mehr nötig, aber die Bilder bestehen – erst durch andere Tätigkeiten werden neue Bilder geprägt, z. B. emotionale Männer. Die Soziale Rollentheorie postuliert also, dass die Stereotype darüber, was einen „typischen“ Mann oder eine „typische“ Frau ausmacht, vor allem durch die Verteilung von Männern und Frauen in soziale Rollen innerhalb ihrer Gesellschaft entstehen. Nach dieser Theorie haben die typischen traditionellen Rollen, die Menschen über ihre lange Geschichte der Arbeitsteilung und Sozialisation innehaben, soziale Stereotype geformt. Traditionell kümmerten sich Frauen um den Haushalt und die Kinder, während Männer die Rolle des Ernährers und Geldgebers einnahmen und Rollen besetzten, die stärker mit

Autorität und Macht verbunden waren. Durch die langjährige Forschung in diesem Bereich wissen wir, dass Menschen deshalb davon ausgehen, dass bestimmte Eigenschaften, die mit diesen Rollen verbunden sind (z. B. fürsorglich versus durchsetzungsfähig sein), charakteristisch für die Gruppe von Menschen angenommen werden. In anderen Worten: Frauen werden eher als emotional und fürsorglich angesehen als Männer. Umgekehrt werden Männern eher Dominanz und analytische Fähigkeiten zugesprochen. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die finanzielle Unterstützung der Familie bei Männern als wichtiger Faktor dafür gilt, ein guter (Ehe-)Partner zu sein, während dies in bedeutsam geringerem Umfang für Frauen gilt (Pew Research Center 2017). Die oben beschriebene geschlechtsspezifische Arbeitsteilung trägt scheinbar nach wie vor zu Geschlechtsstereotypen bei. So prüften Koenig und Eagly (2014) die Annahme der *Sozialen Rollentheorie*, dass Stereotype über soziale Gruppen mit den typischen Berufsrollen der Gruppen assoziiert sind.

In einem ersten Schritt wurden Bilder erfragt, die Studierende von bestimmten Berufsgruppen haben – insbesondere solche, bei denen bestimmte Geschlechter oder soziale Gruppen hinsichtlich der Allgemeinbevölkerung überrepräsentiert sind (z. B. Reinigungskräfte, Grundschullehrkräfte, Manager\*innen). Dann wurden andere Studierende befragt, welche Attribute sie typischerweise bei diesen sozialen Gruppen und Geschlechtern (Migrant\*innen, Frauen, Männern ...) vermuten. Koenig und Eagly zeigten: Die stereotypen Bilder der Teilnehmenden über die Geschlechter und sozialen Gruppen ließen sich jeweils aus der Tätigkeit ableiten, die diese Personen üblicherweise ausüben. Die Ergebnisse reihen sich in eine Vielzahl ähnlicher Erkenntnisse unterschiedlicher Autor\*innen ein. Wenn beispielsweise das Geschlecht von Bewerber\*innen variiert wird (z. B. Marina Müller versus Martin Müller), während alle anderen Informationen wie Lebenslauf und Abschlussnote konstant gehalten werden, bekommen Männer bei gleichen Aufgaben und Voraussetzungen ein höheres Einstiegsgehalt angeboten und ihnen wird mehr Verantwortung übertragen als Frauen. Dieser Effekt verstärkt sich, wenn die Bewerber und Bewerberinnen geschlechtsstereotype Verhaltensweisen im Bewerbungsgespräch zeigen. Ärgerlich und dominant auftretende Männer werden selbst von professionellen Personal\*innen als besonders kompetent eingestuft (z. B. Brescoll/Uhlmann 2008), während ärgerliche Frauen als emotional und wankelmütig eingestuft werden. Zusammenfassend unterstützen diese Studien die Vorhersage der *Sozialen Rollentheorie*, dass Geschlechtsstereotype und berufliche Verteilung der Geschlechter in einem wechselseitigen Zusammenhang stehen (Eagly/Wood 2012) und an Frauen und Männer unterschiedliche soziale Erwartungen herangetragen werden.

---

**Frauen werden eher als emotional und fürsorglich angesehen als Männer. Umgekehrt werden Männern eher Dominanz und analytische Fähigkeiten zugesprochen.**

---

## **Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Coronapandemie**

Die Kombination von Betreuungsaufgaben einschließlich finanzieller und emotionaler Verantwortung und arbeitsbezogenen Druck während der Pandemie wird als ein Risikofaktor für vermindertes Wohlbefinden während der Pandemie diskutiert (Liu et al. 2020). Frühere Forschungen haben bereits gezeigt, dass die unterschiedlichen Anforderungen, die soziale Rollen mit sich bringen, insbesondere

der Konflikt zwischen Familie und Erwerbsarbeit, als Risikofaktor für psychisches Wohlbefinden gelten. Es gibt eine Vielzahl von Belegen dafür, dass Rollenkonflikte aufgrund von schwer zu vereinbarenden Aufgaben mit psychosomatischen Stresssymptomen einhergehen (Blom et al. 2017). Konkret wird über Erschöpfung, Schlafstörungen und Burnout berichtet (Bakker et al. 2005). In der Literatur werden Erschöpfung und Burnout eher als weibliche Erfahrung diskutiert (Purvanova/Muros 2010). Tatsächlich scheinen Männer und Frauen emotionale Erschöpfung auf unterschiedliche Weise zu erleben (Maslach et al. 2001). In Übereinstimmung mit der Geschlechterrollentheorie (Eagly/Wood 2012) scheinen Frauen eher Müdigkeit und Energiemangel auszudrücken. Dies wird darauf zurückgeführt, dass sie seit ihrer Kindheit eher ermutigt werden, ihre Emotionen zu zeigen, während Jungen nach wie vor eher dazu angeregt werden, ihre Emotionen zu verbergen und es zu vermeiden, schwach zu erscheinen. Entsprechend wird seit einigen Jahren darüber diskutiert, dass Erschöpfung, Burnout und Depression bei Männern eher unerkannt bleiben oder sich in anderer Form manifestieren. Es gibt Hinweise darauf, dass Belastungen externalisiert werden und sich tendenziell in aggressivem Verhalten gegenüber sich selbst (Suchterkrankungen) oder anderen Menschen (Gewalt in der Beziehung) zeigen. In Zeiten der Pandemie, mit neuartigen Tagesabläufen und Routinen, in denen die verschiedenen sozialen Rollen und Aufgaben aufeinanderprallen, war eine Zunahme dieser Symptome zu erwarten. Gleichzeitig wurde vor einem Anstieg häuslicher Gewalt gewarnt. Die Notrufstellen und Frauenhäuser verzeichneten eine Zunahme der Anrufe von Kindern und Frauen, denen aufgrund der Corona-Maßnahmen zu Hause Gewalt drohte (Glaeske 2020).

Mehrere Studien untersuchten seit Beginn der Pandemie, ob und wie sich der Lockdown im Frühjahr 2020 aufgrund der COVID-19-Epidemie auf Frauen und Männern ausgewirkt hat. Gemeinsam vertreten sie die These, dass die Coronakrise die bestehende soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verschärfe. Innerhalb von Deutschland scheinen Frauen und Männern in ähnlichem Ausmaß von Kurzarbeit betroffen zu sein (Pusch/Seiffert 2020). Allerdings übernehmen Mütter deutlich häufiger als Väter die anfallende zusätzliche Betreuungsarbeit. Es wurde befürchtet, dass sich „Mütter und Väter unter dem Druck der Krise wieder an traditionellere Rollenmuster gewöhnen“ (Kohlrausch/Zucco 2020: 2). Dennoch deuten andere Studien darauf hin, dass Väter sich stärker in die Hausarbeit und Kindererziehung einbrachten als noch vor der Krise (Alon 2020). In einer kanadischen Studie gaben Eltern an, die Hausarbeit nun gerechter zu teilen. Insbesondere Männer gaben an, mehr Zeit mit Hausarbeit, wie Wäschewaschen und Kochen, zu verbringen (Shaffer/Milkie/Scheibling 2020). Wie also passt dies zum Bild, das in den sozialen Medien gezeichnet wird und in dem Frauen als Verliererinnen der Krise bezeichnet werden? In unserer eigenen Studie (Harth/Mitte 2020) haben wir im Jahr 2020 zwischen März und April 4.653 Menschen in Deutschland zu den sozialen und emotionalen Auswirkungen der Coronapandemie befragt. Wenn auch nicht repräsentativ, so waren doch Personen aus allen Bundesländern und eine breite Altersspanne vertreten. Die Beteiligten waren im Durchschnitt 30 Jahre alt, mit einer Spanne von 16 bis 79 Jahren. Etwa 61 % der Befragten gaben an weiblich zu sein, etwa 36 % gaben männlich an, 1 % divers und die restlichen Befragten machten keine

---

**In unserer eigenen Studie (Harth/Mitte 2020) haben wir im Jahr 2020 zwischen März und April 4.653 Menschen in Deutschland zu den sozialen und emotionalen Auswirkungen der Coronapandemie befragt.**

---

Angaben zu ihrem Geschlecht. Von den Befragten befanden sich 46 % in einem Arbeitsverhältnis, knapp 44 % studierten, 5 % befanden sich in Elternzeit und 2,5 % waren nicht erwerbstätig. Von den Befragten gaben 24% an, Eltern nicht volljähriger Kindern zu sein (530 Personen). Uns interessierte insbesondere der innere Rollenkonflikt, konkret inwieweit die unterschiedlichen Anforderungen im Lockdown als herausfordernd und als emotionale Belastung erlebt wurden.

Die Auswertung der Daten zeigt, dass sich Männer und Frauen nicht grundsätzlich hinsichtlich der Einschätzung dieser Aspekte unterschieden. Personen, die keine Kinder zu betreuen hatten, empfanden weniger Rollenkonflikt und waren weniger erschöpft und emotional belastet als Personen mit Care-Aufgaben – ungeachtet ihres Geschlechts, d. h. Männer und Frauen gleichermaßen. Innerhalb der Gruppe der Eltern gab es allerdings einen sichtbaren Geschlechterunterschied: Mütter berichteten im Allgemeinen über die höchsten Rollenkonflikte und über die größte emotionale Belastung. Etwa ein Drittel (34 %) aller Mütter gab an, stark oder sehr stark belastet zu sein, während bei den Vätern diese Aussage etwas mehr als ein Viertel (27 %) machten. Konkret gaben diese Mütter und Väter an, sich in den letzten 2 bis 3 Tagen sehr oft schlapp, kraftlos und müde gefühlt zu haben.

Allerdings gab es ein unerwartetes Ergebnis. Väter, die besonders stark unter dem Rollenkonflikt, also den unterschiedlichen beruflichen und privaten Anforderungen litten, und dies als sehr hohe Anforderung bezeichneten, waren emotional stärker belastet als Frauen mit dem gleichen Ausmaß an erlebtem Rollenkonflikt. In anderen Worten: Männer, die die unterschiedlichen beruflichen („Ernährer“) und privaten Erwartungen („fürsorglicher Vater“) erfüllen möchten, kommen mit dieser Erwartung emotional signifikant schlechter zurecht, fühlen sich müder und kraftloser als Mütter bei gleicher Anforderung. Weitere Studien müssen aufklären, wie dieser psychologische Prozess zu erklären ist. Wir vermuten, dass Mütter die unterschiedlichen Anforderungen auch vor der Pandemie stärker erfahren haben als Väter und somit eher geübt im Umgang mit den unterschiedlichen (gesellschaftlichen) Erwartungen sind. Für Väter, die ihre Fürsorgearbeit während der Krise verstärkten, scheint dies eine relativ neue und herausfordernde Situation 2020 gewesen zu sein.

---

**Es gab ein unerwartetes Ergebnis: Väter, die besonders stark unter dem Rollenkonflikt litten und dies als sehr hohe Anforderung bezeichneten, waren emotional stärker belastet als Frauen mit dem gleichen Ausmaß an erlebtem Rollenkonflikt.**

---

Vielleicht bietet die Krise eine weitere Möglichkeit, historisch gewachsene Geschlechtsstereotypen zu verändern und neue Realitäten zu schaffen: Zum Beispiel könnten im Sinne der *Sozialen Rollentheorie* Stereotypen formbarer und somit leichter veränderbar werden, wenn mehr Männer von zu Hause aus arbeiten und so mehr Zeit mit der Familie verbringen und bezahlte Arbeit mit Betreuungsaufgaben kombinieren können. Anstatt sich vorrangig auf die Barrieren zu konzentrieren, die den Aufstieg von Frauen behindern, schlagen wir vor, ebenso die Unterrepräsentation von Männern in Betreuungsrollen in den Blick zu nehmen, um traditionelle Geschlechterrollen aufzuweichen und soziale Ungleichheit zu verringern (siehe Croft et al. 2014; Park/Banchefsky 2018). Zur demokratischen Teilhabe gehört die Wahlmöglichkeit von Frauen und Männern, sich gleichermaßen frei in der Gestaltung ihres Erwerbs- und Familienlebens entfalten zu können. Neben der Verbesserung der Karrierechancen

für Frauen und der Überwindung des Pay Gap sollten ebenso die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit oder eine Verkürzung der Arbeitszeit für Männer diskutiert und berücksichtigt werden. Solange nur eine Seite problematisiert wird, besteht einerseits die Gefahr, Ungleichheiten aufrechtzuerhalten und Geschlechtsstereotype zu reproduzieren. Andererseits werden psychische Folgen,

die nicht den gängigen Stereotypen entsprechen, wie die emotionale Belastung der Väter während der Krise, im gesellschaftlichen Diskurs übersehen oder lediglich in ihrer stereotypen Manifestation (Männer als Gewalttäter) erwähnt. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten weist darauf hin, dass Veränderungen dann ermöglicht werden, wenn die Strukturen entsprechend ausgestaltet sind – diese Aufgabe ist keine rein private Sache, die man allein den Familien überlassen sollte. Es ist eine politische und gesellschaftliche Aufgabe, Arbeitsplätze zu transformieren und soziale Normen zu entwickeln, die Menschen unterschiedlichen Geschlechts eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen.

---

**Neben der Verbesserung der Karrierechancen für Frauen und der Überwindung des Pay Gap sollten die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit oder eine Verkürzung der Arbeitszeit für Männer diskutiert und berücksichtigt werden.**

---



**Nicole Harth**, Prof. Dr. phil., ist Professorin für Psychologie, mit dem Schwerpunkt Sozialpsychologie, an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich sozialer Ungleichheit, Konflikt und Versöhnung zwischen Gruppen sowie der Förderung emotionaler Kompetenz. Sie ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des IDZ.

## Literatur

- Bakker, Arnold B./Demerouti, Evangelia/Euwema, Martin (2005): Job resources buffer the impact of job demands on burnout. In: *Journal of Occupational Health Psychology*, 10, Heft 2, S. 170–180.
- Bear, Julia/Glick, Peter (2017): Breadwinner Bonus and Caregiver Penalty in Workplace Rewards for Men and Women. In: *Social Psychological and Personality Science*, 7, Heft 8, S. 780–788.
- Blom, Victoria/Svedberg, Pia/Bergström, Gunnar/Mather, Lisa (2017): Stress in paid and unpaid work as related to cortisol and subjective health complaints in women working in the public health care sector. *International Journal of Workplace Health Management*, 10, Heft 4, S. 286–299.
- Brescoll, Victoria L./Uhlmann, Eric Luis (2008): Can an Angry Woman Get Ahead?: Status Conferral, Gender, and Expression of Emotion in the Workplace. In: *Psychological Science*, 3, Heft 191, S. 268–275.
- Bujard, Martin/Laß, Inga/Diabaté, Sabine/ Sulak,Harun/ Schneider, Norbert (2020): Eltern während der Corona Krise. Zur Improvisation gezwungen. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wiesbaden. Online: <https://www.bib.bund.de/Publikation/2020/pdf/Eltern-waehrend-der-Corona-Krise.html> [29.12.2020].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Online: <https://www.gleichstellungsbericht.de/zweiter-gleichstellungsbericht.pdf> [30.12.2020].
- Cortes, Patricia/Pan, Jessica (2017): Occupation and gender. In: IZA Discussion Papers, No. 10672. Online: <http://hdl.handle.net/10419/161295> [30.12.2020].
- Croft, Alyssa/Schmader, Toni/Block, Katharina (2014): The second shift reflected in the second generation: do parents'

- gender roles at home predict children's aspirations? In: *Psychological Science*, 25, Heft 7, S. 1418–1428.
- Eagly, Alice H./Wood, Wendy (2012): *Social Role Theory*. In: Arie W. Kruglanski et al. [Hrsg.]: *Handbook of Theories of Social Psychology*. SAGE: Los Angeles, S. 458–476.
- Elvin-Nowak, Ylva/Thomsson, Heléne (2001): *Motherhood as idea and practice*. In: *Gender & Society*, 3, Heft 15, S. 407–428.
- Fröhlich, Laura/Olsson, Maria/Dorrough, Angela/Martiny, Sarah (2020): *Gender at Work Across Nations: Men and Women Working in Male-Dominated and Female-Dominated Occupations are Differentially Associated with Agency and Communion*. In: *Journal of Social Issues*, 76, Heft 3, S. 484–511.
- Gerold, Stephanie/Geiger, Sonja (2020): *Arbeit, Zeitwohlstand und Nachhaltiger Konsum während der Corona-Pandemie*. Online: [https://www.rezeitkon.de/wordpress/wp-content/uploads/2020/11/WP\\_Gerold\\_Geiger\\_Corona.pdf](https://www.rezeitkon.de/wordpress/wp-content/uploads/2020/11/WP_Gerold_Geiger_Corona.pdf) [30.12.2020].
- Gestekamp, Thomas (2020): *In der Homeoffice-Falle*. Online: <https://taz.de/Geschlechterrollen-in-Corona-Zeiten/!5704068/> [30.12.2020].
- Glaeske, Gerd (2020): *Soziale Ungleichheit in Zeiten von Corona*. In: *Ersatzkasse Magazin*, 4. Ausgabe 2020, S. 27–29.
- Hans Böckler Stiftung (2020): *Coronakrise verschärft soziale Ungleichheit*. Online: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-coronakrise-verscharft-soziale-ungleichheit-25092.htm> [30.12.2020].
- Harth, Nicole/Mitte, Kristin (2020): *Managing Multiple Roles During the COVID-19 Lockdown: Not Men or Women, but Parents as the Emotional "Loser in the Crisis"*. In: *Social Psychological Bulletin*, 15, Heft 4, S. 1–17.
- Kahn, Robert L./Wolfe, Donald/Quinn, Rober/Snoek, Diedrick/Rosenthal, Robert (1964): *Organizational stress: Studies in role conflict and ambiguity*. Wiley: New York.
- Kessler, Thomas/Harth, Nicole (2020): *Die Theorie relativer Deprivation*. In: Petersen, Lars-Eric/Six, Bernd [Hrsg.]: *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen*. 2. Auflage 2020. Beltz: Weinheim, S. 278–283.
- Kohlrausch, Bettina/Zucco, Aline (2020): *Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit*. Online: [https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=9077](https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=9077) [30.12.2020].
- Koenig, Anne M./Eagly, Alice H. (2014): *Evidence for the social role theory of stereotype content: Observations of groups' roles shape stereotypes*. *Journal of Personality and Social Psychology*, 107, Heft 3, S. 371–392.
- Liu, Shengyi/Liu, Ying/Liu Yong (2020): *Somatic symptoms and concern regarding COVID-19 among Chinese college and primary school students: A cross-sectional survey*. In: *Psychiatry research*, 289, 113070.
- Maslach, Christina/Schaufeli, Wilmar/Leiter, Michael (2001): *Job burnout*. In: *Annual Review of Psychology*, 52, S. 397–422.
- Park, Bernadette/Banchefsky, Sarah (2018): *Leveraging the Social Role of Dad to Change Stereotypes of Men*. In: *Social Psychology Bulletin*, 44, Heft 9, S. 1380–1394.
- Pew Research Center (2017): *Science News and Information Today*. Online: <https://www.pewresearch.org/science/dataset/2017-pew-research-center-science-and-news-survey/> [30.12.2020].
- Pfund, Johanna (2020): *Nur noch hundert Jahre warten*. Online: <https://www.sueddeutsche.de/karriere/frauen-karriere-gleichberechtigung-corona-1.5093759> [30.12.2020].
- Pološki Vokić, Nina (2019): *The Consequences of Gender Segregations in the Contemporary Work Environment: Barriers to Women's Employment, Development and Advancement*. In: Pološki Vokić, Nina/Obadic, Alka/ Sinčić Čorić, Dubravka: *Gender Equality in the Workplace. Macro and Micro Perspectives on the Status of Highly Educated Women*, Palgrave Macmillan: London.
- Purvanova, Radostina K./Muros, John P. (2010): *Gender differences in burnout: a meta-analysis*. *Journal of Vocational Behavior*, 77, Heft 2, S. 168–185.
- Rosenthal, Lisa (2016): *Incorporating intersectionality into psychology: An opportunity to promote social justice and equity*. In: *American Psychologist*, 71, Heft 6, S. 474–485.
- Schäfer, Armin (2010): *Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa*. In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 4, S. 131–156.
- Shafer, Kevin/Milkie, Melissa/Scheibling, Casey (2020): *The Division of Domestic Labour Before& During the COVID-19 Pandemic in Canada*. Online: <https://osf.io/preprints/socarxiv/24j87/> [30.12.2020].
- Statistisches Bundesamt (2020): *Qualität der Arbeit – Gender Pay Gap*. Online: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-1/gender-pay-gap.html> [30.12.2020].

**„DIE SOZIO-TECHNISCHEN  
BEDINGUNGEN EINER  
DIGITALEN GESELLSCHAFT  
ÄNDERN DEN  
RECHTSEXTREMISMUS  
NACHHALTIG. SOZIALE  
MEDIEN ÜBERNEHMEN DIE  
VERNETZUNGSLEISTUNG,  
DIE RECHTSEXTREME  
AKTEURE AUS EIGENER  
KRAFT NICHT AUFBAUEN  
KÖNNTEN.“**



MAIK FIELITZ, JANA HITZIGER & KAROLIN SCHWARZ

# Tech vs. Hate: Muster und Dilemmata des Deplatformings deutschsprachiger Hassakteure

Maik Fielitz (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft),  
Jana Hitziger (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft)  
& Karolin Schwarz (freie Autorin)

---

Nicht erst seit dem Sturm auf das Kapitol und der anschließenden Löschung Donald Trumps von Twitter, Facebook und YouTube stellt sich die Frage nach der Wirkung und Legitimation des sogenannten Deplatformings. Darunter versteht man das Sperren von Accounts und die Verbannung von Gruppen und Individuen, die gegen die selbst gesetzten Standards von Plattformen verstoßen haben. Im Fall Deutschlands hat das Deplatforming die Vernetzungsfähigkeit der extremen Rechten deutlich eingeschränkt und neue Dynamiken auf Alternativplattformen ausgelöst. Wie sich Deplatforming auf das Medienverhalten und die Mobilisierungsfähigkeit der extremen Rechten auswirkt, ist Ziel dieses Beitrags, der auf einer empirischen Untersuchung aus dem Jahr 2020 beruht. Hierin interessierten uns vor allem drei Fragen: erstens, welche Einbußen Hassakteure durch Löschungen hinnehmen müssen; zweitens, wie sich die digitalen Kräfteverhältnisse in der extremen Rechten verschieben; drittens, wie Hassakteure mit Sperrungen umgehen und wie sie ihre Mobilisierung in sozialen Medien neu ausrichten. Die Erkenntnisse werden vor dem Hintergrund der normativen Dilemmata des Einschreitens von Tech-Unternehmen in öffentliche Diskurse diskutiert.

---

## Empfohlene Zitierung:

Fielitz, Maik/Hitziger, Jana/Schwarz, Karolin (2021): Tech vs. Hate: Muster und Dilemmata des Deplatformings deutschsprachiger Hassakteure. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 196–207.

## Schlagwörter:

*Deplatforming, Plattform-Governance, Rechtsextremismus, soziale Medien*

Soziale Medien haben sich zu einem zentralen Ort der Rekrutierung und Propaganda für rechtsextreme Gruppierungen und Individuen entwickelt. Sie werden zur Publikation organisierter Hassrede, der Vernetzung antidemokratischer Akteure und der gezielter Desinformation genutzt. Die Art, wie die Betreiber großer Plattformen mit solchen Inhalten umgehen, hat großen Einfluss auf die Sichtbarkeit, Organisation und Handlungsweisen rechtsextremer Gruppen und Individuen. In Deutschland zeigt sich spätestens seit 2015, wie abhängig die extreme Rechte von den digitalen Infrastrukturen großer Plattformen ist: Sie werden genutzt, um direkt mit einer breiten Masse zu kommunizieren und die Öffentlichkeit zu manipulieren. Besonders schwer trifft die Akteure daher die Sperrung ihrer Accounts, das sog. Deplatforming, das rechtsextremen Akteuren zentrale Plattformen nimmt.

---

**Die Art, wie Betreiber großer Plattformen mit organisierter Hassrede, der Vernetzung antidemokratischer Akteure und gezielter Desinformation im Netz umgehen, hat großen Einfluss auf die Sichtbarkeit, Organisation und Handlungsweisen rechtsextremer Gruppen und Individuen.**

---

Die Folgen und Umgangsstrategien von Hassakteuren im Zusammenhang mit Sperrungen zu untersuchen, war Ziel des Forschungsprojekts Hate not Found, das wir am IDZ im Jahr 2020 durchführten.<sup>1</sup> In unserer neunmonatigen Forschung haben wir am Beispiel deutschsprachiger Akteure untersucht, wie sich Deplatforming auf das Medienverhalten und die Mobilisierungsfähigkeit der extremen Rechten auswirkt. Uns interessierten vor allem drei Fragen: erstens, welche Einbußen Hassakteure durch Löschungen hinnehmen müssen; zweitens, wie sich die digitalen Kräfteverhältnisse in der extremen Rechten verschieben; drittens, wie Hassakteure mit Sperrungen umgehen und wie sie ihre Mobilisierung in sozialen Medien neu ausrichten.

Gleichzeitig ging es uns aber auch um die Probleme und Dilemmata, die das Deplatforming mit sich bringt. Denn mit der Löschung von Accounts ist das Problem nicht gelöst. Vielmehr entstehen neue Dynamiken in der extremen Rechten, die Kommunikation auf unmoderierte Plattformen oder in das sogenannte Dark Social verlagert und das Private und Öffentliche stark vermischt. Nichtsdestotrotz ist der Zugang zu großen Plattformen unerlässlich für die extreme Rechte, um den Schein der Normalität ihrer Positionen zu wahren. In diesem Beitrag bereiten wir unsere Ergebnisse in drei Schritten auf: Zunächst präsentieren wir die Kriterien des Mappings von Hassakteuren, anhand dessen wir die Dimensionen des Deplatformings untersuchten. Daraufhin stellen wir identifizierte Muster vor, um Erkenntnisse zu gewinnen, wie das Deplatforming Verbreitung findet und welche Akteure besonders betroffen sind, und untersuchen die Reaktionsmuster (potenziell) betroffener Akteure. Schließlich diskutieren wir Probleme und Dilemmata des Deplatformings und verschiedene Umgangsweisen der Zivilgesellschaft im Dreieck von Politik, Plattform-Governance und rechtsextremem Online-Aktivismus.

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag enthält Passagen aus dem Projektbericht (Fielitz/Schwarz 2020).

## Hassakteure in sozialen Medien

Wir greifen auf die Terminologie von Hassakteuren zurück, um anzudeuten, dass viele Akteure, die heute den Ton in rechten Online-Diskursräumen angeben, von klassischen Organisationsformen abweichen. Im Gegensatz zur Terminologie der extremen Rechten geht der Begriff Hassakteur nicht von einem strukturierten Organisationszusammenhang aus, sondern erfasst explizit Akteure, die sich jenseits etablierter Strukturen eine eigene Wirkmächtigkeit aufgebaut haben. Nichtsdestotrotz sind die Grenzen fließend und verbinden sich über den Lauf der Zeit. Daher ist eine klare analytische Trennung nicht zielführend. Aus diesem Grund bezieht der Begriff des Hassakteurs auch die organisierte extreme Rechte mit ein.

Die Formierung von Hassakteuren online funktioniert anders als der Aufbau organisierter Strukturen offline. Sie haben keine festen Mitgliedschaften, sie sind nicht lokal gebunden und verwischen oft die Grenze zwischen Politischem und Privatem, indem propagandistische Inhalte neben alltäglichen Interessen erscheinen. So ist es mitunter schwer vorherzusehen, welche Akteure besonders effektiv rechtsextreme Weltbilder transportieren. Denn es benötigt keine großen organisationalen Ressourcen, um im Kampf um Aufmerksamkeit zu bestehen. Da die sozialen Medien bereits selbst eine Metaorganisation darstellen, sind es oft Akteure mit einem guten Gespür für digitale Kommunikation, die am meisten profitieren.

---

**Die Formierung von Hassakteuren online funktioniert anders als der Aufbau organisierter Strukturen offline. Sie haben keine festen Mitgliedschaften, sie sind nicht lokal gebunden und verwischen oft die Grenze zwischen Politischem und Privatem, indem propagandistische Inhalte neben alltäglichen Interessen erscheinen.**

---

Oft sind es Influencer\*innen, sogenannte Alternativmedien und Verschwörungsideolog\*innen, die mit wenig Ressourcen bedeutenden Einfluss auf den politischen Diskurs ausüben. Durch ihren eifrigen digitalen Aktivismus verstehen sie ihre metrischen Kennwerte in sozialen Medien als Messlatte für die Güte ihrer Positionen. Es entwickelten sich also neue Akteurstypen, die politische und wirtschaftliche Interessen in digitalen Inszenierungen miteinander verbinden. So kann es sein, dass Einzelpersonen, z. B. der Verschwörungsideologe Heiko Schrang, eine weit größere Relevanz für die rechtsextreme Mobilisierung haben als die NPD. Zudem exponieren sich Einzelpersonen aus Organisationen, etwa Martin Sellner von der Identitären Bewegung Österreich, als Influencer\*innen. Das erschwert eine Unterscheidung zwischen individuellem und kollektivem Handeln. Hassakteure stellen sich bisweilen als Grenzgänger dar und kommunizieren mit ambivalenter Rhetorik, um sich vor Kritik zu immunisieren und um unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen.

Schließlich deutet das Konzept der Hassakteure an, dass die sozio-technischen Bedingungen einer digitalen Gesellschaft den Rechtsextremismus nachhaltig ändern. Soziale Medien übernehmen die Vernetzungsleistung, die rechtsextreme Akteure aus eigener Kraft nicht aufbauen könnten. So verbreiten die Algorithmen die dramatischen Erzählungen auf Knopfdruck, was zu einer Selbstverständlichkeit und Verselbstständigung ihrer Inhalte beiträgt. Denn es ist heute

nicht unwahrscheinlich, dass unbedarfte Nutzer\*innen über intransparente Verbreitungsketten rechte Propaganda zwischen Kochrezepten und Beauty-Tipps wiederfinden. In der Tat haben die sozialen Medien erst neue Akteure in diesem Feld geboren, die durch ihren ausgeklügelten Medienaktivismus zu einem plattformübergreifenden System beisteuern, das den gegenwärtigen globalen Aufstieg der extremen Rechten anfeuert (Fielitz/Marcks 2020).

---

**Soziale Medien haben neue Akteure in diesem Feld geboren, die durch ihren ausgeklügelten Medienaktivismus zu einem plattformübergreifenden System beisteuern, das den gegenwärtigen globalen Aufstieg der extremen Rechten anfeuert.**

---

## Mapping der Hassakteure

Für unsere Studie haben wir 55 einflussreiche Hassakteure identifiziert, die in sozialen Medien eine besondere Relevanz haben. Diese Relevanz messen wir an dem Zusammenspiel von Reichweite, Aktivität, der Kapazität zu plattformübergreifendem Handeln und der Eigenständigkeit der Akteure (Fielitz/Schwarz 2020: 18f.). Unser Mapping zeigte, dass mit 29 Fällen über die Hälfte der 55 Hassakteure von Eingriffen von Tech-Unternehmen betroffen gewesen sind. Wir sehen aber auch, dass Maßnahmen sehr unterschiedlich durchgesetzt wurden. Das heißt, während Akteure wie das Compact Magazin auf Facebook gelöscht wurden, können sie sich auf YouTube weiter artikulieren. Andersherum ist es dem identitären Rapper Prototyp NDS verboten, seine Musik auf YouTube zu teilen, wohingegen er auf Facebook weiterhin aktiv ist. Eine von wenigen Ausnahmen bildet Martin Sellner, der seit Mitte 2020 auf allen großen Plattformen gesperrt ist.

In absoluten Zahlen hat Facebook im Jahr 2020 an Attraktivität für Hassakteure stark eingebüßt. Mit 20 Sperrungen haben die Betreiber die meisten Akteure gesperrt oder gelöscht. YouTube bietet Hassakteuren nun die größte Reichweite unter den Mainstream-Plattformen. Auffällig ist, dass die meistgenutzte Plattform allerdings Telegram geworden ist. 96 % nutzen Telegram als eine Art kommunikative Basis. Ohne spürbare moderative Eingriffe befürchten zu müssen, vernetzen sich Rechtsextreme hier und archivieren ihre Propaganda. Akteure haben unseren Daten zufolge inzwischen eine ähnlich hohe Reichweite wie über Facebook. Andere Alternativplattformen wie Gab oder VK können in Deutschland bisher keine Massendynamiken auslösen. Sie bleiben kommunikative Nischen und sind nur im Zusammenspiel mit kommerziellen Plattformen wichtig.

An der Entwicklung auf Telegram zeigt sich auch, dass gerade in Corona-Zeiten neue Entwicklungen nachzuvollziehen sind. Während bekannte rechtsextreme Organisationen kaum Zuwächse verzeichneten, sind es vor allem verschwörungsideologische Einzelpersonen, die über ihre hyperaktiven Accounts an Bedeutung gewannen. So übertreffen einige Posts von Oliver Janich und Eva Herman die Reichweite etablierter Medien. Mit jeweils über 140.000 Menschen (Stand: November 2020), die sie erreichen können, ist ihr manipulatives Potenzial unvergleichlich höher als das von Kameradschaften und einigen rechtsextremen Parteien. Mit ihnen konkurriert eine Riege von rechtsextremen Influencer\*innen um Aufmerksamkeit, die ohne feste organisatorische Basis agieren und rechtsextreme Ideologie als Lebensstil verkaufen.

## Telegram als kommunikative Basis

Telegram entwickelte sich, auch jenseits rechtsextremer Kanäle, seit einiger Zeit zu einem Massenmedium. Das hängt insgesamt weniger mit dem Deplatforming zusammen, sondern vor allem mit den neuen datenrechtlichen Richtlinien von anderen Anbietern, vor allem WhatsApp, die Menschen zu alternativen Messenger-Diensten treibt. Die App bietet durchaus einen höheren Schutz der Privatsphäre als kommerzielle Anbieter und weist jede Einflussnahme von staatlicher Seite auf freie Kommunikation zurück. Telegram wirbt damit, in die Kommunikation nicht moderativ einzugreifen, was es attraktiv für Rechtsextreme macht: Sie wollen einen möglichst ungestörten Kommunikationsfluss und eine direkte Verbindung zu ihren Sympathisant\*innen. Über Push-Nachricht fühlen Menschen sich dauerhaft verbunden mit rechtsextremen Akteuren. Viele der Accounts erreichen zehntausende Menschen augenblicklich.

Telegram ist weiterhin so beliebt, weil es private und öffentliche Kommunikation effektiv verbindet. Mit zwei Klicks landen die Nachrichten aus öffentlichen rechten Kanälen in der Familiengruppe und alle Mitglieder können sich ohne Zugangsbeschränkung angucken, welche krude Theorien und antisemitischen Weltbilder bestimmte Personen der Öffentlichkeit streuen. Letztendlich lebt Telegram davon, dass es von vielen als reiner Messenger wahrgenommen wird, wo Eingriffe zur Wahrung der Privatsphäre nicht durchgeführt werden. Das NetzDG greift bei Telegram bisher nicht. Dabei ist es schon längst eine öffentliche Plattform mit sehr verschiedenen Interaktionselementen, die auch von terroristischen Gruppen genutzt wird. So nutzte der IS Telegram viele Jahre, um Propaganda zu verbreiten und Mitglieder zu rekrutieren. Hier hatte Telegram recht effektive Mittel, dies einzudämmen. Im rechtsextremen und terroristischen Bereich fehlt der politische Wille. Hier finden sich gewaltaffine Gruppen, die Rechtsterroristen feiern und zur Gewalt aufrufen. Diese haben teilweise tausende von Follower\*innen. Unter anderem verbreiteten Nutzer\*innen die Übertragung des Anschlags von Halle in zahlreichen Kanälen. In seinen verschiedenen Versionen wurde es hunderttausendfach angesehen. Hier fehlt von den Betreibern ein Signal, gegen die Verherrlichung rechtsterroristischer Anschläge langfristig und effizient vorzugehen.

## Muster des Deplatformings

Auffällig ist beim Deplatforming von kommerziellen Plattformen, dass es häufig in Wellen vollzogen wird. Das heißt, dass selten ein politisch relevanter Account allein gelöscht wird und sich zudem das Verhalten der Plattformen angleicht. Zumindest geraten Betreiber in Erklärungsnot, wenn sie politischen Akteuren weiterhin eine Bühne geben, während andere diese Akteure als gefährlich für die eigenen Nutzer\*innen identifiziert haben. Wir haben anhand des Verlaufs Muster im Deplatforming identifiziert, die uns Rückschlüsse auf die Durchsetzung solcher Maßnahmen gegen Hassakteure geben. Vor 2017 waren vor allem neonazistische Organisationen betroffen. Dazu

---

**Auffällig ist die Wellenförmigkeit des Deplatformings kommerzieller Plattformen. Selten wird ein politisch relevanter Account allein gelöscht, zudem gleicht sich das Verhalten der Plattformen an.**

---

gehörten u. a. die Parteien Die Rechte, Der Dritte Weg und Landesverbände der NPD, die alle juristisch gegen die Entscheidung klagten. Im Falle des Dritten Wegs wurden die Sperrungen gerichtlich temporär zurückgenommen, damit die Partei keinen Nachteil im anlaufenden EU-Wahlkampf 2019 erhält. Langfristig hielten die Löschungen gegen juristische Maßnahmen aber stand.

Das Jahr 2019 war stärker von Einschränkungen gegen identitäre Aktivist\*innen und Gruppen geprägt. Dies traf deren Akteure besonders hart, weil ihr gesamtes Politikmodell auf die Vermarktung rechtsextremer Ideologie über soziale Medien abzielt. Ohne eine Resonanzfläche für ihre inszenierten Aktionen verlieren diese selbst an Bedeutung. Denn ohne ihre sozialen Medienkanäle haben Identitäre keine Möglichkeit, diskursiven Druck aufzubauen, damit andere Medien über sie berichten. Deutlich zeigt sich der zunehmende Bedeutungsverlust am Beispiel der Netzwerkorganisation Ein Prozent: Wenn Nutzer\*innen über die algorithmische Verbreitung ihrer Posts auf die Nachrichten nicht aufmerksam werden, verlieren auch die provokativen Auftritte an Schlagkraft. Nachdem in einem Gerichtsverfahren die Klage gegen die Löschung auf Facebook und Instagram abgewiesen wurde, konnte die Gruppierung keine neuen Akzente setzen. Im Dezember 2020 wurde zudem auch ihr YouTube-Kanal gesperrt. Unter anderem Namen werden allerdings weiterhin Inhalte dieser Gruppierung verbreitet.

Im Jahr 2020 zeigte sich, dass sich das Deplatforming zunehmend gegen Akteure richtet, die Desinformation im Kontext der Corona-Pandemie verbreiten. Nachdem Kritik in der ersten Welle der Pandemie aufkam, dass sich über kommerzielle Plattformen Fehlinformationen besser verbreiteten als seriöse Informationen (Donovan 2020) schalteten kommerzielle Plattformen vermehrt Aufklärungsseiten und leiteten Nutzer\*innen auf seriöse Inhalte um. Nach mehreren blockweisen Löschungen bei Facebook, Instagram und Twitter im Frühjahr und Sommer 2020 folgte YouTube im Oktober 2020 mit einem Vorstoß zur Löschung entsprechender Inhalte. Somit trat die Begrenzung der Reichweite oder Löschung von gefährlichen Falschinformationen in den Vordergrund, was eine Sperrung wegen Vergehen gegen die Gemeinschaftsstandards vereinfachte. Denn oft fiel es den Betreibern zuvor schwer, konkrete Anlässe für eine Sperrung zu isolieren. Neben Akteuren wie dem rechtsextremen Compact Magazin wurde auch der Verschwörungsideologe Oliver Janich und die Verschwörungsbewegung QAnon von Plattformen gelöscht. Ab Sommer 2020 wurden mit Verweis auf die gefährdenden Inhalte im Pandemie-Kontext Rechtsextreme von den Plattformen verwiesen.

## Diskursive Reaktionen auf das Deplatforming

Es überrascht nicht, dass sich die Einschränkung des Zugangs zu sozialen Medien zu einem Thema unter Hassakteuren entwickelt hat, das eine Solidarisierung und somit den Zusammenhalt unter Hassakteuren und der extremen Rechten mit Bezug auf ein gemeinsames Feindbild stärkt. Die rechtsextreme Kampfansage an das Deplatforming fügt sich in eine breitere von rechts lancierte Debatte über freie Rede, „politische Korrektheit“ und die Ablehnung der etablierten

---

**Die Einschränkung des Zugangs zu sozialen Medien hat sich zu einem Thema unter Hassakteuren entwickelt, das Solidarisierung und Zusammenhalt mit Bezug auf ein gemeinsames Feindbild stärkt.**

---

Medien ein und vermischt sich mit Verschwörungsnarrativen, wonach die Plattformbetreiber der verlängerte Arm politischer Eliten seien. In diesem Kontext wurden die Entscheidungen zum Deplatforming oft politisiert und spektrenübergreifend zu einem Kampagnenthema auserkoren, um sich als Verteidiger\*innen der Redefreiheit zu stilisieren und die gegenwärtige Situation als „Meinungsdiktatur“ zu kontrastieren.

Hassakteure leisten einen interpretativen Aufwand, um die Rückschläge in den sozialen Medien strategisch zu rahmen. Wir haben uns daher zunächst genauer angesehen, welche Probleme Hassakteure rund um das Deplatforming ansprechen und wo sie dessen Ursachen verorten (diagnostisches Framing). Hier sehen wir klassische rechtsextreme Narrative, dass eine vermeintliche politische Zensur „patriotische“ Ideen unterdrücke. Im selben Atemzug porträtiert man die Bundesrepublik als totalitäres Regime, auch um sich selbst mit den Dissident\*innen im Dritten Reich und der DDR gleichzusetzen. Besonders auffällig ist, wie sehr fehlende Einnahmen über den sozialen Medienaktivismus bemängelt werden. Dies deutet an, wie selbstverständlich es für Rechtsextreme vorher war, mit ihren Accounts direkt oder indirekt Geld zu verdienen.

---

**Hassakteure leisten einen interpretativen Aufwand, um die Rückschläge in den sozialen Medien strategisch zu rahmen.**

---

Mit Blick auf Ideen, wie man ein bestimmtes Problem überwinden kann (das prognostische Framing), wird deutlich, dass der Wechsel auf andere Plattformen als zentrale Handlungsoption gilt. Denn während viele Hassakteure ankündigen, rechtliche Schritte einleiten zu wollen, tun dies nur wenige und haben zudem wenig Erfolg. Zunehmende Bedeutung gewinnen auch Back-up-Kanäle. Hier wird dazu aufgerufen, sich neue Kanäle unter anderem Namen zuzulegen, um weiter auf den Plattformen zu bleiben. Schließlich soll der Diskurs über das Deplatforming Menschen auch zum Handeln animieren (motivationales Framing). Im Vordergrund steht der Aufruf zu finanzieller Unterstützung und Solidarität. Dies weist einmal mehr darauf hin, wie abhängig sich Hassakteure von den jeweiligen Plattformen gemacht haben und wie sehr sie nicht nur politisch das Deplatforming trifft. Es wird dazu aufgerufen, die Mitteilungen von gesperrten Akteuren auf den Plattformen zu teilen oder ihnen auf anderen Plattformen zu folgen.

## Rechte Ausweichstrategien

Es liegt also auf der Hand, dass Hassakteure aus dem Diskurs heraus verschiedene Umgangsstrategien testen, wie sie mit Sperrungen umgehen: Denn Repression schafft bekanntlich Innovation. Dabei sehen wir, wie bereits mit verschiedenen Strategien ein mögliches Deplatforming präventiv antizipiert wird und die Darstellung der Botschaften angepasst wird. Das betrifft zum einen ein semantisches Mimikry, vor dessen Hintergrund bestimmte Schlüsselwörter oder Codes vermieden werden sollen und die Kommunikation bewusst ambivalent gehalten wird, um Kritik abzuwehren. Dazu zählen humoristisch gemeinte Formen der Selbstzensur, bspw. wenn Rechtsextreme in Podcasts fragwürdige Aussagen mit einem Piepton unkenntlich machen. Damit soll bereits angedeutet werden, dass die Meinung angeblich nicht frei gesagt werden dürfe und die eigenen Aussagen in

einem anderen politischen Kontext radikaler wären. Andererseits ist auffällig, wie sehr Hassakteure auf visuelle oder audiovisuelle Formate zurückgreifen. Memes, Share-Pics und Co. vermitteln politische Inhalte ungleich subtiler und assoziativer. Sie vermeiden die Klarheit von textlichen Aussagen und sind ambivalent in ihrer Interpretation – meist mit ironischen Untertönen.

---

**Hassakteure testen  
Umgangsstrategien, wie sie  
mit Sperrungen umgehen:  
Denn Repression schafft  
bekanntlich Innovation.**

---

Sind bestimmte Hassakteure erst einmal mit dem Deplatforming konfrontiert, müssen sie zwangsläufig ihre Strategie anpassen, um handlungsfähig zu bleiben. Viele Aktivist\*innen können es sich politisch und finanziell nicht leisten, vollkommen auf die Mainstream-Plattformen zu verzichten. Daher nutzen sie verschiedene Wege, um ihre Inhalte weiterhin im digitalen Mainstream zu platzieren. Sie unterwandern also Verbote. Dies passiert entweder über eine loyale Masse, die sich Hassakteure auf Alternativplattformen aufbauen, oder indem sie sich neue Konten bzw. Fake Accounts anlegen, mit denen sie ihre Inhalte weiter über die gesperrten Plattformen teilen. Lutz Bachmann zum Beispiel hat nach jeder Sperrung mit einem neuen Profil auf Facebook weitergemacht und über Telegram seine Anhänger\*innen auf die neue Seite gelotst.

Schließlich bleibt Akteuren die Abwanderung aus den digitalen Mainstream, wenngleich dies gefährlich ist, weil sie durch ihre fehlende Präsenz auf den Plattformen ein Stück Normalität verlieren. Wenig oder nicht moderierte Foren dienen Hassakteuren als sichere Rückzugsräume, über die sich im Idealfall neue Communities aufbauen lassen. Sie werden für eigene Interessen gekapert. In der Praxis funktioniert dies in Deutschland nur über Telegram, dem heutigen Treffpunkt aller rechts-extremen Akteure. Um Informationshoheit zu gewinnen, gibt es Bemühungen, sich eigene digitale Infrastrukturen aufzubauen. In Deutschland wird das mit alternativen Videostreamingportalen versucht, scheitert bisher aber. Allerdings sind weitere Versuche erwartbar, diese technologischen Unabhängigkeitsbewegungen wie in den USA weiter zu professionalisieren (Donovan et al. 2019).

## **Grenzen und Dilemmata des Deplatformings**

Unsere Studie thematisiert auch die Grenzen und Dilemmata des Deplatformings. Wir sind uns bewusst, dass das Deplatforming ein umstrittenes Vorgehen ist, das demokratisch kaum kontrolliert wird. Das bringt Probleme der Rechtfertigung mit sich und kann immer auch nicht-intendierte Konsequenzen haben. Die Plattformen sozialer Medien haben heute eine zentrale Verantwortung für die politische Kultur in Demokratien, da sie weit mehr als nur Menschen verbinden: Sie aggregieren zugleich Nachrichten, sie sind Orte kultureller Kreativität und politischer Auseinandersetzungen. Das Verhalten der Tech-Unternehmen hat Einfluss auf die Berichterstattung von herkömmlichen Medien, auf den Ausgang von Wahlen und das Denken von Millionen von Menschen: Ihre Entscheidungen darüber, was veröffentlicht werden kann, wie es organisiert und monetarisiert wird, was entfernt werden kann und warum, und was die technische Architektur erlaubt und verbietet, sind reale und substanzielle Eingriffe in die Konturen des öffentlichen Diskurses (Gillespie 2010: 359).

Deplatforming ist ein technischer Akt, der den Zugang zu Social-Media-Profilen sperrt und Inhalte für andere Nutzer\*innen unzugänglich macht. Für Plattformen, die selbst für „offene Teilnahme, freizügige Interaktion und dem Schutz von freier Rede“ werben (Gillespie 2018: 176), ist dieser Schritt die Ultima Ratio, um mit Problemen auf der eigenen Plattform fertigzuwerden. In diesem Sinne sind die Betreiber daran interessiert, Löschungen nur in Ausnahmefällen durchzuführen, damit nicht der Eindruck von Willkür oder politischer Parteilichkeit entsteht. Gleichzeitig sind die einzelnen Löschungen aber öffentlichkeitswirksame Signale, die an die breitere Masse gesendet werden. Denn der Akt des Deplatforming selbst legt Standards fest, wann Individuen oder Gruppen die Grenze des Ertragbaren überschreiten. Somit entsteht eine Pfadabhängigkeit in dem Sinne, dass dieselben Verstöße nun ähnlich geahndet werden müssen.

---

**Einzelne Löschungen sind öffentlichkeitswirksame Signale, die an die breitere Masse gesendet werden. Denn der Akt des Deplatforming selbst legt Standards fest, wann Individuen oder Gruppen die Grenze des Ertragbaren überschreiten.**

---

Es birgt aber auch Dilemmata, die gleichen Standards auf alle Nutzer\*innen einer Plattform anzuwenden. So ist es ein fundamentaler Unterschied, ob einflussreiche oder randständige Accounts bestimmte Nachrichten mit ihrer Anhängerschaft teilen. Generell gilt, dass Akteure oft erst in das Visier repressiver Maßnahmen geraten, je mehr Follower\*innen sie haben und je mehr Schaden sie mit ihren Nachrichten anrichten können (Rogers 2020). Gleichzeitig wirken Eingriffe einschneidender, wenn Hassgruppe oder Influencer\*innen sich selbst und/oder ihre Inhalte als gesellschaftlich relevant vermitteln können. Es erfordert also einiges an interkulturellem und fachlichem Wissen, um die vielen Feinheiten zu erfassen, die sich je nach Gegenstand und Kontext sprachlich abbilden. Bei der Masse an (fragwürdigen) Posts kann eine faire Begutachtung allerdings kaum gewährleistet werden. Folglich filtern Plattformen die Beiträge heute fast ausschließlich mithilfe künstlicher Intelligenz, was wieder ganz neue Probleme mit sich bringt.

## Zivilgesellschaft zwischen den Fronten

Die Löschung von Postings und Accounts durch privatwirtschaftliche Akteure ist ein Einschnitt in die freie Meinungsäußerung, die ihrer Rechtsform zum Trotz eine enorme öffentliche und politische Bedeutung und somit Verantwortung haben. Allerdings ist dieser Einschnitt alltäglich, ja er ist notwendig, um die freie Meinungsäußerung anderer zu schützen. Um dies zu gewährleisten, beginnen nun viele Staaten der Welt, (unterschiedliche) regulative Maßnahmen zu entwickeln. Wer wie an öffentlichen Diskursen partizipieren kann, ist nicht zuletzt auch eine wichtige Frage für die Zivilgesellschaft. Denn wenn Staaten oder Unternehmen zum Deplatforming greifen und menschenfeindliche, gewaltverherrlichende oder anderweitig unerwünschte Beiträge löschen oder Accounts verbannen, kommen zivilgesellschaftliche Akteure kaum um eine Positionierung herum.

Auffällig ist, dass hier zwei widerstrebende Positionen aufeinandertreffen: Zum einen finden wir eine technikaffine Strömung vor, die vor allem vor den Gefahren von staatlicher und privatwirtschaftlicher Willkür warnt, die auf Kosten der freien Meinungsäußerung gehen kann. Mit Blick auf die digitalen Überwachungs- und Disziplinierungsmaßnahmen autoritärer Regime werden hier Checks and Balances betont, welche die Netzneutralität, die Meinungsfreiheit und den freien Zugang zum Internet dauerhaft gewährleisten sollen. Zum anderen argumentieren insbesondere Initiativen gegen rechts, dass (selbst-)regulative Maßnahmen deutlich ausgebaut werden müssen, damit den Plattformen nicht weiter ihr emanzipatorisches Potenzial genommen wird. Plattformen werden aufgefordert, rigoros zu löschen, wodurch sich auch die Gestaltungskraft der Unternehmen auf den öffentlichen Diskurs nolens volens weiter ausbaut.

Eine neue Dynamik entstand in dieser Debatte mit dem Sturm auf das US-amerikanische Kapitol im Januar 2021, der zu einem entscheidenden Teil über soziale Netzwerke koordiniert wurde, und der Löschung der Social-Media-Accounts von Donald Trump. Während sich Plattformen lange als neutrale Vermittler von Informa-

---

**Während sich Plattformen lange als neutrale Vermittler von Informationen darstellten, die sich aus dem politischen Wettbewerb raushalten, wird nun verstärkt die politische Verantwortung der Konzerne diskutiert.**

---

tionen darstellten, die sich aus dem politischen Wettbewerb raushalten, wurde nun verstärkt die politische Verantwortung der Konzerne diskutiert. Genau genommen stellt der Rundumschlag, der einem verstärkten Vorgehen gegen rechtsextreme Inhalte insgesamt folgt, ein spätes Eingeständnis des Umstands dar, dass die Technologie über ein destruktives Potenzial verfügt, das nach strikteren Regeln und korrektiven Eingriffen verlangt, wenn sie zum Nutzen, nicht zum Schaden der Demokratie wirken soll.

Jedenfalls ist viel in Bewegung geraten in den Debatten über die Regulierung und Moderation von Plattformen sowie die Grenzen der Meinungsfreiheit und deren Durchsetzung. Das führt nun dazu, dass die Fragen der Gestaltung wichtiger Kommunikationsräume politisch debattiert werden. Allzu lang haben viele Menschen es für unumstößlich gehalten, dass gewinnorientierte Plattformen bestimmen, wie öffentliche Diskurse gestaltet werden. Dabei wäre es an der Zeit, ihre Verantwortung in den Verwerfungen unserer Zeit zu diskutieren und sich für verantwortungsvolle Alternativen stark zu machen.

**Maik Fielitz** ist wissenschaftlicher Referent am IDZ und Doctoral Fellow am Centre for Analysis of the Radical Right. Er arbeitet zu sozialen Bewegungen, Rechtsextremismus und digitalen Kulturen. Gemeinsam mit Holger Marcks verfasste er das Buch „Digitaler Faschismus: Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus“.

**Jana Hitziger** studiert Sozialwissenschaften und Philosophie an der Universität Erfurt. Sie ist seit März 2020 am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft tätig. Außerdem ist sie politische Bildungstrainerin und führt regelmäßig Fort- und Weiterbildungen durch.

**Karolin Schwarz** war Projektreferentin am IDZ und arbeitet als Autorin in Berlin. Sie beschäftigt sich vor allem mit digitalen Ausprägungen des Rechtsextremismus, digitaler Desinformation und der Schnittstelle zwischen Internet und Gesellschaft. Im Februar 2020 erschien ihr Buch „Hasskrieger: Der neue globale Rechtsextremismus“.

## Literatur

- Donovan, Joan; Lewis, Rebecca; Friedberg, Brian (2019): Parallel Ports. Sociotechnical change from the Alt-Right to Alt-Tech. In: Fielitz, Maik/Thurston, Nick [Hrsg.]: Post-digital cultures of the far right. Online actions and offline consequences in Europe and the US. Bielefeld: Transcript (Political science, Volume 71), S. 49–65.
- Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2020): Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Dudenverlag: Berlin.
- Fielitz, Maik; Schwarz, Karolin (2020): Hate not Found?! Das Deplatforming der extremen Rechten und seine Folgen. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft: Jena.
- Gillespie, Tarleton (2010): The politics of ‘platforms’. In: *New Media & Society*, 12(3), S. 347–364.
- Gillespie, Tarleton (2018): *Custodians of the Internet. Platforms, Content Moderation, and the Hidden Decisions That Shape Social Media*. Yale University Press: New Haven.
- Rogers, Richard (2020): Deplatforming: Following extreme Internet celebrities to Telegram and alternative social media. In: *European Journal of Communication*, 35(3), S. 213–229.

# **AKTUELLES AUS DER FORSCHUNG**

# Aktuelles aus der Forschung

## Schwerpunktthema „Demokratiegefährdungen in der Coronakrise“

---

Im Kapitel „Aktuelles aus der Forschung“ werden zum ersten Mal in der WsD Kurzzusammenfassungen ausgewählter wissenschaftlicher Publikationen internationaler Autor:innen zum Schwerpunktthema des Bandes präsentiert. In alphabetischer Reihenfolge vorgestellt werden also im Folgenden wissenschaftliche Studien, Artikel und Bücher zum Thema „Demokratiegefährdungen in der Coronakrise“ aus dem Bereich Rechtsextremismus sowie aus dem Bereich Vielfalt, Engagement und Diskriminierung. Mit den kurzen Zusammenfassungen wird ein erster Einblick geboten in die Publikation sowie zur Methode und zu den zentralen Befunden/Aussagen. Wer Interesse an Vertiefung bzw. am Weiterlesen hat, findet am Ende jeder Zusammenfassung einen Link zur vollständigen Quelle. Die Inhalte der jeweiligen Publikationen werden dabei entweder zusammengefasst wiedergegeben oder es werden Passagen direkt aus den angegebenen Originalquellen zitiert; diese Stellen sind dann mit Anführungszeichen versehen.

---



### Bereich Rechtsextremismusforschung

#### **Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2020): de:hate report #01 – QAnon in Deutschland**

##### **Über die Publikation**

Diese Broschüre informiert über die aus den USA stammende QAnon-Verschwörungsideologie und deren Rezeption in Deutschland. Dabei wird der antisemitische Gehalt dieser Verschwörungsideologie sowie ihr Gefahrenpotenzial thematisiert. Im Zentrum steht die Analyse der QAnon-Ideologie und deren Dynamik in der COVID-19-Krise.

## **Methode**

Die Broschüre beleuchtet QAnon aus verschiedenen Blickwinkeln: Sie stellt die Geschichte von QAnon und der damit verbundenen Gewalt dar und erläutert dessen Verbreitung qualitativ (Warum ist QAnon attraktiv?) und quantitativ (Wie und wo verbreitet sich QAnon im Internet?). Dabei wird die QAnon-Verschwörungsideologie dargestellt, analysiert, kontextualisiert und ihr Gefahrenpotenzial expliziert. Ein Interview mit dem Leiter des Projekts de:hate fasst die Erkenntnisse der Broschüre komprimiert zusammen. Konkrete Prognosen und Handlungsempfehlungen bieten Politik und Zivilgesellschaft Leitlinien zum Umgang mit QAnon an.

## **Zentrale Befunde/Aussagen**

Die 2017 in den USA entstandene Verschwörungsideologie rund um „Q“ zeigte sich in Deutschland erstmals im Rahmen der Gelbwestenbewegung Ende 2018 im öffentlichen Raum. Als „Q“ bezeichnet sich eine anonyme Quelle vermeintlicher Informationen aus der US-Regierung, die über eine „satanistische Elite [...] die angeblich einen Pädophilenring betreibt“ (S. 9) mit kryptischen Hinweisen aufzuklären vorgibt. Die Corona-Krise führte dazu, dass im „Sommer 2020 [...] das ‚Q‘ in Deutschland plötzlich allgegenwärtig“ (S. 6) war. Die Broschüre stellt die wichtigsten Kanäle vor, über die sich die QAnon in Deutschland online verbreitete (S. 10–16). Dabei wird auch die Effizienz des Deplatformings von QAnon-Inhalten im Kampf gegen die gefährliche Ideologie thematisiert. (S. 13, 34f.)

Von QAnon geht ein hohes Gefahrenpotenzial aus, was sich an dessen „Nähe zum Antisemitismus“ (S. 20) erahnen lässt. Dies belegt die Broschüre anhand einer Chronik von Gewalttaten durch QAnon-Anhänger\*innen (S. 17–21) sowie anhand eines Fallbeispiels der Radikalisierung eines QAnon-Anhängers (S. 24–29). Es gibt eine Ähnlichkeit zwischen QAnon-Anhänger\*innen und „Reichsbürger\*innen“ (S. 22 f.). Diesen ist eine gewisse „Absage an die Realität“ (S. 31) gemein, wobei die Abstrusität der QAnon-Ideologie diejenige der Reichsbürger\*innen noch übertrifft. Obgleich alle Vorhersagen von „Q“ sich als falsch herausgestellt haben, übt QAnon eine ungebrochen große Attraktivität aus (S. 32).

Diese Befunde werden durch neun „Thesen und Prognosen zu QAnon“ (S. 33–38) und Handlungsempfehlungen, wie der notwendige Kampf gegen QAnon und Verschwörungsideologien im Allgemeinen gelingen kann, zusammengefasst.

## **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

[www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/qanon-in-deutschland/](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/qanon-in-deutschland/)

## **Quelle:**

Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2020): de:hate report #01: QAnon in Deutschland. Berlin.

## **Tamir Bar-On & Bàrbara Molas [Hrsg.] (2020): Responses to the COVID-19 pandemic by the radical right. Scapegoating, conspiracy theories and new narratives**

### **Über die Publikation**

Der englischsprachige Sammelband vereint zahlreiche nationale und internationale Beobachtungen zu den Reaktionen der radikalen Rechten auf die Covid-19-Pandemie. Er präsentiert Fallstudien und integrierende Berichte von Wissenschaftler\*innen aus der ganzen Welt und nimmt Aspekte wie Geschlecht und Klasse, Rassismus, religiösen Hass, Sündenbockdenken, Antisemitismus und Sinophobie, Verschwörungstheorien und Online-Radikalisierung in den Blick.

### **Methode**

Der Sammelband vereint Analysen und Beobachtungen aus verschiedenen Ländern: USA, Kanada, Brasilien, Belgien, Deutschland, Schweiz, Schweden, Italien, Frankreich, Spanien, die Ukraine, Lettland, Israel und Indien. All diese Studien sind in insgesamt sechs Kapiteln und einem Nachwort thematisch und nach Ländern geordnet zusammengestellt.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Seit März 2020 ist die COVID-19-Krise zum Auslöser einer neuen weltweiten Welle des Rechtsradikalismus geworden [...]. Steve Bannon, der einst Sonderberater von US-Präsident Trump war, konnte in der Krise „die Unfähigkeit der Staaten sehen, sinnvolle Grenzen zu errichten, die die Bewegung von Menschen und die Produktion von Waren regeln.“ [...] Alain de Benoist, der Führer der französischen Neuen Rechten (nouvelle droite) [...] argumentierte, dass die „Gesundheitskrise (vorläufig?) die Totenglocke der Globalisierung und der hegemonialen Ideologie des Fortschritts läutet.“ [...] Der ungarische Premierminister Viktor Orban hat versucht, eine Verbindung zwischen illegaler Einwanderung und der Pandemie herzustellen [...]. Zunehmende Angst und Unsicherheit, die durch restriktive Abschottung und Isolation erzeugt werden, wurden von der radikalen Rechten weltweit genutzt, um ihre politische Agenda auf unvorhergesehene Weise voranzutreiben. Wie die Beiträge des Bandes deutlich machen, waren die Rechtspopulisten sowohl erfolgreich als auch erfolglos bei der Durchsetzung ihrer Narrative [...]. Eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Strategien, Taktiken und ideologischen Überzeugungen aus der radikalen Rechten haben versucht, von der Pandemie zu profitieren.“ (aus dem Vorwort)

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

[www.ibidem.eu/en/responses-to-the-covid-19-pandemic-by-the-radical-right.html](http://www.ibidem.eu/en/responses-to-the-covid-19-pandemic-by-the-radical-right.html)

### **Quelle:**

Bar-On, Tamir/Molas, Bàrbara [Hrsg.] (2020): Responses to the COVID-19 pandemic by the radical right. Scapegoating, conspiracy theories and new narratives. Ibidem: Stuttgart.

## **Gregor J. Betz & Saša Bosančić [Hrsg.] (2021): Apokalyptische Zeiten. Endzeit- und Katastrophenwissen gesellschaftlicher Zukünfte**

### **Über die Publikation**

Gegenwärtige Diskurse und Prozesse sind von apokalyptischen Narrativen mitgeprägt. Der Sammelband zeichnet diese Narrative anhand von Fallanalysen nach. Die Beiträge behandeln u. a. die Prepper-Szene, die Erzählung vom „großen Austausch“, die Corona-Pandemie, Klimadiskurse, die globalisierungskritische Bewegung sowie die apokalyptischen Tendenzen soziologischer Theorien.

### **Methode**

Der v.a. (wissens-)soziologische Sammelband thematisiert in neun Beiträgen verschiedene apokalyptische Narrative und Praktiken. „Für die Beiträge des Bandes werden chiliastische und katastrophische bzw. kupierte apokalyptische Narrative eine zentrale Unterscheidung darstellen.“ (S. 16)

### **Zentrale Ergebnisse**

„Spätestens mit dem Ausbruch der weltweiten Corona-Pandemie im Jahr 2020 und des damit einhergehenden ‚Lockdowns‘ schien die Welt, wie wir sie bis dahin kannten, an ihr Ende gekommen. Die vielfältigen und in der Krise besonders umfassend und intensiv beobachtbaren Diskurse, Eindrücke und Erfahrungen stellen allerdings keineswegs durch die Pandemie gänzlich neu evozierte Phänomene dar. Vielmehr sind die öffentlichen Diskurse des vergangenen Jahrzehnts bereits von mannigfaltigen Ausformungen endzeitlicher Narrative geprägt.“ [...] (S. 7) „Und auch wenn der Abgesang auf die kapitalistische Ordnung nicht zu laut wurde, schien für einige BeobachterInnen im Zuge dieser ‚weltgeschichtlichen Zäsur‘ (Bude 2020) die Chance auf den Untergang der neo-liberalen Hegemonie und einen Neuanfang für ein nachhaltiges und solidarisches Gemeinwesen gekommen. Während sich die einen aufgrund der ‚Zwangentschleunigung‘ (Rosa 2020) verhalten optimistisch äußerten im Hinblick auf ein gesellschaftliches Umdenken und Umlenken und andere davor warnten, dass die ‚neue Normalität‘ wieder die alte sein könnte (Dörre 2020), gab es wiederum andere, deren alarmistische Analysen dystopische Zukünfte heraufbeschworen.“ (S. 11) „Zusammenfassend zeigt sich also, dass gegenwärtige Diskurse, Vergemeinschaftungsbezüge und Handlungslegitimierungen von mannigfaltigen apokalyptischen Narrativen mitgeprägt sind.“ (S. 13)

### **Weitere Informationen und Leseprobe auf der Seite des Verlags:**

[www.beltz.de/fachmedien/soziologie/produkte/produkt\\_produktdetails/45226-apokalyptische\\_zeiten.html](http://www.beltz.de/fachmedien/soziologie/produkte/produkt_produktdetails/45226-apokalyptische_zeiten.html)

### **Quelle:**

Betz, Gregor J. /Bosančić, Saša [Hrsg.] (2021): Apokalyptische Zeiten. Endzeit- und Katastrophenwissen gesellschaftlicher Zukünfte. Beltz Juventa: Weinheim.

## **Axel Bruns et al. (2020): ‚Corona? 5G? or both?‘: the dynamics of COVID-19/5G conspiracy theories in Facebook**

### **Über die Publikation**

Der englischsprachige Zeitschriftenbeitrag fokussiert ein Detail der „Infodemie“, die sich um Covid-19 entwickelt hat, nämlich die Verbreitung der Behauptung, dass der Ausbruch der Pandemie auf den Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes in Wuhan und weltweit zurückzuführen sei (S. 12). Mit quantitativen und qualitativen Methoden wird gezeigt, wie rasant sich Fehl- und Desinformationen in der Zeitspanne vom 1. Januar bis 12. April 2020 auf Facebook verbreiteten. Damit bietet die Studie wichtige Einblicke in die Dynamik der Online-Informationsverbreitung und zeigt Bedingungen auf, unter denen Falschbehauptungen eingedämmt und mit zutreffenden Gegeninformationen bekämpft werden können (S. 12).

### **Methode**

Die Studie arbeitet mit verschiedenen quantitativen und qualitativen Methoden „including time-series analysis, network analysis and in-depth close reading“ (S. 14). Verwendet wird ein Datensatz mit „89,664 distinct Facebook posts“ (S. 15), „accessed through Facebook’s metrics platform CrowdAngle, which covers public pages, public groups and verified profiles in the platform only“ (S. 12).

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Die Analysen zeigen, dass sich Facebook-Posts, die einen Zusammenhang zwischen der 5G-Technologie und COVID-19 herstellen, im Untersuchungszeitraum erst langsam und bald immer schneller verbreiteten. Anhand spezifischer Akteur:innen, Themen und politisch-gesellschaftlicher Ereignisse können fünf unterschiedliche Phasen identifiziert werden: „Phase 1: pre-existing conspiracy theories“ (S. 16), „Phase 2: the Wuhan-5G connection spreads globally“ (S. 17), „Phase 3: localisation and embellishment“ (S. 18), „Phase 4: the oxygen absorption claim and lockdown suspicions“ (S. 19) und „Phase 5: arsonists, evangelists and celebrities“ (S. 21). Im Vergleich dazu wird die relativ späte Verbreitung von „fact-checks and pro-5G stories“ (S. 23) untersucht sowie ein Verlinkungs-Netzwerk beschrieben, das geografische, sprachliche bzw. inhaltliche Cluster erkennen lässt. Das Zentrum des Netzwerks beinhaltet beispielsweise „subsections that specialise particularly in far-right ideology [...], alternative health and spirituality“ (S. 25).

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/1329878X20946113>

### **Quelle:**

Bruns, Axel/Harrington, Stephen/Hurcombe, Edward (2020): ‚Corona? 5G? or both?‘: the dynamics of COVID-19/5G conspiracy theories on Facebook. In: Media International Australia, 177, Heft 1, S. 12–29.

## **Nicholas Charron et al. (2020): Uncooperative Society, Uncooperative Politics or Both? How Trust, Polarization and Populism Explain Excess Mortality for COVID-19 across European regions**

### **Über die Studie**

Die Studie geht der Frage nach, welche politischen Merkmale messbaren Einfluss auf die höchst unterschiedlichen Entwicklungen der COVID-19-Übersterblichkeitsraten in insgesamt 153 europäischen Regionen haben. Die Einstellungen zur EU werden als Maß für populistische Haltungen in den unterschiedlichen Regionen verwendet und auf ihren Zusammenhang mit den Übersterblichkeitsraten durch COVID-19 diskutiert.

### **Methode**

Die Datengrundlage der Studie bilden zahlreiche aggregierte Daten verschiedener Datenquellen auf dem NUTS-1 und NUT2-Level. Insgesamt fließen Befragungsergebnisse aus 19 europäischen Ländern innerhalb 158 unterschiedlicher Regionen in die Untersuchung ein. Daten zur Übersterblichkeit und Proxy-Variablen zur politischen Polarisierung und sozialem Vertrauen aus dem European Quality of Government Index werden dafür genutzt. Zur Auswertung werden statistische Regressionsanalysen verwendet, die mit speziellen Verfahren die Raumstruktur der Daten kontrollieren (sog. ländergruppenbasierte Standardfehler-Analysen).

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Die Analyse bestätigt die relevante Rolle politischer und sozialer Faktoren im Hinblick auf die unterschiedlichen Erfolge in der Krisenbekämpfung der europäischen Staaten. Soziales Vertrauen stärkt offensichtlich die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise und führt im Ergebnis zu niedrigeren Raten der Übersterblichkeit. Regionen mit geringeren Werten für das politische Vertrauen zeigen dagegen höhere Übersterblichkeitsraten gegenüber Regionen mit hohen Vertrauenswerten (S. 22). Positive Haltungen zur EU-Integration in den europäischen Parlamenten gehen mit sinkenden COVID-19-Sterberaten einher, während niedrigere EU-Integrationswerte mit steigenden Sterblichkeitsraten assoziiert sind (S. 24). Im Fazit unterstreichen die Forschenden die Notwendigkeit des sozialen und politischen Vertrauens für eine effektive Bewältigung der Krise. Gesellschaftliche Polarisierungseffekte, Misstrauen und Populismus beeinflussen das Krisenmanagement dagegen tendenziell negativ (S. 26f.).

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

[www.gu.se/sites/default/files/2020-12/2020\\_12\\_Charron\\_Lapueute\\_Rodriguez-Pose.pdf](http://www.gu.se/sites/default/files/2020-12/2020_12_Charron_Lapueute_Rodriguez-Pose.pdf)

### **Quelle:**

Charron, Nicholas/Lapueute, Victor/Rodriguez-Pose, Andrés (2020): Polarization and Populism Explain Excess Mortality for COVID-19 across European regions. QoG-Workingpaper 12/2020. QoG-Institut: Göteborg.

## **Matteo Cinelli, et al. (2020): The COVID-19 social media Infodemic**

### **Über die Publikation**

Der englischsprachige Artikel beschreibt anhand einer vergleichenden quantitativen Analyse fünf verschiedener Social-Media-Plattformen (Twitter, Instagram, YouTube, Reddit und Gab) die Dynamiken der Informations- und Desinformationsverbreitung bezüglich der Covid-19-Pandemie. Damit leistet die Studie einen wichtigen Beitrag, auch soziales Verhalten in Epidemiemodellen zu berücksichtigen und effektivere Kommunikationsstrategien in Krisenzeiten zu entwerfen (S. 6).

### **Methode**

Die Studie arbeitet mit verschiedenen statistischen Ansätzen (Lineare Regressions-Koeffizienten, epidemiologische Reproduktionsmodelle) und mit Methoden des Natural Language Processing wie Word-Embeddings zur thematischen Klassifikation von Texten. Der Datensatz besteht aus „more than 8 million comments and posts over a time span of 45 days“ (1. Januar – 14. Februar 2020; S. 2).

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Zunächst werden Online-Interaktionen gemessen und die Covid-19-Diskursentwicklung beschrieben. Dabei fällt auf, dass die Interaktionsmuster bezüglich Covid-19 ((dis-)likes, comments, favourites, retweets, replies etc.) auf allen Plattformen ähnlich ausfallen und keine Spezifika gegenüber anderen Themen aufweisen (S. 2). Plattformübergreifend reichen die Themen „from comparisons to other viruses, requests for God blessing, up to racism“ (S. 2). Weiterhin wird eine an epidemiologischen Modellen orientierte Reproduktionszahl  $R_0$  berechnet, die markiert, wie viele neue Nutzer:innen über das Thema schreiben. Dies stellt eine innovative Methode dar, „Infodemien“ frühzeitig zu erkennen (S. 3). So weist  $R_0$  in diesem Datensatz auf allen Plattformen einen höchst kritischen Wert auf, der darauf hinweist, dass sich Informationen rasant und unübersichtlich verbreiten. Bezogen auf die Vertrauenswürdigkeit der verbreiteten Quellen lässt sich sagen, dass Nutzer:innen in Mainstream-Social-Media (Twitter, YouTube) weniger anfällig für Desinformation sind, wohingegen Gab die höchste Durchdringung mit fragwürdigen Quellen aufweist (S. 2). Dennoch lässt sich kein signifikanter Unterschied der „spreading patterns“ (S. 6) zwischen vertrauens- und fragwürdigen Informationen feststellen.

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

[www.nature.com/articles/s41598-020-73510-5#Sec1](https://www.nature.com/articles/s41598-020-73510-5#Sec1)

### **Quelle:**

Cinelli, Matteo/Quattrociocchi, Walter/Galeazzi, Alessandro et al. (2020): The COVID-19 social media infodemic. *Sci Rep* 10, 16598. <https://doi.org/10.1038/s41598-020-73510-5>.

## **Josh Clinton et al. (2020): Partisan pandemic: How partisanship and public health concerns affect individuals' social mobility during COVID-19**

Die Studie erschien als eine der ersten internationalen Untersuchungen im vergangenen Jahr, die den Zusammenhang zwischen der Bereitschaft zur Mobilitätsreduktion und der politischen Parteinäufigkeit analysierte. Anhand eines großen Datensatzes mit 1,1 Millionen Befragten wurde untersucht, inwiefern Variationen individueller Mobilitätsmuster von der Parteipräferenz beeinflusst werden und wie das im Verhältnis zu den COVID-19-Infektionsraten der unterschiedlichen Regionen steht.

### **Methode**

Insgesamt 1,1 Millionen Menschen wurden für die Studie täglich zu unterschiedlichen Bereichen ihres Mobilitätsverhaltens in den letzten 24 Stunden befragt (durchschnittlich 6744 Befragte pro Tag). Die Befragung lief vom 4. April bis zum 7. September 2020. Zusätzliche Fragen gaben Auskunft u. a. zur Einschätzung des Virus und politischen und soziodemografischen Hintergründen der Befragten. Mit statistischen Verfahren, sogenannten multivariaten Regressionsanalysen, wurden die Zusammenhänge untersucht und eine Vielzahl weiterer Merkmale kontrolliert, bspw. die räumliche und zeitliche Struktur und mögliche Drittvariableneinflüsse. Die Ergebnisse der multivariaten Analysen sind im Zeitverlauf grafisch dargestellt.

### **Zentrale Befunde /Aussagen**

Die Befunde ergeben eine überraschend hohe Relevanz der Partisanen\*innenschaft auf das Mobilitätsverhalten. Der Einfluss der Parteipräferenz auf die Bereitschaft zur Mobilitätsreduktion ist unter Anhänger\*innen der Republikanischen Partei deutlich geringer ausgeprägt als unter Demokrat\*innen. Die Autoren fanden zusätzlich heraus, dass die Frage der politischen Parteipräferenz einen deutlich stärkeren Einfluss auf die Mobilität zeigte als andere naheliegende Indikatoren wie bspw. das Infektionsausmaß in den einzelnen Regionen der Befragten. Diese Befunde zeigten sich auch dann, wenn zusätzliche Effekte wie bspw. die Art der Lockdown-Maßnahmen der Bundesstaaten und die regionalen COVID-19-Raten berücksichtigt wurden. „Die COVID-19 Pandemie ist daher aktuell mindestens ein so großes politisches, wie auch gesundheitliches Problem“ bilanzieren die Forschenden ihre Ergebnisse (3f.). Ausgehend von dem stark populistischen und umstrittenen Krisenmanagement des ehemaligen Präsidenten Trump interpretieren sie die Ergebnisse als deutlichen Hinweis auf die wichtige Rolle der „politischen Führung“ in der Bereitschaft, sich Maßnahmen zum Schutz vor Corona anzuschließen oder diese abzulehnen.

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://advances.sciencemag.org/content/advances/early/2020/12/10/sciadv.abd7204.full.pdf>

### **Quelle:**

Clinton, J./Cohen, J./Lapinski, J./Trussler, M. (2020): Partisan pandemic. How partisanship and public health concerns affect individuals' social mobility during COVID-19. In: Science Advances: 10.1126/sciadv.abd7204 (2020).

## **Oliver Decker et al. (2021): Verschwörungsmentalität, COVID-19 und Parteipräferenz**

### **Über die Publikation**

Das Policy-Paper diskutiert auf Grundlage der repräsentativen Befragungsdaten der Leipziger Autoritarismus-Studie (LAS) 2020 eine Zusatzauswertung zur Verbreitung von verschwörungsideologischen Denkmustern in der deutschen Bevölkerung. Die Autor\*innen werten die bevölkerungsweite Zustimmung zu Verschwörungsmentalität und COVID-19-bezogenen Verschwörungserzählungen aus, beschreiben statistische Zusammenhänge mit Parteipräferenz sowie der Selbstverortung auf einer Links-Rechts-Skala und analysieren die statistischen Zusammenhänge mit verschiedenen Ausdrucksformen des Antisemitismus. Abschließend wird die Bedeutung dieser Ergebnisse für die öffentliche Auseinandersetzung mit rechtsautoritären Bewegungen diskutiert und werden Hinweise für den Umgang mit Verschwörungserzählungen gegeben (S. 1).

### **Methode**

Repräsentative Bevölkerungsbefragung: „Im Frühsommer 2020 wurden im Rahmen der Untersuchung 2.503 Personen mittels Paper-Pencil-Verfahren befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte als geschichtete Zufallsstichprobe [...]“ (S. 6)

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

„Zentrale Ergebnisse: Verschwörungserzählungen sind deutlich verstärkt bei Anhängerinnen und Anhängern der AfD verbreitet. Auch COVID-19-bezogene Verschwörungserzählungen erhalten bevölkerungsweit hohe Zustimmung, besonders aber unter Anhängerinnen und Anhängern der AfD. Verschwörungserzählungen erhalten generell eher Zuspruch von Personen, die sich im politischen Spektrum rechts verorten. Verschwörungsmentalität sowie der Glaube an COVID-19-bezogene Verschwörungserzählungen hängen mit verschiedenen Ausdrucksformen des Antisemitismus zusammen. Sie sind strukturell antisemitisch und Antisemitismus selbst kommt nicht ohne Verschwörungserzählungen aus.“ (S. 1f.) „Vor einer Verharmlosung von Verschwörungserzählungen ist vor dem Hintergrund unserer Ergebnisse genauso zu warnen wie vor einer Entpolitisierung. Verschwörungserzählungen entfalten auf Grund ihrer Struktur – einfache, manichäische Freund-Feind-Konstruktionen, Verweise auf verborgene Machenschaften, Unüberprüfbarkeit und damit Unwiderlegbarkeit mit Fakten usw. – gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten ein demokratiegefährdendes Potential.“ (S. 10)

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

[https://home.uni-leipzig.de/decker/policypaper\\_partei.pdf](https://home.uni-leipzig.de/decker/policypaper_partei.pdf)

### **Quelle:**

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schliessler, Clara/Dilling, Marius/Hellweg, Nele/Brähler, Elmar (2021): Verschwörungsmentalität, COVID-19 und Parteipräferenz: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. EFBI Policy Paper 2021-1. Else-Frenkel-Brunswik-Institut: Leipzig.

## **Klaus Dörre (2020): Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft**

### **Über die Publikation**

Der Zeitschriftenbeitrag wirft ein Blick auf die Verbindung der Corona-Pandemie und einer „epochalen ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ (Dörre) sowie die Möglichkeiten zu deren Überwindung.

### **Methode**

Soziologisch-theoretische und krisendiagnostische Abhandlung

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

„Soziologisch betrachtet ist die Corona-Pandemie eine medizinische Katastrophe, ein ‚äußerer Stoß‘ (Braudel 1986, S. 720).“ (S. 167) „Eine Besonderheit der Krankheit COVID-19 gegenüber früheren Pandemien besteht im Modus ihrer gesellschaftlichen Endogenisierung. [...] kann die Corona-Pandemie durchaus als eine Repulsion intensivierter Globalisierung begriffen werden.“ (S. 174) „Auf Pandemie und Rezession reagieren zwei Grundvarianten von Staatsaktivitäten, die untereinander nur lose gekoppelt sind. COVID-19 wird von einem Ausnahmezustand bearbeitet, der sich einerseits innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens bewegt, um andererseits Grundrechte zumindest auf Zeit einzuschränken. [...] Die andere Grundvariante von Staatsaktivitäten ist ein Anti-Rezessions-Interventionismus, der auf Stabilisierung und Wiederaufbau der Wirtschaft zielt.“ (S. 175) „Schaut man genauer hin, wird sichtbar, dass die altbekannten Muster der Seuchenbewältigung keineswegs völlig verschwunden sind. [...] Weil es einen vollständigen Stillstand der Ökonomie nie gegeben hat, wirkte das Krisenmanagement vom ersten Tag an als Ungleichheitsverstärker.“ (S. 177) „Die ökonomischen Staatsaktivitäten folgen einer Methode, die sich bereits während des globalen Finanzcrashs durchgesetzt hatte. Damals legte die Krise offen, „dass wir in einem Zeitalter nicht der staatlichen Zurückhaltung, sondern des ‚großen Regierens‘ lebten, einem Zeitalter [...] eines Interventionismus, der in seiner Logik eher militärischen Operationen oder medizinischer Nothilfe gleich als gesetzmäßiger Regierungsarbeit [...]“. Im Corona-Staat setzt sich diese Tendenz überraschend fort. [...] „Äußere Stöße“, die der Corona-Pandemie folgen, würden nicht nur neue Notstandsmaßnahmen provozieren, sondern die Rückkehr des autoritären, gewalttätigen Staates begünstigen.“ (S. 182f.)

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://doi.org/10.1007/s11609-020-00416-4>

### **Quelle:**

Dörre, Klaus (2020): Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft. In: Berliner Journal für Soziologie, 30, S. 165–190.

## **Jakob-Moritz Eberla et al. (2020): From Populism to the ‘Plandemic’: Why populists believe in COVID-19 conspiracies**

### **Über die Publikation**

Der englischsprachige Zeitschriftenbeitrag fokussiert die Forschungsfrage, wieso Verschwörungstheorien über COVID-19 verbreitet werden und Anhänger\*innen erlangen. Wieso ignorieren manche Bürger\*innen wissenschaftliche Erkenntnisse und logische Prämissen und sind stattdessen beispielsweise davon überzeugt, dass der Virus auf ein Militärexperiment zurückgehe oder dass das 5-G-Funknetz und Bill Gates etwas damit zu tun hätten? Die Wiener, Salzburger und Braunschweiger Autor\*innen argumentieren, dass diese Überzeugungen einen populistischen Kern besitzen und dass die Komplexität der Pandemie ein ideales Spielfeld für populistische Elitenkritik und Wissenschaftsfeindlichkeit bietet (S. 1). Sie untersuchen daher die Zusammenhänge zwischen populistischen Einstellungen, dem Vertrauen in politische und wissenschaftliche Institutionen und dem Glauben an pandemiebezogene Verschwörungserzählungen (ebd.).

### **Methode**

Statistische Auswertungen von repräsentativen Panel-Daten des Österreichischen Corona-Panel-Projektes (n=823), Befragungswelle 6: 1.–6. Mai 2020 und Befragungswelle 9: 23.–27. Mai 2020.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Den empirischen Befunden der Studie zufolge hängen populistische Einstellungen und Corona-Verschwörungsglaube zusammen – und zwar unabhängig von den politischen Ideologien, denen die Befragten anhängen. Das heißt, dass beispielsweise der Einfluss einer Selbsteinordnung der Befragten auf einer politischen Links-Rechts-Skala und die Wahlentscheidung (z. B. für die rechtspopulistische FPÖ) nur gering ist, auch wenn – in Österreich und weltweit – vor allem rechtspopulistische politische Akteur\*innen Verschwörungsideologie verbreiten. Der aufgezeigte Verstärkungseffekt populistischer Einstellungen auf den Verschwörungsglauben ist statistisch signifikant und relativ stark. Personen mit hohem Institutionenvertrauen haben indes eine nur geringe Wahrscheinlichkeit, an Verschwörungserzählungen zur Pandemie zu glauben (S. 9 ff.).

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://osf.io/preprints/socarxiv/ejpw7/>

### **Quelle:**

Eberla, Jakob-Moritz/Huberb, Robert A./Greussing, Esther (2020): From Populism to the ‘Plandemic’: Why populists believe in COVID-19 conspiracies. Preprint, SocArXiv Papers, Oktober 2020.

## **Yasmin El-Menouar (2020): Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl. Sieben Wertemilieus und ihre Sicht auf Corona**

### **Über die Publikation**

Die Autorin untersucht die Einstellungen zu Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sowie zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise anhand unterschiedlicher Wertemilieus. Auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung werden Perspektiven auf die Krise dargestellt und die zentrale Rolle der Wertorientierungen im Hinblick auf die Krisenbewertung hervorgehoben.

### **Methode**

Datengrundlage der Studie bildet eine Online-Befragung mit 1.012 Personen ab dem 18. Lebensjahr, die als Quotenstichproben nach einem Zufallsverfahren ausgewählt wurden. Die Daten sind nach Alter, Geschlecht und Bundesländerzugehörigkeit repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. In der Befragung wurden Fragen zu grundlegenden Einstellungs- und Werteorientierungen, dem Wahlverhalten und dem sozioökonomischen und demografischen Status der Befragten beantwortet. Für die Bildung der unterschiedlichen Wertemilieus kamen statistische Methoden zum Einsatz, die die explorative Datenanalyse und die Zuordnung einzelner Items zu übergeordneten Kategorien ermöglichen.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Nach den Ergebnissen der Studie lassen sich in Deutschland sieben „[...] etwa gleich stark vertretene Wertemilieus unterscheiden: kreative Idealist\*innen, bescheidene Humanist\*innen, individualistische Materialist\*innen, unbeschwerte Beziehungsmenschen, sicherheitsorientierte Konservative, leistungsorientierte Macher\*innen und unkonventionelle Selbstverwirklicher\*innen“ (S. 13). „Während Humanist\*innen überdurchschnittlich häufig dem GRÜNEN-Wählermilieu zuzuordnen sind, sind Materialist\*innen überdurchschnittlich häufig der AfD zugeneigt“ (S. 14). Die Daten weisen auf eine große Varianz im Meinungsspektrum der Krisenbewertungen und wurden daher nach Ähnlichkeiten zu drei unterschiedlichen Perspektiven gruppiert. Die auf „Freiheit“ fokussierte Perspektive stellt die Ablehnung gegen die Einschränkungen individueller Freiheitsrechte in den Vordergrund, die auf den „Zusammenhalt“ blickenden Probanden betonen die Notwendigkeiten zum sozialen Zusammenhalt und hoben stärker die positiven Krisenaspekte hervor. Die dritte Perspektive betont die Notwendigkeit sozialer, humanistischer Transformationsprozesse und fokussiert im Besonderen den Schutz des Lebens.

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

[www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Wertemilieus\\_2021\\_final.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Wertemilieus_2021_final.pdf)

### **Quelle:**

El-Menouar, Yasmin (2021): Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl. Sieben Wertemilieus und ihre Sicht auf Corona. Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

## **Timothy Graham et al. (2020): Like a virus: The coordinated spread of Coronavirus disinformation**

### **Über die Publikation**

Die englischsprachige, datengeleitete Studie untersucht anhand von über 28 Millionen Twitter-Nachrichten (Tweets und Retweets) die Bot-gestützte Verbreitung von Miss- und Desinformationen über das Coronavirus zu politischen oder kommerziellen Zwecken. Dabei zeigt sie auf, wie einflussreich und gefährlich derartig koordinierte Kampagnen in Bezug auf die weitflächige Streuung von Verschwörungserzählungen sind, und gibt wichtige Hinweise, wie Regierungen, zivilgesellschaftliche Organisationen oder Technologieplattformen (S. 4) diesen Strategien begegnen können.

### **Methode**

Die Studie wird anhand eines Datensatzes von 2,6 Millionen coronabezogenen Tweets und deren 25,5 Millionen Retweets durchgeführt, die vom 30. März bis 9. April 2020 über das Twitter Streaming Application Programming Interface (API) gesammelt wurden. Es finden verschiedene quantitative Netzwerk- und Clusteranalysen Anwendung, die durch qualitative Zwischenschritte ergänzt werden.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

In der ersten Analyse werden Twitteraccounts untersucht, „that retweet identical coronavirus-related content repeatedly within one second of each other“ (S. 3). So werden insgesamt 10 Bot-Netzwerke identifiziert, die beispielsweise politische Spannungen in der Türkei befeuern, die rechte Regierungspolitik in Paraguay unterstützen oder positive Tweets über die saudi-arabische Regierung und den Kronprinzen verbreiten. Die zweite Analyse fokussiert den strategischen Einsatz von Bots, die die Verschwörungstheorie replizieren, dass das Coronavirus eine von China entwickelte Biowaffe sei (S. 3). Auch hier entsteht ein Netzwerk von Twitteraccounts, in dem 30 Cluster ausgemacht werden können. „Of these 30 clusters, 28 identify as Pro-Trump, QAnon, and/or Republican partisan.“ (S. 3) Die Ergebnisse legen nahe, dass „coordinated inauthentic behaviour on social media platforms is problematic not simply because it is designed to circulate mis- and disinformation in its own right – rather, its insidious nature lies in the fact that it aims to kickstart the circulation of conspiracy theories [...] amongst real, authentic users“ (S. 6). Die Autor:innen geben außerdem Handlungsempfehlungen zum Umgang mit derartigen Social-Media-Phänomenen im Bereich „increased detection and mitigation“, „digital literacy“, „mainstream media“ und „scholarly research“ (S. 4).

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://apo.org.au/node/305864>

### **Quelle:**

Graham, Timothy/Bruns, Axel/Zhu, Guangnan/Campbell, Rod (2020): Like a virus: The coordinated spread of Coronavirus disinformation. The Australia Institute: Canberra.

## **Roland Imhoff et al. (2020): Resolving the Puzzle of Conspiracy Worldview and Political Activism**

### **Über die Publikation**

Seit der Coronakrise stehen Verschwörungsideologien und ihre möglichen individuellen und gesellschaftlichen Folgen wieder verstärkt im Zentrum der Debatten. Die Sozialpsycholog\*innen untersuchten mittels Experimentalanordnungen, welche Wirkungszusammenhänge zwischen Verschwörungsglauben und unterschiedlichen Formen politischen Engagements bestehen.

### **Methode**

Insgesamt wurden zwei Experimente mit 194 Testpersonen im ersten und 402 Testpersonen im zweiten durchgeführt. Im ersten Experiment wurden Probanden zufällig in drei Gruppen aufgeteilt, deren Aufgabe darin bestand, sich in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Szenarien nach vorher eingeführten Kriterien zu versetzen. Diese Szenarien verkörperten Experimentalbedingungen, die die Proband\*innen nach Gruppen mit hohen, mittleren und niedrigen Affinitäten zum Verschwörungsglauben unterschieden. Um die im ersten Experiment gewonnenen Erkenntnisse im Kontext variierender politischer, kultureller und historischer Hintergründe zu überprüfen, wurde ein zweites Experiment mit US-amerikanischen Proband\*innen durchgeführt.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Die Studie belegt zunächst: Proband\*innen mit geringer Verschwörungsneigung zeigen niedrigere Bereitschaft zum politischen Engagement. In der Gruppe mit mittleren Verschwörungsaffinität steigt diese dann deutlich an, um innerhalb der letzten Gruppe, denjenigen mit dem höchsten Verschwörungsglauben, wieder abzusinken. Der Zusammenhang zwischen Verschwörungsglauben und dem politischen Engagement wird davon bestimmt, ob es sich hierbei um normative und legale oder nicht-normative, illegale Formen der politischen Partizipation handelte. Während die Wahrscheinlichkeit zu normativem, legalem politischem Handeln mit steigendem Verschwörungsglauben sinkt, steigt parallel die Wahrscheinlichkeit, sich politisch in nicht-normativen illegalen Formen zu betätigen. Die Ergebnisse des zweiten Experiments mit US-amerikanischen Befragten bestätigen im Wesentlichen, wenngleich etwas schwächer, die Befunde des ersten Experiments.

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/1948550619896491>

### **Quelle:**

Imhoff, Roland/Dieterle, Lea/Lamberty, Pia (2020): Resolving the Puzzle of Conspiracy Worldview and Political Activism: Belief in Secret Plots Decreases Normative but Increases Nonnormative Political Engagement. In: Social Psychological and Personality Science, S. 1–9.

## **Heike Kleffner & Matthias Meisner [Hrsg.] (2021): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde**

### **Über die Publikation**

„In den Anti-Corona-Protesten wurde deutlich, wie tief inzwischen die Skepsis gegenüber parlamentarischer Demokratie und wissenschaftlichen Erkenntnissen in ganz unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung verankert ist: Impfgegner, Klimawandelleugner, Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger und Neonazis marschieren nebeneinander – ohne Abstand. Dieses Buch analysiert das Phänomen einer erschreckend breiten Allianz: von neuen und alten Feinden einer aufgeklärten Gesellschaft und des demokratischen Rechtsstaats.“ (aus der Verlagsankündigung)

### **Methode**

Der Sammelband umfasst Beschreibungen, Berichte, Analysen und Einordnungen zahlreicher Expert\*innen und Journalist\*innen – mit Beiträgen von Katharina Nocun und Pia Lamberty, Matthias Quent und Christoph Richter, Michael Blume, Karolin Schwarz, Dunja Hayali u.v.a.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

„Die Begleiterscheinungen der Pandemie, Ohnmacht, Tage und Nächte voller Sorgen, Hilfslosigkeit – und auch Wut – sind zu universellen Erfahrungen geworden. Dennoch trifft das Virus keineswegs alle gleich: Vielmehr hat gerade die Pandemie die sozialen und ökonomischen Spaltungslinien vertieft, Privilegien und Ungleichheit in der Gesellschaft hier und international verstärkt und noch sichtbarer gemacht. Auch die Reaktionen auf die Pandemie offenbaren gesellschaftliche und politische Spaltungen: Während die überwiegende Mehrheit mit Solidarität und Rücksichtnahme auf besonders Gefährdete im Alltag, in der Nachbarschaft, in der Kommune oder in sozialen Netzwerken achtet, hat sich seit Beginn der Pandemie eine lautstarke Minderheit zu einer Protestbewegung entwickelt, die tägliche Regelbrüche, unsolidarisches Verhalten gegenüber Risikogruppen und überbordenden Hass auf den Staat zum Prinzip erklärt hat. [...] Denn so sehr, wie die Pandemie auf absehbare Zeit unseren Alltag verändern wird, so groß ist die Gefahr, dass die zunehmende Radikalität der Leugnerbewegung und die Normalisierung von Verschwörungsnarrativen, Wissenschaftsfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus die Koordinaten politischen Handelns und gesellschaftlichen Zusammenlebens verschieben werden.“ (S. 7)

### **Link zum Buch auf der Website des Verlags:**

[www.herder.de/geschichte-politik-shop/fehlender-mindestabstand-klappenbroschur/c-34/p-20815/](http://www.herder.de/geschichte-politik-shop/fehlender-mindestabstand-klappenbroschur/c-34/p-20815/)

### **Quelle:**

Kleffner, Heike/Meisner, Matthias [Hrsg.] (2021): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde. Herder: Freiburg.

## **Martin Lange & Ole Monscheuer (2021): Spreading the Disease. Protest in Times of Pandemics**

### **Über die Publikation**

Die englischsprachige Studie analysiert die Entwicklung der regionalen Inzidenzraten in Deutschland. Dafür werden u. a. die Busfahrten („Honk for Hope“, Flixbus) zu den Großdemonstrationen sowie die Termine von zwei Großdemonstrationen im November 2020 (Leipzig) und im Januar 2021 (Berlin) in statistische Berechnungen einbezogen. Die Autoren beobachteten substantielle Zuwächse der Infektionsraten in den Herkunftsregionen der Teilnehmenden im Anschluss an die Demonstrationen. Diese Befunde werden im Zusammenhang mit den Beobachtungen aus anderen Studien diskutiert, denen zufolge Covid-19-Leugner\*innen eine geringe Bereitschaft signalisierten, sich an Hygiene- und Schutzmaßnahmen zu halten (S. 1).

### **Methode**

Eine multivariate statistische Modellberechnung auf Grundlage einer Vielzahl von Raumdaten (auf Kreisebene): Beobachtet werden u. a. Stimmenanteile für die AfD, die Masernschutzimpfraten bei Kindern, die Bevölkerungsdichte, sowie die Orte, an denen die Bustransporte zu den Demonstrationen Station machten. Die Daten zu den Bustransporten dienen als Platzhalter-Variablen (Proxy): Die Annahme ist, dass die erhöhte Demonstrationsteilnahme aus bestimmten Regionen einen Rückschluss über das pandemiebezogene Verhalten größerer Bevölkerungsteile in diesen Regionen erlaubt.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Die Modellschätzungen ergeben u. a., dass die Herkunftsregionen der Demonstrationsteilnehmenden gegen Ende 2020 eine ca. 36 % höhere Infektionsrate hatten als andere Regionen. Den Autoren zufolge sind diese Befunde robust, d. h. auch bei aufwendiger statistischer Drittvariablenkontrolle und der Verwendung von unterschiedlichen Datengrundlagen für die Covid-19-Inzidenzen besteht der Effekt, der auf einen Zusammenhang zwischen der Teilnahme an Corona-Protesten und der regionalen Zunahme von Infektionen hindeutet (vgl. S. 2f.). Die Befunde stützen die Argumentation, dass das Pandemiegeschehen auch auf die individuellen und kollektiven Deutungsmuster und Handlungsorientierungen der Bevölkerung zurückzuführen ist: Die Bagatellisierung bzw. Ignoranz der Gefährlichkeit von Covid-19 sowie die Agitation gegen eine angebliche „Corona-Diktatur“ hatten und haben vermutlich selbst einen substantiellen verhängnisvollen Einfluss auf den Verlauf der Pandemie.

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp21009.pdf>

### **Quelle:**

Lange, Martin/Monscheuer, Ole (2021): Spreading the Disease. Protest in Times of Pandemics. Discussion Paper Nr. 21-009 | 02/2021, ZEW Mannheim.

## **Francesco Marone (2021): Hate in the time of coronavirus**

### **Über die Publikation**

Der englischsprachige, größtenteils hypothetische Beitrag des italienischen Politikwissenschaftlers diskutiert die potenziellen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die zyklische Entwicklung von extremistischer Gewalt und Terrorismus. Die Pandemie wird als Herausforderung für die politische Stabilität und Sicherheit in westlichen Demokratien interpretiert, als globales „Feldexperiment“, das kurz- bis langfristige Konsequenzen für Radikalisierungs- und Konflikt dynamiken zeitigt. Terroristische Aktivitäten müssten unter diesen Rahmenbedingungen als ein Zusammenspiel gesamtgesellschaftlicher, gruppenbezogener und individueller Faktoren verstanden werden, bei denen u. a. die Verbreitung von Propaganda, Verschwörungsideologie und antidemokratischen Einstellungen relevant sei. Unterschiedliche radikale Gruppen haben seit Beginn der Pandemie versucht, diese für ihre Agitation und Mobilisierung zu instrumentalisieren; u. a. der djihadistische „IS“ sowie verschiedene rechtsextreme bzw. rechtsterroristische Gruppierungen. Dies habe, so der Autor, auch die Gefahr von Anschlägen erhöht.

### **Methode**

Theoretische bzw. modellbildende Abhandlung, breite Diskussion relevanter Fachliteratur

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

„[H]ospitals and medical personnel might become targets of violence; especially in countries or areas with severe restrictions on the movement of ordinary citizens, there might be an increased focus on members of law enforcement; finally, political leaders who are responsible for the imposition of restrictive measures could attract the attention of ill-intentioned actors.“ (S. 16)

„In addition, aspiring terrorists might attempt to use this virus as a weapon during the pandemic and, in the middle to long term, they could pay more attention and devote more energy to plans to build biological weapons, despite all the technical and organizational difficulties associated with this ambition.“ (S. 16f.)

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://link.springer.com/article/10.1057/s41284-020-00274-y>

### **Quelle:**

Marone, Francesco (2021): Hate in the time of coronavirus: exploring the impact of the COVID-19 pandemic on violent extremism and terrorism in the West. Security Journal.

## **Oliver Nachtwey et al. (2020): Politische Soziologie der Corona-Protteste**

### **Über die Publikation**

Die von Forscher:innen des Fachbereichs Soziologie der Universität Basel durchgeführte Studie untersucht die Corona-Protteste in der Schweiz und in Deutschland 2020. Ziel der Forschung war es, die Motivation, Mentalitäten und politischen Überzeugungen der Teilnehmer\*innen an Kundgebungen, Aktionen und Demonstrationen, welche sich gegen die Corona-Maßnahmen richten, zu analysieren.

### **Methode**

Zur Untersuchung der Corona-Protteste wurde ein Mixed-Method-Ansatz verfolgt. Dieser umfasste eine quantitative Befragung, ethnografische Beobachtungen, qualitative Interviews und Dokumentenanalysen. Das Herzstück bildete eine nicht-repräsentative Online-Befragung in Querdenker-Telegram-Gruppen, in deren Rahmen die Wissenschaftler:innen 1.150 Fragebögen deskriptiv auswerteten.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Die in der Studie befragten „Querdenker\*innen“ zeichnen sozialstrukturell das Bild einer relativ alten und akademisch geprägten Bewegung. „Das Durchschnittsalter der Umfrageteilnehmer\*innen beträgt 47 Jahre, 31 % haben Abitur, 34 % einen Studienabschluss“ (S. 51). Unter den Befragten sei insbesondere der Anteil von Wähler:innen der Grünen, der AfD sowie der Linkspartei ausgesprochen hoch, so hätten bei der letzten Bundestagswahl in Deutschland 18 % die Linke, 23 % die Grünen und 15 % die AfD gewählt. In Bezug auf die anstehende Bundestagswahl im September gab jedoch fast ein Drittel der Befragten an, die AfD wählen zu wollen. Mit Blick auf diese Wahlabsichten beschreiben die Forscher\*innen „Querdenken“ als eine Bewegung „die eher von links kommt, aber stärker nach rechts geht“ (S. 52). Charakteristisch für die Querdenker\*innen-Bewegung sei „eine tiefe Entfremdung von den Institutionen des politischen Systems, den etablierten Medien und [...] den alten Volksparteien“ (S. 52). Weiterhin wiesen die Befragten sowohl eine relative Neigung zum Antisemitismus als auch – fast immer – eine starke Verschwörungsmentalität auf. Dennoch handele es sich bei den Querdenker\*innen nicht um eine genuin autoritäre Bewegung, wie beispielsweise bei Pegida. So seien sie weder ausgesprochen „fremdenfeindlich“ noch fänden sich bei ihnen sozialdarwinistische Haltungen. Zusammenfassend entsprächen die Querdenker\*innen daher „nicht unbedingt dem Bild einer rechten Bewegung, wie sie gerade in vielen Diskussionen eingeordnet werden. Allerdings handelt es sich klar um eine Bewegung, die nach rechts offen ist und über ein beträchtliches immanentes Radikalisierungspotenzial verfügt.“ (S. 54)

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://edoc.unibas.ch/80835/>

### **Quelle:**

Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Protteste. Working Paper. Universität Basel.

## **Jochen Roose (2020): Verschwörung in der Krise**

### **Über die Publikation**

„Verschwörungstheorien haben in der Corona-Krise besondere Aufmerksamkeit erhalten. So entstand der Eindruck eines weit verbreiteten Glaubens an eine Corona-Verschwörung, nach der das Virus erfunden oder in seiner Gefährlichkeit weit übertrieben dargestellt werde. Zudem wurde vermutet, dass der Glaube an Verschwörungstheorien mit der Corona-Krise deutlich zugenommen habe. Beiden Fragen ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in repräsentativen Umfragen nachgegangen.“ (S. 3)

### **Methode**

Repräsentative Bevölkerungsbefragungen: „Die Analyse beruht auf zwei telefonischen Umfragen. Vor der Corona-Krise wurden von Oktober 2019 bis Februar 2020 insgesamt 3.250 Personen mit einem Dual-Frame-Ansatz (40 Prozent Mobilfunk, 60 Prozent Festnetz) befragt. In der Corona-Krise wurden von August bis September 2020 insgesamt 1.521 Personen ebenfalls mit einem Dual-Frame-Ansatz (40 Prozent Mobilfunk, 60 Prozent Festnetz) befragt, davon 522 aus den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.“ (S. 4)

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

„5 Prozent der Bevölkerung halten die Aussage über eine Corona-Verschwörung („Das Corona-Virus ist nur ein Vorwand, um die Menschen zu unterdrücken.“) für sicher wahr. Weitere 9 Prozent halten diese Aussage für wahrscheinlich wahr. Zwei Drittel (66 Prozent) halten die Aussage über eine Corona-Verschwörung für sicher falsch. Menschen mit geringeren formalen Bildungsabschlüssen halten die Aussage über eine Corona-Verschwörung häufiger für wahr als Menschen mit höheren formalen Bildungsabschlüssen. Anhängerinnen und Anhänger der AfD halten die Aussage deutlich häufiger für wahr als Anhängerinnen und Anhänger anderer Parteien.“ (S. 3) „Während der Corona-Krise halten 8 Prozent der Bevölkerung die Aussage über eine Weltverschwörung („Es gibt geheime Mächte, die die Welt steuern.“) für sicher richtig. [...] In den Monaten bevor die Corona-Pandemie in der deutschen Öffentlichkeit ein wichtiges Thema wurde, hielten 11 Prozent der Bevölkerung die Aussage über eine Weltverschwörung für sicher richtig, in der Corona-Krise sind es 8 Prozent. Vor der Corona-Krise hielten dieselbe Aussage 19 Prozent für wahrscheinlich richtig, in der Corona-Krise sind es 16 Prozent. [...] Unter den Anhängerinnen und Anhängern der AfD hat der Anteil, der eine Weltverschwörung für wahrscheinlich oder sicher richtig hält, zugenommen.“ (S. 3f.)

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Verschw%C3%B6rung+in+der+Krise+%28PDF%29.pdf/7703c74e-acb9-3054-03c3-aa4d1a4f4f6a?version=1.1&t=1608644973365>

### **Quelle:**

Roose, Jochen (2020): Verschwörung in der Krise: Repräsentative Umfragen zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

## **Yannis Stavrakakis et al. (2020): Populism and the Pandemic: A Collaborative Report**

### **Über die Publikation**

Der englischsprachige Fachartikel setzt sich aus politikwissenschaftlicher Sicht mit der These auseinander, wonach die Coronapandemie die politische Inkompetenz von Rechtsaußenparteien „entlarvt“ bzw. geschwächt habe.

### **Methode**

Die Untersuchung basiert auf einer vergleichenden Analyse von Rechtsaußenparteien innerhalb der EU in der ersten Welle der Pandemie hinsichtlich 1) der Narrative über COVID-19, 2) der Lösungsvorschläge, 3) wahltaktischer Konsequenzen und 4) den Erfolgen im Umgang mit der Pandemie.

### **Zentrale Befunde/Aussagen:**

Alle Rechtsaußenparteien verwendeten ein stark nativistisches Narrativ und brachten die Pandemie mit Einwanderung, Immigranten und ethnischen Minderheiten in Verbindung. Sie argumentierten, die Pandemie habe gezeigt, dass die Schließung der Grenzen möglich sei und funktioniere. Aber die Rechtsaußenparteien unterschieden sich in ihrem Autoritarismus und Populismus. Ihre Unterstützung für autoritäre Maßnahmen hängt weitgehend von ihrer politischen Macht ab: Während die Rechtsaußenparteien an der Macht die Pandemie nutzten, um zum Teil drakonische autoritäre Maßnahmen durchzusetzen, gehörten Parteien in der Opposition zu den ersten und lautesten Kritikern von Lockdowns, selbst wenn sie zunächst selbst dazu aufgerufen haben. Überall auf dem Kontinent beschuldigten sie die etablierten Regierungen, ihre Macht zu missbrauchen und die Demokratie zu bedrohen. Alle gaben vor, die Interessen und Meinungen des Volkes gegen eine abgehobene Elite zu verteidigen. Abgesehen von einem bescheidenen kurzfristigen „rally round the flag“-Effekt hatte COVID-19 zwischen März und Juni 2020 für (Rechtsaußen-)Parteien kaum Auswirkungen auf die Wahlen. In Bezug auf Fälle und Todesfälle (in Bezug auf ihre Bevölkerungsgröße) schnitten Länder mit rechtsextremen (Koalitions-)Regierungen besser ab als Länder, in denen rechtsextreme Parteien entweder in der Opposition oder nicht im Parlament sind. Sie haben jedoch weit weniger Menschen getestet, was die Haupterklärung für das außergewöhnlich hohe Verhältnis von Todesfällen pro Fall ist, insbesondere in Ungarn.

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

[https://www.academia.edu/43346247/Populism\\_and\\_the\\_Pandemic\\_A\\_Collaborative\\_Report](https://www.academia.edu/43346247/Populism_and_the_Pandemic_A_Collaborative_Report)

### **Quelle:**

Stavrakakis, Yannis/Katsambekis, Giorgos/De Cleen, Benjamin/Goyvaerts, Jana/Zicman de Barros, Thomás/Galanopoulos, Antonis/Manucci, Luca et al. (2020): Populism and the Pandemic: A Collaborative Report. POPULISMUS Interventions No. 7 (Special Edition).

## **Jakub Wondreys & Cas Mudde (2020): Victims of the Pandemic? European Far-Right Parties and COVID-19**

### **Über die Publikation**

Der Bericht beschreibt die Krisenverläufe verschiedener Länder während der Corona-Pandemie und illustriert anhand von Länderberichten verschiedener Autor:innen, wie unterschiedlich Populist:innen mit der Krise umgingen, welche Narrative und Strategien sie verfolgten und inwiefern sie von der Krise profitieren konnten. Die Herausgeber:innen bleiben hinsichtlich der Wahl ihres theoretischen Populismusbegriffs im Verhältnis zu anderen theoretischen Konzepten bewusst im Vagen und bedienen sich einer Minimaldefinition (S. 4). Der Report versammelt eine ganze Reihe lesenswerter Länderperspektiven auf populistische Politiken während der Coronakrise in europäischen Staaten sowie in Argentinien, Brasilien, USA, Australien und den Philippinen. Das Fazit, dass Populismus als Analysemuster politischer Akteur:innen sowohl ungenau als auch irreführend sein könne (S. 7), kann angesichts des weit gefassten Populismusbegriffs allerdings kaum verwundern.

### **Methode**

Der Forschungsbericht ist eine deskriptive, zusammenfassende Abhandlung. Verschiedene Wissenschaftler:innen steuern aus 16 unterschiedlichen Regionen der Welt kurze Länderberichte bei.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Die Reaktionsmuster populistischer Parteien variieren im internationalen Kontext relativ stark. Die öffentliche Wahrnehmung, dass Populist:innen durch die Krise an Rückhalt verlieren würden, lässt sich nicht bestätigen. Die ideologischen Standpunkte jenseits allgemeiner populistischer Politikstile spielen eine große Rolle in den unterschiedlichen Politiken, die in der Coronakrise forciert wurden. Während einige linkspopulistische Regierungen eher inklusive, solidarische Konzepte der Krisenbewältigung betonten, forcierten radikal rechte Parteien häufiger Zusammenhänge zwischen Migration und der Pandemie. Populismus als analytische Kategorie kann nur in geringem Maße die unterschiedlichen politischen Positionen und Handlungsmuster erfassen und führt teilweise zu ungenauen und missverständlichen Schlussfolgerungen. Expert:innen, gemeint sind hier Wissenschaftler:innen in beratenden Funktionen der Regierungen, seien „keine neutralen Akteur:innen“ (S. 8), da ihre Krisenstrategien teilweise konträr zueinander verliefen.

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://www.cambridge.org/core/journals/nationalities-papers/article/victims-of-the-pandemic-european-farright-parties-and-covid19/638E1BEA8CF82CA068DBC46149BE9F42>

### **Quelle:**

Wondreys, Jakub/Mudde, Cas (2020): Victims of the Pandemic? European Far-Right Parties and COVID-19. In: Nationalities Papers.



## Bereich Vielfalt, Engagement und Diskriminierung

### **Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2021): Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe**

#### **Über die Publikation**

„Als Forschungsverbund haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die wissenschaftliche Befragung und Auswertung auch als Sprachrohr zu nutzen und [...] [m]ehr noch sollte darüber aufgeklärt werden, wie die Rechte junger Menschen in dieser Phase anerkannt und realisiert werden.“ (S. 12)

#### **Methode**

In der JuCo I – Studie wurden im April/Mai 2020 über 5.000 Jugendliche zwischen 15 und 30 Jahren online befragt. Die Fragen/Skalen stützten sich auf bewährte Studien. JuCo II fand im November 2020 mit über 7.000 Jugendlichen online mit einem in vielen Fragen identischen Fragebogen statt.

#### **Zentrale Befunde/Aussagen**

„Während in der JuCo I-Studie im Frühjahr 2020 noch der Eindruck entstehen konnte, die Corona-Pandemie würde eine Episode im Alltagsleben sein, hat sich inzwischen gezeigt, dass sie sich im Alltag verankert und das Jugendleben verändert hat. Sie trifft dabei vor allem diejenigen jungen Menschen in besonderer Härte, die auch vorher schon sozial benachteiligt waren und über weniger soziale Ressourcen verfügen. Zudem spüren die meisten jungen Menschen die Pandemie im täglichen Leben und erleben ihre Jugend ganz anders als vorher. Trotzdem wäre es ein falsches Signal, jetzt von der ‚Generation Corona‘ zu sprechen. Dies erweckt den Eindruck als wären die gesellschaftlichen Folgen für junge Menschen unabänderlich – doch liegt es auch an den gesellschaftlichen Entscheidungsträger:innen, wie die Bewältigung der Pandemie gelingt und alle Generationen an diesem Prozess mitwirken und ihre Interessen zur Geltung kommen.“ (S. 41) „Gleichzeitig wird aber deutlich, dass sich die jungen Menschen übergangen und kaum gehört fühlen. Sie haben ein Recht auf altersgerechte Informationen und Beteiligung – sie haben nicht gemerkt, dass dieses Recht während der Corona-Pandemie aktiv verwirklicht wird.“ (S. 41f.)

#### **Die vollständige Publikation finden Sie hier**

[www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie\\_und\\_Bildung/Studie\\_WB\\_Das\\_Leben\\_von\\_jungen\\_Menschen\\_in\\_der\\_Corona-Pandemie\\_2021.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie_WB_Das_Leben_von_jungen_Menschen_in_der_Corona-Pandemie_2021.pdf).

#### **Quelle:**

Bertelsmann Stiftung [Hrsg.] (2021): Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe. Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

## **Torsten Brand et al. (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020**

### **Über die Publikation**

„Die vorliegende Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland war bereits vor über einem Jahr geplant. Sie setzt eine Reihe von Untersuchungen zur Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in Deutschland fort, die im Jahr 2014 begonnen und 2017 fortgesetzt wurde.“ (S. 11) „Angesichts der dramatischen Entwicklungen, die sich seit dem Ausbruch des neuartigen Corona-Virus ergeben haben, wurde das Forschungsziel erweitert und das Design der Studie angepasst [...], um die Veränderungen im ersten Halbjahr dieses Jahres ebenfalls mit in den Blick nehmen zu können.“ (S.7)

### **Methode**

„Empirische Grundlage der Studie ist eine repräsentative telefonische Befragung, die im Jahr 2020 zweistufig in einem Längsschnittdesign erfolgte. Hierfür wurden zunächst in der ersten Welle vom 5. Februar bis 28. März 3.010 Personen ab 16 Jahren befragt. In einer zweiten Welle wurden vom 27. Mai bis 9. Juni 1.000 Personen, die bereits an der ersten Welle teilgenommen hatten, erneut befragt.“ (S.8)

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

„In den drei Jahren seit der letzten Erhebung hat sich der Gesamtindex für gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Deutschland nur minimal verändert. [...] Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein vergleichsweise beharrliches Phänomen, das nur sehr moderate Verschiebungen aufweist.“ (S. 8) „Die Ergebnisse aus der zweiten Welle zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie fügen sich in dieses Gesamtbild ein. Der stabile und durchaus starke Zusammenhalt hat sich in der Krise bewährt. Die meisten von uns befragten Personen sind im Mai und Juni sogar positiver gestimmt als Anfang des Jahres. Ihre direkte Bewertung des Zusammenhalts fällt zuversichtlicher aus. Dennoch zeigen sich auch hier die Differenzierungen, die bereits vor der Krise wirksam waren. Abhängig von der sozialen Lage fällt die Betroffenheit von der Krise unterschiedlich aus. Wer vorher ökonomisch schlechtergestellt war oder sich in prekären Lebenslagen befand, hat auch in der Corona-Zeit größere Lasten zu tragen, sowohl was die objektive Betroffenheit angeht als auch die subjektiv empfundenen Sorgen.“ (S.77)

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2020>

### **Quelle:**

Brand, Torsten/Follmer, Robert/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

## **Amanuel Elias et al. (2021): Racism and nationalism during and beyond the COVID-19 pandemic**

### **Über die Publikation**

„In this article, we argue that an environment of populism, resurgent ethno-nationalism, and re-treating internationalism has been a key contributor to the flare-up in racism during the COVID-19 pandemic. [...] we contextualize racism, xenophobia and race relations in the wake of COVID-19. We then consider what racism, xenophobia, and nationalism may look like in a post-outbreak world. Finally, we conclude with suggestions for tackling COVID-19-racism at the national level and consider implications for social policy affecting intercultural relations and social justice.“ (S. 2f.)

### **Methode:**

Es handelt sich um eine theoretische Arbeit, die in erster Linie den aktuellen Forschungsstand zusammenfasst.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Covid-19 hat weltweit zum Erstarken von – allen voran, aber nicht nur, anti-asiatischem und anti-chinesischem – Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus beigetragen indem die Krise einerseits bereits existierende soziale Polarisierungen und ideologische Differenzen weiter verschärfte, während andererseits Nationalstaaten dazu gezwungen wurden ihre Grenzen zu schließen, sich de facto zu isolieren und aufs Lokale zu beschränken und somit internationale Zusammenarbeit und Koordinierungen zurückgingen. Gleichzeitig wurde an den Black Lives Matter Protesten deutlich, dass sich auch anti-rassistische Gegenproteste intensivierten – und dass dieser Protest nicht nur vonseiten der Betroffenen ausgeht. Wichtig für das Verständnis des „COVID-Rassismus“ (S. 8) ist, dass dieser „should not be viewed from an interpersonal ethno-cultural relations perspective alone. Equally, and perhaps more consequential is the systemic discrimination and socio-economic injustice that is exacerbating the disproportionate adverse outcomes for racialized ethnic minority groups. While the rise in racism and xenophobia have affected these groups, racism at policy, institutional and societal levels have also been exposed during the progression of the pandemic.“ (Ebd.) COVID-Rassismus, so die Autor\*innen, ist als eine strukturelle Verschränkung von Rassismus, Kapitalismus und Nationalismus zu analysieren.

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/01419870.2020.1851382>

### **Quelle:**

Elias, Amanuel/Ben, Jehonathan/Mansouri, Fethi/Paradies, Yin (2020): Racism and nationalism during and beyond the COVID-19 pandemic. In: Ethnic and Racial Studies, 4, Heft 5, S. 1–11.

## **Angela R. Gover et al. (2020): Anti-Asian Hate Crime During the COVID-19 Pandemic: Exploring the Reproduction of Inequality**

### **Über die Publikation**

Dieses Manuskript beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Vorurteile und Hasskriminalität gegenüber „asiatisch“ gelesenen Menschen in den USA. In historischer Perspektive wird dabei beschrieben, wie die „Veränderung“ (das Othering) von asiatischen US-Amerikaner\*innen mit deren Abwertung bis hin zu gewaltförmiger Hasskriminalität zusammenhängt, welche aktuell unter Pandemiebedingungen besonders virulent sind.

### **Methode**

Literaturrecherche und Analyse historischer Dokumente sowie Bezug auf US-amerikanische staatliche Statistiken zur anti-asiatischen Hasskriminalität

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Als sich COVID-19 in den Vereinigten Staaten ausbreitete, meldeten asiatische Amerikaner\*innen einen Anstieg rassistisch motivierter Hassverbrechen, einhergehend mit körperlicher Gewalt und Belästigung. Im Laufe der Geschichte wurden in den USA pandemiebedingte Gesundheitskrisen mit der Stigmatisierung und dem „Othering“ von Menschen asiatischer Abstammung in Verbindung gebracht. Seitdem sie in den späten 1700er-Jahren nach Amerika kamen, bis zum heutigen Tag, haben asiatische US-Amerikaner\*innen verbale und physische Gewalt erlebt, die durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf individueller Ebene motiviert war. Auf institutioneller Ebene hat der US-amerikanische Staat diese Gewalt durch bigotte Rhetorik und eine ausgrenzende Politik oft implizit verstärkt, gefördert und aufrechterhalten. COVID-19 hat die Ausbreitung von Rassismus ermöglicht und nationale Unsicherheit, Angst vor Ausländern und allgemeine Fremdenfeindlichkeit verstärkt, was möglicherweise mit der Zunahme von antiasiatischen Hassverbrechen während der Pandemie zusammenhängt. Wir untersuchen, wie diese Verbrechen – eingebettet in historisch verankerten und sich überschneidenden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf individueller und institutioneller Ebene – dazu geführt haben, dass asiatische Amerikaner als „anders“ konstruiert werden und Ungleichheit reproduziert wird.

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://link.springer.com/article/10.1007/s12103-020-09545-1>

### **Quelle:**

Gover, Angela R./Harper, Shannon B./Langton, Lynn (2020): Anti-Asian hate crime during the COVID-19 pandemic: Exploring the reproduction of inequality. In: American journal of criminal justice, 45, Heft 4, S. 647–667.

## **Gesa Lindemann (2020): Die Ordnung der Berührung – Staat, Gewalt und Kritik in Zeiten der Coronakrise**

### **Über die Publikation**

„Die Idee ist nicht, etwas über Corona herauszufinden. Das Ziel besteht vielmehr darin, festzuhalten, was im schnelllebigen Medienkonsum meistens verloren geht: Einsicht in Strukturen. Auch kurzlebige Zeitungsartikel können einen bleibenden Wert erhalten, wenn wir sie [...] als einen Hinweis auf Strukturen der Gesellschaft, in der wir leben.“ (S. 9)

### **Methode**

Es handelt sich um eine theoretische Arbeit in Form eines Essays, der sich zu großen Teilen auf Zeitungsartikel, die seit dem Ausbruch von Corona veröffentlicht wurden, bezieht. Zielpublikum ist eine breitere Leser\*innenschaft, weshalb bewusst möglichst leicht zugänglich geschrieben wurde.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

Angesichts mutmaßlich anhaltender Bedrohungen durch hochinfektiöse Viren prognostiziert Lindemann die Beibehaltung staatlicher Maßnahmen, wie wir sie seit Corona kennen, welche in die gesellschaftlich „Berührungsordnung“, d. h. die Art und Weise, wie wir uns im Alltag begegnen und dadurch gegenseitig in unserem Erleben beeinflussen, eingreifen. Dadurch würden sich zwar das Verhältnis von öffentlichem Raum und familiärem Nahraum nachhaltig verändern und auch digitale Technologien weitere Verbreitung finden, aber im Großen und Ganzen werde sich „aller Wahrscheinlichkeit nach die Struktur unserer gesellschaftlichen Ordnung nicht verändern“ (S. 116) Gleichwohl schaffe es die Coronakrise, unseren Blick für bestimmte gesellschaftliche Phänomene zu schärfen. Im Zentrum dieser Beobachtungen steht bei Lindemann dabei immer wieder der Begriff der Gewalt: Der Staat als legitime und überlegene, sich selbst ans Gesetz bindende Zentralgewalt ermögliche nicht nur ein gewaltfreies Zusammenleben, eine gerichtliche und wissenschaftliche Wahrheitsfindung, sondern auch horizontale gesellschaftliche Differenzierung. Zwei weitere Aspekte sollen hier kurz genannt werden: So zeigt Lindemann einerseits, dass Verschwörungstheorien im Sinne von „Verantwortungserzählungen“ (S. 115) als Versuche gelesen werden können, eine andere Gewaltordnung zu etablieren, welche sie als „Ordnung der Opferung“ (ebd.) bezeichnet. Anhand der Black-Lives-Matter-Bewegung andererseits macht Lindemann eine Unterscheidung zwischen sozialer Ungleichheit und (dem politischen Begriff) struktureller Gewalt auf (S. 119).

### **Link zum Buch auf der Website des Verlags:**

<https://www.velbrueck.de/Programm/Die-Ordnung-der-Beruehrung.html>

### **Quelle:**

Lindemann, Gesa (2020): Die Ordnung der Berührung – Staat, Gewalt und Kritik in Zeiten der Coronakrise. Velbrück Wissenschaft: Weilerswist.

## **Jonas Rees et al. (2020): Erste Ergebnisse einer Online-Umfrage zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des Umgangs mit der Corona-Pandemie in Deutschland**

### **Über die Publikation**

„Der vorliegende Bericht fasst systematisch die Antworten von 3.111 Befragten zusammen, die während der ersten zwei Wochen der bundesweiten Einschränkungen an einer Online-Umfrage teilgenommen haben.“ (S. 3)

### **Methode**

„Die Studie basiert auf einer standardisierten Online-Befragung mit geschlossenen, d. h. vorgegebenen Antwortmöglichkeiten und offenen Antworten. Ein Großteil des Fragebogens bestand aus geschlossenen Frageformaten, die entweder durch kurze Eingaben [...] oder auf vorgegebenen Skalen beantwortet wurden [...]“ (S. 5). Die Auswertung erfolgte rein deskriptiv.

### **Zentrale Befunde/Aussagen**

„[Die Befunde zeigen,] dass sich Befragte gerade zu Beginn der deutschlandweiten Einschränkungen intensiv über das Corona-Virus informierten [...] Insgesamt zeigen die Daten einen Zustand von hohem Verantwortungsbewusstsein bei gleichzeitig großer Sorge. [...] Die Hilfsbereitschaft unter Befragten ist bemerkenswert hoch [...]. Das Verständnis für die verhängten Maßnahmen zur Eindämmung einer weiteren Ausbreitung des Virus war insgesamt hoch. Am sinnvollsten fanden Befragte die Einschränkung sozialer Kontakte (78 %), gefolgt von Einschränkungen des öffentlichen Lebens (74%) und der Einschränkung der Reisefreiheit (72%). Am wenigsten sinnvoll fanden Befragte das Verhängen von Ausgangssperren (22 %). [...] Die Zustimmung zu autoritären Einstellungen war relativ hoch (37–57 %), während Verschwörungstheorien eher abgelehnt wurden. [...] Die psychische Belastung hing mit dem Geschlecht der Befragten, deren berichteter Sorge um sich selbst und andere und dem Ausmaß der Auseinandersetzung mit dem Corona-Virus zusammen. [...] Zudem wünschten sich Befragte konkrete medizinische und gesundheitspolitische Schritte [...] Dass [...] drastische Maßnahmen vergleichsweise schnell und unter Inkaufnahme wirtschaftlicher Folgen beschlossen wurden, war für viele ein Anlass dafür, die Lage neu zu bewerten, das eigene Verhalten anzupassen und die eigene Verantwortung [...] ernst zu nehmen.“ (S. 3f.)

### **Die vollständige Publikation finden Sie hier:**

<https://pub.uni-bielefeld.de/record/2942930>

### **Quelle:**

Rees, Jonas/Papendick, Michael/Rees, Yann/Wäschle, Franziska/Zick, Andreas (2020): Erste Ergebnisse einer Online-Umfrage zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des Umgangs mit der Corona-Pandemie in Deutschland.

# Aktuelle Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung



## State of Hate: Far Right Extremism in Europe 2021

Antisemitische Verschwörungserzählungen haben sich im Zuge der Corona-Pandemie über den gesamten europäischen Kontinent verbreitet. Es gibt derzeit einen breiteren und grundlegenden Wandel in der extremen Rechten – sie entwickelt sich zu einer transnationalen und post-organisatorischen Bedrohung für die Demokratie in Europa.

Zu diesen Ergebnissen kommt der Report „State of Hate: Far right extremism in Europe“ von NGOs aus Europa unter Koordination des britischen Hope not Hate Charitable Trust, der schwedischen EXPO Foundation und der Amadeu Antonio Stiftung. Für den Report wurden erstmals auf europaweiter Ebene in 30 Ländern zivilgesellschaftliche Organisationen und Rechercheur:innen darüber befragt, wie sich der internationale Rechtsextremismus vernetzt und wie verbreitet der Einfluss von Verschwörungserzählungen und QAnon ist.



## Was tun, wenn mir „Fake News“ oder Desinformationen begegnen?

Wir leben in einer eng vernetzten und digitalen Welt. Nachrichten werden in Echtzeit verbreitet und konsumiert, der Informationsaustausch wird immer unübersichtlicher und die Hierarchien der Verteilung flacher. Jede\*r kann theoretisch daran über Blogs, Mikroblogging-Portale oder andere soziale Medien teilhaben. Das heißt auch: Es wird immer schwieriger herauszufinden, welche Informationen verlässlich sind und welche nicht. Der Flyer „Was tun, wenn mir ‚Fake News‘ oder Desinformationen begegnen?“ aus der Flyerreihe „Was tun bei Hate Speech?“ bietet hier Aufklärung und stellt kurz und bündig alles Wissenswertes vor. Die komplette Flyerreihe findet sich online unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/flyerreihe-was-tun-gegen-hate-speech-38915/>.

# „Ich habe ja nichts gegen Juden, aber ...“ – Argumente gegen digitalen Antisemitismus

Antisemitismus beginnt nicht erst dann, wenn jüdische Friedhöfe geschändet oder Menschen körperlich angegriffen werden, sondern bereits bei verbalen Entgleisungen im Sportverein, am Stammtisch oder unter Arbeitskollegen. Mit unseren fertigen Antworten auf der Homepage <https://nichts-gegen-juden.de/> auf die häufigsten antisemitischen Parolen kann sich jede:r zu Wort melden und protestieren, wenn ihr:ihm Antisemitismus im Netz begegnet.



## Down the rabbit hole Verschwörungsideologien: Basiswissen & Handlungsstrategien

Verschwörungserzählungen haben das Potenzial, gefährlich zu werden. Wenn aus einzelnen Erzählungen ein geschlossenes Weltbild geformt wird, wird von einer Verschwörungsideologie gesprochen. Die Handreichung gibt Einblicke in Hintergründe, aktuelle Entwicklungen und Möglichkeiten der Intervention.



## Wissen, was wirklich gespielt wird ... Krise, Corona, Verschwörungserzählung

In Zeiten globaler Krisen werden Verschwörungsideologien besonders häufig geteilt. Die Handreichung des Projekts No World Order soll dabei helfen, Verschwörungserzählungen um die COVID-19 Krise zu widerlegen. Dazu wurden sieben aktuell populäre Verschwörungserzählungen zusammengestellt, die in ihnen enthaltenen Missverständnisse, Lügen und Desinformationen aufgedeckt und ihnen mit Fakten begegnet.

Diese und weitere Publikationen finden Sie auf:  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)



# SPENDENAUFTRUF

## UNTERSTÜTZEN SIE PROJEKTE ZUR AUFKLÄRUNG, GEGEN VERSCHWÖRUNGS- MYTHEN UND HASS!

---

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert sie bundesweit Initiativen, die sich in Jugendarbeit und Schule, Kunst und Kultur, im Opferschutz oder in kommunalen Netzwerken engagieren.

---

## Zu den über 1.700 bisher geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

- die Schaufensterausstellungen des Partysahnen e.V. aus Sachsen, die leere Auslagen in Görlitz, Weißwasser und anderen Städten mit Ausstellungen zu Corona, Verschwörungserzählungen und Rechtsrock für Aufklärung und kreative Demokratiewerbung nutzen
- das Festival gegen Verschwörungsmutten der Scala Kultur Live gGmbH in Ludwigsburg, Baden-Württemberg, das ein Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit setzt und Betroffenen von Rassismus ein Forum bietet
- die Flyer-Aktion der Anwohner:innen von Berlin-Mitte, die mit eigenem Protest gegen die Querdenker-Demonstration für eine demokratische Zivilgesellschaft eintreten

Wo die Amadeu Antonio Stiftung Lücken staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Handelns sieht, wird sie selbst aktiv. Mit Analysen, Modellprojekten, Materialien, Qualifikations- und Beratungsangeboten erprobt sie neue Ansätze der Bearbeitung aktueller Phänomene zur Unterstützung von Fachkräften und regionalen Netzwerken. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf den Transfer zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen. Sie ist anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.



---

## Wir sind Mitglied von:



### Kontakt:

#### Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12  
10115 Berlin  
Telefon: 030. 240 886 10

Web: [amadeu-antonio-stiftung.de](http://amadeu-antonio-stiftung.de)  
[linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung](https://www.linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung)  
[instagram/amadeuantoniofoundation](https://www.instagram.com/amadeuantoniofoundation)



[twitter.com/AmadeuAntonio](https://twitter.com/AmadeuAntonio)

### Spendenkonto:

**GLS Gemeinschaftsbank eG**  
**IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00**  
**SWIFT-BIC: GENODEM1GLS**

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.



[facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)

# Impressum

## Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

## Redaktion:

Dr. Axel Salheiser, Susanne Haldrich, Prof. Dr. Matthias Quent

## Unter Mitarbeit von:

Jennifer Joyce Rieck, Cornelius Helmert, Amani Ashour, Joël Ben-Yehoshua, Anja Klaffen, Felix Hötker, Simon Rodewohl, Pia A. Monroy Rodriguez, Anne Tahirovic, Dr. Anja Thiele, Susanne Undisz

## Verleger und Träger:

Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin



## Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Gideon Botsch (Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam), Dr. Hendrik Cremer (Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin), Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig), Prof. Dr. Wolfgang Frindte (Vorsitz, Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Nicole Harth (Ernst-Abbe-Hochschule Jena), PD Dr. Steffen Kailitz (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden), Helmut Kellershohn (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung), Prof. Dr. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein), Prof. Dr. Thomas Ley (Landespräventionsrat Thüringen), Prof. Dr. Lars Rensmann (University of Groningen), Dr. Britta Schellenberg (Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München), Dr. Simon Teune (Institut für Protest- und Bewegungsforschung, Berlin), Dr. Milena Uhlmann (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat)